



F a c h b l i c k

Das Ministerium

Monatsbericht des BMF November 2001



Monatsbericht des BMF
November 2001

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	22
Entwicklung der Länderhaushalte	24
Termine	26
Analysen und Berichte	29
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	31
Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 3. Quartal 2001	37
Der Euro kurz vor der Einführung des Bargeldes – eine Bestandsaufnahme aus ökonomischer und wirtschaftspolitischer Sicht	51
Wirtschaftslage und Reformprozess in den EU-Beitrittskandidaten Mitte 2001	59
Der Subsidiaritätsbericht 2000	79
Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft	85
Statistiken und Dokumentationen	89
Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	94
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	128
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	148
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage	153

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de enthalten.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat auf seiner 118. Sitzung am 8./9. November 2001 die Steuereinnahmen für die Jahre 2001 und 2002 auf der Grundlage aktueller gesamtwirtschaftlicher Daten überprüft. Erwartungsgemäß mussten aufgrund der konjunkturellen Entwicklung die Ansätze gegenüber der letzten Steuerschätzung vom Mai diesen Jahres nach unten korrigiert werden. Die Dämpfung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ist dabei weitgehend auf externe Einflussfaktoren zurückzuführen. Der Ölpreisschock des Jahres 2000 hat eine Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik eingeleitet, der vor allem durch die Entwicklung der Lebensmittelpreise infolge der BSE-Krise sowie durch den deutlichen weltweiten Konjunkturabschwung weiter verstärkt wurde. Zudem haben die Terroranschläge in den USA vom 11. September die Unsicherheit über die konjunkturellen Perspektiven in Deutschland erhöht.

In diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld hat die Steuerpolitik der Bundesregierung stabilisierend gewirkt. Die steuerlichen Entlastungen, die Anfang des Jahres in Kraft getreten sind und auch in 2002 fortwirken, werden in Verbindung mit dem inzwischen eingetretenen Rückgang der Ölpreise zu einer positiven Entwicklung des privaten Konsums und somit zur Erholung der Umsatzsteuereinnahmen beitragen. Gleichzeitig haben wir auf der Ausgabenseite mit dem „Zukunftsinvestitionsprogramm“ und dem Programm „Stadtumbau Ost“ Maßnahmen eingeleitet, die zur wirtschaftlichen Belebung in Deutschland beitragen werden.

Der Bericht zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland unterstellt die Ergebnisse der Steuerschätzung mit konkreten volkswirtschaftlichen Daten. Darüber hinaus informiert der Bericht über die Entwicklung der Bundesfinanzen im 3. Quartal 2001 über die Ent-

wicklung bei wesentlichen Ausgabenbereichen und über die Einnahmeentwicklung bei den einzelnen Steuerarten.

Der Euro verbessert die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Europa entscheidend. Er ist ein bedeutender Integrationsschritt hin zu einem vereinten Europa. Der Wettbewerb auf den Waren-, Dienstleistungs-, Arbeits- und Kapitalmärkten wird zudem intensiviert – eine wesentliche Voraussetzung für moderne Strukturen sowie für nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Beschäftigung. Die Voraussetzungen für eine nachhaltige Wachstumsdynamik in Deutschland und Europa wurden mit der Einführung des Euro insgesamt verbessert. Die Herausforderungen für die nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik bleiben jedoch bestehen, ihre Qualität muss sich im europäischen Wettbewerb beweisen.

Der Prozess der Erweiterung der Europäischen Union hat im Laufe dieses Jahres weiter an Dynamik gewonnen. Ziel ist es, für die ausreichend vorbereiteten Beitrittskandidaten die Erweiterungsverhandlungen bis Ende 2002 abzuschließen. Voraussetzung dafür ist die zügige Fortführung der notwendigen Strukturreformen, um makroökonomische Stabilität und ein nachhaltiges Wachstum zu sichern. Die Bewerberländer werden dabei anhand von Beitrittskriterien entsprechend ihren Leistungen beurteilt. Ein wesentlicher Schwerpunkt dabei ist die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage. Der Beitrag beinhaltet deshalb einen Überblick zu den Wachstumsaussichten, zu den finanzpolitischen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung, zu Geld- und Währungspolitik sowie zur Inflation, zur außenwirtschaftlichen Situation und zur Lage auf dem Arbeitsmarkt in den Ländern, die sich um den Beitritt zur EU bewerben. Die Erfüllung der Beitrittskriterien erfordert umfassende Strukturreformen, insbesondere die Privatisierung und Umstrukturierung großer Unternehmen. Wie die Situation sich entwickelt hat, wird am Beispiel von ausgewählten Ländern gezeigt.

Das in Art. 5 des EG-Vertrages geregelte Subsidiaritätsprinzip gilt als Richtschnur für die sachgerechte Ausübung der Kompetenzen der Europäischen Union. Danach wird die Gemeinschaft in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, wenn die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene als auf der Ebene der Mitgliedstaaten erreicht werden können. Anlässlich der Vorlage des Berichts über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips für das Jahr 2000 durch das Bundesministerium der Finanzen geben wir einen Überblick über die wesentlichen Schwerpunkte der Einhaltung und Auslegung dieses Prinzips.

Die Bundesregierung räumt bei ihrer Politikgestaltung einer qualitativ hochwertigen und unabhängigen wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Politikberatung einen hohen Stellenwert ein. In einem weiteren Beitrag möchten wir Sie deshalb auf die Studie „Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft – Bedeutung und

mögliche Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftswissenschaftliche Beratung“ hinweisen. Die im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen von einer Gruppe von Wissenschaftlern aus Universitäten und Wirtschaftsforschungsinstituten erarbeitete Studie enthält eine Reihe von Anregungen für die wirtschaftliche Diskussion und Praxis.



Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Die Mitarbeiter in der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar. Die Kontaktaufnahme ist am einfachsten über:
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de



Übersichten und Termine

Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	22
Entwicklung der Länderhaushalte	24
Termine	26

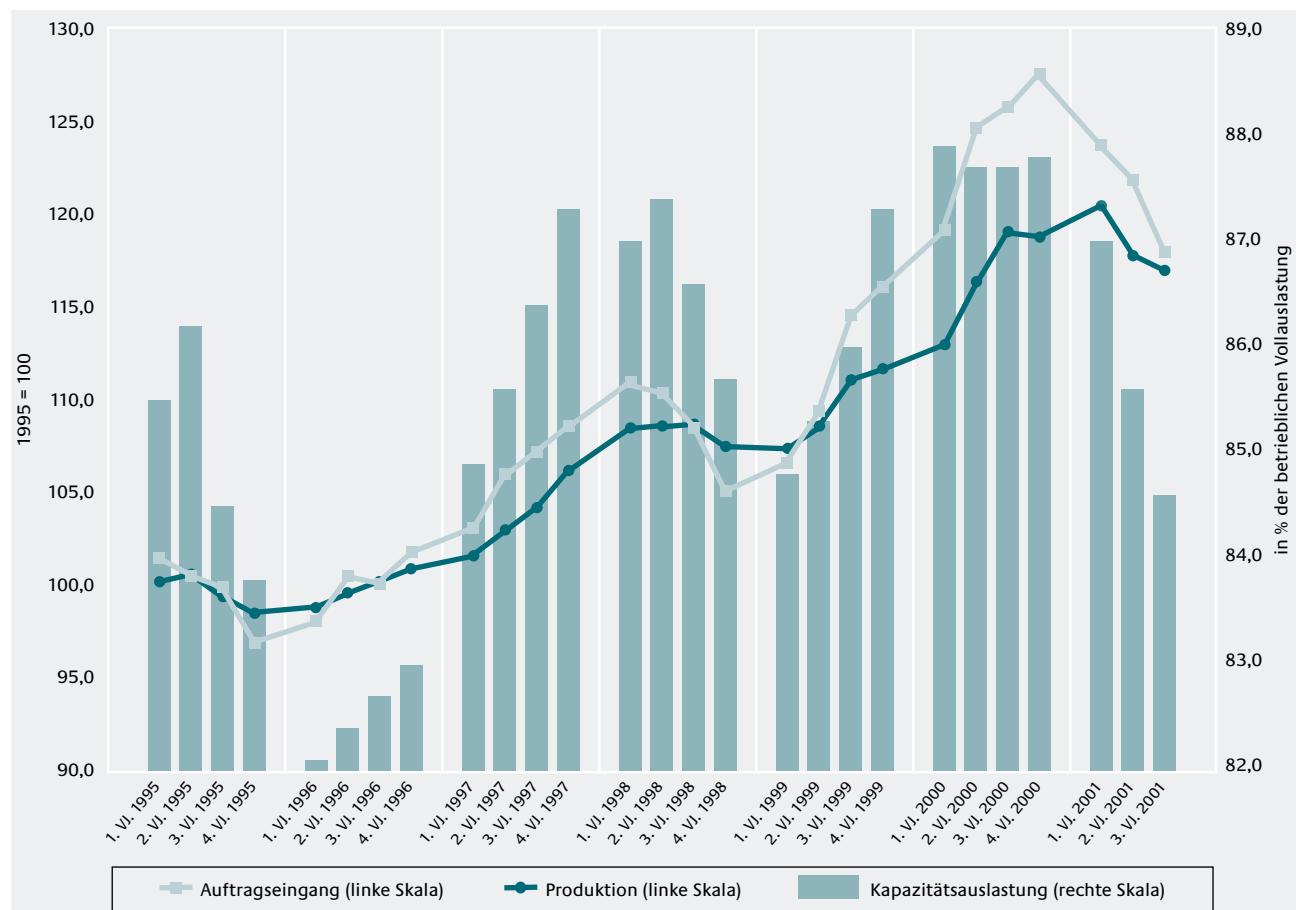
Überblick zur wirtschaftlichen Lage¹

Wie aus den für das dritte Vierteljahr vorliegenden Einzeldaten zu schließen ist, dauert die konjunkturelle Schwäche in Deutschland alles in allem an. Während das Ergebnis über das gesamte Quartal gesehen in einigen Bereichen nicht ungünstiger ausfiel, ist es zum Quartalsende – wohl auch unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September 2001 – zu teilweise erheblichen Verschlechterungen bei wichtigen Konjunkturindikatoren gekommen.

- In der Industrie verlangsamte sich im dritten Vierteljahr der Produktionsrückgang (saisonbereinigt – 0,6 %, nach – 2,1 % im Vorquartal). Die Kapazitätsauslastung ist auf 84,6 % und damit auf das Durchschnittsniveau der zurückliegenden zehn Jahre gesunken. Der Auftrags eingang ist weiter geschrumpft (im dritten Quartal – 2,7 %), wobei es im September einen zusätzlichen Nachfrageeinbruch, verbunden mit einer erheblichen Verschlechterung der Stimmung, gegeben hat.
- Im Bauhauptgewerbe hat sich die Produktion in der Verlaufs betrachtung stabilisiert, womit sie aber weiterhin deutlich unter

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 16. November 2001 vorlagen.

Auftragseingang und Produktion in der Industrie Kapazitätsauslastung des Verarbeitenden Gewerbes saisonbereinigt, Gebietsstand: Früheres Bundesgebiet



Quellen: Deutsche Bundesbank, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

ihrem Vorjahresniveau lag (im dritten Vierteljahr –9,4 %).

- Am Arbeitsmarkt verstärkten sich die konjunkturellen Belastungen. Im Oktober stieg die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl um 27 000 an und damit deutlich stärker als zuvor. Insgesamt wurden 3,73 Mio. Arbeitslose registriert, 114 000 mehr als vor einem Jahr.
- Die deutschen Exporte haben im Durchschnitt des dritten Quartals nochmals zugelegt (saisonbereinigt +2,1 %). Im September hat es jedoch einen fühlbaren Rückschlag gegeben. Während in kumulativer Rechnung in den ersten neun Monaten die Ausfuhrwerte ihr entsprechendes Vorjahresniveau um 9,9 % übertrafen, ist der Vorjahresabstand im September

auf +1,3 % abgeschröpft.

- Die Einzelhandelsumsätze blieben im dritten Quartal gedrückt. In der Verlaufsbetrachtung waren sie leicht rückläufig (preis- und saisonbereinigt –0,5 %); das vergleichbare Vorjahresniveau wurde knapp verfehlt (–0,2 %).
- Die Inflation in Deutschland ist weiter auf dem Rückzug. Der Preisindex der Lebenshaltung ist im Oktober um 0,3 % gesunken. Damit lagen die Verbraucherpreise nur noch 2,0 % über ihrem Vorjahresstand. Maßgeblich hierfür waren weitere Preissenkungen für Heizöl und Kraftstoffe. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex, der einen Vergleich zwischen den EU-Ländern ermöglicht, zeigte im Oktober ebenfalls einen jährlichen Anstieg um 2,0 %.

Konjunkturindikatoren im internationalen Vergleich

Nicht saisonbereinigte Zahlen

	Jahr				1999				2000				2001			
	1997	1998	1999	2000	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt real¹																
Deutschland	1,5	1,7	1,7	3,2	0,7	1,0	2,0	3,0	2,9	4,3	3,2	2,5	1,8	0,6		
Eurozone (EUR-12) ⁴	2,3	2,9	2,6	3,4	2,0	2,2	2,8	3,6	3,6	3,9	3,2	2,8	2,4	1,7		
Europäische Union (EU-15)	2,5	2,9	2,6	3,3	2,0	2,2	2,7	3,5	3,5	3,8	3,2	2,8	2,5	1,8		
Japan	1,8	–1,1	0,8	1,6	–0,4	1,0	2,1	0,4	2,4	1,0	0,3	2,5	0,2	–0,7		
Kanada	4,4	3,3	4,5	4,6	3,7	4,3	5,4	5,2	5,1	5,1	4,7	3,6	2,1	1,9		
USA	4,4	4,3	4,1	4,2	4,0	3,9	4,0	4,4	4,2	5,2	4,4	2,8	2,5	1,2		
Jahresdurchschnitt 2000																
	1998	1999	2000	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Juni	Juli	Aug	Sep	Okt
Arbeitslosenquoten in %²																
Deutschland ³	9,3	8,6	7,9	7,7	7,7	7,7	7,7	7,8	7,8	7,8	7,8	7,9	7,9	7,9	7,9	8,0
Eurozone (EUR-12) ^{3,4}	10,9	10,0	8,9	8,6	8,5	8,5	8,5	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,3	8,3	8,3	*
Europäische Union (EU-15) ³	9,9	9,2	8,2	7,9	7,9	7,8	7,8	7,7	7,7	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	*
Japan	4,1	4,7	4,7	4,7	4,8	4,9	4,9	4,7	4,7	4,8	4,9	4,9	5,0	5,0	5,3	*
Kanada	8,3	7,6	6,8	6,9	6,9	6,8	6,9	6,9	7,0	7,0	7,0	7,0	7,2	7,2	7,3	
USA	4,5	4,2	4,0	3,9	4,0	4,0	4,2	4,2	4,3	4,4	4,4	4,5	4,5	4,9	5,4	
Verbraucherpreise¹																
Deutschland ³	0,6	0,6	2,1	2,4	2,6	2,3	2,2	2,5	2,5	2,9	3,6	3,1	2,6	2,6	2,1	2,0
Eurozone (EUR-12) ^{3,4}	1,1	1,1	2,3	2,7	2,9	2,6	2,4	2,6	2,6	2,9	3,4	3,0	2,8	2,8	2,5	2,4
Europäische Union (EU-15) ³	1,3	1,2	2,1	2,4	2,6	2,3	2,2	2,3	2,3	2,6	3,1	2,8	2,6	2,6	2,4	2,2
Japan	0,6	–0,3	–0,7	–0,9	–0,5	–0,2	0,1	–0,1	–0,4	–0,4	–0,5	–0,5	–0,8	–0,7	–0,8	*
Kanada	1,0	1,7	2,7	2,8	3,3	3,3	3,0	2,8	2,5	3,6	3,9	3,3	2,6	2,8	2,6	*
USA	1,6	2,1	3,5	3,5	3,6	3,8	3,9	3,6	2,9	3,3	3,6	3,2	2,7	2,7	2,6	*

Quellen: EUROSTAT, Statistisches Bundesamt.

¹ Veränderung in % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis.

² Saisonbereinigt.

³ Harmonisiert.

⁴ Bis einschließlich Berichtsjahr 2000 EUR-11.

Finanzwirtschaftliche Lage

Die sich abschwächende Konjunktur wirkt sich auf den Haushalt aus, die Belastungen der Ausgabenseite bleiben weiterhin durch die strikte Einhaltung des Konsolidierungskurses moderat. Mit insgesamt 401,6 Mrd. DM überschreiten die Ist-Ausgaben das Volumen des vergleichbaren Vorjahreszeitraums um 3,6 Mrd. DM (+0,9 %). Die

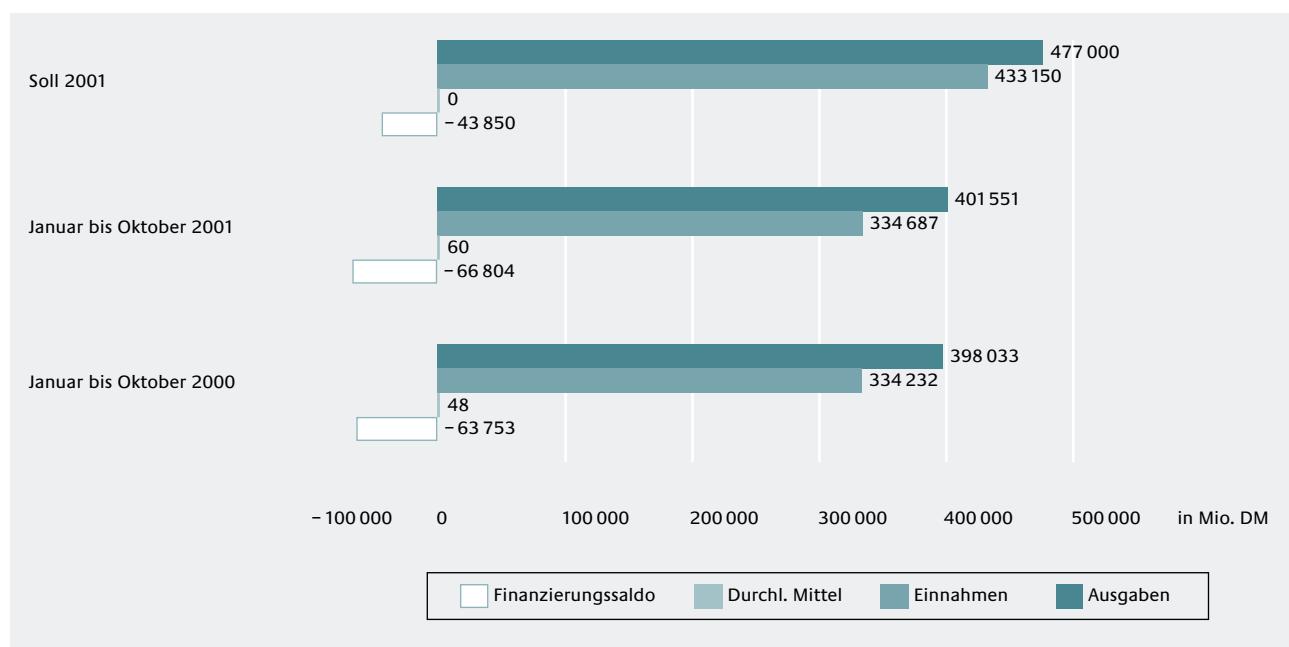
Steuereinnahmen sinken von 299,6 Mrd. DM auf 293,2 Mrd. DM (-2,1 %). Der Rückgang in Höhe von 6,4 Mrd. DM erklärt sich zum Teil aus den Auswirkungen der Steuerreform. Dennoch liegen die Gesamteinnahmen mit 334,7 Mrd. DM leicht (+0,5 Mrd. DM oder +0,1 %) über den Einnahmen des Oktobers 2000. Dies ist auf das weiterhin hohe Niveau der Verwaltungseinnahmen zurückzuführen, die mit 41,5 Mrd. DM um 5,9 Mrd. DM

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2000	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Oktober 2001
Ausgaben (Mrd. DM) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	477,0 - 0,2	401,6 0,9
Einnahmen (Mrd. DM) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	433,2 0,4	334,7 0,1
Steuereinnahmen (Mrd. DM) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	384,6 - 1,1	293,2 - 2,1
Finanzierungssaldo (Mrd. DM)	- 43,9	- 66,8
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. DM)	-	- 27,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. DM)	- 0,2	0,0
Nettokreditaufnahme (Mrd. DM)	- 43,7	- 39,3

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



das Vorjahresergebnis von 35,6 Mrd. DM übertreffen (+ 19,9 %). Die Mehreinnahmen beruhen sowohl auf höheren Einnahmen aus Veräußerungen als auch auf der vorzeitigen Finanzierung der Postbeamtenunterstützungskasse aus dem Treuhandvermögen der Bundes-

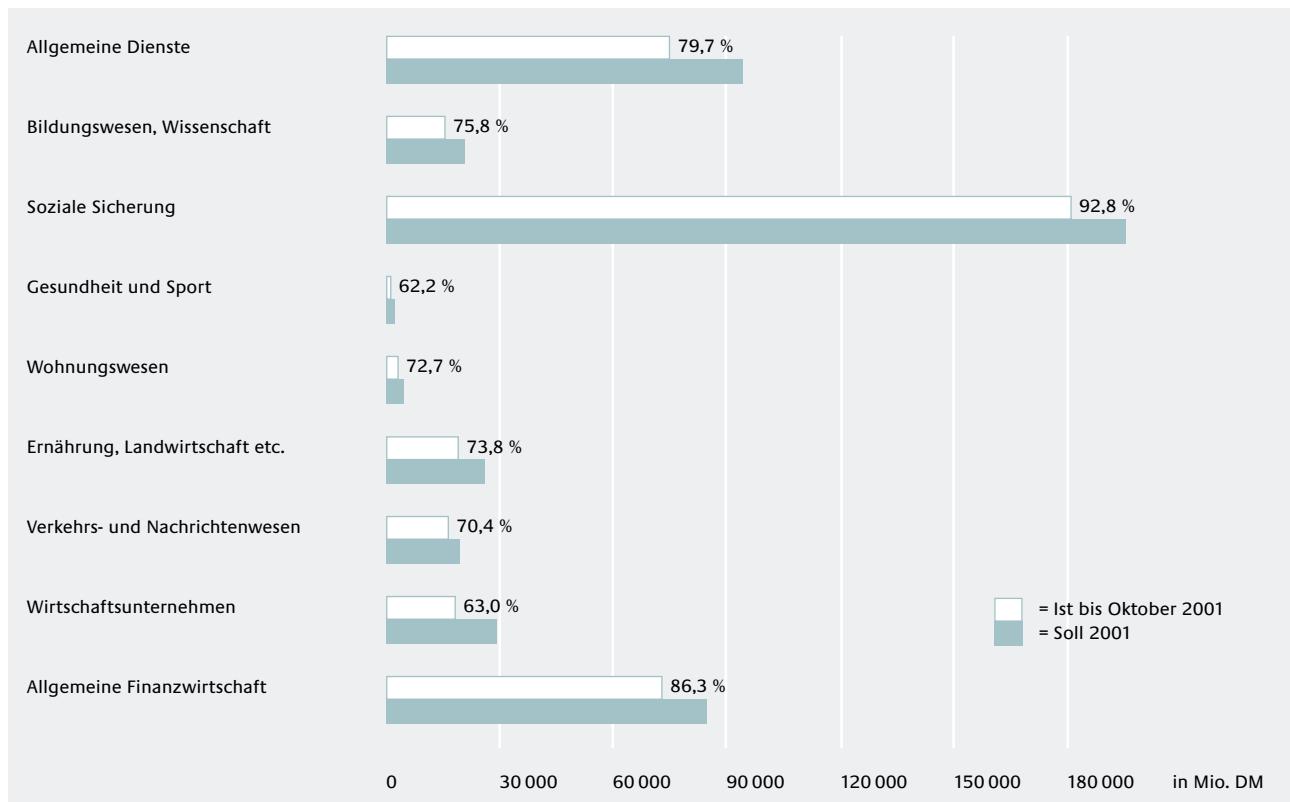
anstalt für Post und Telekommunikation.

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo in Höhe von 66,8 Mrd. DM können keine Rückschlüsse auf den Jahresverlauf gezogen werden.

Entwicklung der Bundesaufgaben nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	Soll 2001	Januar bis Oktober		Januar bis Oktober		Veränderungen ggü. Vorjahr in %
	Mio. DM	2001 Mio. DM	Anteil in %	2000 Mio. DM	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	94 215	75 130	18,7	61 707	15,5	+ 21,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	7 291	5 953	1,5	5 867	1,5	+ 1,5
Verteidigung	54 406	43 768	10,9	36 754	9,2	+ 19,1
Politische Führung, zentrale Verwaltung	17 497	13 833	3,4	11 018	2,8	+ 25,5
Finanzverwaltungen	6 001	4 557	1,1	—	—	—
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	20 819	15 773	3,9	14 641	3,7	+ 7,7
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	2 215	1 646	0,4	1 546	0,4	+ 6,5
BAföG	1 525	1 191	0,3	934	0,2	+ 27,5
Forschung und Entwicklung	12 887	9 771	2,4	9 179	2,3	+ 6,4
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	195 539	181 385	45,2	173 732	43,6	+ 4,4
Sozialversicherung	131 066	117 911	29,4	111 752	28,1	+ 5,5
Arbeitslosenversicherung	1 200	9 197	2,3	6 491	1,6	+ 41,7
Arbeitslosenhilfe	22 600	20 412	5,1	21 435	5,4	- 4,8
Wohngeld	3 900	3 263	0,8	2 803	0,7	+ 16,4
Erziehungsgeld	6 925	5 407	1,3	5 565	1,4	- 2,8
Kriegsopfersversorgung und -fürsorge	7 719	7 138	1,8	7 598	1,9	- 6,1
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	2 262	1 406	0,4	827	0,2	+ 70,0
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	4 596	3 340	0,8	3 459	0,9	- 3,4
Wohnungswesen	3 725	2 832	0,7	3 040	0,8	- 6,8
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	26 089	19 263	4,8	22 598	5,7	- 14,8
Regionale Förderungsmaßnahmen	9 298	7 527	1,9	8 130	2,0	- 7,4
Kohlenbergbau	6 937	6 391	1,6	6 473	1,6	- 1,3
Gewährleistungen	4 600	1 881	0,5	3 750	0,9	- 49,8
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	19 391	13 647	3,4	13 154	3,3	+ 3,7
Straßen (ohne GVFG)	10 860	7 585	1,9	7 166	1,8	+ 5,8
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	29 281	18 458	4,6	21 270	5,3	- 13,2
Post-Unterstützungskassen	9 341	6 682	1,7	5 710	1,4	+ 17,0
Bundeseisenbahnvermögen	7 936	5 522	1,4	9 240	2,3	- 40,2
Deutsche Bahn AG	9 681	4 524	1,1	4 516	1,1	+ 0,2
Allgemeine Finanzwirtschaft	84 808	73 147	18,2	86 646	21,8	- 15,6
Fonds „Deutsche Einheit“	6 464	5 387	1,3	5 387	1,4	+ 0,0
Zinsausgaben	77 000	64 837	16,1	66 300	16,7	- 2,2
Ausgaben zusammen	477 000	401 551	100,0	398 033	100,0	+ 0,9

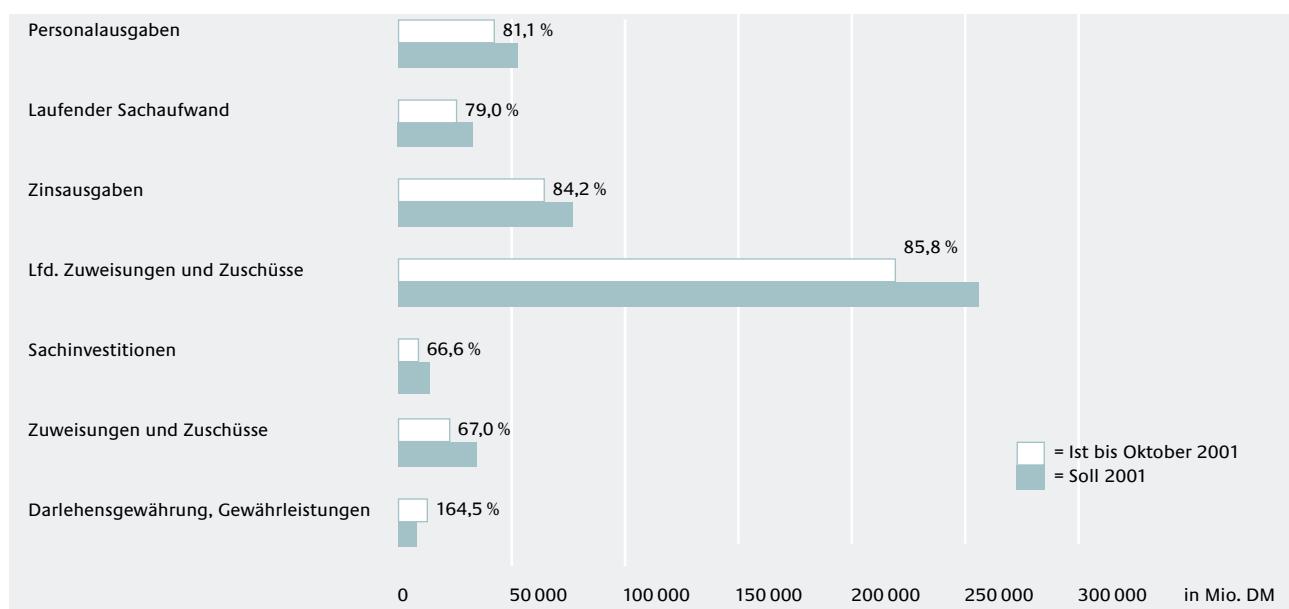
Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Oktober 2001



Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

Einnahmeart	Soll 2001	Ist 2001		Ist 2000	Verän-	
	Mio. DM	Mio. DM	Anteil in %	Mio. DM	Anteil in %	derungen gegenüber Vorjahr in %
Konsumtive Ausgaben	420 217	354 498	88,3	351 332	88,3	+ 0,9
Personalausgaben	52 812	42 805	10,7	42 332	10,6	+ 1,1
Aktivbezüge	40 382	32 451	8,1	32 219	8,1	+ 0,7
Versorgung	12 430	10 354	2,6	10 113	2,5	+ 2,4
Laufender Sachaufwand	33 104	26 163	6,5	31 256	7,9	- 16,3
Sächliche Verwaltungsaufgaben	3 115	2 147	0,5	2 212	0,6	- 2,9
Militärische Beschaffungen	14 970	11 922	3,0	11 517	2,9	+ 3,5
Sonstiger laufender Sachaufwand	15 019	12 094	3,0	17 527	4,4	- 31,0
Zinsausgaben	77 000	64 837	16,1	66 300	16,7	- 2,2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	256 113	219 653	54,7	210 486	52,9	+ 4,4
an Verwaltungen	26 388	19 937	5,0	23 855	6,0	- 16,4
an andere Bereiche	229 726	199 252	49,6	186 672	46,9	+ 6,7
darunter	33 218	25 908	6,5	19 705	5,0	+ 31,5
Unternehmen	38 245	33 863	8,4	35 557	8,9	- 4,8
Renten, Unterstützungen u. a.	151 247	133 678	33,3	126 005	31,7	+ 6,1
Sozialversicherungen	1 188	1 040	0,3	958	0,2	+ 8,6
Sonstige Vermögensübertragungen	57 988	47 053	11,7	46 701	11,7	+ 0,8
Investive Ausgaben	43 944	37 698	9,4	37 414	9,4	+ 0,8
Finanzierungshilfen	34 543	23 146	5,8	23 173	5,8	- 0,1
Zuweisungen und Zuschüsse	8 064	13 266	3,3	13 033	3,3	+ 1,8
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	1 336	1 286	0,3	1 208	0,3	+ 6,5
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen			0,0		0,0	
Sachinvestitionen	14 045	9 355	2,3	9 287	2,3	+ 0,7
Baumaßnahmen	11 571	7 671	1,9	7 881	2,0	- 2,7
Erwerb von beweglichen Sachen	1 643	1 082	0,3	954	0,2	+ 13,4
Grunderwerb	831	602	0,1	451	0,1	+ 33,5
Globalansätze	-1 205	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	477 000	401 551	100,0	398 033	100,0	+ 0,9

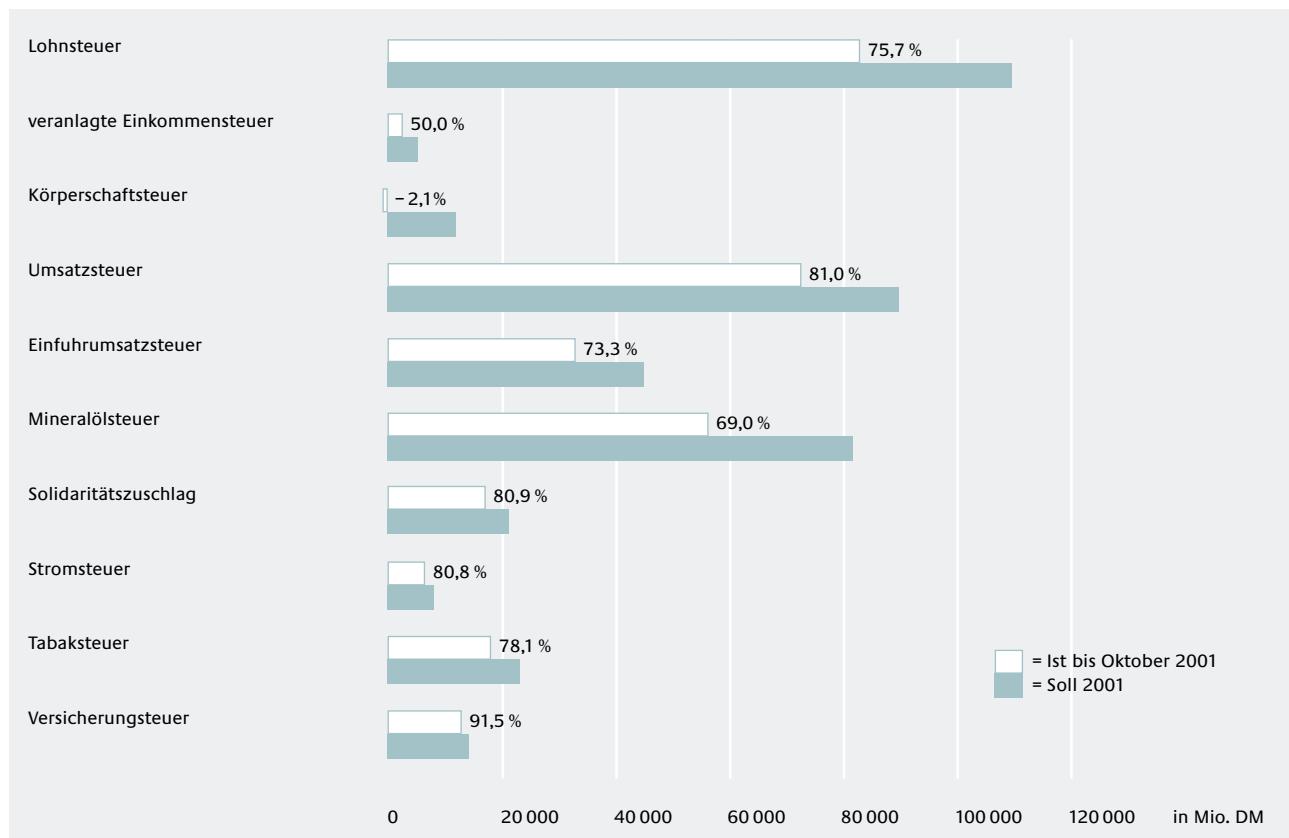
Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Oktober 2001



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2001	Ist 2001		Ist 2000	Verän- derungen gegenüber Vorjahr in %	
	Mio. DM	Januar bis Oktober	Anteil in %	Mio. DM		
I. Steuern	384 609	293 231	87,6	299 616	89,6	- 2,1
Bundesanteile an:						
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	286 132	219 421	65,6	234 035	70,0	- 6,2
davon:						
Lohnsteuer	110 075	83 353	24,9	84 773	25,4	- 1,7
veranlagte Einkommensteuer	5 401	2 701	0,8	5 377	1,6	- 49,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	13 100	19 187	5,7	11 885	3,6	+ 61,4
Körperschaftsteuer	6 864	6 591	2,0	5 180	1,5	+ 27,2
Zinsabschlag	12 000	-253	-0,1	17 773	5,3	- 101,4
Umsatzsteuer	90 136	72 988	21,8	75 723	22,7	- 3,6
Einfuhrumsatzsteuer	45 280	33 193	9,9	31 768	9,5	+ 4,5
Gewerbesteuerumlage	3 276	1 660	0,5	1 554	0,5	+ 6,8
Versicherungsteuer	14 300	13 087	3,9	12 634	3,8	+ 3,6
Solidaritätszuschlag	21 400	17 319	5,2	18 034	5,4	- 4,0
Tabaksteuer	23 400	18 270	5,5	17 309	5,2	+ 5,6
Kaffeesteuer	2 150	1 631	0,5	1 694	0,5	- 3,7
Branntweinsteuern	4 100	2 908	0,9	2 913	0,9	- 0,2
Mineralölsteuer	82 100	56 609	16,9	52 741	15,8	+ 7,3
Stromsteuer	8 200	6 628	2,0	5 133	1,5	+ 29,1
Ergänzungzuweisungen an Länder	- 25 089	-18 808	-5,6	-19 844	-5,9	- 5,2
BSP-Eigenmittel der EU	- 19 800	-13 385	-4,0	-14 717	-4,4	- 9,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 13 429	-11 122	-3,3	-11 079	-3,3	+ 0,4
II. Sonstige Einnahmen	48 541	41 456	12,4	34 616	10,4	+ 19,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	9 154	9 204	2,8	9 573	2,9	- 3,9
Zinseinnahmen	3 159	3 314	1,0	1 837	0,5	+ 80,4
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	22 078	16 753	5,0	7 556	2,3	+ 121,7
Einnahmen zusammen	433 150	334 687	100,0	334 232	100,0	+ 0,1

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Oktober 2001



Steuereinnahmen im Oktober 2001

Die **Steuereinnahmen insgesamt** (ohne Gemeindesteuern) lagen im Oktober 2001 um **-3,5%** unter dem Ergebnis vom Oktober 2000. Dabei fiel der Rückgang bei den gemeinschaftlichen Steuern (-9,3%) im Vorjahresvergleich deutlich aus. Bei den reinen Bundessteuern (+15,5%) und den reinen Ländersteuern (+13,0%) waren demgegenüber im Vergleich zum Oktober 2000 zweistellige Zuwächse zu verzeichnen.

Die kumulierte Veränderungsrate **Januar bis Oktober 2001** der **Steuereinnahmen insgesamt** (ohne Gemeindesteuern) liegt mit **-3,4%** leicht oberhalb des Ergebnisses für das Gesamtjahr des Arbeitskreises Steuerschätzung vom 9. November 2001 (-3,7%). Nach dieser Steuerschätzung, bei der die Entwicklung der Steuereinnahmen des Oktobers im Wesentlichen schon mitberücksichtigt werden konnte, wird für die beiden letzten Monate in 2001 mit -4,7% im Vorjahresvergleich von einer weiteren Abschwächung der Entwicklung der Steuereinnahmen insgesamt ausgegangen.

Die **Steuereinnahmen des Bundes** haben sich im **Oktober 2001** mit **+0,1%** gegenüber dem Vorjahr kaum verändert (dagegen Januar bis Oktober 2001: -2,1%). Die zuletzt günstige Einnahmeentwicklung wird allerdings durch einen kassentechnischen Sondereffekt positiv verzerrt; im Oktober 2001 fielen die Tabaksteuereinnahmen mit +75,4% Zuwachs gegenüber Oktober 2000 aufgrund von Nachholeffekten zum Ausgleich der ungewöhnlich niedrigen Tabaksteuereinnahmen im Vormonat außergewöhnlich hoch aus. Wird dieser Sondereffekt herausgerechnet, so ergibt sich für den Bund im Oktober 2001 im Vorjahresvergleich ein Rückgang der Steuereinnahmen um **rund -5%**.

Die **Lohnsteuereinnahmen** lagen um **-5,0%** unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Da die Kindergeldzahlungen im Oktober 2001 höher als im Vorjahresmonat ausfielen, fällt der Rück-

gang bei der Lohnsteuer brutto mit -3,8% geringer aus.

Bei der **veranlagten Einkommensteuer** ergab sich ein negatives Kassenergebnis, das mit -1,64 Mrd. DM geringfügig größer als im Vorjahr (-1,61 Mrd. DM) ausfiel. Addiert man Erstattungen und Zulagen zum Kassenaufkommen hinzu, so ergibt sich für die veranlagte Einkommensteuer brutto im Oktober 2001 ein Aufkommen von 1,58 Mrd. DM und damit gegenüber dem Vorjahresmonat ein Anstieg um 7,0%.

Bei der **Körperschaftsteuer** lag das Kassenergebnis mit -3,38 Mrd. DM um rund 2,5 Mrd. DM tiefer im Minus als im Oktober des Vorjahrs (-0,87 Mrd. DM). Da die Investitionszulagen rund 300 Mio. DM höher ausfielen als im Vorjahresmonat, beträgt das Minus brutto rund 2,2 Mrd. DM.

Bei den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** hat sich die Wachstumsdynamik im Oktober 2001 mit +21,8% Zuwachs im Vorjahresvergleich abgeschwächt (Januar bis Oktober 2001 gegenüber Vorjahr: +61,4%). Eine entsprechende Abschwächung war bereits im Vormonat (Septembervergleich 2001/2000: +22,1%) zu verzeichnen, sodass sich die Anzeichen verstärken, dass die hohen Dividendenausschüttungen als Folge der Systemumstellung bei der Körperschaftsteuer allmählich an Einfluss verlieren.

Bei den Einnahmen aus dem **Zinsabschlag** schwächte sich der Zuwachs im Oktober mit +4,9% gegenüber dem bisherigen Jahresverlauf ab (Januar bis Oktober 2001 gegenüber Vorjahr: +27,2%).

Bei den **Steuern vom Umsatz** setzte sich im Oktober mit -3,2% der bisherige Einnahmerückgang gegenüber dem Vorjahr verstärkt fort (Januar bis Oktober 2001 gegenüber Vorjahr: -1,4%).

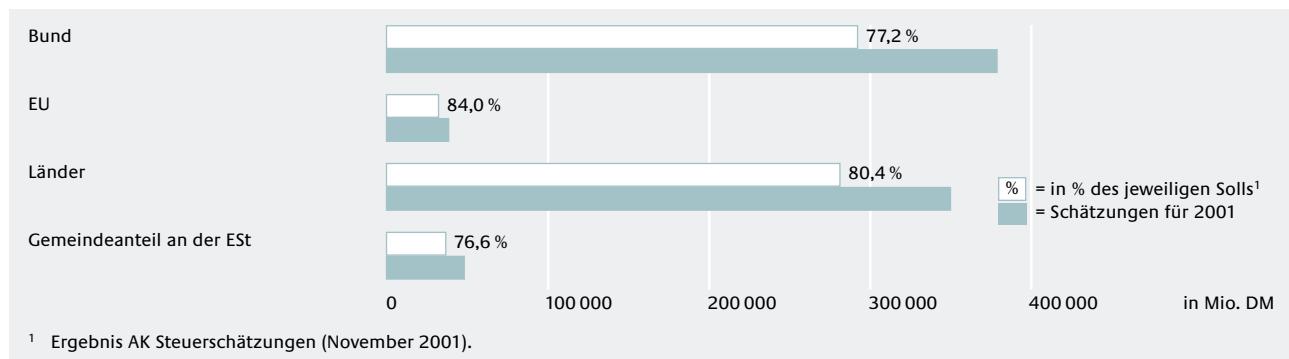
Bei den **reinen Bundessteuern** ergab sich im Oktober 2001 zwar im Vorjahresvergleich ein

Zuwachs von 15,5 %. Diese Entwicklung wird allerdings durch ein kassentechnisch überhöhtes Tabaksteueraufkommen (+ 75,4 % gegenüber Oktober 2000) verzerrt. Ohne Berücksichtigung dieses Sondereffekts beträgt die Zunahme bei den Bundessteuern insgesamt nur rund 4 %. Die Einnahmen aus Mineralölsteuer (+ 4,8 %), Branntweinsteuer (+ 1,3 %), Versicherungsteuer (+ 3,4 %) und Stromsteuer (+ 26,6 %) entwickelten sich im Oktober 2001 im Vorjahresvergleich positiv. Beim Solidaritätszuschlag ergab sich dagegen parallel

zu seinen reduzierten Bemessungsgrundlagen Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer mit - 8,8 % ein Rückgang.

Für die **reinen Ländersteuern** waren insgesamt Einnahmehinzuwächse von + 13,0 % zu verzeichnen, wobei sich Kraftfahrzeug- (+ 27,8 %) und Erbschaftsteuer (+ 14,5 %) deutlich und die Grundgerwerbsteuer (+ 2,5 %) leicht positiv entwickelten. Bei der Biersteuer war dagegen ein Rückgang (- 8,1 %) zu verzeichnen.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Oktober 2001



Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr¹

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)

	Schätzungen für 2001 ⁴	im Oktober 2001 in Mio. DM	Januar bis Oktober 2001
Bund ² Veränderung gegenüber Vorjahr in %	380 859 - 1,9	26 262 0,1	294 011 - 2,1
EU Veränderung gegenüber Vorjahr in %	39 541 - 7,4	3 393 - 4,5	33 208 - 6,0
Länder ² Veränderung gegenüber Vorjahr in %	351 848 - 4,9	24 034 - 6,7	283 047 - 4,6
Gemeindeanteil an der ESt/USt Veränderung gegenüber Vorjahr in %	49 220 - 3,2	3 128 - 4,8	37 680 - 2,9
Zusammen Veränderung gegenüber Vorjahr in %	821 468 - 3,6	56 818 - 3,5	647 946 - 3,4
nachrichtlich:			
Lohnsteuer ³ Veränderung gegenüber Vorjahr in %	259 539 - 2,6	18 563 - 5,0	201 815 - 1,7
Veranlagte Einkommensteuer Veränderung gegenüber Vorjahr in %	16 625 - 34,6	- 1 637 6 356 - 49,8	6 356 - 49,8
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag Veränderung gegenüber Vorjahr in %	41 024 60,4	1 179 21,8	38 373 61,4
Zinsabschlag Veränderung gegenüber Vorjahr in %	17 759 24,5	1 061 4,9	14 980 27,2
Körperschaftsteuer Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3 325 - 89,4	- 3 379 - 506	- 506
Steuern vom Umsatz Veränderung gegenüber Vorjahr in %	551 544 2,4	22 261 - 3,2	224 279 - 1,4
Reine Bundessteuern Veränderung gegenüber Vorjahr in %	154 646 4,7	13 257 15,5	117 126 5,3
Reine Ländersteuern Veränderung gegenüber Vorjahr in %	38 786 7,5	3 115 13,0	32 806 7,8

¹ Methodik: kassenmäßige Buchung der Einzelsteuern, rechnerische Aufteilung auf die Ebenen.

² Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle Entwicklung der Einnahmen des Bundes sind methodisch bedingt.

³ Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2001.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

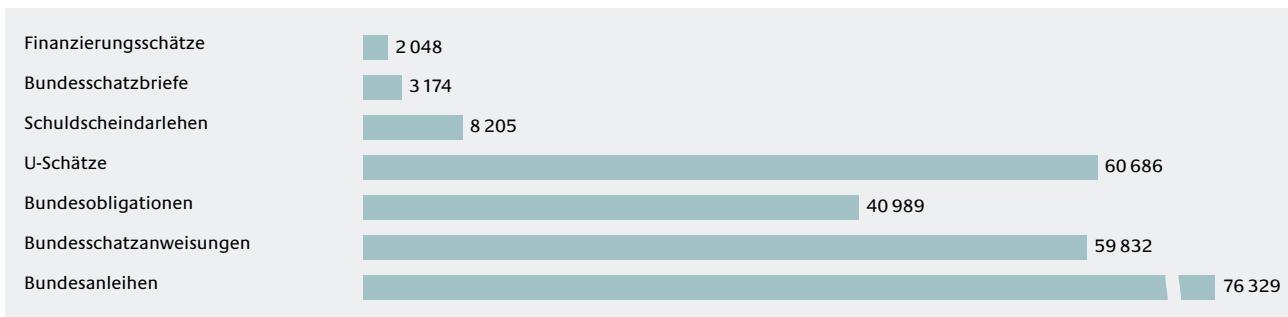
Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug in den ersten 10 Monaten dieses Jahres 229,2 Mrd. DM. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wert-

papierbegebung betrugen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 251,3 Mrd. DM (siehe Grafik).

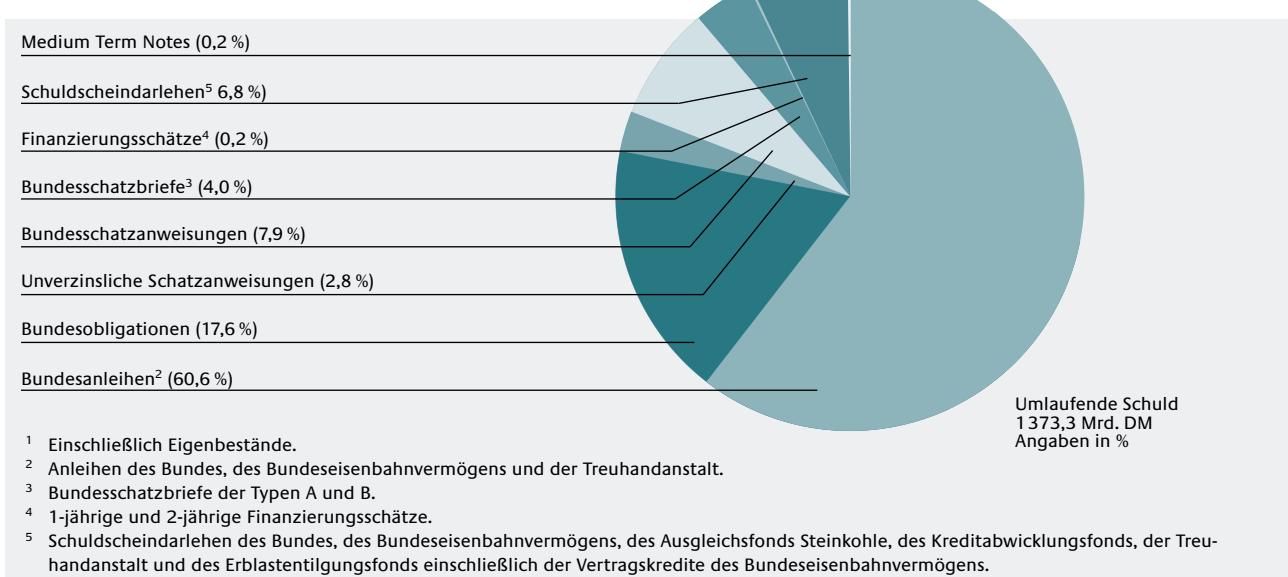
Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 31. Oktober 2001

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2000 hat sich die umlaufende Schuld¹ in den ersten 10 Monaten 2001 insgesamt um ca. 2,24 % auf 1373,4 Mrd. DM erhöht.

Bruttokreditaufnahme des Bundes vom Januar bis Oktober 2001 in Mio. DM



Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 31. Oktober 2001



Emissionsvorhaben des Bundes im vierten Quartal 2001

Der Bund beabsichtigt, im vierten Quartal 2001 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen folgende in der Tabelle dargestellten Emissionen zu begeben (17. Oktober 2001 bereits tatsächlich begebenes Volumen).

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der

Kapitalmarktsituation ergeben. Der Emissionskalender für das erste Quartal 2002 wird in der dritten Dekade Dezember 2001 veröffentlicht.

Tilgungen im vierten Quartal 2001

Die Tilgungen des Bundes* und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP-Sondervermögen belaufen sich im vierten Quartal 2001 auf insgesamt rund 53,2 Mrd. DM. Sie teilen sich wie in der unten aufgeführten Tabelle auf (in Mrd. DM).

Emissionsvorhaben des Bundes im vierten Quartal 2001

Wertpapier	Tendertermin	Laufzeit	Volumen
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 440 ISIN DE0001114403	17. Oktober 2001	6 Monate, fällig 19. April 2002	ca. 19,6 Mrd. DM
Bundesobligationen („Bobls“) Aufstockung der 4,5 % Serie 138 von 2001 (2006) WKN 114 138 ISIN DE0001141380	14. November 2001	Restlaufzeit 4 Jahre 9 Monate, fällig 18. Aug. 2006, Zinslaufbeginn 14. Februar 2001, erster Zinstermin 18. August 2002	ca. 13,7 Mrd. DM* (derzeit 13,7 Mrd. DM)
Bundesschatzanweisungen („Schätze“) WKN 113 696 ISIN DE0001136968	12. Dezember 2001	2 Jahre, fällig 12. Dezember 2003, Zinslaufbeginn 12. Dezember 2001, erster Zinstermin 12. Dezember 2002	ca. 19,6 Mrd. DM*
Viertes Quartal 2001 insgesamt			ca. 52,9 Mrd. DM
* Einschließlich Marktpflegequote, bei Bundesobligationen zusätzlich einschließlich Absatz aus der Daueremission.			

Tilgungen im vierten Quartal 2001

	Oktober	November	Dezember	4. Quartal 2001
Anleihen des Bundes	-	-	-	-
Bundesobligationen	-	16,0	-	16,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	9,8	9,8
U-Schätze des Bundes	12,9	-	-	12,9
Bundesschatzbriefe	1,4	4,1	-	5,5
Finanzierungsschätze	0,4	0,4	0,2	1,0
Anleihe Deutsche Bundesbahn	-	-	-	-
Anleihen Fonds „Deutsche Einheit“	-	-	-	-
Ausgleichsforderungen, Ausgleichsfonds Währungsumstellung	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen	1,2	3,5	2,9	7,6
Medium Term Notes der Treuhandanstalt	0,2	0,2	-	0,4
Insgesamt	16,0	24,3	12,9	53,2

* Einschließlich der seit 1. Juli 1999 in die Bundeschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundesseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Entwicklung der Länderhaushalte

Die Haushaltsentwicklung der Länder von Januar bis einschließlich September 2001 stellt sich wie folgt dar:

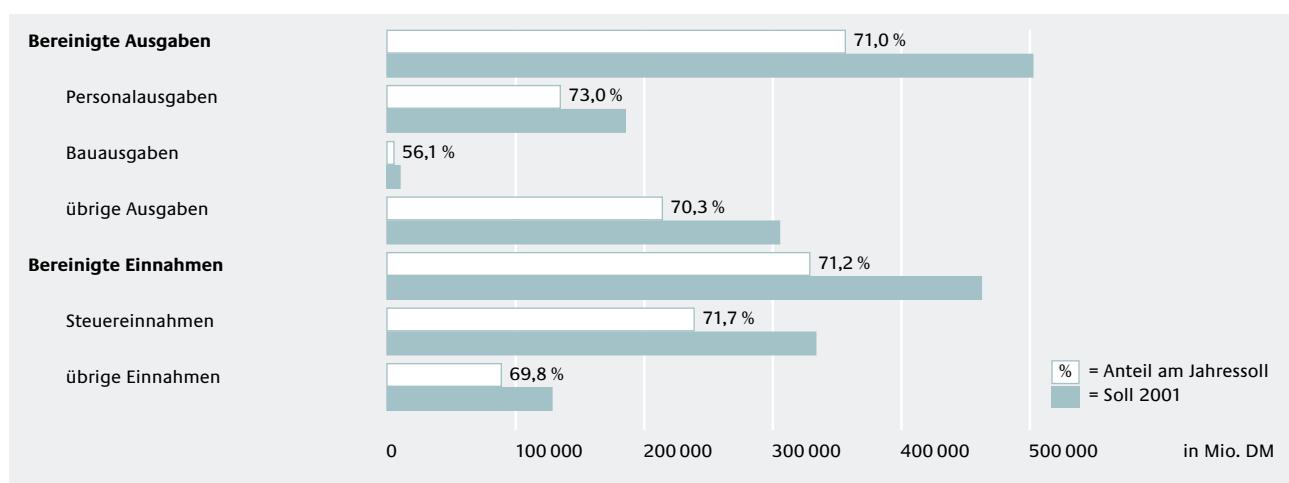
Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen die bereinigten Ausgaben der Länder insgesamt um 3,0 %, während die Einnahmen um 2,4 % unter dem Vorjahresniveau blieben. Das Defizit der Länder insgesamt betrug 27,3 Mrd. DM, rund 18,7 Mrd. DM über dem Defizit im Vergleichszeitraum 2000. Die Haushaltsplanungen der Länder gehen für das Jahr 2001 von einem Gesamtdefizit in Höhe von knapp 40 Mrd. DM aus. Das Haushaltssoll wurde bei den Ausgaben und Einnahmen zu jeweils rund 71 % ausgeschöpft.

Die Ausgabensteigerung war insbesondere auf die hohen Wachstumsraten in den west-

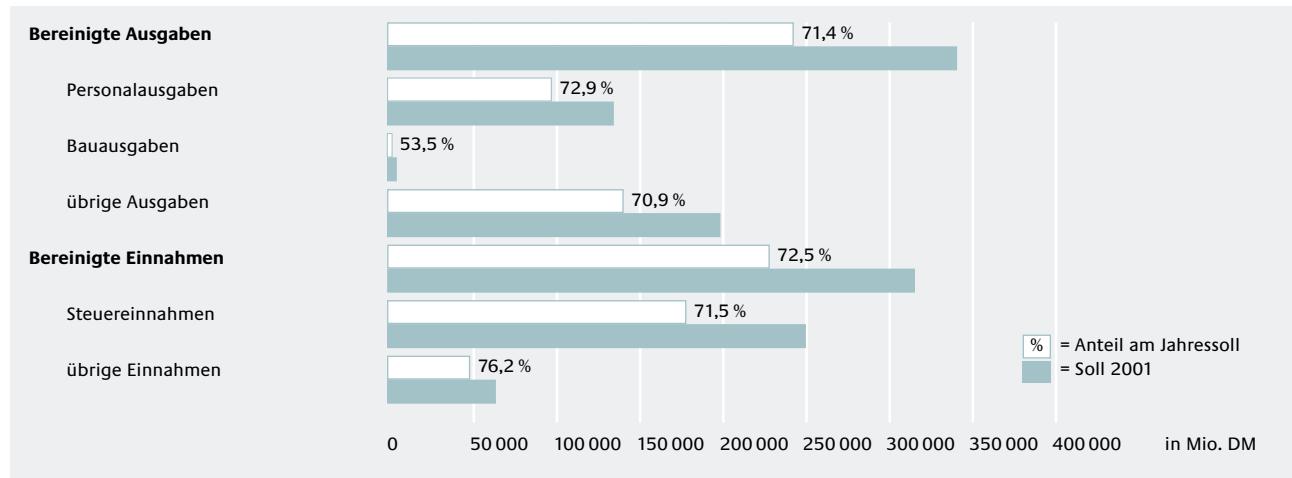
deutschen Flächenländern sowie den Stadtstaaten zurückzuführen. Die gegenüber dem Vorjahreszeitraum geringeren Einnahmen beruhten im Wesentlichen auf überdurchschnittlichen Rückgängen der Steuereinnahmen in den westdeutschen Flächenländern sowie den Stadtstaaten. Das Defizit belief sich in den westdeutschen Flächenländern auf 14,9 Mrd. DM (Soll 2001: 25,5 Mrd. DM), in den neuen Bundesländern auf 1,5 Mrd. DM (Soll 2001: 5,3 Mrd. DM) und 10,8 Mrd. DM (Soll 2001: 9,1 Mrd. DM) in den Stadtstaaten.

Die Aussagekraft der Haushaltsentwicklung bis zum jetzigen Zeitpunkt ist für den tatsächlichen Haushaltsverlauf zum Ende des Jahres noch begrenzt. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie zu den Haushaltsplanungen erlaubt daher noch keine weiter gehende Bewertung. Allerdings ist derzeit schon absehbar, dass das Finanzierungsdefizit nicht in ähnlichem Umfang wie im Vorjahr unterschritten werden dürfte.

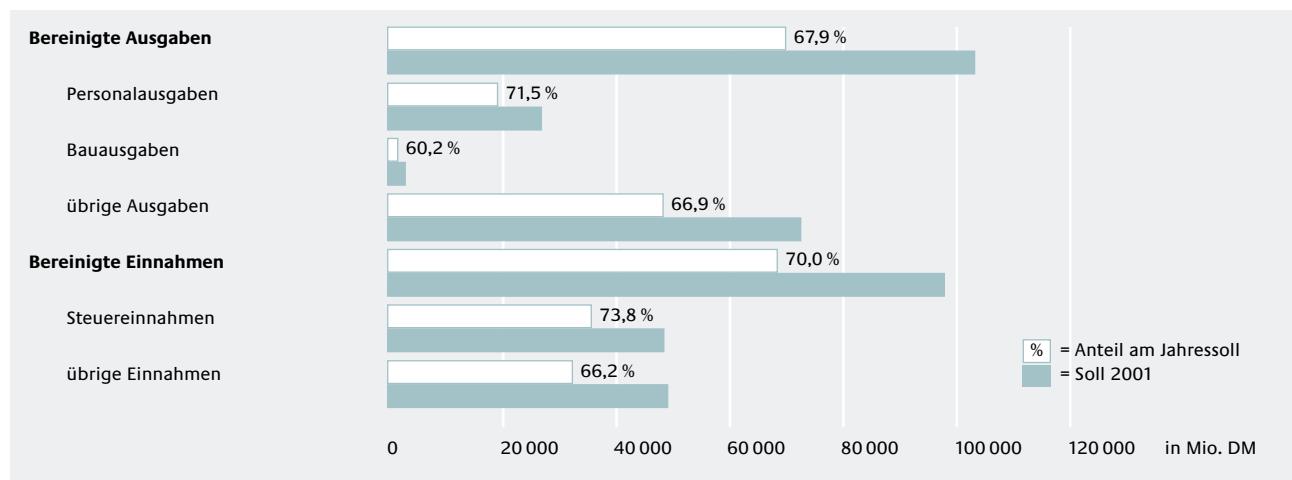
Länder insgesamt



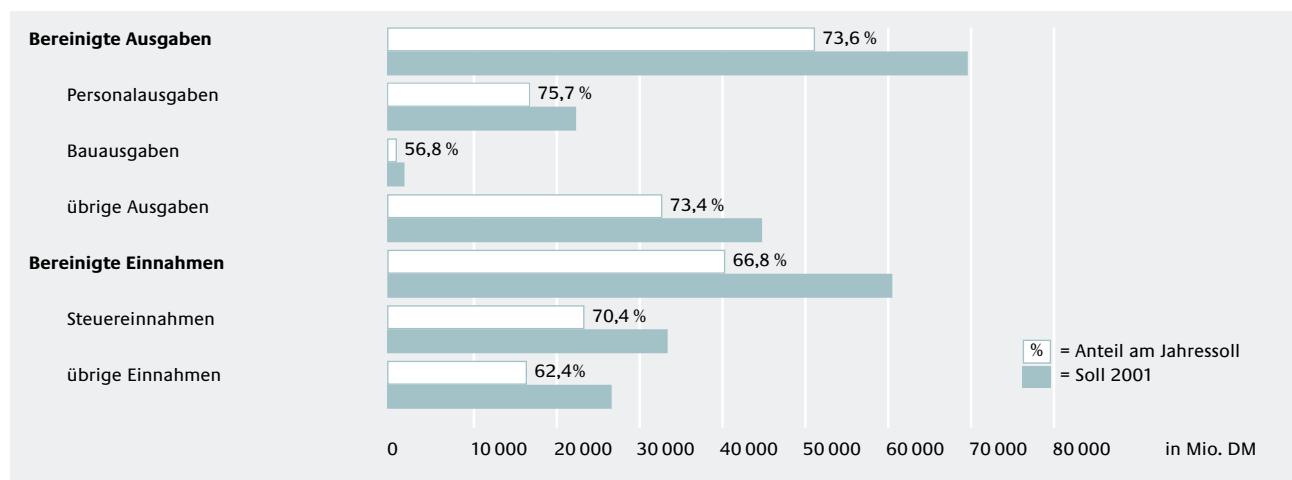
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 3. bis 4. Dezember 2001 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
- 6. Dezember 2001 – Minister Eichel besucht den französischen Haushaltsausschuss in Paris
- 14. Dezember 2001 – Euro-Gruppe, ECOFIN und Europäischer Rat in Laeken
- 21. bis 22. Januar 2002 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
- 24. Januar 2002 – Deutsch-irische Gespräche in Dublin

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Klarsicht – **Kfz-Steuer für Nutzfahrzeuge**
- Klarsicht – **Kfz-Steuer für Pkw**
- Fachblick – **Steuerstrafsachen – Statistik 2000**
- Fachblick – **Steuer- und Zollfahndung – Ergebnisse 2000**
- Fachblick – **18. Subventionsbericht der Bundesregierung**
- Fachblick – **Finanzplan des Bundes 2001 bis 2005**
- Fachblick – **Bundshaushalt 2002 – Tabellen und Übersichten (November 2001)**
- Fachblick – **Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich**

Die Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim
Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
Telefon 0 18 88 6 82 – 17 96
Telefax 0 18 88 6 82 – 46 29
Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

Terminplanung für die Aufstellung und Beratung Haushaltsentwurf 2002

Haushaltsentwurf 2002

- | | |
|---------------------------|---------------------------------|
| 26. November 2001 | Finanzplanungsrat |
| 27. bis 30. November 2001 | 2./3. Lesung Bundestag |
| 6. Dezember 2001 | Finanzausschuss Bundesrat |
| 20. Dezember 2001 | 2. Beratung Bundesrat |
| Ende Dezember 2001 | Verkündung im Bundesgesetzblatt |



Analysen und Berichte

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	31
Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 3. Quartal 2001	37
Der Euro kurz vor der Einführung des Bargeldes – eine Bestandsaufnahme aus ökonomischer und wirtschaftspolitischer Sicht	51
Wirtschaftslage und Reformprozess in den EU-Beitrittskandidaten Mitte 2001	59
Der Subsidiaritätsbericht 2000	79
Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft	85

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland¹

1. Gesamtwirtschaft	31
2. Arbeitsmarkt	31
3. Produzierendes Gewerbe	32
4. Privater Konsum	33
5. Außenwirtschaft	34
6. Preise	34

1. Gesamtwirtschaft

Nach den vorliegenden kurzfristigen Konjunkturindikatoren verliefen die wirtschaftlichen Aktivitäten im dritten Vierteljahr weiterhin gedämpft. Insgesamt könnte aber das im Vorquartal erreichte Niveau der gesamtwirtschaftlichen Leistung in etwa gehalten worden sein. Allerdings fielen die Einzelergebnisse für den September zumeist ungünstiger aus als der entsprechende Durchschnittswert des dritten Quartals. Hinzu kam eine deutliche Verschlechterung der Stimmung in den Wirtschaftsunternehmen im Gefolge der Terroranschläge vom 11. September 2001.

In der Industrie ist die Produktion im dritten Quartal nur wenig gesunken, allerdings hat es beim Auftragseingang teilweise erhebliche Einbußen gegeben. Dabei zeigte sich aber in der ostdeutschen Industrie ein günstigeres Bild. Der deutsche Warenexport hatte bis einschließlich August und damit auch im Vierteljahresdurchschnitt nochmals merklich zugelegt, aber im September für sich genommen kam es zu einem spürbaren Rückschlag. Dagegen verlief der Einzelhandelsumsatz im gesamten Quartal ohne Schwung. Am Arbeitsmarkt macht sich die abgeschwächte Konjunktur immer stärker bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen ist weiter angestiegen.

Erfreulich ist dagegen, dass der Preisauftrieb auf allen Stufen auf dem Rückzug ist. Dadurch ergeben sich zusätzliche Spielräume für die Ausweitung des privaten Konsums. Auch die monetären Rahmenbedingungen haben sich mit dem jüngsten Zinsschritt der Europäischen Zentralbank verbessert.

2. Arbeitsmarkt

Größere direkte Auswirkungen der **Terroranschläge** vom 11. September auf den Arbeitsmarkt waren – den Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit zur Entwicklung bei einzelnen Berufsgruppen zufolge – bislang nicht festzustellen. Von der erhöhten Unsicherheit und den zurückgeschraubten Erwartungen hinsichtlich des weiteren Konjunkturverlaufs könnten jedoch in den kommenden Monaten dämpfende Effekte auf die Nachfrage nach Arbeitskräften ausgehen. Wesentlich bedingt durch die schwache wirtschaftliche Aktivität ist der saisonübliche Abbau der **Arbeitslosenzahl** in diesem Oktober weit geringer ausgefallen als in den Jahren zuvor. Dementsprechend ist die saisonbereinigte² Zahl der Arbeitslosen gegenüber September bundesweit um 27 000 angestiegen. Dies bedeutet eine wesentliche Beschleunigung gegenüber der seit Jahresbeginn zu beobachtenden Zunahme um rund 13 000 im Durchschnitt der Monate Januar bis September. Zwar war bereits im September ein kräftiger Anstieg der saisonbereinigten Zahl (+23 000) registriert worden, doch war diese Zunahme durch Ferieneffekte über- und diejenige im August (+1 000) entsprechend unterzeichnet worden. Mit 3,73 Mio. Personen lag die Zahl der im Oktober registrierten Arbeitslosen um 114 000 – und damit erneut stärker als in den beiden Monaten davor – über ihrem seinerzeit stark rückläufigen Vorjahresstand. Zwar hat hierzu beige tragen, dass der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen reduziert wurde und das Arbeitskräfteangebot zugenommen hat, doch kommt

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 16. November 2001 vorlagen.

² Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den in diesem Bericht verwendeten Angaben um Berechnungen nach dem Census-Verfahren.

andererseits die konjunkturbedingte Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt schon darin zum Ausdruck, dass gegenüber dem Vorjahr im Oktober 74 000 mehr Kurzarbeiter und 49 000 weniger offene Stellen registriert wurden.

Die Zahl der **Erwerbstäigen** hat sich nach den bis August reichenden Angaben zuletzt saisonbereinigt kaum verändert. Weniger ungünstig stellt sich nunmehr – nach einer Neuberechnung durch das Statistische Bundesamt – die Beschäftigungsentwicklung seit Jahresbeginn dar. War bis Juli (gegenüber Dezember 2000) bisher von einer saisonbereinigten Abnahme um 61 000 Personen ausgegangen worden, beträgt der Rückgang nach der Neuberechnung jetzt für August 34 000 Erwerbstäige. Gegenüber dem Vorjahresstand ergibt sich nunmehr nach den Ursprungszahlen ein Plus von 35 000 Beschäftigten.

Nach der Gebietsstandsänderung vom April, bei der im Rahmen der Berliner Verwaltungsbezirksreform eine Arbeitsamtsgeschäftsstelle mit 12 600 Arbeitslosen von Ost nach West wechselte, kam es mit dem Oktober-Ergebnis zu einer entsprechenden Neuzuordnung einer Geschäftsstelle mit 19 900 Arbeitslosen von West nach Ost. Beide Änderungen zusammengenommen führen rein rechnerisch zu einer Abnahme der für das Bundesgebiet West ausgewiesenen Arbeitslosenzahl um 7 300 und zu einer entsprechenden Zunahme im Osten. Rechnet man die Effekte der Gebietsstandsänderungen heraus, ergibt sich folgendes Bild: Im **früheren Bundesgebiet** hat die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt im Oktober um 30 000 Personen zugenommen. Dies ist rund dreimal so viel wie im Durchschnitt der Monate Januar bis September. Im Vorjahresvergleich hat sich die Arbeitslosenzahl um 77 000 Personen erhöht. In den **neuen Ländern** ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Oktober saisonbereinigt geringfügig zurückgegangen (-3 000). Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat kam es jedoch zu einer merklichen Zunahme (+37 000). Aller-

dings hat die Entlastung durch die Arbeitsmarktpolitik im selben Zeitraum spürbar nachgelassen (-70 000). Eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in den neuen Ländern dürfte hieraus angesichts des in den neuen Ländern rückläufigen Arbeitskräfteangebots aber nicht abzuleiten sein. Die Arbeitslosenquote ist mit 16,8 % immer noch mehr als doppelt so hoch wie im Westen (7,2 %).

3. Produzierendes Gewerbe

Die weltweite Konjunktureintrübung hatte sich in der deutschen **Industrie** zunächst durch eine ausgeprägte Nachfrageabschwächung, die mit Beginn dieses Jahres einsetzte, bemerkbar gemacht. Im Vergleich dazu wurde die **Produktion** zeitversetzt und bislang nur vergleichsweise moderat zurückgefahren. Daher war es erst im zweiten Quartal zu einer deutlichen Niveauabsenkung gekommen; im dritten Vierteljahr hat sich die Abwärtsbewegung wieder merklich abgeflacht. So ging der saisonbereinigte Produktionsindex im zweiten Quartal um 2,1 %, im dritten aber nur noch um 0,6 % zurück. Stabilisierend wirkte sich zuletzt die leicht gestiegene Konsumgüter-Produktion (+0,4 %) aus. Insgesamt lag das Produktionsniveau in der Industrie im dritten Vierteljahr um 1,4 % (arbeitstäglich bereinigt) unter ihrem entsprechenden Vorjahresstand. Dazu passt auch, dass die **Kapazitätsauslastung** – nach den Ergebnissen des ifo-Konjunkturtests vom September 2001 – zwar weiter gesunken ist, aber mit 84,6 %³ (Westdeutschland) immer noch auf dem Durchschnittsniveau der letzten zehn Jahre lag. Allerdings lassen die vorlaufenden Konjunkturindikatoren erwarten, dass sich die Produktionstätigkeit in nächster Zeit weiter – und möglicherweise stärker als bisher – abschwächen wird. So ist im September der **Auftragseingang** in der Industrie stark zurückgegangen, was wohl auch im Zusammenhang mit den Terroranschlägen in den USA zu sehen ist. Hinzu kommt, dass dabei wesentlich weniger Großaufträge als sonst im September erteilt wurden. Im Durchschnitt

³ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

des dritten Vierteljahres ergibt sich preis- und saisonbereinigt ein Auftragsrückgang gegenüber dem Vorquartal um 2,7 %, wobei die Auslandsnachfrage überdurchschnittlich stark nachgelassen hat. Am stärksten waren vom Auftragschwund die konjunkturreagiblen Investitions- und Vorleistungsgüterproduzenten betroffen. Insgesamt lag das Auftragsvolumen im dritten Quartal um 5,4 % unter ihrem Vorjahresniveau.

Angesichts dieser Situation ist es nicht verwunderlich, dass sich die **Stimmung** in den Industrieunternehmen im September – zumal unter dem Eindruck der Ereignisse vom 11. September 2001 – massiv verschlechtert hat. Bei dem vom ifo-Institut ermittelten Geschäftsklima in der **westdeutschen Industrie** hat sich der zuvor bereits erreichte Negativsaldo fast verdoppelt. Dabei wurden sowohl die aktuelle Lage als auch die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate erheblich pessimistischer als im Vormonat beurteilt.

Eine bemerkenswert günstige Entwicklung war – zumindest bisher – in der **ostdeutschen Industrie** zu beobachten. Sowohl in der Verlaufs betrachtung als auch im Vorjahresvergleich waren beim Produktionsindex für das dritte Vierteljahr positive Veränderungsraten zu verzeichnen. Dabei wiesen vor allem der Automobilbau und die Hersteller von Energieerzeugungsanlagen überdurchschnittliche (zweistellige) Vorjahresabstände des Produktionsindex auf. Auch die Auftragslage stellte sich günstiger dar als im Westen. So haben die Bestelleingänge im dritten Quartal um 3,0 % zugelegt und lagen damit deutlich über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Allerdings hat sich auch in den ostdeutschen Industrieunternehmen die Stimmungslage, die bisher signifikant optimistischer war als im Westen, zuletzt ebenfalls rapide verschlechtert. Dabei wurden die Geschäftsaussichten sogar noch ungünstiger als im früheren Bundesgebiet beurteilt.

Aus der lang anhaltenden Rezession am Bau ergibt sich weiterhin eine erhebliche Belastung

für die Gesamtkonjunktur. Im **Bauhauptgewerbe** ist die Produktion nach dem massiven Einbruch im ersten Halbjahr zuletzt aber nicht noch weiter rückläufig. In Westdeutschland erhöhte sich im dritten Quartal die Bauleistung saisonbereinigt um 1,0 % und im Osten konnte sie sich knapp auf dem Vorquartalsniveau (-0,2 %) behaupten. Im Vorjahresvergleich ergeben sich aber weiterhin gravierende negative Abstände (West: -7,6 %, Ost: -16,2 %). Die Nachfragesituation, die im zweiten Quartal deutliche Zeichen einer Belebung aufwies, hat sich danach wieder verschlechtert.

4. Privater Konsum

Im Gefolge der sich weiter abkühlenden konjunkturellen Entwicklung zeigen auch die inländischen Konsumausgaben zunehmende Anzeichen von Schwächetendenzen. Dies kommt vor allem in der aktuellen Entwicklung der Einzelhandelsumsätze zum Ausdruck, die im dritten Vierteljahr gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 0,5 % abnahmen. Als Umsatzstützen erwiesen sich vor allem der Einzelhandel mit Kraftwagen, Kraftwagenteilen und Zubehör sowie der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, die im betrachteten Zeitraum nennenswerte Umsatzzuwächse zu verzeichnen hatten.

Auch für die nächsten Monate dürften von der Konsumnachfrage wenig konjunkturstützende Impulse ausgehen. Nach den Umfrageergebnissen der Gesellschaft für Konsumforschung ist die Anschaffungsneigung der Verbraucher derzeit angesichts deutlich verschlechterter Konjunkturerwartungen und der damit verringerten Arbeitsplatzsicherheit gedämpft. Auch der überdurchschnittliche Rückgang der Inlandsaufträge bei den Konsumgüterproduzenten im dritten Quartal ist ein Indikator dafür, dass die private Konsumnachfrage in nächster Zeit eher verhalten bleiben dürfte. Andererseits führt der deutlich abgeschwächte Preisauftrieb wieder zu einer spürbaren finanziellen Entlastung bei den Verbrauchern, die durchaus für eine gewisse

Ausweitung des privaten Konsums genutzt werden könnte.

5. Außenwirtschaft

Der nominale Wert der **Exporte** ist im September gegenüber August saisonbereinigt um 4,6 % gesunken. Dies war der stärkste Rückgang in einem Monat seit über fünf Jahren. Zu einem gewissen Teil dürfte dieses deutliche Minus jedoch auch eine technische Gegenreaktion auf den kräftigen Anstieg der Ausfuhrwerte im Monat zuvor (+3,8 %) gewesen sein. Im gesamten dritten Quartal verzeichneten die Ausfuhren – bei zunehmenden Schwankungen – gegenüber dem zweiten Quartal noch einen Zuwachs von 2,1 %. Der Vorjahresabstand ist auf zuletzt nur noch 1,3 % abgeschmolzen. Im August lagen die Ausfuhren noch um 9,3 % über dem Wert des entsprechenden Vorjahresmonats. Aufgrund der seit Jahresbeginn insgesamt recht stabilen Ausfuhrrentwicklung übertrifft der kumulierte Ausfuhrwert der ersten neun Monate dieses Jahres das vergleichbare Vorjahresniveau aber noch deutlich (+9,9 %). Gestützt wurde die Ausfuhrrentwicklung dabei vor allem durch Exporte in Länder der Europäischen Union, die nicht der Eurozone angehören. Die von Januar bis September 2001 kumulierten Exporte in diese Länder stiegen gegenüber dem Vorjahr um 8,1 % und der Ausfuhrwert in Drittländer erhöhte sich sogar um 13,5 %. Angesichts der sich weiter abkühlenden Weltkonjunktur ist in den kommenden Monaten mit einer weiteren Abschwächung der Ausfuhren zu rechnen. Eine solche Entwicklung signalisieren bereits die im September deutlich rückläufigen Auftragseingänge der Industrie aus dem Ausland.

Wie die Exporte sind auch die **Importe** in den letzten Monaten durch eine stark schwankende Entwicklung gekennzeichnet. Vor diesem Hintergrund dürfte der leichte Anstieg der Importwerte im September um saisonbereinigt 1,7 % zum Teil auch eine technische Reaktion auf den Rückgang im August sein. Der seit Jahresbeginn rückläufige Gesamtrend der Importentwicklung hat sich im

dritten Quartal fortgesetzt. Nachdem sich die Einfuhren im zweiten Quartal gegenüber dem ersten Quartal etwas stabilisiert hatten (+0,4 %), haben sie sich im Durchschnitt des dritten Quartals wieder abgeschwächt (-1,3 %). Die seit Jahresbeginn sich öffnende Schere zwischen der Entwicklung der Ausfuhren und der Einfuhren ist damit im dritten Quartal wieder etwas größer geworden.

Der Überschuss in der **Handelsbilanz** ist in den ersten neun Monaten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahressaldo um 32,5 Mrd. DM angestiegen. Der Negativsaldo der **Leistungsbilanz** hat sich damit trotz eines im Vergleich zum Vorjahr höheren Defizits der Bilanz der „unsichtbaren Transaktionen“ zuletzt auf -7,0 Mrd. DM vermindert, nach -22,1 Mrd. DM vor Jahresfrist.

6. Preise

Das Preisniveau in Deutschland hat sich auch in den Monaten September und Oktober weiter entspannt.

Die seit Juni 2001 rückläufige Entwicklung der **Einfuhrpreise** setzte sich im September fort. Mit einer Verringerung um 0,5 % gegenüber dem Vormonat fiel der Preisrückgang allerdings nicht ganz so deutlich aus wie in den vorangegangenen Monaten. Die weitere Abschwächung der weltwirtschaftlichen Entwicklung hat vor allem bei importierten Rohstoffen und Halbwaren im September wieder zu stärkeren Preisnachlässen beigetragen. Im Vorjahresvergleich unterschritt das Preisniveau der Einfuhrpreise den Stand vom September 2000 um 3,6 %; dies war die deutlichste Abnahme der Jahresveränderungsrate seit Juli 1999. Der kräftige Rückgang der Rohölpreise – von Mitte September 2001 verbilligte sich die Sorte Brent je Barrel von ca. 27 US-\$ auf zuletzt ca. 19 US-\$ – dürfte sich auch im Oktober in der Entwicklung der Einfuhrpreise niederschlagen.

Auf der **Erzeugerstufe** sind im September die Preise gewerblicher Produkte gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert geblieben

(+ 0,1 %), nachdem sie in den beiden Monaten zuvor zurückgegangen waren. Binnen Jahresfrist verringerte sich der Anstieg der Erzeugerpreise zuletzt auf + 1,9 %, nachdem er im August noch + 2,7 % betragen hatte. Der vergleichsweise geringe Preisauftrieb der Erzeugerpreise im September ist allerdings auch vor dem Hintergrund des starken Anstiegs der Jahresteuerungsrate von August auf September 2000 zu sehen (Basiseffekt).

Die **Verbraucherpreise** waren im Oktober mit - 0,3 % gegenüber dem Vormonat erneut rückläufig. Bereits im August war es hier zu einem Rückgang (- 0,2 %) gekommen; im September hatte sich der Preisindex für die Lebenshaltung nicht verändert. Zuletzt hatten vor allem starke Preissenkungen bei Heizöl und Kraftstoffen zu dieser

Entwicklung beigetragen. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat verminderte sich der Preisauftrieb im Oktober auf + 2,0 %, nach + 2,1 % im September.

Nach dem für die Länder der Europäischen Union vergleichbaren **harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI)** betrug der Preisanstieg in Deutschland im Oktober gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat ebenfalls 2,0 %. Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate aller EU-Mitgliedsländer lag in diesem Monat bei + 2,2 %. Den stärksten jährlichen Preisauftrieb innerhalb der EU verzeichneten die Niederlande (+ 5,0 %), Portugal (+ 4,2 %) und Irland (+ 3,8 %). Die Länder mit den niedrigsten Preissteigerungsraten waren das Vereinigte Königreich (+ 1,2 %), Frankreich (+ 1,8 %) sowie Luxemburg (+ 1,7 %).

Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 3. Quartal 2001

1 Übersicht über die wesentlichen Entwicklungen in den Monaten Januar bis September 2001	37
2 Die Entwicklung der Ausgaben	39
3 Die Entwicklung der Einnahmen	49

1 Übersicht über die wesentlichen Entwicklungen in den Monaten Januar bis September 2001

Die Entwicklung des Bundeshaushalts 2001 ist in den Monaten Januar bis September durch die deutliche Konjunkturabschwächung beeinflusst. Dies zeigt sich neben den Auswirkungen der Steuerreform in einem Rückgang der Steuereinnahmen. Durch sparsame Haushaltsführung ist die Dynamik der Ausgabenentwicklung gebremst.

Der finanzpolitische Rahmen für den Bundeshaushalt 2001 wird durch zwei Leitplanken – Schuldenabbau mit einer strikten Ausgabenbegrenzung sowie Schaffung eines tragfähigen und gerechten Steuer- und Abgabensystems – gesetzt.

Fortsetzung des Konsolidierungskurses. Mit dem Zukunftsprogramm 2000 vom August 1999 und den finanzpolitischen Leitplanken vom Dezember 2000 wurde ein mehrjähriges finanzpolitisches Konzept vorgelegt, mit dem die Handlungsspielräume zur Bewältigung der zentralen Zukunftsaufgaben zurückgewonnen werden können. Damit wurden die Weichen zur Verstärkung der Haushaltskonsolidierung als wesentlichem haushaltspolitischen Ziel gestellt. Dies ist der Weg zum mittelfristigen Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2006, bevor der Schuldenstand des Bundes dann schrittweise abgebaut wird.

Darüber hinaus wird der Bundeshaushalt 2001 durch grundlegende Reformen geprägt. Sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite werden im Bundeshaushalt 2001 klare und zukunftsweisende Akzente gesetzt.

Steuerreform 2000. Mit dem Steuersenkungsgesetz sowie dem Steuerergänzungsgesetz setzt die Bundesregierung ihre Politik zur Entlastung aller Steuerzahler durch weitere allgemeine Tarifabsenkungen und eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung konsequent fort und stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Durch diese Maßnahmen werden Bürger und Unternehmen bis 2005 um 62,5 Mrd. DM entlastet. Dadurch wird zugleich die Binnennachfrage gestärkt und werden Investitionen gefördert. Dies sind wesentliche Voraussetzungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Ökosteuer. Mit der ökologischen Steuerreform zielt die Bundesregierung auf ein Umsteuern der Nachfrage in Richtung energiesparende und ressourcenschonende Produkte sowie auf die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien. Gleichzeitig wird der Faktor Arbeit durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge entlastet und die Abgabenbelastung in Deutschland auf die Faktoren Arbeit, Kapital und Umwelt gleichmäßiger verteilt.

Zukunftsinvestitionsprogramm. Der Einsatz der Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen zur Schuldentilgung hat Zinsersparnisse des Bundes in Höhe von jährlich rund 5 Mrd. DM zur Folge. Diese zusätzlichen Mittel werden zielgerichtet zur Zukunftsvorsorge insbesondere in den Bereichen Verkehr, Forschung und Bildung sowie Energie eingesetzt.

Eckwerte für den Bundeshaushalt in den Monaten Januar bis September 2001. Der Bundeshaushalt stellt sich in den Monaten Januar bis September 2001 wie in der auf Seite 38 stehenden Tabelle dar.

Die Ausgaben in den Monaten Januar bis September 2001 liegen mit 359,7 Mrd. DM um knapp 1,9 Mrd. DM über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Damit nähert sich die Veränderungsrate von + 0,5 % gegenüber dem Vorjahr dem Sollwert von - 0,2 % an. Die Mehrausgaben, die insbesondere beim Zuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit und für die Arbeitslosenhilfe entstehen, sollen durch eine sparsame Haushaltsführung möglichst weitgehend ausgeglichen werden.

Die wichtigsten Ausgabenänderungen gegenüber den Monaten Januar bis September 2000 ergeben sich bei folgenden Positionen:

Die Einnahmen des Bundes (ohne Münzeinnahmen) erreichten in den Monaten Januar bis

	in Mrd. DM
Leistungen an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	+ 6,6
Bundesanstalt für Arbeit	+ 2,7
Zuschuss an die Postunterstützungskassen	+ 0,9
Zinsen	+ 0,9
Wissenschaft und Forschung	+ 0,4
Bundeseisenbahnvermögen	- 3,8
Gewährleistungen	- 1,5
Arbeitslosenhilfe	- 1,1

September 2001 305,2 Mrd. DM und liegen damit um 0,5 % über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Dabei liegen die Steuereinnahmen mit 265,3 Mrd. DM um 6,1 Mrd. DM unter dem Vorjahresvergleichsergebnis. Einen Zuwachs um 7,6 Mrd. DM gab es dagegen bei den Verwaltungseinnahmen.

Die Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen führte zu einem Finanzierungsdefizit von 54,5 Mrd. DM. Hier ist zu berücksichtigen, dass im Jahresverlauf die Einnahme- und Ausgabenentwicklung nicht gleichmäßig verläuft. Deshalb können noch keine Rückschlüsse auf das Jahresergebnis gezogen werden.

Die Finanzierung des Defizits erfolgte durch eine Nettokreditaufnahme von 30,3 Mrd. DM. Unter Einbeziehung der Münzeinnahmen wurde der kassenmäßige Fehlbetrag von 24,6 Mrd. DM durch Kassenverstärkungskredite sowie durch Mittel aus Verwahrkonten z. B. der BvS und der Länder gedeckt.

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2001 ist eine neue staatliche Haushaltssystematik in Kraft getreten. Die seit 1969 geltende Haushaltssystematik wurde überarbeitet. Dabei gab es Veränderungen, auch inhaltlicher Art, in den zentralen

Eckwerte für den Bundeshaushalt im 3. Quartal

	Soll 2001	Januar bis September 2001 in Mrd. DM ¹	Anteil am Soll in %
Ausgaben	477,0	359,7	75,4
- Veränderungen (%) ²	- 0,2	+ 0,5	.
Einnahmen			
- Steuereinnahmen	384,6	271,5	69,0
- Verwaltungseinnahmen	48,5	32,2	82,0
- Münzeinnahmen	0,2	- 0,4	.
- Nettokreditaufnahme	43,7	30,3	69,3
nachrichtlich:			
Investitionen	58,0	42,1	72,6

¹ Differenzen durch Rundung.
² Jeweils gegenüber Ist des Vorjahres.

Elementen Gruppierungsplan (Gliederung nach volkswirtschaftlichen Arten) und Funktionenplan (Gliederung nach Aufgabenbereichen). Die damit verbundene neue Zuordnung der Einnahmen und

Ausgaben führt teilweise zu Brüchen beim Vergleich zu früheren Zeiträumen. Dies betrifft insbesondere die Aufgabenbereiche Allgemeine Dienste und Allgemeine Finanzwirtschaft.

2 Die Entwicklung der Ausgaben

Soziale Sicherung

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2001	Januar bis September	2000	Januar bis September	gegenüber Vorjahr
	in Mrd. DM	in Mrd. DM	in Mrd. DM	in Mrd. DM	in %
Leistungen an die Rentenversicherung	135,5	110,6	104,0	+ 6,6	+ 6,4
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	66,2	55,2	54,4	+ 0,7	+ 1,4
zusätzlicher Zuschuss	23,8	19,8	14,8	+ 5,0	+ 34,1
Beiträge für Kindererziehungszeiten	22,6	16,9	16,8	+ 0,1	+ 0,7
Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	2,1	1,6	1,9	- 0,3	- 14,7
Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	14,6	12,1	12,1	+ 0,01	+ 0,1
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	4,5	3,7	2,7	+ 0,9	+ 35,0
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	7,6	5,9	5,5	+ 0,4	+ 8,1
darunter:					
Altersversicherung	4,3	3,3	3,2	+ 0,2	+ 5,3
Krankenversicherung	2,3	1,8	1,5	+ 0,3	+21,4
Unfallversicherung	0,5	0,4	0,4	0,0	0,0
Arbeitsmarktpolitik	25,3	28,5	28,1	+ 0,4	+ 1,5
darunter:					
Bundesanstalt für Arbeit	1,2	9,2	6,5	+ 2,7	+ 41,7
Arbeitslosenhilfe	22,6	18,4	19,4	- 1,1	- 5,5
Eingliederungsleistungen für Spätaussiedler	0,8	0,5	0,6	- 0,1	- 16,8
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,8	0,5	1,7	- 1,2	- 69,5
Erziehungsgeld	6,9	4,9	5,0	- 0,1	- 2,6
Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern	0,9	0,9	0,9	- 0,05	- 5,9
Wohngeld	3,9	2,9	2,5	+ 0,4	+ 15,1
	7,7	6,5	6,9	- 0,4	- 6,1

Leistungen an die Rentenversicherung. Der allgemeine Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung orientiert sich an der Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigtem Arbeitnehmer im vergangenen Jahr sowie an der Veränderung des Beitragssatzes. Dabei wird jeweils der Beitragssatz zugrunde gelegt, der sich ohne Berücksichtigung des zusätzlichen Bundeszuschusses ergeben würde.

Dem Ansatz für 2001 liegt die Senkung des Beitragssatzes von 19,3 % auf 19,1 % zugrunde.

Zur pauschalen Abgeltung nicht beitragsdeckter Leistungen zahlt der Bund in jedem Kalenderjahr einen zusätzlichen Bundeszuschuss an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten. Der zusätzliche Bundeszuschuss betrug für das Jahr 1999 15,6 Mrd. DM. Ab 2000 verändert sich der zusätzliche Bundeszuschuss (ohne den im Folgenden beschriebenen Erhöhungsbetrag) jährlich entsprechend der Veränderungsrate der Steuern vom Umsatz; hierbei bleiben Änderungen der Steuersätze im Jahr ihres Wirksamwerdens unberücksichtigt. Finanziert wird der zusätzliche Bundeszuschuss durch die

Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes von 15 % auf 16 % ab 1. April 1998. Darüber hinaus zahlt der Bund aufgrund der Regelungen des Haushaltssanierungsgesetzes im Rahmen des zusätzlichen Bundeszuschusses ab dem Jahr 2000 aus dem Aufkommen der weiteren Stufen der Ökosteuerreform Erhöhungsbeträge zur Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten.

Aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte trägt der Bund die Beiträge zur Rentenversicherung für Kindererziehungszeiten. Bis zur Einführung einer individuellen Beitragszahlung erfolgt eine pauschale Abgeltung dieser Leistungen.

Ebenfalls aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte erstattet der Bund den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten die Aufwendungen für Auffüllbeträge und Rentenzuschläge entsprechend dem Übergangsrecht für Renten nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets sowie für Leistungen nach dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligung für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet.

Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben der knapschaftlichen Rentenversicherung im Kalenderjahr und sichert somit ihre dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Bund erstattet der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die Aufwendungen, die ihr aufgrund der Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen der neuen Länder erworbenen Ansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung entstehen. Die gegenüber dem Vorjahr höheren Ausgaben beruhen auf Leistungsausweitungen durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundessozialgerichts. Die neuen Länder erstatten dem Bund rund zwei Drit-

tel seiner Aufwendungen (Januar bis September 2001 = 2,1 Mrd. DM).

Landwirtschaftliche Sozialpolitik. Die Beiträge für die soziale Absicherung der Landwirte dienen der Verbesserung der Lebensverhältnisse der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen durch Absicherung gegen soziale Risiken wie Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Unfall. Außerdem wird der fortschreitende Strukturwandel in der Landwirtschaft sozialpolitisch begleitet.

Arbeitsmarktpolitik. Der Bund zahlt im Jahresverlauf Betriebsmitteldarlehen als Liquiditätshilfen an die Bundesanstalt für Arbeit. Soweit diese Darlehen nach Beendigung des Haushaltsjahres aus den Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit nicht zurückgezahlt werden können, werden sie in einen Zuschuss umgewandelt. Damit wird die Fortführung der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau sichergestellt. Die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit werden auch für das Sofortprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt. Außerdem wurde ein großer Teil der Kosten für die aktive Arbeitsmarktpolitik, wie Strukturanpassungsmaßnahmen und das Langzeitarbeitslosenprogramm, in den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit verlagert. Aufgrund der abgeflachten Konjunktur und der damit verbundenen ungünstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist zum Jahresende mit signifikanten Zusatzbelastungen beim Zuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit zu rechnen.

Der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger an allen Empfängern von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe liegt weiterhin auf hohem Niveau und wird zum Jahresende aufgrund der Arbeitsmarktentwicklung zusätzliche Aufwendungen erfordern. Die gegenüber den Ausgaben des Vorjahrs bisher geringen Aufwendungen sind auf die fortlaufenden Entlastungswirkungen des Haushaltssanierungsgesetzes zurückzuführen. Zu nennen sind hier die Herabsetzung der Bemes-

sungsgrundlage für die Renten- und Pflegeversicherungsbeiträge auf den Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe sowie der Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe. Darüber hinaus wurde ab 2001 die Bemessungsgrundlage für die Krankenversicherungsbeiträge von 80 % auf 58 % des Bemessungsentgelts abgesenkt.

Erziehungsgeld. In den ersten sechs Lebensmonaten eines Kindes wird das Erziehungsgeld für Mütter oder Väter grundsätzlich in voller Höhe (600 DM/Monat) gewährt. Jedoch entfällt der Anspruch auf Erziehungsgeld, wenn die Einkommensgrenzen bei Eltern mit einem Kind 100 000 DM, bei Alleinerziehenden 75 000 DM überschreiten. Ab dem siebten Lebensmonat des Kindes wird das Erziehungsgeld einkommensabhängig gewährt. Die hier zugrunde zu legenden Einkommensgrenzen sind mit der Erziehungsgeldnovelle für ab dem 1. Januar 2001 geborene Kinder um rund 10 % – von 29 400 DM auf 32 200 DM – für Eltern mit einem Kind bzw. um rund 11 % – von 23 700 DM auf 26 400 DM – für Alleinstehende mit einem Kind deutlich erhöht worden. Für jedes weitere Kind erhöht sich die Einkommensgrenze um derzeit 4 800 DM. Bei Überschreiten dieser Einkommensgrenzen vermindert sich das Erziehungsgeld in Abhängigkeit von der Höhe des Einkommens bis hin zum völligen Wegfall.

Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern. Entsprechend dem Pflegeversicherungsgesetz gewährt der Bund den neuen Ländern in den Jahren 1995 bis 2002 Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 6,4 Mrd. DM zur Förderung von Investitionen in Pflegeeinrichtungen.

Wohngeld. Das Wohngeld, das in der Regel auf Antrag als Miet- – oder Lastenzuschuss gewährt wird, tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Ab dem Jahr 2001 wurden die Leistungen im Rahmen der Wohngeldleistungsnovelle erhöht. Die Leistungen für die Empfänger des allgemeinen Wohngeldes wurden familienfreundlich verbessert, die bisher unterschiedlichen Regelungen für die neuen und alten Länder vereinheitlicht.

Kriegsopfersversorgung und -fürsorge, Wiedergutmachung. Der größte Teil der Ausgaben im Berichtszeitraum entfällt mit 5,6 Mrd. DM auf Leistungen für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz. Zu den Ausgaben gehören auch die Leistungen an Wehrdienstbeschädigte der Bundeswehr sowie Zivilbeschäftigte.

Die insgesamt sinkenden Ausgaben lassen sich überwiegend auf einen kontinuierlichen Rückgang der Leistungsempfänger zurückführen.

Allgemeine Dienste

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2001 in Mrd. DM	Januar bis September 2001 in Mrd. DM	2000 in Mrd. DM	Januar bis September in Mrd. DM	gegenüber Vorjahr in %
Versorgung	12,4	9,4	9,2	+ 0,2	+ 2,4
ziviler Bereich	4,9	3,7	3,7	+ 0,06	+ 1,5
militärischer Bereich	7,5	5,7	5,5	+ 0,2	+ 3,0
Verteidigung	46,9	33,6	33,3	+ 0,3	+ 0,9
Militärische Beschaffungen	15,0	10,5	10,4	+ 0,1	+ 0,8
Beteiligung der Bundeswehr im internationalen Rahmen	1,1	1,0	1,3	- 0,3	- 23,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	7,3	5,2	5,2	- 0,01	- 0,1
Bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit	3,1	2,2	2,1	+ 0,1	+ 4,9
Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA)	0,9	0,7	0,7	- 0,02	- 3,5
Beteiligung am „Europäischen Entwicklungsfonds“	0,9	0,6	0,8	- 0,2	- 25,2
Politische Führung und zentrale Verwaltung	9,3	6,3	9,9	- 3,6	- 36,7
Finanzverwaltung	4,5	3,0	3,0	+ 0,02	+ 0,7
Öffentliche Sicherheit	4,5	3,0	2,7	+ 0,3	+ 10,3

Versorgung. Entsprechend der ab 2001 neu in Kraft getretenen staatlichen Haushaltssystematik werden die Ausgaben für Versorgung unmittelbar den wichtigsten Aufgabenbereichen zugeordnet. Die hier zusammengefassten Versorgungsleistungen werden den entsprechenden Ausgaben, die bis zum Jahr 2000 im Bereich Allgemeine Finanzwirtschaft veranschlagt waren, gegenübergestellt.

Verteidigung. Unter den Ausgaben für militärische Beschaffungen werden insbesondere die Aufwendungen für Wehrforschung und militärische Entwicklung und Erprobung, für Materialerhaltung, für den Erwerb von militärischem Gerät sowie für Baumaßnahmen erfasst. Die größten Aufwendungen sind in den Monaten Januar bis September 2001 für die Erhaltung von Fluggerät (1,5 Mrd. DM), für den Erwerb von Schiffen für die Marine (1,1 Mrd. DM) sowie die Entwicklung und Beschaffung des Waffensystems Eurofighter (1,1 Mrd. DM) angefallen.

Die Mittel für Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen – humanitären und sonstigen – Einsätzen werden insbesondere für den Einsatz der Bundeswehr in Südosteuropa verwendet. Im vergangenen Jahr wurden diese Aufwendungen gesondert außer-

halb des Verteidigungsbereiches veranschlagt. Der Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien erfordert im Hinblick auf die Bündnisfähigkeit Deutschlands zusätzliche Aufwendungen zur Sicherstellung der notwendigen Ausrüstung für den Auslandseinsatz auf dem Balkan.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit bildet den Schwerpunkt der Entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Hier ist der Mittelabfluss vom jeweiligen Projektfortschritt abhängig.

Einen erheblichen Anteil an den Ausgaben haben auch die Finanzierungsmechanismen zur multilateralen Unterstützung der Entwicklungsländer (z. B. IDA, Europäischer Entwicklungsfonds).

Politische Führung und zentrale Verwaltung. Bei den Ausgaben für den Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden. Darin sind 0,5 Mrd. DM für Baumaßnahmen zur Unterbringung des Deutschen Bundestages und Bundesrates sowie der Bundesregierung im Zuge der Verlagerung von Parlaments- und Regierungssitz nach Berlin enthalten.

Ab 2001 sind die Ausgaben für die Finanzverwaltung nicht mehr in dieser Position enthalten, sondern werden gesondert ausgewiesen.

Die Ausgaben für den Zivildienst, mit dem Kriegsdienstverweigerer dem Allgemeinwohl dienende Aufgaben, meist im sozialen Bereich, erfüllen, belaufen sich auf 1,5 Mrd. DM.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2001 in Mrd. DM	Januar bis September 2001 in Mrd. DM	2000 in Mrd. DM	Januar bis September in Mrd. DM	gegenüber Vorjahr in %
Deutsche Bahn AG	9,7	3,8	3,9	- 0,2	- 4,2
Bundeseisenbahnvermögen	7,9	4,5	8,3	- 3,8	- 45,4
Straßen (ohne Gemeindeverkehrsförderungsgesetz)	10,9	6,4	6,2	+ 0,2	+ 2,6
Bundesautobahnen	6,0	3,9	4,0	- 0,1	- 3,1
Bundesstraßen	4,6	2,4	2,1	+ 3,3	+ 14,3
Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsförderungsgesetz	3,3	1,8	1,6	+ 0,2	+ 12,3

Deutsche Bahn AG. In den Ausgaben sind 3,1 Mrd. DM an Investitionsausgaben in die Schienenwege und das Sachanlagevermögen im Bereich der ehemaligen Deutschen Reichsbahn zur Angleichung des Schienennetzes und der sonstigen erforderlichen Eisenbahninfrastruktur enthalten. Die Leistung der Ausgaben ist wie in den vergangenen Jahren auch an den Abschluss von Finanzierungsvereinbarungen über Schienenwege mit der DB AG gebunden, die die Grundlage für die Entsperrung der vorgesehenen Mittel bilden.

Bundeseisenbahnvermögen. Für folgende Positionen des nach der Ausgliederung der Deutschen Bahn AG verbliebenen Bundeseisenbahnvermögens (BEV) stellt der Bundeshaushalt Mittel bereit:

- Der Bund erstattet die Verwaltungsausgaben, die das BEV nicht durch eigene Einnahmen decken kann (Januar bis September 2001: 3,9 Mrd. DM; -3,5 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahreszeitraum 2000).
- Der Bund erstattet dem BEV die Kosten, die für den erhöhten Personalbedarf im Bereich der ehemaligen Deutschen Reichsbahn aufgrund des technisch-betrieblichen Rückstandes entstehen (Januar bis September 2001:

0,6 Mrd. DM; - 0,3 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahreszeitraum 2000).

Straßen. Nach Artikel 90 des Grundgesetzes verwalten die Länder die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen. Der Bundeshaushalt stellt daher in der Hauptsache die Haushaltssmittel für die betriebliche Unterhaltung, die Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie den Neubau der in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) bereit.

Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsförderungsgesetz. Entsprechend dem Gemeindeverkehrsförderungsgesetz (GVFG) ist ein Betrag bis zu 3 280 Mio. DM des Mehraufkommens an Mineralölsteuer zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden zu verwenden. Nach Abzug der Mittel für Forschungsvorhaben (7 Mio. DM) stehen knapp 3,3 Mrd. DM für Investitionen zur Verfügung. 80 % der Mittel verwalten die Länder in eigener Kompetenz. Der Gesetzgeber hat die Verantwortung für das Programm – außer bei größeren Vorhaben des Öffentlichen Personennahverkehrs (über 100 Mio. DM) – ganz auf die Länder übertragen. Der Bund hat auf die Gestaltung der Länderprogramme keinen Einfluss.

Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2001 in Mrd. DM	Januar bis September 2001 in Mrd. DM	2000 in Mrd. DM	Januar bis September in Mrd. DM	gegenüber Vorjahr in %
Regionale Förderungsmaßnahmen Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ darunter: in der GA eingesetzte EU-Mittel Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost	9,3 2,3	6,7 1,5	7,2 1,9	- 0,6 - 0,3	- 8,0 - 18,6
Förderung des Kohlenbergbaus Absatz- und Stilllegungshilfen Hilfen zur Kapazitätsanpassung	7,2 6,6 0,3	6,1 5,5 0,3	6,1 5,8 0,1	- 0,01 - 0,3 + 0,2	- 0,2 - 5,0 .
Mittelstandsförderung	1,4	1,0	1,2	- 0,2	- 13,7
Gewährleistungen	4,6	1,8	3,3	- 1,5	- 46,4
Landwirtschaft Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	2,7 1,7	1,4 0,5	2,0 0,8	- 0,7 - 0,2	- 32,8 - 27,8

Regionale Förderungsmaßnahmen. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die von Bund und Ländern je zur Hälfte finanziert wird, werden betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen unterstützt. Die Verantwortung für die Durchführung dieser Aufgabe liegt bei den Ländern. Die Förderung der neuen Länder bleibt auch 2001 auf hohem Niveau. Zu den Mitteln des Bundes treten Mittel aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“, die von den Ländern zusätzlich zu den nationalen Mitteln innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ eingesetzt werden (Januar bis September 2001: 0,2 Mrd. DM).

Die neuen Länder erhalten im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ab 1995 für die Dauer von zehn Jahren Mittel in Höhe von 6,6 Mrd. DM jährlich zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums. Im Gesamtbetrag sind 0,7 Mrd. DM für die Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung enthalten.

Förderung des Kohlenbergbaus. Der Ansatz für das Jahr 2001 berücksichtigt die Festlegungen

des Kohlekompromisses vom 13. März 1997, mit dem sich der Bund mit den Bergbauunternehmen, der IG Bergbau und Energie und den Landesregierungen Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes auf einen bis zum Jahre 2005 reichenen Finanzrahmen zur weiteren Unterstützung der Steinkohle geeinigt hatte.

Der Bund leistet Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie. Daraus dürfen auch Zahlungen zum Ausgleich von Stilllegungsbelastungen der Bergbauunternehmen geleistet werden.

Außerdem erhalten die Unternehmen des deutschen Steinkohlenbergbaus konzeptgebundene Hilfen zum Ausgleich von bilanziellen Belastungen infolge der kohlepolitischen Beschlüsse vom Herbst 1991. Die Unternehmen mussten demnach ihre Kapazitäten den nachhaltig verringerten Absatzmöglichkeiten anpassen. Diese Hilfen, an denen sich Nordrhein-Westfalen mit einem Drittelf und Saarland mit 26 % beteiligen, werden seit 1997 gewährt.

Für die Abwicklung des Sondervermögens „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ wurden zusätzliche Ausgaben in Höhe von knapp 0,1 Mrd. DM fällig, die auf einem Beschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtsho-

bes bezüglich der Erhöhung von Zuschüssen nach dem Dritten Verstromungsgesetz beruhen.

Mittelstandsförderung. Zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen setzt die Bundesregierung ihre erfolgreichen Fördermaßnahmen für den Mittelstand fort. Dabei handelt es sich insbesondere um Maßnahmen zur Förderung der Leistungssteigerung und zur Erhöhung der Innovationsfähigkeit. Darüber hinaus werden Mittel zur Schulung und Weiterbildung bereitgestellt. Die gegenüber dem Vorjahr rückläufige Entwicklung der Ausgaben beruht auf der Tatsache, dass das Eigenkapitalhilfeprogramm seit 1997 aus dem ERP-Sondervermögen finanziert wird. Im Bundeshaushalt werden nur noch die Beträge für die Abwicklung früherer Förderjahrgänge erfasst. Höhere Aufwendungen fielen allerdings an, weil der Bund sich verpflichtet hat, Ausfälle bei geförderten Beteiligungen an Technologieunternehmen zu übernehmen.

Landwirtschaft. Im Bereich der Landwirtschaft liegt der finanzielle Schwerpunkt der Agrarpolitik bei der Europäischen Union. Im nationalen Bereich nimmt – neben den Hilfen des Bundes für

die landwirtschaftliche Sozialpolitik – die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ einen großen Anteil ein. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft geleistet. Grundlage der Förderung ist der von Bund und Ländern gemeinsam erstellte Rahmenplan, der jährlich den aktuellen Erfordernissen entsprechend überarbeitet wird. Der Bund erstattet den Ländern die entstandenen Ausgaben zu 60 % bei Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zu 70 % bei Küstenschutzmaßnahmen.

Betriebe der Landwirtschaft erhalten für die Verwendung versteuerten Gasöls zum Betrieb landwirtschaftlicher Fahrzeuge und Maschinen eine Verbilligung. Damit werden Wettbewerbsverzerrungen vermieden, die durch Steuerbefreiung bzw. -entlastung in anderen Mitgliedstaaten der EU entstehen können. Ab 2001 wird die bisherige Gasölverbilligung durch eine mineralölsteuerliche Regelung ersetzt. Die zu verbilligende Gasölmenge ist jedoch höher als bei der Aufstellung des Haushalts angenommen wurde. Daher muss der Bund dafür höhere Ausgaben tätigen.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2001 in Mrd. DM	Januar bis September 2001 in Mrd. DM	2000 in Mrd. DM	Januar bis September in Mrd. DM	gegenüber Vorjahr in %
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern Weltraumforschung	12,9 4,8 1,3	8,6 3,2 1,0	8,1 – 0,9	+ 0,4 – + 0,1	+ 5,4 – + 11,2
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,5	1,1	0,8	+ 0,2	+ 26,3
Hochschulen Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	4,1 2,2	2,7 1,5	2,6 1,4	+ 0,1 + 0,1	+ 3,7 + 6,3
Kunst- und Kulturpflege	2,8	2,2	2,0	+ 0,1	+ 5,9

Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen. Auf Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen entfällt der größte Teil der Ausgaben dieses Bereiches. Die fächerübergreifenden

Trägerorganisationen Max-Planck-Gesellschaft und Fraunhofer-Gesellschaft erhielten zusammen 0,9 Mrd. DM. Das sind knapp 0,2 Mrd. DM mehr als im Vorjahreszeitraum. Die in der Helmholtz-Gemeinschaft zusammengeschlossenen

Forschungszentren wurden in den Monaten Januar bis September 2001 mit 1,9 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt unterstützt.

An den Vorhaben der Europäischen Weltraumorganisation beteiligte sich die Bundesrepublik mit 0,9 Mrd. DM.

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz. Mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass junge Menschen den Bildungs- und Berufsweg, der ihrer Neigung und Eignung entspricht, möglichst unabhängig davon wählen können, ob sie selbst oder ihre Eltern die dafür erforderlichen Mittel aufbringen können. Der den einzelnen Auszubildenden hierfür zustehende Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die Aufwendungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Ab 2000 wird der Darlehensanteil des BAföG über die Deutsche Ausgleichsbank bereitgestellt. Im Frühjahr 2001 ist eine BAföG-Strukturreform in Kraft getreten, die eine deutliche Verbesserung der Ausbildungsförderung bringt.

Hochschulen. Der Hochschulbau ist seit 1970 nach Artikel 91 a Grundgesetz Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Der Bund erstattet 50 % der jedem Land nach Maßgabe des jährlich aufzustellenden Rahmenplans entstandenen Ausgaben. Damit trägt der Bund im Rahmen seiner begrenzten finanziellen Möglichkeiten der bildungspolitischen Bedeutung des Hochschulbaus für den Standort Deutschland Rechnung. Der Schwerpunkt des Ausbaus liegt hierbei in den neuen Ländern.

Hervorzuheben ist die im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung gestartete „Zukunftsinitiative Hochschule“, die die zentralen Herausforderungen an die

Hochschulpolitik (Förderung des virtuellen Studiums und virtueller Hochschulprojekte, Steigerung der Attraktivität deutscher Hochschulen für die „besten Köpfe“ im In- und Ausland, Förderung von Forschungszentren an besonders leistungsfähigen Hochschulen als „Centers of Excellence“, Förderung eines bundesweiten Netzes für Patentierung, Verwertung von Forschungsergebnissen zur zielgerichteten Gründung von Unternehmen) aufgreift.

Kunst- und Kulturflege. Zur besseren Förderung der Kultur trägt die Bündelung der kulturpolitischen Zuständigkeiten und Kompetenzen des Bundes bei. Mit den veranschlagten Mitteln können neue Akzente gesetzt und zielgerichtete Impulse für die kulturpolischen Aktivitäten der primär zuständigen Bundesländer gegeben werden. Wichtige Bausteine bilden dabei die kulturelle Förderung der Hauptstadt Berlin sowie die Unterstützung von kulturellen Einrichtungen und Projekten in den neuen Ländern. Auch fördert der Bund Religionsgemeinschaften und Maßnahmen für religiöse Zwecke.

Der Anstieg der Ausgaben gegenüber dem Vorjahreszeitraum beruht auf dem bereits in den Monaten Januar bis September 2001 vollständigen Abfluss der Zuschüsse an die Rundfunkanstalt „Deutsche Welle“.

Außerdem sind im Bundeshaushalt 2001 Mittel in Höhe von rund 0,3 Mrd. DM veranschlagt, die sich nicht ausschließlich dem Kulturbereich zuordnen lassen. Dabei handelt es sich insbesondere um Ausgaben im Zusammenhang mit Leistungen an die UNESCO, internationaler Jugendarbeit, internationaler Berufstätigenaustausch, beruflicher Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer sowie im Zusammenhang mit der institutionellen Förderung von Einrichtungen im Bereich von Bildung und Forschung in Geisteswissenschaften und Bildungswesen.

Übrige Ausgaben

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2001 in Mrd. DM	Januar bis September 2001 in Mrd. DM	2000 in Mrd. DM	Januar bis September in Mrd. DM	gegenüber Vorjahr in %
Zinsen	77,0	59,5	58,6	+ 0,9	+ 1,5
Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“	6,5	4,8	4,8	0,0	0,0
Wohnungswesen	3,7	2,6	2,7	- 0,2	- 5,9
Sozialer Wohnungsbau	1,6	1,2	1,6	- 0,4	- 26,7
Wohnraummodernisierungsprogramm	1,4	0,9	0,9	+ 0,03	+ 3,7
Gebäudesanierungsprogramm zur CO ₂ -Minderung	0,4	0,4	-	+ 0,4	.
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2,3	1,3	0,7	+ 0,5	+ 71,8
Zuschuss an die Postunterstützungskassen	9,3	5,7	4,8	+ 0,9	+ 19,1
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	1,1	0,5	0,7	- 0,1	- 21,9

Zinsen. Beginnend mit dem Bundeshaushalt 1999 wurde der Schuldendienst der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Verstromungsfonds in den Bundeshaushalt integriert. Durch die Übernahme der Schulden in Höhe von rund 390 Mrd. DM wird nun die bereits faktisch und rechtlich bestehende Verantwortung des Bundes für die Abdeckung des Schuldendienstes dieser Sondervermögen im Bundeshaushalt offen gelegt. Die Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen wurden voll zur Schuldentilgung verwendet.

Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“. Mit Ablauf des Jahres 1994 endeten die Leistungen des Fonds „Deutsche Einheit“ an die Haushalte der neuen Länder zur Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs. Sie erreichten ein Volumen von insgesamt 160,7 Mrd. DM, wovon 95 Mrd. DM kreditfinanziert waren. Ab dem Haushaltsjahr 1995 sind die neuen Länder voll in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einbezogen. Der Fonds befindet sich seitdem in der reinen Zins- und Tilgungsphase. Zur Abdeckung seiner Schuldendienstverpflichtungen erhält er jährlich einen Zuschuss in Höhe von 10 % der insgesamt aufgenommenen Kredite zur Finanzierung seiner Leistungen. Der Betrag von 9,5 Mrd. DM wird je zur Hälfte vom Bund und von den alten Ländern aufgebracht. Ab 1995 entlasten die alten Länder den Bund bei den

Annuitäten zusätzlich mit 2,1 Mrd. DM als pauschalen Ausgleichsbetrag im Zusammenhang mit der Änderung des Verteilungsschlüssels für die Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern. Wegen der seit Jahren günstigen Zinsentwicklung auf dem Kreditmarkt wurde die Schuld des Fonds schneller als erwartet abgebaut. Entsprechend den Änderungen des Gesetzes über die Errichtung des Fonds „Deutsche Einheit“ vom 16. Juni 1998 und vom 21. Dezember 2000 wurde deshalb für die Jahre 1998 bis 2003 der Zuschuss auf 6,8 % der aufgenommenen Kredite reduziert. Das bedeutet eine vorübergehende Absenkung der Annuitäten von 9,5 Mrd. DM um 3,04 Mrd. DM auf 6,46 Mrd. DM in den entsprechenden Jahren.

Wohnungswesen. Zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen gemäß Artikel 104 a Absatz 4 Grundgesetz. Der Schwerpunkt der Förderung hat sich vom Neubau von Sozialmietwohnungen hin zur Erneuerung und Anpassung vorhandener Wohnungsbestände verlagert. Demzufolge entfällt auch in den Monaten Januar bis September 2001 der größte Teil der Mittel (0,5 Mrd. DM) auf Investitionen bei der einkommensorientierten Förderung in den alten Ländern gemäß § 88 d und e des II. WoBauG, die der Verbesserung der Wohnverhältnisse in städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsgebieten dienen.

Für emissionsmindernde Maßnahmen bei der Heizungserneuerung und der energetischen Verbesserung der Gebäudeaußenhülle in Altbaubeständen hat die KfW ein CO₂-Gebäudesanierungsprogramm gestartet, das mit jährlich 0,4 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt unterstützt wird.

Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung.
Mit dem Wirksamwerden der neuen staatlichen Haushaltssystematik wurde der Aufgabenbereich Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung inhaltlich erweitert. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden insbesondere Maßnahmen zur Drogenbekämpfung, zur Krebsbekämpfung sowie zur Bekämpfung von Aids und neuer Infektionskrankheiten unterstützt.

Auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes stellt der Bund Mittel für Förderprogramme zur Verminderung von Umweltbelastungen und zum Klimaschutz bereit. Die Ausgaben für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit werden zum großen Teil von den Leistungen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle einschließlich der Erkundung alternativer Standorte geprägt.

Zuschuss an die Post-Unterstützungskassen.
Ehemalige Postbeamte erhalten Versorgungs- und Beihilfeleistungen von den Postunterstützungskassen. Die Finanzierung der Gesamtleistungen tragen der Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Dabei übernimmt der Bund die weitaus größere Finanzierungslast. Aufgrund der Gewähr-

leistungspflicht des Bundes gemäß § 16 Absatz 4 Postpersonalrechtsgesetz besteht die Verpflichtung zum Ausgleich des Defizits der Post-Unterstützungskassen. Bislang erfolgte eine Ausgleichsfinanzierung unmittelbar aus dem Treuhandvermögen „Post-Nachfolgeunternehmen“ bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation, das u. a. Geldvermögen aus Dividendeneinnahmen und aus Privatisierungserlösen umfasst. Seit 1999 werden die Ausgaben des Bundes für die Post-Unterstützungskassen unmittelbar im Bundeshaushalt veranschlagt. Das den Bundeshaushalt belastende Defizit der Postunterstützungskassen steigt, weil sich durch den Eintritt weiterer Beamter in den Ruhestand zum einen die Versorgungs- und Beihilfeleistungen erhöhen und sich zum anderen die Bemessungsgrundlage für die Finanzierungsbeiträge der Postnachfolgeunternehmen reduziert.

Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt. Die Treuhandanstalt hat Ende 1994 ihre Kernaufgabe, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen, weitgehend abgeschlossen. Die veranschlagten Ausgaben stellen sicher, dass ihre Nachfolgeeinrichtungen die verbliebenen Aufgaben fortführen können. Die Einsparungen gegenüber dem Vorjahr im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms stellen gleichzeitig eine Anpassung der Mittel an den notwendigen Bedarf dar. Die Zuwendungen sind in erster Linie für die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH und für die Energiewerke Nord GmbH bestimmt.

3 Die Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2001 in Mrd. DM	Januar bis September 2001 in Mrd. DM	2000 in Mrd. DM	Januar bis September in Mrd. DM	gegenüber Vorjahr in %
Einnahmen darunter:	433,2	305,2	303,7	+ 1,5	+ 0,5
Steuern	384,6	265,3	271,5	- 6,1	- 2,3
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	286,1	202,3	214,8	- 12,6	- 5,9
Lohn- und veranlagte Einkommensteuer	115,5	78,9	82,6	- 3,7	- 4,4
Körperschaftsteuer	12,0	1,4	18,2	- 16,8	- 92,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	13,1	18,6	11,4	+ 7,2	+ 63,1
Steuern vom Umsatz	135,4	95,7	96,6	- 0,9	- 1,0
Zinsabschlag	6,9	6,1	4,7	+ 1,4	+ 29,3
Bundessteuern	143,4	93,9	99,7	- 5,9	- 5,9
Solidaritätszuschlag	21,4	16,2	16,8	- 0,6	- 3,6
Versicherungssteuer	14,3	12,4	12,0	+ 0,4	+ 3,6
Mineralölsteuer	82,1	49,7	46,1	+ 3,6	+ 7,7
Tabaksteuer	23,4	15,0	15,5	- 0,4	- 2,8
Branntweinsteuern	4,1	2,6	2,6	- 0,01	- 0,4
Stromsteuer	8,2	5,9	4,5	+ 1,3	+ 29,4
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 25,1	- 18,8	- 19,8	+ 1,0	- 5,2
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen	- 13,4	- 10,0	- 10,0	- 0,01	+ 0,1
Zuweisungen an die EU nach BSP-Schlüssel	- 19,8	- 12,0	- 13,3	+ 1,3	- 9,7
Sonstige Einnahmen Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	48,5 22,1	39,8 15,7	32,2 6,9	+ 7,6 + 8,8	+ 23,7 . .

Steuern. Die Entwicklung des Steueraufkommens in den Monaten Januar bis September 2001 spiegelt die finanziellen Wirkungen der im Jahr 2001 neuen steuerwirksamen Maßnahmen, insbesondere des Steuersenkungsgesetzes sowie Steuersenkungergänzungsgesetzes und des Gesetzes zur Fortsetzung der ökologischen Steuerreform wider. Außerdem zeigen sich die Auswirkungen der abgeschwächten Konjunktur.

Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage. Die Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern (Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Umsatzsteuer, Einfuhrumsatzsteuer, Gewerbesteuerumlage und Zinsabschlag) bilden auch weiterhin die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes. Das Kindergeld, das ab 1996 aus dem Aufkommen der Lohnsteuer finanziert wird, wurde für das erste und zweite Kind ab 1. Januar 1999 von 220 DM auf 250 DM angehoben. Eine weitere Erhöhung des Kindergeldes um 20 DM auf 270 DM erfolgte zum 1. Januar 2000.

Der starke Rückgang des Körperschaftsteueraufkommens ist Folge der Tarifsenkung und hoher Sonderausschüttungen, die zu stark zunehmenden Erstattungen der Differenz zwischen Ausschüttungs- und Thesaurierungsbelastung an die Körperschaftsteuerpflichtigen geführt haben. Diese stark gestiegenen Ausschüttungen haben andererseits zu einem kräftigen Zuwachs bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag geführt.

Der Umsatzsteuersatz wurde zum 1. April 1998 von 15 % auf 16 % zur Finanzierung des zusätzlichen Zuschusses zur Rentenversicherung angehoben. Die Steuern vom Umsatz enthalten noch den Anteil der Länder zum Schuldendienst Fonds „Deutsche Einheit“, den die Länder aus ihrem Umsatzsteueranteil mitfinanzieren. Ihr Anteil betrug in den Monaten Januar bis September 2001 3,8 Mrd. DM. Vom Umsatzsteueraufkommen stehen dem Bund seit 1999 vorab 5,63 % (1998: 3,64 %) als Ausgleich für die Belastungen aufgrund eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung zu. Vom verbleibenden

Aufkommen stehen den Gemeinden ab 1998 2,2% zum Ausgleich des Wegfalls der Gewerbekapitalsteuer zu. Vom danach verbleibenden Aufkommen stehen dem Bund seit 2000 50,25% und den Ländern 49,75% zu, da der Länderanteil wegen Belastungen aus dem Familienleistungsausgleich um 0,25% erhöht wurde. Damit ergibt sich für den Bund ab dem Jahr 2000 ein Anteil von rund 52,0% an den Steuern vom Umsatz.

Das Aufkommen aus dem seit 1993 geltenden Zinsabschlag erhalten Bund:Länder:Gemeinden im Verhältnis 44:44:12.

Bundessteuern. Seit dem 1. Januar 1995 wurde der Solidaritätszuschlag als Ergänzungsgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 7,5% erhoben. Mit Wirkung vom 1. Januar 1998 wurde er auf 5,5% abgesenkt. Der Solidaritätszuschlag dient der teilweisen Kompensation der Belastungen des Bundes aus der Neuregelung des Finanzausgleiches.

Mit dem Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuer- und Abgabenreform wird der Energieverbrauch stärker besteuert. Gleichzeitig wurde damit in der ersten Stufe 1999 die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge um 0,8 %-Punkte von 20,3% auf 19,5% ermöglicht. Die ökologische Steuerreform wird in weiteren Stufen bis zum Jahr 2003 fortgesetzt. Die jährliche Anhebung der Mineralölsteuer um 6 Pfennig je Liter führt deshalb auch im Jahr 2001 zu steigenden Einnahmen.

Auch die ab 1. April 1999 erhobene Stromsteuer wird in den Jahren 2000 bis 2003 um jährlich 0,5 Pfennig je Kilowattstunde angehoben. Im Jahr 2001 werden 3 Pfennig je Kilowattstunde erhoben.

Mit den Einnahmen aus der Fortsetzung der ökologischen Steuerreform wird auch in Zukunft die Finanzierung der Rentenversicherung gesichert.

Ergänzungszuweisungen an Länder. Durch den seit 1995 geltenden neugeordneten Finanz-

ausgleich sind die neuen Länder nach dem Auslaufen der Leistungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ vollständig und gleichberechtigt in einen gesamtdeutschen Finanzausgleich einbezogen. Grundlage dafür ist das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 977).

Durch die Neuregelung wurde das Gesamtvolumen der Bundesergänzungszuweisungen erheblich ausgeweitet und zusätzliche Sonderbedarfe wurden anerkannt. Im Haushalt 2001 werden die Sanierungshilfen für Bremen und das Saarland fortgesetzt. Die Hilfen werden in Form von Sonder-Bundesergänzungszuweisungen vergeben. 2001 erhalten Bremen und das Saarland zusammen 2,3 Mrd. DM.

Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen. Im Rahmen der Bahnstrukturreform ist ab 1996 die Aufgaben- und damit die Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn AG vom Bund auf die Länder übergegangen. Der Bund verzichtet zugunsten der Länder auf einen Teil des Mineralölsteueraufkommens.

Zuweisungen an die EU nach BSP-Schlüssel. Neben den Zöllen, den Agrarabschöpfungen und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die BSP-Eigenmittel zu den Eigenen Einnahmen der EU. Der Ansatz für das Jahr 2000 beruht auf dem neuen Eigenmittelbeschluss vom 31. Oktober 1994. Demnach verlagert sich das Gewicht von den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln zu den BSP-Eigenmitteln. Im Jahr 2001 beträgt die Obergrenze der Eigenen Einnahmen der EU 1,27% des BSP der Union.

Sonstige Einnahmen. Ein großer Teil der Mehreinnahmen resultiert aus der vorzeitigen Finanzierung der Post-Unterstützungskassen aus dem Treuhandvermögen der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation.

Der Euro kurz vor der Einführung des Bargeldes – eine Bestandsaufnahme aus ökonomischer und wirtschaftspolitischer Sicht

1. Einführung	51
2. Zunehmender Wettbewerb in Europa zum Vorteil von Wirtschaft und Verbrauchern	52
3. Veränderte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen durch den Euro	53
4. Fazit – der Euro: wichtiges Element der wirtschafts- und finanzpolitischen Gesamtstrategie in Europa	57
Literaturverzeichnis	58

1. Einführung

Mit der Ausgabe der Euro-Banknoten und -Münzen ab dem 1. Januar 2002 wird der Euro gesetzliches Zahlungsmittel in allen Teilnahmestaaten des Euro-Raums. Damit wird der letzte Schritt zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) gegangen, deren Schaffung die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) mit der Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht) im Jahr 1993 beschlossen hatten. Bereits am 1. Januar 1999 fand der eigentliche Start der Währungsunion statt. An diesem Tag wurden die Wechselkurse der beteiligten Währungen endgültig fixiert, und der Euro wurde als eigenständige Währung eingeführt.

Die europäischen Partner betrachten die Errichtung der WWU als einen Eckpfeiler der gemeinsamen wirtschafts- und finanzpolitischen

Strategie, mit der die Aufgaben der Gemeinschaft erfüllt werden sollen.¹ Ziel ist es insbesondere, eine harmonische und ausgewogene Entwicklung des Wirtschaftslebens in der Gemeinschaft sicherzustellen. Nicht zuletzt ist der Euro damit ein wichtiges Element der europäischen Antwort auf die Herausforderungen, die sich aus dem weltweiten Globalisierungsprozess und dem Übergang in die Informationsgesellschaft ergeben.

Innerhalb dieses neuen Rahmens hat sich die deutsche Volkswirtschaft in den Jahren 1999 und 2000 in guter Verfassung gezeigt. Wachstum und Beschäftigung in Deutschland haben sich spürbar verbessert. Mit (real) 3,0 % im Jahr 2000 wurde das stärkste Wachstum seit dem Wiedervereinigungsboom verzeichnet. Die Zahl der Arbeitslosen lag Ende 2000 um über 600 000 niedriger als Anfang 1999. Trotz dieser Dynamik blieb das Preisniveau stabil.

Die Bundesregierung hat mit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik einen wichtigen Beitrag zu diesem wirtschaftlichen Aufschwung geleistet. Sie hat Reformen zur strukturellen Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eingeleitet und umgesetzt.² Insbesondere die Finanzpolitik der Bundesregierung eröffnete durch einen berechenbaren und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Konsolidierungskurs und deutliche Steuerentlastungen Raum für eine positive Entwicklung.

Zu dem positiven Trend der Jahre 1999 und 2000 hat zweifellos auch die dynamische weltwirtschaftliche Entwicklung entscheidend beigetragen. In dieser Zeit konnten die Währungs- und Finanzkrisen in Asien und Lateinamerika überwunden werden. Die Weltkonjunktur zeigte ein robustes Wachstum.

Seit Jahresmitte 2000 hat sich die Wachstumsdynamik allerdings deutlich abgeschwächt.

¹ Vergleiche hierzu z. B. Artikel 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

² Vergleiche hierzu ausführlich: Jahreswirtschaftsbericht 2000 der Bundesregierung (2000).

Ursächlich dafür waren vor allem externe Faktoren, wie die Abkühlung der Weltnachfrage, die Kaufkraftverluste im Zuge des drastischen Anstiegs der Ölpreise sowie die Auswirkungen der vorangegangenen geldpolitischen Straffung. Mit den tragischen Ereignissen in den USA am 11. September 2001 hat sich die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nochmals erhöht.³

Vor diesem Hintergrund wird im folgenden Beitrag der Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit die Einführung des Euro zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Europa beigetragen hat. Es zeigt sich insgesamt, dass die gemeinsame Währung ein verbessertes Wettbewerbsfeld in Europa schafft und so einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung und für günstige Aussichten für Wachstum und Beschäftigung bei Preisniveaustabilität leistet. Sie hat außerdem dazu beigetragen, eine belastbare europäische Stabilitätskultur in allen Mitgliedstaaten zu entwickeln.

2. Zunehmender Wettbewerb in Europa zum Vorteil von Wirtschaft und Verbrauchern

Die Einführung einer gemeinsamen Währung ist ein großer Integrationsschritt für Europa. Damit entfällt in den Ländern des Euro-Raums ein letztes bedeutendes Hindernis für den ungehinderten und effizienten Austausch bzw. die Wanderung von Waren, Dienstleistungen, Arbeit und Kapital:⁴

- Unternehmen und Bürger können durch den Euro Preise und Kosten von Land zu Land besser vergleichen und damit beim preisgünstigsten Anbieter in der WWU kaufen. Dieser Aspekt wird sich noch deutlich verstärken, wenn das Euro-Bargeld zum 1. Januar des kommenden Jahres die nationalen Zahlungsmittel endgültig ablösen wird.⁵
- Die Kosten für Devisengeschäfte und die Absicherung des Wechselkursrisikos entfallen in der WWU. Dies erhöht die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen und trägt bei funktionierendem Wettbewerb zu Preissenkungen zum Vorteil der Verbraucher bei. Nach jüngeren Schätzungen belaufen sich die möglichen Einsparungen aus dem Wegfall dieser Transaktionskosten immerhin auf bis zu 1% des Bruttoinlandsprodukts.⁶ Allein für Deutschland entspräche dies einem Betrag von rund 20 Mrd. Euro. Diese Kosten haben zudem in der Vergangenheit wie eine „verzerrende Steuer“ gewirkt. Sie haben das Angebot der Anbieter aus den EU-Nachbarländern gegenüber der einheimischen Konkurrenz verteuert und damit den Wettbewerb auf dem Binnenmarkt behindert.
- Darüber hinaus beseitigt der Euro die Risiken aus Devisengeschäften in der WWU. Dadurch steigt die Planungssicherheit von Investitionen im Euro-Raum. Gerade Klein- und Mittelbetriebe, die sich – im Unterschied zu größeren Unternehmen – in der Vergangenheit noch nicht an Geschäfte mit Partnern aus EU-Ländern herangewagt haben, werden – vor allem in Grenzregionen – zunehmend ermutigt, sich Kunden auch in einem Nachbarland zu suchen.⁷

³ Es ist jedoch kaum möglich, die Folgen der Terroranschläge in den USA für Wachstum und Beschäftigung verlässlich abzuschätzen. Die Bundesregierung geht in ihrer Herbstprojektion 2001 davon aus, dass sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in diesem Jahr auf real 3/4 % abschwächen wird, aber in 2002 wieder auf real 1 1/4 % beschleunigen wird.

⁴ Vergleiche stellvertretend für viele Jochimsen (1998); OECD (1999); auch Bofinger (1996).

⁵ Dies gilt insbesondere auch beim zunehmend an Bedeutung gewinnenden „Internet-Shopping“.

⁶ Vergleiche Grassinger (1998), S. 102 ff. Dabei wird – wie in der Realität gegeben – von einem Währungsraum mit 12 Mitgliedsstaaten ausgegangen. Die Europäische Kommission (1990) war in einer Studie aus dem Jahr 1990 noch zu dem Ergebnis gelangt, dass lediglich Transaktionskosten in Höhe von knapp 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts eingespart werden könnten.

⁷ Mittlerweile ist bereits rund ein Drittel mittelständischer Unternehmen im Ausland tätig. Bei diesen Unternehmen macht der Export fast ein Drittel des Gesamtumsatzes aus; vergleiche Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2001), S. 15.

- Positive Auswirkungen ergeben sich auch auf die Finanzmärkte in der EU. Diese waren in der Vergangenheit aufgrund der verschiedenen Währungen stark fragmentiert. Der Euro trägt zur Integration und Stabilität eines europäischen Finanzmarktes bei.

Es ist in Europa der zweitgrößte Geld- und Kapitalmarkt der Welt entstanden, in dem die Mittel – ohne den Schleier der nationalen Währungen – dorthin fließen können, wo sie den effektivsten Einsatz versprechen. Auch sind heute Finanzierungen in Größenordnungen über den Kapitalmarkt möglich, die früher nicht denkbar waren. Zudem profitieren die Investoren auch davon, dass ihnen eine Vielzahl von Finanzdienstleistungsunternehmen gegenüberstehen, die im stärker gewordenen Wettbewerb mit attraktiven Produkten werben.

Darüber hinaus macht die größere Liquidität den europäischen Kapitalmarkt auch für Emittenten und Investoren aus anderen Wirtschaftsgebieten attraktiv.⁸

Insgesamt hat sich durch diese Entwicklungen der Wettbewerb zwischen den Unternehmen in Europa deutlich erhöht. Dies ist auch für die Wirtschaft in Deutschland positiv, denn der Wettbewerb ist der Motor für Innovationen. Auf diese Weise fördert der Euro den Übergang von bestehenden in neue Strukturen und damit auch nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Beschäftigung. Zudem verbessern sich so die Chancen der Unternehmen in Europa, im zunehmenden globalen Wettbewerb um Ideen und Kapital auf Dauer mithalten zu können. Von solchen Vorteilen im weltweiten Handel profitieren gerade die traditionell exportstarken Unternehmen Deutschlands.⁹

3. Veränderte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen durch den Euro

Neben der Wettbewerbsintensität auf den Güter- und Faktormärkten beeinflusst der Euro auch die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Schon heute trägt der Euro – unabhängig von der aktuellen Entwicklung des Wechselkurses – dazu bei, die Bedeutung volatiler Wechselkurse zu verringern. Gerade die starken Wechselkursschwankungen des US-Dollars haben seit Ende der Sechzigerjahre immer wieder zu Unruhe auch an den europäischen Devisenmärkten geführt und hierdurch unsere Wirtschaftsentwicklung negativ beeinflusst. Mit dem EU-Binnenmarkt und der Einführung der gemeinsamen Währung ist nun in Europa ein großer Wirtschaftsraum entstanden. Ähnlich wie dies in den USA seit je her der Fall ist, werden die Mitgliedstaaten des Euro-Raums nun wegen der Größe des heimischen Marktes und der damit verbundenen geringeren Abhängigkeit vom Außenhandel weniger empfindlich gegenüber Schwankungen des Dollar. So erfolgen zum Beispiel für Deutschland 56 % aller Exporte mit den europäischen Partnern innerhalb der EU.¹⁰

Darüber hinaus nehmen die Interdependenzen zwischen den Volkswirtschaften der einzelnen Mitgliedstaaten, die schon im gemeinsamen Binnenmarkt deutlich angestiegen waren, in der WWU weiter zu. Die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftspolitik eines jeden Mitgliedstaates gewinnen so zunehmend an Bedeutung für die Partnerländer. Zugleich sind mit dem Euro der Wechselkurs und die Geldpolitik als nationale Anpassungsinstrumente für länderspezifische Besonderheiten entfallen. Günstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen für Wachstum

⁸ Vergleiche Duisenberg (2001). Allerdings besteht die Notwendigkeit, den rechtlichen Rahmen für den europäischen Finanzmarkt weiter zu verbessern. Die Mitgliedstaaten haben sich deshalb u. a. verpflichtet, den Aktionsplan Finanzdienstleistungen bis zum Jahr 2005 umzusetzen.

⁹ Im Ganzen betrachtet, ist davon auszugehen, dass die positiven Auswirkungen dieser dynamischen Wettbewerbseffekte weit größer ausfallen werden, als die statischen Nutzen durch den Wegfall von Transaktionskosten. Allerdings ist eine empirische Abschätzung dieser dynamischen Effekte weitaus schwieriger; so auch OECD (1999), 21 ff.

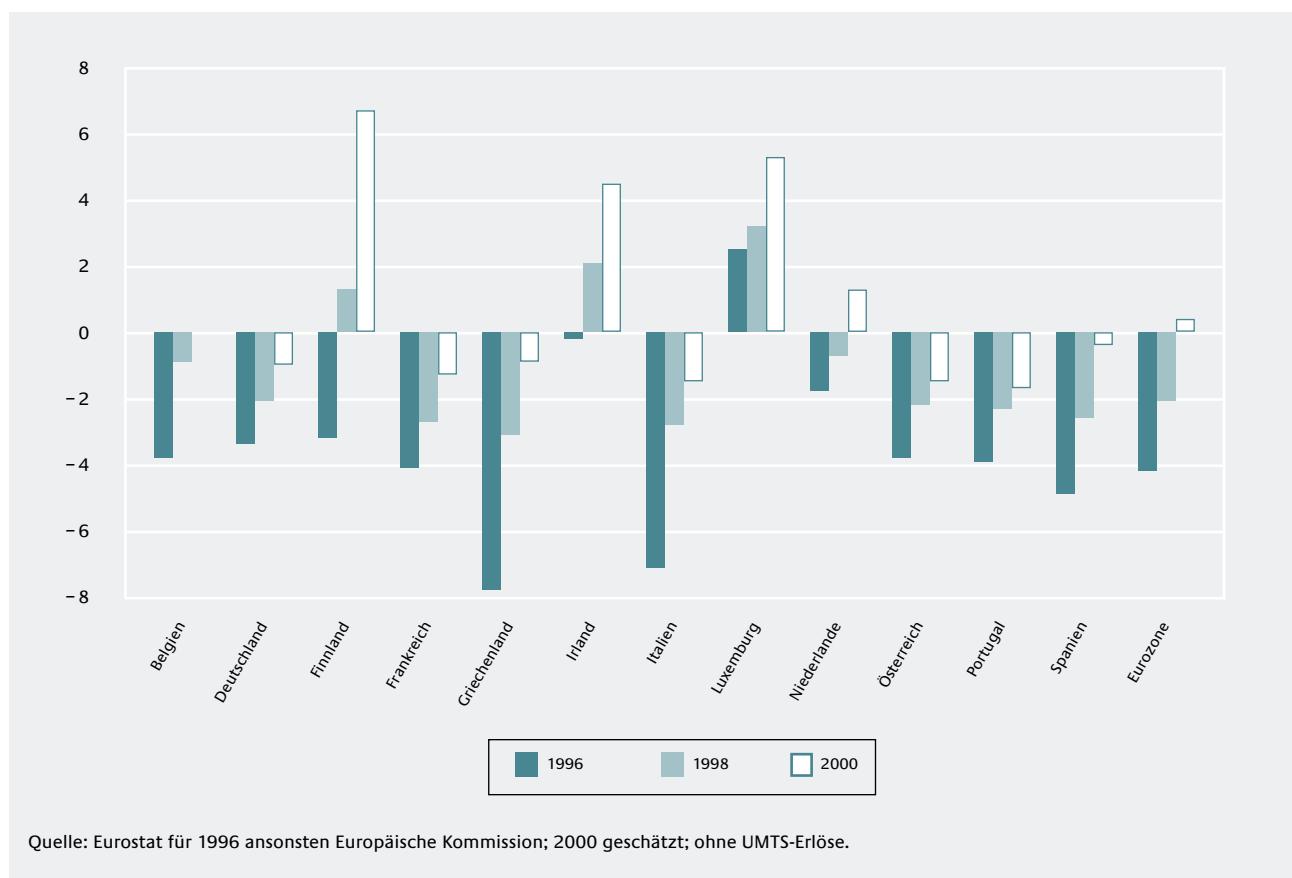
¹⁰ Vergleiche hierzu z. B. auch Zeppernick (2000).

und Beschäftigung bei gleichzeitiger Preisstabilität lassen sich deshalb nicht mehr allein national, sondern vor allem durch ein Zusammenwirken von Geld- und Finanzpolitik mit der Lohnentwicklung auf europäischer und nationaler Ebene erzielen.¹¹

Die günstige Entwicklung der wichtigsten finanzpolitischen Kennziffern in der gesamten EU schon im Vorfeld der Euro-Einführung zum 1. Januar 1999 und danach verdeutlicht, dass alle EU-Mitgliedstaaten die Bedeutung einer

verlässlichen Finanzpolitik für das Funktionieren der WWU erkannt und akzeptiert haben (vergleiche Abbildung 1). Die Mitgliedstaaten entsprechen damit den Anforderungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und tragen zu einem gesicherten Stabilitätsfondament bei. In Deutschland haben hierzu die finanzpolitischen Beschlüsse zum Zukunftsprogramm und zur Steuerreform sowie die Ankündigung eines ausgeglichenen Bundeshaushalts bis zum Jahr 2006 einen wichtigen Beitrag geleistet. Trotz der derzeitigen Wachstumsab-

Abbildung 1: Entwicklung der Finanzierungssalden des staatlichen Sektors in der EU



¹¹ Vergleiche grundlegend Jochimsen (1999) und aktuell Jacquet/Pisani-Ferry (2000); Eckhoff/Weeber (2001). Die Bundesregierung achtet jedoch auch darauf, dass die Grenzen der wirtschaftspolitischen Koordinierung beachtet werden. Denn ein fairer zwischenstaatlicher Politikwettbewerb trägt zur Erhöhung der wirtschaftlichen Dynamik in Europa bei. Für die wirtschafts- und finanzpolitische Aufgabenverteilung zwischen der Gemeinschaftsebene und den Mitgliedstaaten gilt deshalb das Subsidiaritätsprinzip. Die EU sollte dementsprechend nur dort die eigenständige Aufgabenerfüllung übernehmen, wo eine Bewältigung der wirtschaftspolitischen Probleme nicht ausreichend im nationalen Rahmen möglich ist.

schwächung bleibt die Bundesregierung bei diesem Ziel.¹²

Auch die deutschen Tarifpartner haben in den vergangenen Jahren mit langfristigen, stabilitäts- und beschäftigungsorientierten Tarifabschlüssen ein hohes gesamtwirtschaftliches Verantwortungsbewusstsein bewiesen.¹³ Damit Zweitrun- deneffekte ausgeschlossen bleiben, sollten die längerfristigen, stabilitäts- und beschäftigungs- politisch orientierten Tarifabschlüsse zur positiven „Benchmark“ für alle europäischen Partnerländer werden.

Die solide Haushaltspolitik und stabilitätsori- entierten Lohnabschlüsse haben die Europäische Zentralbank (EZB) seit Einführung des Euro bei ihrer Aufgabe, die Preisstabilität zu wahren, deutlich unterstützt.¹⁴ So konnte im Zusammenspiel der Politikbereiche verhindert werden, dass sich der im Jahr 2000 aufgrund des Ölpreisanstiegs und der Entwicklung des Euro-Wechselkurses erfolgte außerordentlich starke Anstieg der Importpreise zu einem andauerndem Preisauf- trieb und erhöhten Inflationserwartungen verfestigte. Das Preisklima hat sich auch in Deutschland zuletzt weiter entspannt.¹⁵ Hierdurch wird es nicht zuletzt der EZB ermöglicht, ihr Preisziel bei möglichst günstigen monetären Bedingungen zu erreichen. Gleichzeitig erhalten alle Wirtschafts- subjekte eine hohe Planungssicherheit durch niedrige Preissteigerungsraten (vergleiche hierzu

Abbildung 2, Seite 56 und günstige Bedingungen an den Kapitalmärkten zur Finanzierung beschäftigungsfördernder Investitionen (vergleiche hierzu Abbildung 3, Seite 56).

Insgesamt kann fast drei Jahre nach Einführung des Euro – trotz der aktuell schwächeren konjunkturellen Entwicklung – eine positive Bilanz aus wirtschaftspolitischer Sicht gezogen werden. Die makroökonomischen Politikbereiche haben bislang angemessen auf die veränderten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der WWU reagiert. Dieses situationsgerechte Verhalten deutet darauf hin, dass über die Jahre eine belastbare europäische Stabilitätskultur entstanden ist.¹⁶ Darüber hinaus wurde die Anpassungsfähigkeit der Güter- und Kapitalmärkte durch strukturelle Reformen deutlich verbessert und auch auf den Arbeitsmärkten sind Fortschritte erzielt worden. Damit bestehen gerade mittel- bis langfristig günstige Perspektiven, dass die Unternehmen in Deutschland und in der gesamten WWU zunehmend von den Vorteilen der gemeinsamen Währung profitieren können.¹⁷ Es bestehen aus diesem Blickwinkel ebenfalls gute Aussichten, dass die konjunkturelle Abschwächung relativ rasch überwunden werden kann und das wirtschaftliche Wachstum ohne inflationäre Verspannungen wieder zu höherer Dynamik zurückkehrt.¹⁸

Der Wechselkurs des Euro ist zwar im Ver- gleich zu den Relationen, die zu Beginn der

¹² Vergleiche hierzu aktuell: Antwort der Bundesregierung (2001).

¹³ Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit hat hierzu durch die Vereinbarung der Bündnispartner vom Januar 2000 über die Grundzüge einer beschäftigungsorientierten und längerfristigen Tarifpolitik einen wichtigen Beitrag geleistet; vergleiche Bündnis für Arbeit (2000). Für günstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen ist es wichtig, dass diese Grundzüge auch bei den in der Zukunft anstehenden Tarifverhandlungen in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Gemeinsame Erklärung von BDA und DGB vom 20. Juli dieses Jahres, in der beide Seiten die Verabredungen des Bündnisses bekräftigen, ist in dieser Hinsicht ein außerordentlich positives Signal; vergleiche Gemeinsame Erklärung von BDA und DGB (2001).

¹⁴ Preisstabilität ist nach der Definition der EZB gegeben, wenn der Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex für das Euro-Gebiet mittelfristig unter 2 % liegt.

¹⁵ Im Oktober lag der Verbraucherpreisanstieg gegenüber dem Vorjahr bei 2,0 % und damit nach dem Höchststand von 3,5 % im Mai nicht mehr über dem Zielwert für Preisstabilität der EZB.

¹⁶ So z. B. auch Zeppernick (2000), S. 50: „Der Euro ist mehr als das Symbol einer Währungsunion. Mit ihm ist zugleich eine wirtschafts- und finanzpolitische Philosophie in der Europäischen Union verwirklicht worden.“

¹⁷ Vergleiche auch Conrad (2001); Kotz (2001).

¹⁸ Gezielte strukturelle Reformen erhöhen die Fähigkeit einer Volkswirtschaft zur Verarbeitung externer Schocks. Dies ist in der WWU von besonderer Bedeutung, da zur Reaktion auf national begrenzte Schocks – so genannte asymmetrische Schocks – der Wechselkurs und die Geldpolitik nicht mehr als nationales Instrument zur Verfügung stehen; vergleiche hierzu auch OECD (1999), insbes. S. 113 ff.

Abbildung 2: Entwicklung der Preissteigerungsraten in der EU

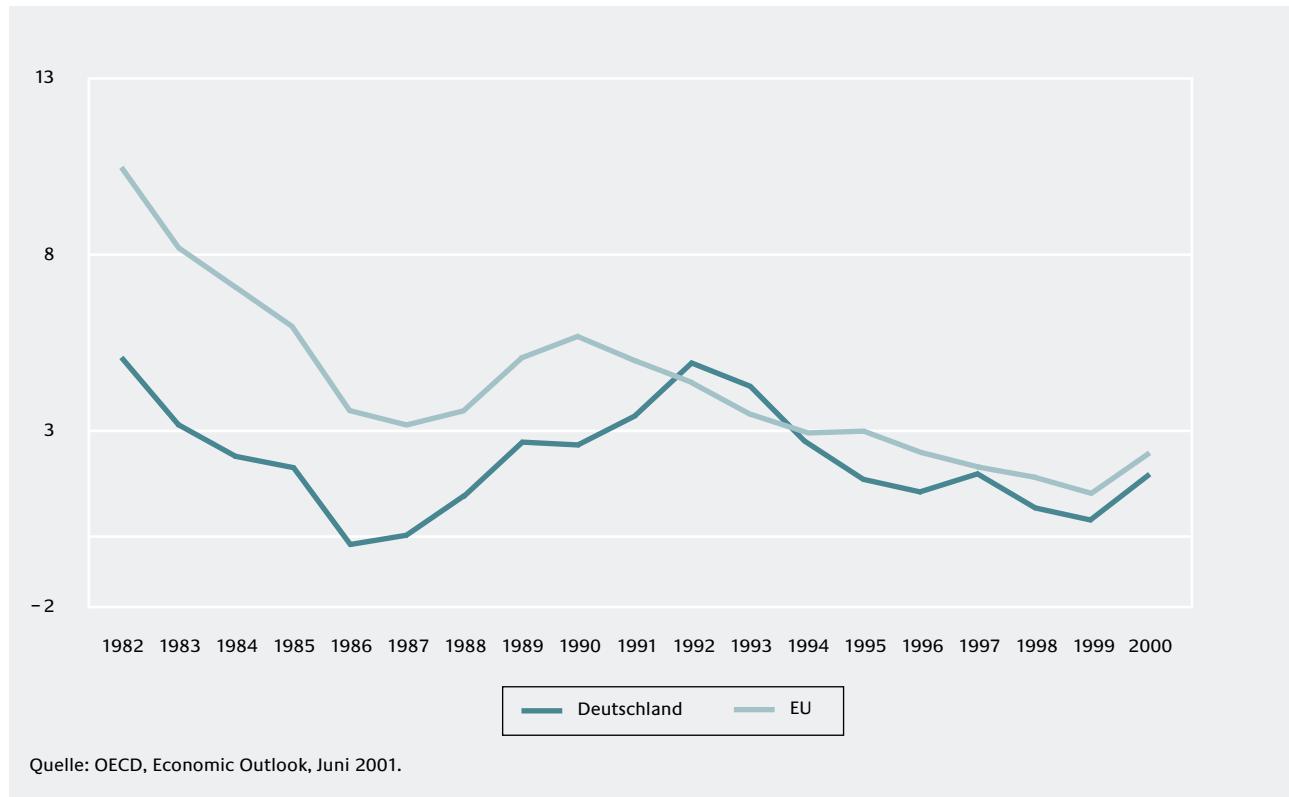
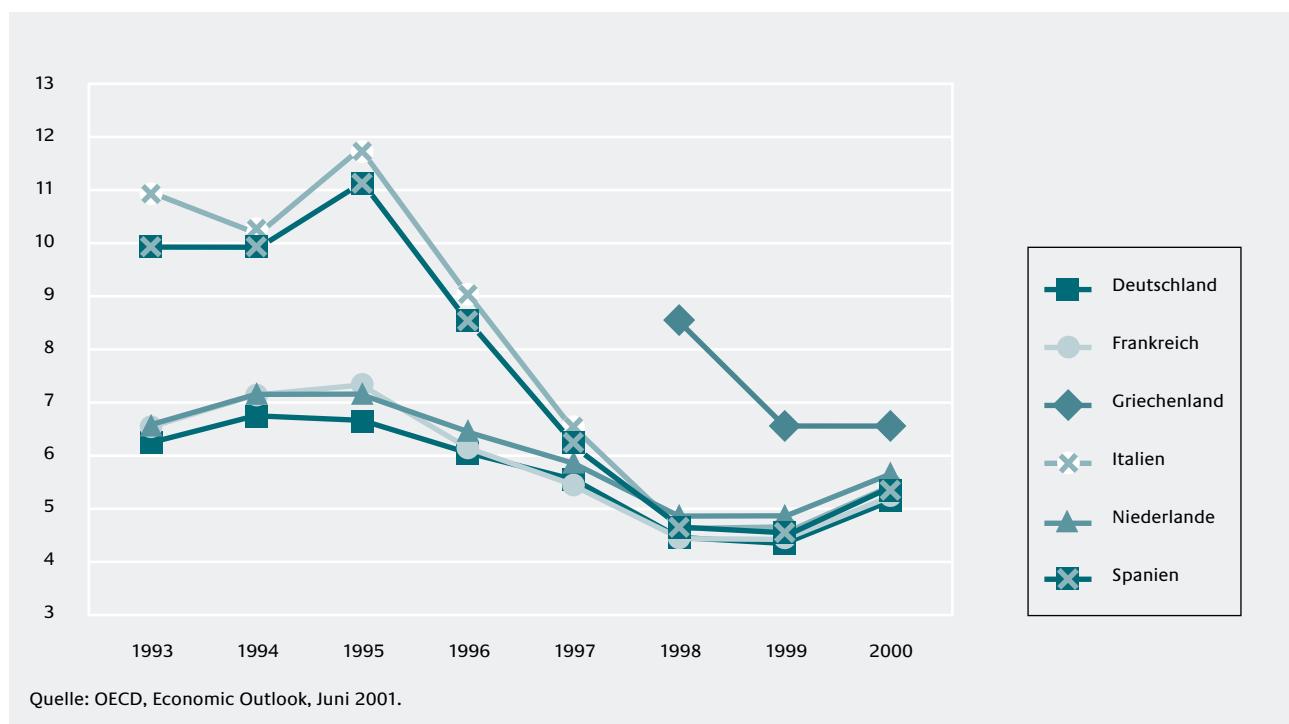


Abbildung 3: Entwicklung der langfristigen Kapitalmarktzinsen in der EU



Währungsunion Anfang 1999 bestanden, weiterhin recht niedrig. Doch ist schon seit geraumer Zeit eine Stabilisierung festzustellen und vieles spricht dafür, dass es auf absehbare Zeit zu einer Verbesserung des Euro-Kurses kommt.¹⁹ Zudem ist zu betonen, dass es für die Beurteilung der Stabilität einer Währung vor allem auf ihren Binnenwert ankommt. Denn erstens ist die interne Stabilität wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung. Und zweitens führt eine hohe Inflationsrate zu unerwünschten Verteilungswirkungen. Bezuglich des Binnenwertes schneidet der Euro-Währungsraum – wie die Entwicklung der Preissteigerungsraten in der EU verdeutlicht (vergleiche nochmals Abbildung 2) – sehr zufriedenstellend ab.²⁰

4. Fazit – der Euro: wichtiges Element der wirtschafts- und finanzpolitischen Gesamtstrategie in Europa

Durch die Einführung des Euro wurden die Voraussetzungen für eine nachhaltige Wachstumsdynamik in Deutschland und Europa verbessert. Allerdings ist auch der Euro kein Allheilmittel zur Lösung der anstehenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Europa. So verdeutlicht die aktuelle konjunkturelle Entwicklung, dass die Volkswirtschaften Europas auch in Zeiten des Euro nicht von konjunkturellen Schwankungen und außenwirtschaftlichen Schocks unberührt bleiben. Zugleich stehen die Mitgliedstaaten – gerade angesichts des Übergangs zur Wissensgesellschaft und der Alterung der Gesellschaft – vor wichtigen Herausforderungen, die weiterhin konsequente Reformen erfordern. Die Mitgliedstaaten der EU haben sich des-

halb beim Europäischen Rat von Lissabon im März 2000 auf eine langfristige, globale Strategie in den Bereichen Beschäftigung, Innovation, Wirtschaftsreformen und sozialer Zusammenhalt geeinigt.²¹ Sie bauen dabei gemeinsam auf das Zusammenwirken von wachstums- und stabilitätsorientierter makroökonomischer Politik mit nachhaltigen Strukturreformen.

Die Vollendung der WWU durch die Einführung des Euro ist hierbei ein zentrales Element, das zudem die Durchführung der notwendigen nationalen Reformen erleichtert. Denn durch den in der WWU verstärkten Wettbewerb zwischen den Unternehmen und Standorten entsteht ein heilsamer Druck, wirtschafts- und finanzpolitische Veränderungen – auch gegen den Widerstand unterschiedlicher Interessenpositionen – konsequent umzusetzen, da eine „schlechte“ nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik nunmehr deutlicher und schneller mit Einbußen bei Wachstum und Beschäftigung „bestraft“ wird als dies in der Vergangenheit der Fall war.²²

Die Bundesregierung hat diese Herausforderung angenommen. Sie hat – insbesondere mit der Steuerreform und der Rentenreform – wichtige zukunftssichernde Reformen verwirklicht. So wird die Basis für eine nachhaltig starke wirtschaftliche Dynamik des Standorts Deutschland geschaffen. Die positive Entwicklung hat nicht zuletzt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) in seinem Jahresgutachten 2000/2001 ausdrücklich hervorgehoben: „Die Politik hat begonnen, den wachstumshemmenden Reformstau aufzulösen.“²³ Es gilt diesen Weg in der vorausliegenden Zeit konsequent fortzusetzen.

¹⁹ Im Januar 1999 wurde der Euro mit rund 118 US-Cent bewertet. Der tiefste Stand in Relation zum US-Dollar wurde im Oktober 2000 mit einem Wert von rund 82 US-Cent erreicht. Seitdem erfolgte eine recht kontinuierliche Stabilisierung. Momentan liegt der Euro gegenüber dem US-Dollar um die 90 US-Cent. Vergleiche z. B. SVR (2000); Conrad (2001).²⁰ So auch Eckhoff/Weeber (2000) und v. a. Zeppernick (2000).

²¹ Vergleiche Europäischer Rat Lissabon (2000).

²² Vergleiche Conrad (2001).

²³ SVR (2000), Tz 1.

Literaturverzeichnis

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Rainer Brüderle, Dr. Günter Rexrodt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP (Antwort der Bundesregierung) (2001): Zukunft des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache 14/6927, 20. September 2001.

Bofinger, P. (1996): Die Begründung der Europäischen Währungsunion aus ökonomischer Sicht – eine ordnungspolitische Analyse, in: Theo Waigel (Hrsg.): Unsere Zukunft heißt Europa – Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion, Düsseldorf, S. 30–50.

Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit (Bündnis für Arbeit) (2000): Gemeinsame Erklärung des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit zu den Ergebnissen des 5. Spitzengesprächs am 9. Januar 2000.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2001): Wirtschaftsbericht 2001, Berlin.

Conrad, C. A. (2001): Zwei Jahre Europäische Währungsunion: eine Bestandsaufnahme, in: Wirtschaftsdienst, 2001/V, S. 283–291.

Duisenberg, W. F. (2001): EMU – Experiences to Date and Challenges for the Future, in: Intereconomics, March/April 2001, S. 59–61.

Eckhoff, J. und J. Weber (2000): Der Euro verändert die Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftsdienst, 2000/I, S. 37–44.

Europäische Kommission (1990): Ein Markt, eine Währung. Potentielle Nutzen und Kosten der Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion – eine Bewertung, Europäische Wirtschaft, Nr. 44, Brüssel.

Europäischer Rat Lissabon (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

Gemeinsame Erklärung von BDA und DGB (2001): Bündnis für Arbeit muss sich weiter bewähren, 20. Juli 2001.

Grassinger, R. (1998): Nutzen und Kosten einer Währungsunion – Wohlfahrtseffekte eines gemeinsamen Geldes, Baden-Baden.

Jahreswirtschaftsbericht 2000 der Bundesregierung (2000): Arbeitsplätze schaffen – Zukunftsfähigkeit gewinnen, Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache 14/2611.

Jacquet, P. und J. Pisany-Ferry (2000): Fehlende politische Koordination kann den Euro destabilisieren – Wirtschaftspolitische Prinzipien, mehr Transparenz und eine effektive Entscheidungsfunding sind nötig, in: Financial Times/Deutschland, 27. September 2000.

Jochimsen, R. (1999): Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, Baden-Baden.

Kotz, H.-H. (2001): EMU after two Years – Have Critics been Confirmed?, in: Intereconomics, March/April 2001, S. 62–68.

Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD) (1999): EMU – Facts, Challenges and Policies, Paris.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2000): Chancen auf einen höheren Wachstumspfad – Jahresgutachten 2000/2001, Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache 14/4792.

Zeppernick, R. (2000): Der Euro ist besser als sein Ruf, in: Orientierung zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Vol. 86, Nr. 4, S. 46–53.

Wirtschaftslage und Reformprozess in den EU-Beitrittskandidaten Mitte 2001

1. Fortschritte in den Beitrittsverhandlungen	59
2. Wirtschaftslage	60
3. Reformpolitiken	69
4. Schwerpunkte in ausgewählten Ländern	71

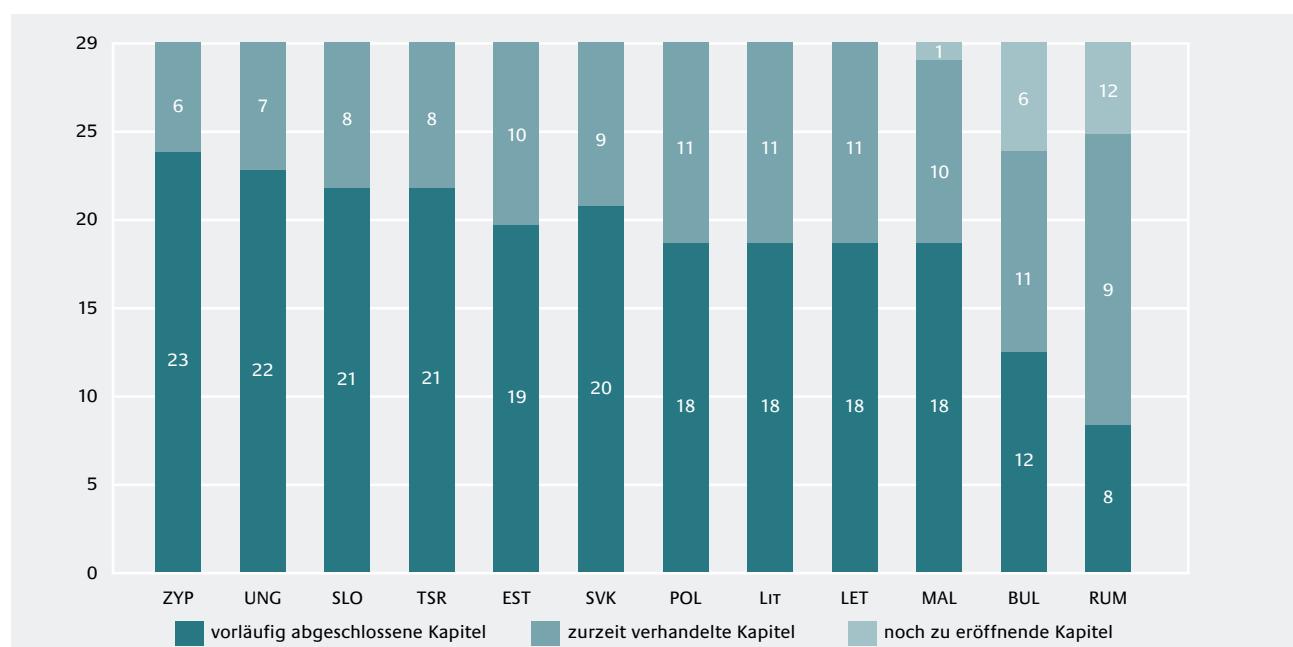
1. Fortschritte in den Beitrittsverhandlungen

Der Erweiterungsprozess hat im Laufe dieses Jahres weiter an Dynamik gewonnen und in einigen wichtigen Bereichen (beim Kapitel Freizügig-

keit, Freier Kapitalverkehr) entscheidende Durchbrüche erzielt. Die auf dem Europäischen Rat Nizza beschlossene Weg-Skizze („road-map“) konnte eingehalten werden. Nun müssen die Bewerberländer mit gleicher Dynamik bei der Umsetzung, der Anwendung und Durchsetzung des *acquis* fortfahren.

Nach den letzten Beitrittskonferenzen im Juni und August 2001 kann insgesamt eine positive Zwischenbilanz gezogen werden. Mit den Ländern der so genannten **Luxemburg-Gruppe**¹ sind alle Verhandlungskapitel eröffnet und zwischen 18 und 23 Kapitel vorläufig abgeschlossen. Mit den Ländern der so genannten **Helsinki-Gruppe**² wurden zwischen 8 und 20 Kapitel vorläufig abgeschlossen. Das zeigt, dass einige Länder der Helsinki-Gruppe **deutlich aufgeholt** haben, wobei die Slowakei mit 20 vorläufig abgeschlossenen Kapiteln Polen mit 18 Kapiteln bereits überholt hat. Das Prinzip der Differenzierung, d. h. Beurteilung der Bewerberländer entsprechend ihren

Stand der Beitrittsverhandlungen am 26. Oktober 2001



¹ Polen (POL), Ungarn (UNG), Tschechien (TSR), Estland (EST), Slowenien (SLO), Zypern (ZYP).

² Litauen (LIT), Lettland (LET), Slowakei (SVK), Rumänien (RUM), Bulgarien (BUL), Malta (MAL).

Leistungen, hat sich bewährt und ist Ansporn für die Helsinki-Gruppe zum Aufholen. Lediglich Bulgarien und Rumänien liegen mit 12 bzw. 8 abgeschlossenen Kapiteln deutlich zurück.

Im Kapitel **Freier Personenverkehr** wurde mit einer flexibel ausgestalteten Übergangsfrist von sieben Jahren ein Kompromiss gefunden, der sowohl den Schutzinteressen der EU-Mitgliedsstaaten Rechnung trägt, als auch den Wünschen der Beitrittskandidaten nach schnellem Arbeitsmarktzugang entgegenkommt. Große Fortschritte wurden bisher auch im **Kapitel Umwelt** erreicht, größere Probleme gibt es noch im Kapitel **Freier Kapitalverkehr** in Bezug auf den Erwerb von land- und forstwirtschaftlich genutztem Boden. Die Verhandlungen im **Steuerkapitel** stehen im 2. Halbjahr auf dem Plan, zu dem die Beitrittskandidaten bereits eine Reihe von Wünschen nach Übergangsfristen angemeldet haben (u. a. Tabaksteuer).

Der derzeitige Verhandlungsstand rechtfertigt eine Gruppenbildung nicht mehr. Falls die Verhandlungsfortschritte anhalten, strebt die EU den

Abschluss der Verhandlungen mit bis zu 10 Kandidaten bis Ende 2002 an.

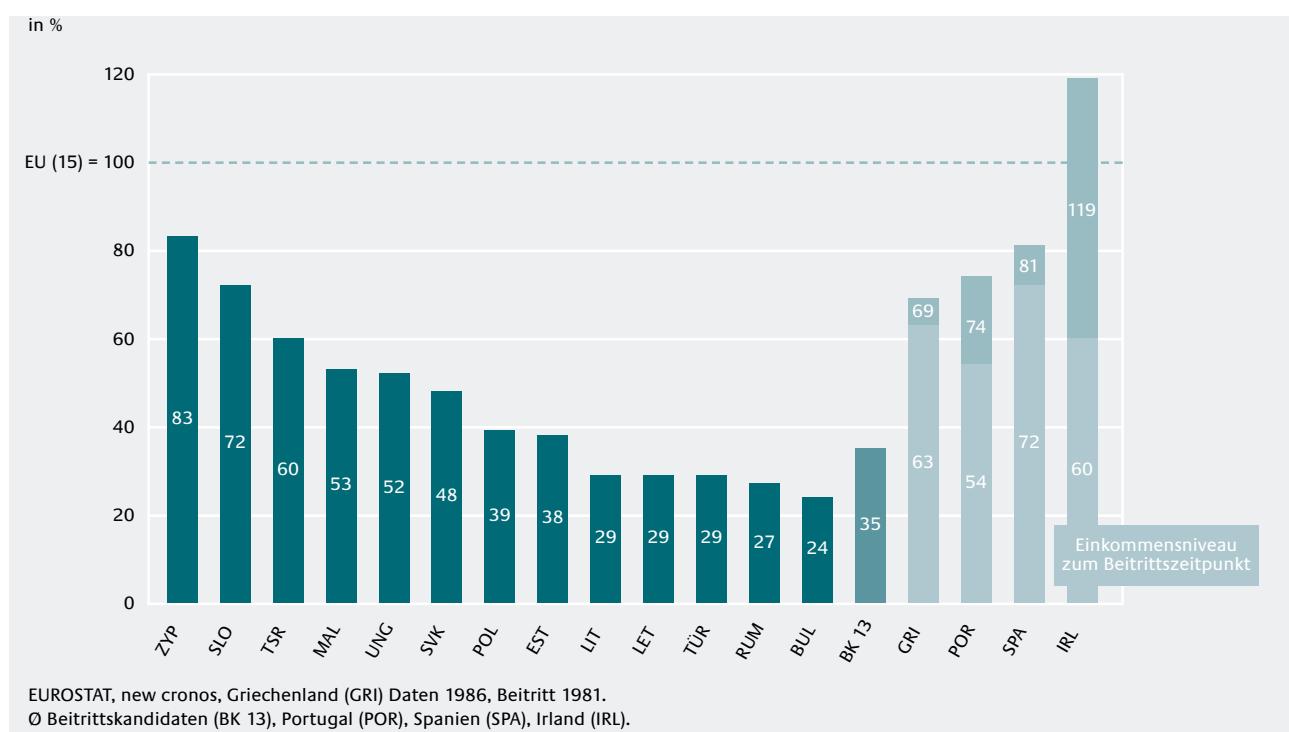
2. Wirtschaftslage

Zusammenfassung

Mit der Feststellung, der Erweiterungsprozess sei unumkehrbar, hat der Europäische Rat Göteborg ein wichtiges Signal für dessen dynamische Fortführung gesetzt. Die Aussicht für die ausreichend vorbereiteten Beitrittsländer, bei anhaltenden Fortschritten hinsichtlich der Erfüllung der Beitrittskriterien die Erweiterungsverhandlungen bis Ende 2002 abzuschließen, sollte motivierend auf die zügige Fortführung der notwendigen Strukturreformen wirken, um makroökonomische Stabilität und ein nachhaltiges Wachstum zu sichern.

Die erheblichen Unterschiede im Wohlstands niveau der Beitrittskandidaten blieben auch im Vorjahr bestehen, wenngleich die Länder Estland, Lettland, Bulgarien, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern im Vergleich zum EU-Durchschnitt weiter aufgeholt haben.

BIP pro Kopf der EU-Beitrittskandidaten in Kaufkraftstandards 2000



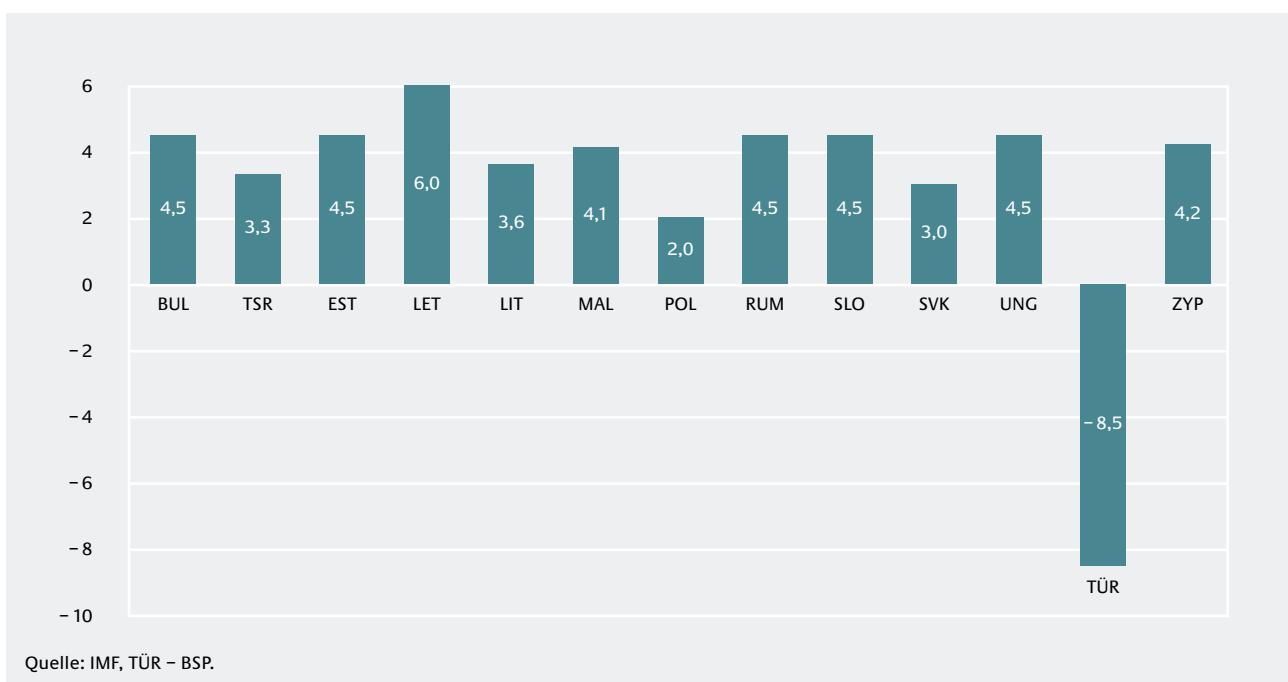
Zur Jahresmitte zeichnet sich infolge der Konjunkturabschwächung in Westeuropa auch eine **Wachstumsabschwächung** in den Beitrittsländern ab. Die gewachsene Abhängigkeit von der westeuropäischen Nachfrage zeigt **erste Auswirkungen auf die Exportdynamik**. Während **kräftige Steigerungen von Investitionen und privatem Konsum** kompensierend wirken, gehen robuste Binnennachfrage – gestützt durch kräftige Reallohnsteigerungen – sowie reale Aufwertungen mit steigenden Importen einher, sodass die **außenwirtschaftlichen Defizite** in vielen Beitrittsländern **wieder ansteigen**. Die Arbeitsmärkte spiegeln die Konjunktureintrübung bisher noch nicht wider, obgleich die Arbeitslosenquoten in mehr als der Hälfte der Beitrittsländer zum Teil deutlich über der 10%-Grenze liegen. Einige Beitrittsländer sehen sich derzeit mit **erheblichen Budgetproblemen** konfrontiert, die teilweise auf Umstrukturierungsmaßnahmen u. a. im Bankensektor zurückzuführen sind. Eine **zunehmend expansivere Haushaltspolitik** gefährdet den Stabilisierungsprozess. Seit Jahresmitte ist wieder ein **deutlicher Inflationsrückgang** zu verzeichnen. Obwohl sich die Preis-

steigerungsraten fast überall im einstelligen Bereich bewegen, kommen erst wenige Beitrittsländer in die Nähe des entsprechenden Konvergenzkriteriums der Wirtschafts- und Währungsunion. Die durch sinkende Inflation für Zinssenkungen entstehenden Spielräume wurden überwiegend genutzt, doch agiert die Geldpolitik aufgrund zunehmender staatlicher Haushaltsdefizite eher vorsichtig.

Wirtschaftswachstum

Die Konjunkturschwäche in Westeuropa und den USA beginnt die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in den Beitrittskandidaten zu beeinflussen. Insbesondere das zweite Quartal 2001 war in vielen dieser Staaten durch eine **zunehmende Verlangsamung des Wachstums-tempos** gekennzeichnet. Zwar liegen die Wachstumsraten weiter über dem Durchschnitt der EU, doch ist der Aufholprozess gebremst. Im ersten Halbjahr 2001 lag der **BIP-Zuwachs insgesamt bei 3,1%** (mit Türkei 0,2%). Die unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Ländern ergeben sich in erster Linie aus der Geschwindigkeit, mit der sich der externe Nachfragerückgang auf die

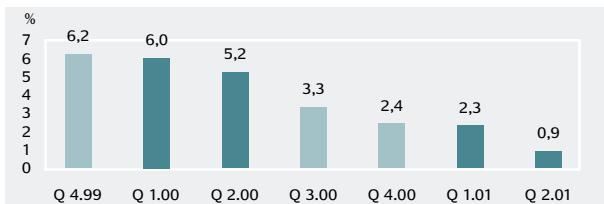
BIP-Wachstumsprognose 2001



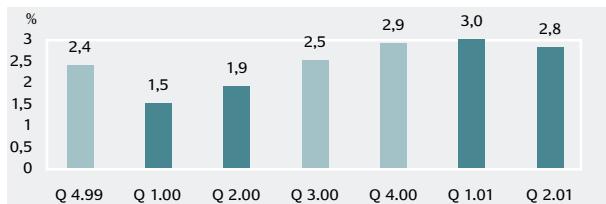
Vierteljährliche Wachstumsentwicklung Ende 1999 bis 2. Quartal 2001

Veränderung des BIP in % gegenüber der vergleichbaren Vorjahresperiode

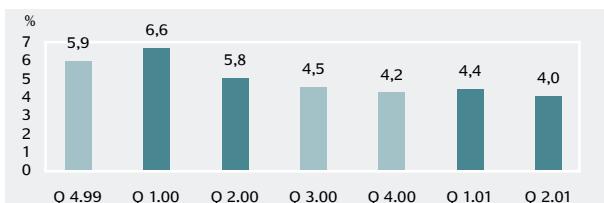
Polen



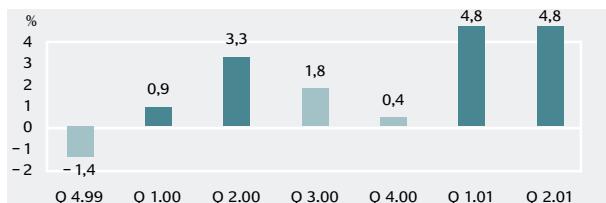
Slowakei



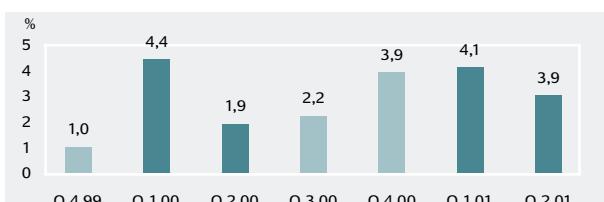
Ungarn



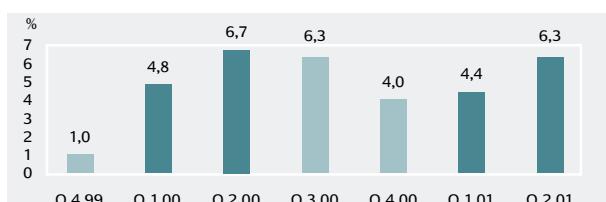
Rumänien



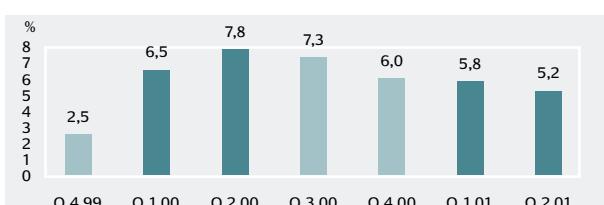
Tschechien



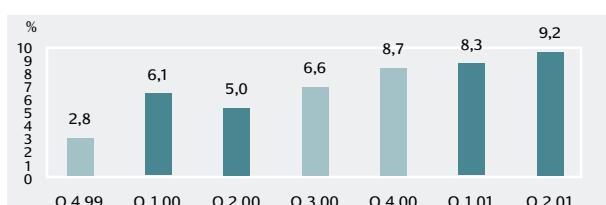
Bulgarien



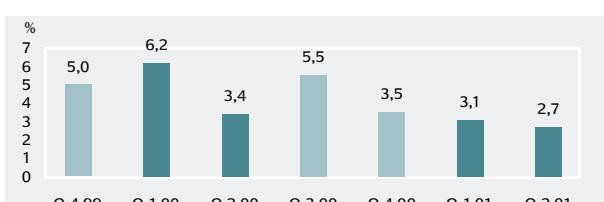
Estland



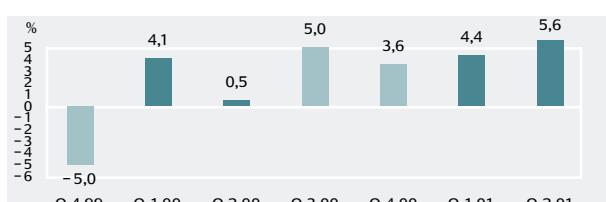
Lettland



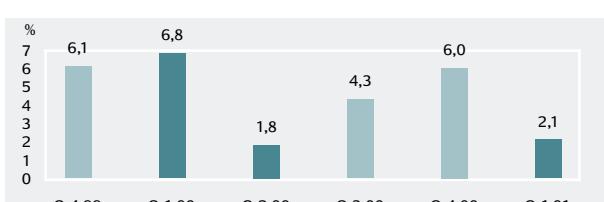
Slowenien



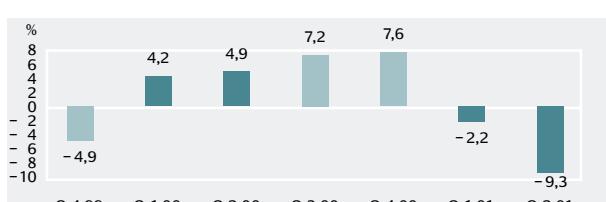
Litauen



Malta



Türkei



Zypern keine Quartalsangaben, 2000: 4,5 %.

Quelle: BIZ, Stat. Ämter.

Entwicklung des Außenhandels und die Industrieproduktion überträgt. Während u. a. in Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Bulgarien und Rumänien aufgrund nur geringfügiger Exporteinsbußen auch in den ersten sechs Monaten noch ein robustes Wachstum verzeichnet wurde, wurde in Slowenien, Malta, Estland und Ungarn trotz immer noch respektabler Wachstumsraten eine Abkühlung sichtbar. Insbesondere Polen wies im ersten Halbjahr ein deutlich verringertes Wachstumstempo von nur 1,6 % auf. Die Industrieproduktion hat deutlich an Dynamik verloren. Der im ersten Halbjahr in der Türkei verzeichnete Rückgang des BIP von 6,1 % ist Folge der Auswirkungen der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise. Das hohe Zins- und Inflationsniveau und die zudem äußerst restriktive Kreditvergabe hemmen die wirtschaftliche Tätigkeit und begrenzen die Liquidität der Unternehmen.

Die **Wachstumsaussichten** für 2001 dürften sich insgesamt **abschwächen** und eher unter 3 % liegen (mit Türkei unter 1 %). Zu der Wachstumschwäche in den Hauptabnehmerländern kommt jetzt eine allgemeine Verunsicherung im Zuge der Terroranschläge in den USA.

Falls es im **kommenden Jahr** zu einer Erholung der westeuropäischen Konjunktur kommt und die lebhafte Binnennachfrage in den Beitrittsländern anhält, ist **wieder mit einer stärkeren Expansion** zu rechnen. Zwar wird der Aufholprozess etwas gedämpft, doch ist das Wachstumspotenzial in den Beitrittsländern weiterhin höher als in der EU. Nach jüngsten Einschätzungen des IWF soll das BIP in 2002 einschließlich Türkei um 3,6 % ansteigen. Die Umsetzung bzw. Weiterführung wichtiger Reformvorhaben wie die Privatisierungstätigkeit im Bankensektor und in der Energie- und Telekommunikationsindustrie sollte sich stabilisierend auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Die Verkäufe an ausländische Investoren unterstützen die

Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite, festigen die Finanzsysteme und tragen somit zur Reduzierung des Risikopotenzials für Finanzkrisen bei.

Finanzpolitik

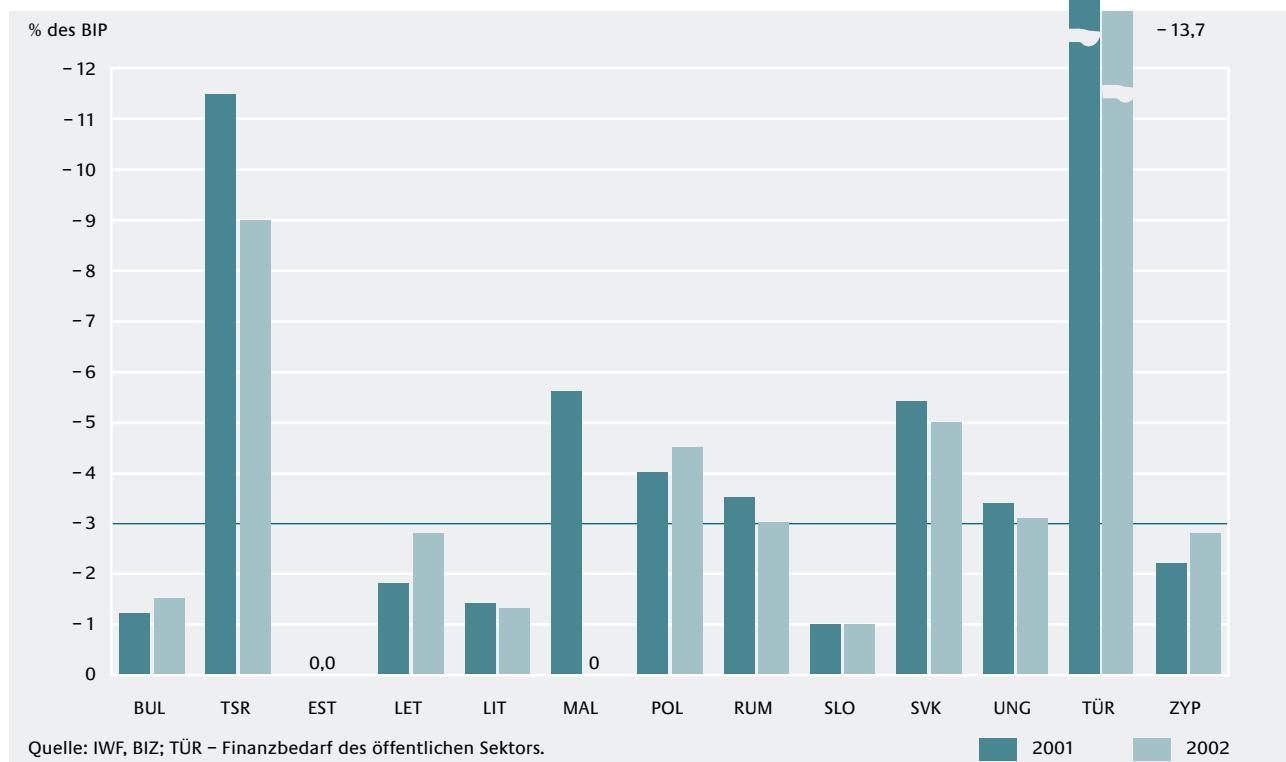
Bei den Bemühungen zur Haushaltkskonsolidierung ergibt sich ein **differenziertes Bild**³. Während die baltischen Länder und Bulgarien im Rahmen von IWF-Programmen einen restriktiven fiskalpolitischen Kurs fahren (Defizite zwischen 0 und -1,8 % des BIP), stehen Tschechien und Slowakei, u. a. aufgrund von hohen Kosten für die Sanierung des Bankensektors, vor größeren Budgetproblemen (-11,5 bzw. -5,4 % des BIP). In Tschechien kommen zu den strukturellen Belastungen noch die Auswirkungen des lockeren fiskalpolitischen Kurses, der bis zu den nächsten Wahlen Mitte 2002 anhalten dürfte.

Auch in Polen ist in diesem Jahr ausgehend von deutlich hinter den Erwartungen zurückbleibenden Steuereinnahmen und Privatisierungserlösen mit einer größeren Budgetlücke als ursprünglich geplant zu rechnen (-4 % des BIP statt -3,2 %). Noch gravierender werden die Haushaltsprobleme im kommenden Jahr sein: Die Sozialausgaben werden mehr als 55 % der Staatsausgaben ausmachen und das Defizit wird ohne Gegenmaßnahmen auf mehr als 10 % des BIP steigen. Die neue Regierung hat zunächst eine sofortige Ausgabensperre für das laufende Jahr beschlossen und will mit einem völlig neuen Haushaltsentwurf die drohende Budgetlücke im kommenden Jahr auf 5 % des BIP begrenzen.

Demgegenüber strebt Rumänien aufgrund der guten konjunkturellen Lage nur noch ein Minus von 3,5 % des BIP an, nach zuvor geplanten -3,7 %, doch könnten zur Einhaltung des Budgetzieles durchaus zusätzliche Ausgabenkürzungen notwendig werden. In der Türkei haben das hohe Zinsniveau und das schrumpfende BIP drastische

³ Für die Beurteilung der aktuellen Situation wird i. d. R. von aktuellen IWF-Daten ausgegangen, da die Daten der Haushaltsnotifizierungen bereits im Frühjahr ermittelt und nicht fortgeschrieben wurden.

Haushaltsdefizite konsolidiert



Auswirkungen auf die Defizithöhe, der Finanzbedarf des öffentlichen Sektors könnte zum Jahresende auf mehr als 19 % des BIP ansteigen. Ausgabenkürzungen sollen zu einem Primärüberschuss (vor Zinszahlungen) von 5,5 % des BIP beitragen.

Die Schuldenquote wird in diesem Jahr nur in Bulgarien und der Türkei die 60 %-Grenze des Maastricht-Vertrages deutlich übersteigen.

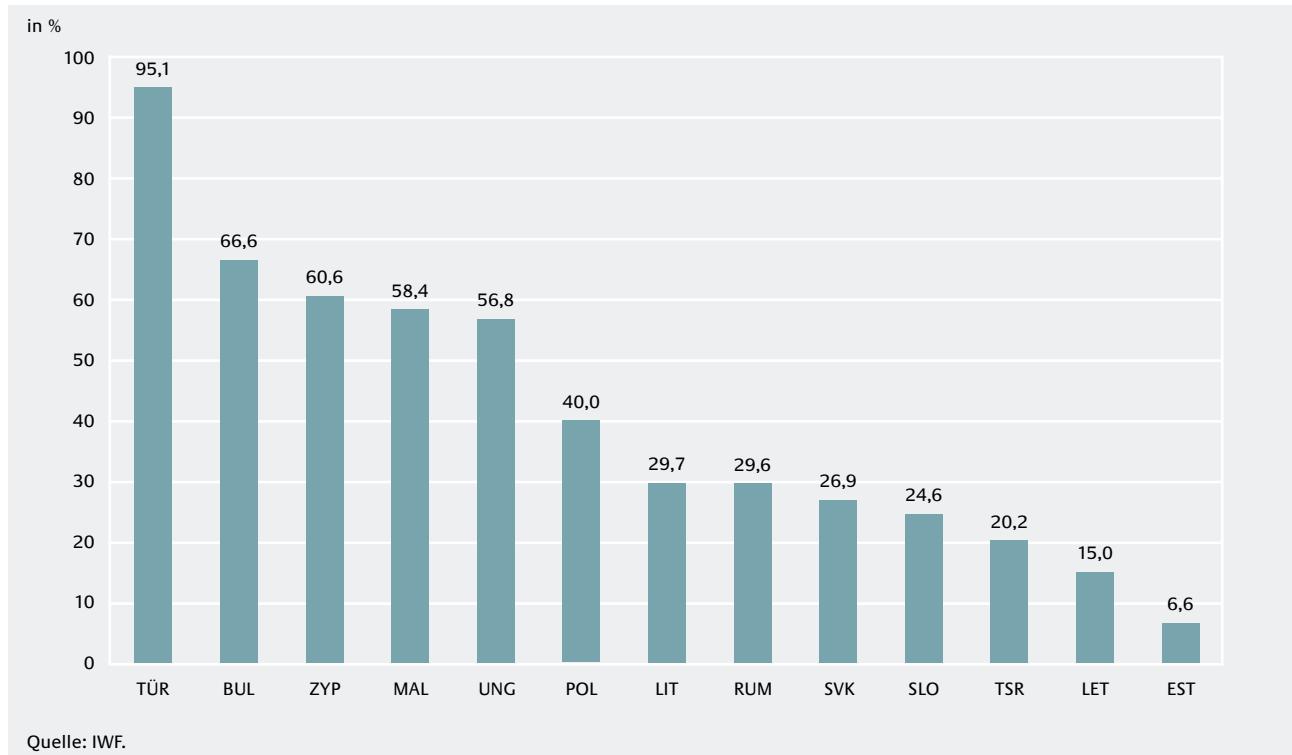
Die weitere Haushaltskonsolidierung muss Priorität in der Wirtschaftspolitik der Beitrittsländer genießen. In den nächsten Jahren ist mit zurückgehenden Privatisierungserlösen und steigenden Ausgaben in Verbindung mit Beitrittsvorbereitungen und Übernahme von EU-Standards (z. B. Umwelt, Verkehr) zu rechnen. Risiken für die öffentlichen Defizite bestehen vor allem in außerbudgetären Verpflichtungen (u. a. in Tschechien und der Slowakei im Zusammenhang mit der Sanierung des Bankensystems). Zudem könnten eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, Rückschläge bei der Inflationsbekämpfung und

bei der Zinsrückführung sowie Wechselkursrisiken die weitere Reduzierung der Budgetlücken erschweren.

Die im Rahmen der Vorbeitrittsüberwachung ab 2001 jährlich von allen Kandidatenländern zu erstellenden Haushaltssmitteilungen (Fiscal Notifications) mit Informationen über Staatsverschuldung und Budgetdefizit wurden erstmals im Frühjahr vorgelegt. Ziel ist es, die aktuelle Haushaltssituation dieser Länder auf der Basis des einheitlichen EU-Standards ESA95 zu analysieren und eine bessere Vergleichbarkeit zu erreichen.

Die Analyse der Haushaltssmitteilungen ergab, dass die nach EU-Standard ermittelten Defizite der Länder Tschechien, Ungarn, Slowakei, Lettland und Türkei zumindest im Zeitraum 1997 bis 1999 deutlich höher ausfielen als sie bisher nach herkömmlicher Methode ausgewiesen wurden. Da diese Diskrepanz ab 2000 weit weniger vorhanden ist, kann davon ausgegangen werden,

Bruttoschuldenstand 2001



dass u. a. auch im Rahmen von IWF-Programmen die Datenerhebungen verbessert und statistische Anforderungen umgesetzt wurden.

Der ab diesem Jahr zwischen EU und den Beitrittsländern intensiv geführte **Dialog über die makroökonomische Stabilität** zielt zusammen mit der fiskalischen Überwachung darauf ab, die Kandidaten sukzessive in die Lage zu versetzen, an der Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der multilateralen Haushaltsüberwachung teilnehmen zu können. Mit den ökonomischen Vorbeitrittsprogrammen sollen die notwendigen Reformen und Strategien zur Erfüllung der Kopenhagener Wirtschaftskriterien dargelegt werden.

Inflation

Die Inflation vieler Beitrittsländer war in den ersten neun Monaten rückläufig (u. a. Polen, Slowakei, Ungarn), sie bewegt sich aber trotz einstelliger Preissteigerungsraten zum Teil weiter auf zu hohem Niveau.

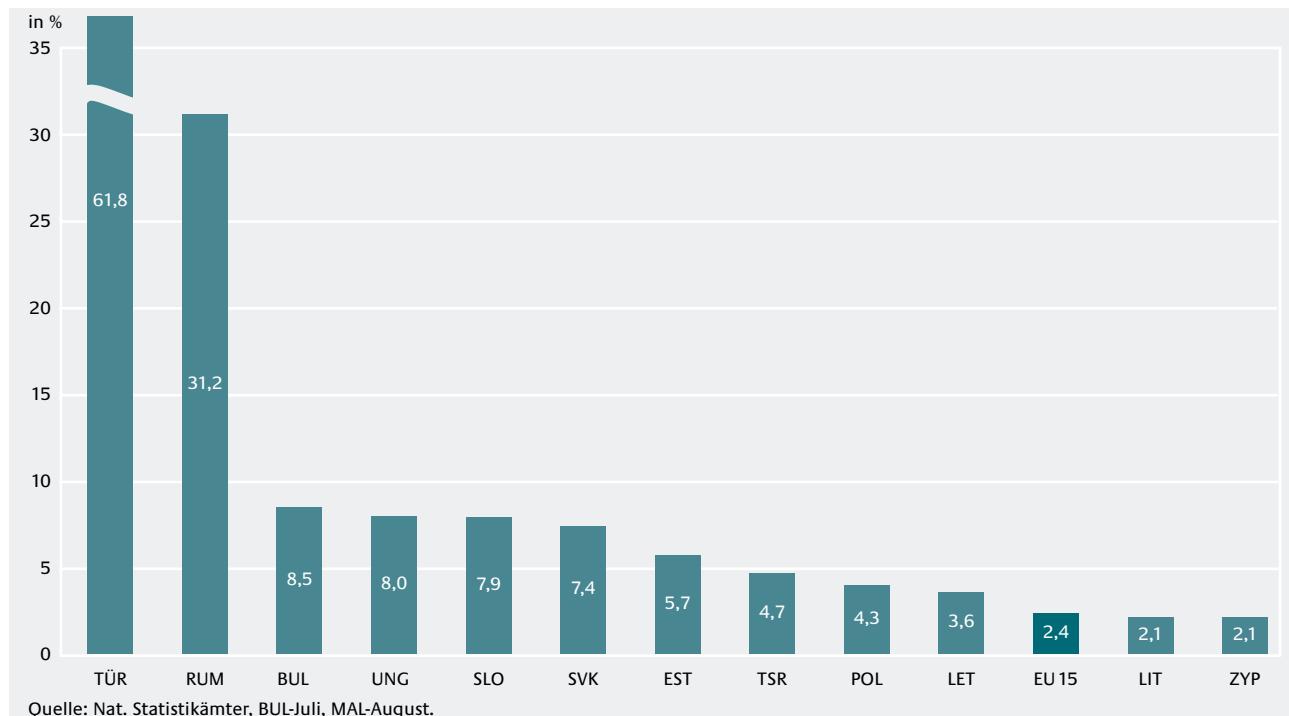
Trotz nunmehr geringerer Aufwendungen für Energie und Nahrungsmittel wirken nach wie vor die Effekte der vorjährigen Preiserhöhungen. Hinzu kommen weitere administrative Preissteigerungen und Erhöhungen im Zuge der Angleichung von Steuersätzen. Nachfrageseitige Inflationsrisiken dürften sich durch die Abschwächung der Weltkonjunktur in Grenzen halten.

Dass der Preisdruck in den baltischen Staaten so moderat war, ist den Stabilitätsankern „festes Wechselkurssystem“ und „restriktive Fiskalpolitik“ zu verdanken.

In Tschechien heizt eine expansive Fiskalpolitik die Preissteigerungsraten an, die Konjunktur wird mit teuren staatlichen Investitionen und Lohnanhebungen gestützt. Inzwischen sind leicht rückläufige Tendenzen sichtbar.

In Rumänien hat der restriktive geld- und fiskalpolitische Kurs Auswirkungen gezeigt, doch

Verbraucherpreisseigerungsrate September 2001 im Jahresvergleich



zur Erreichung des Jahresinflationsziels von unter 30 % müssen eine strikte Lohn- und Budgetdisziplin ihren Beitrag leisten.

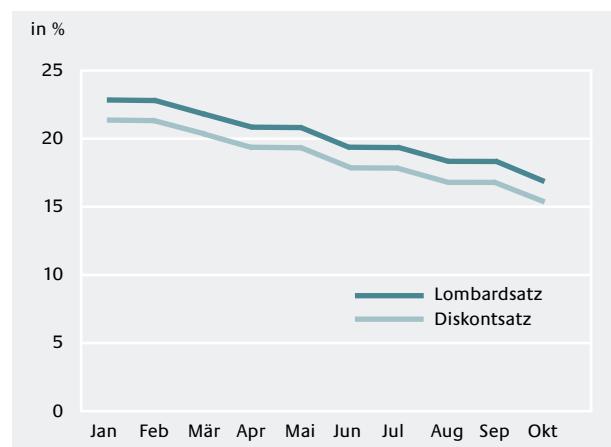
Polen konnte im September mit 4,3 % die seit Jahren niedrigste Preissteigerungsrate verbuchen, doch trat hier der Zielkonflikt zwischen notwendiger Inflationsbekämpfung und hohem Wirtschaftswachstum offen zutage. Die Hochzinspolitik hat zwar zur deutlichen Abnahme der Inflation, aber damit auch zu einem Rückgang des privaten Verbrauchs geführt und somit die Wachstumsdynamik gebremst.

In der Türkei hat sich das Tempo der Preissteigerungen nach Ausbruch der Krise Ende 2000 wieder erhöht. Zur effizienteren Inflationsbekämpfung soll sich die **Geldpolitik** ab dem vierten Quartal dieses Jahres nur noch **an einem Inflationsziel ausrichten** („inflation targeting“). Die derzeitigen Projektionen sehen zumindest für 2002 einen Rückgang der Preissteigerungen auf 33 % vor.

Geld- und Währungspolitik

Die Inflationsbekämpfung hat in den Beitrittsländern vielfach zu **hohen Realzinsen** geführt, doch dürften diese im Zuge der weiteren Verminde rung der Preissteigerungsraten zurückgehen. So hat die **Geldpolitik** in den ersten Monaten 2001 Spielräume für Zinssenkungen genutzt und sollte dies – wie unlängst die ungarische Nationalbank – zur Konjunkturunterstützung fortsetzen.

Leitzinsentwicklung in Polen



In Polen kam es aufgrund der sinkenden Inflation zu ersten dringend notwendigen Zinsschritten, um die Konjunkturverlangsamung zumindest von der geldpolitischen Seite aufzuhalten. Die seit Amtsantritt von Nationalbankpräsident Balcerowicz erfolgten fünf **Zinssenkungen** (Diskontsatz seit 25. Oktober 2001 15,5 %, Lombardsatz 17,0 %) sollen zudem den Zustrom kurzfristigen spekulativen Kapitals bremsen und damit den Aufwertungsdruck auf die Währung dämpfen. Spielraum für weitere Zinsschritte sei nach Verlautbarungen der Notenbank inflationsseitig möglich, doch vor dem Hintergrund des expandierenden Haushaltsdefizits schwierig.

In Tschechien wurde im Juli erstmalig seit 1998 eine leichte Leitzinserhöhung (Diskontsatz 4,25 %, Lombardsatz 6,25 %) vorgenommen, um der expansiven Budgetpolitik und dem Lohnauftrieb entgegenzuwirken. Doch der Handlungsspielraum für die Zentralbank bleibt eingeschränkt, da mit weiteren Zinsschritten der Zustrom von ausländischem Kapital angeregt und damit der Aufwertungsdruck auf die Krone vergrößert würde.

In der Türkei steht das hohe Zinsniveau einer Konjunkturerholung im Wege: Bei Realzinsen von etwa 30 % ist die Geldbeschaffung für klein- und mittelständische Unternehmen bei ohnehin restriktiver Kreditvergabe nahezu unmöglich, zumal eine Abwälzung der Kosten an der mangelnden Kaufkraft der Abnehmer scheitert.

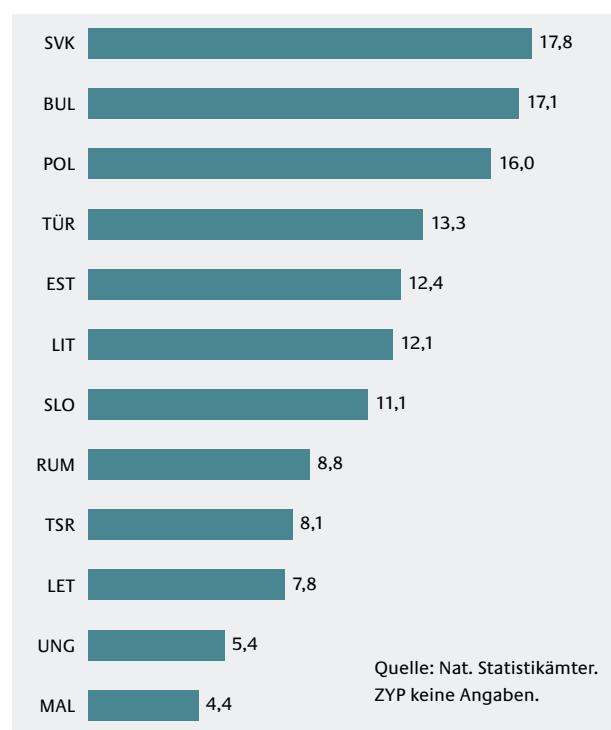
Neun der 13 Beitrittsländer haben ihre Währung freigegeben oder lassen sie innerhalb eines breiten Bandes schwanken. Ausnahmen sind die baltischen Staaten und Bulgarien, die sich im Rahmen von Currency Board-Systemen zu einer festen Bindung ihrer Währung entschlossen haben. Während freie Wechselkurse bzw. ein gelenktes Floaten ohne Leitkurs oder ein „crawling peg“-System mit dem europäischen Wechselkursmechanismus nicht kompatibel sind, ist ein Festkursystem mit Bindung an den Euro vorstellbar. Es zeigen sich zunehmend Bemühungen, die Wech-

selkursregime auf die spätere Teilnahme am EWS II vorzubereiten. **Litauen** plant zum 1. Februar 2002 den **Übergang von Dollar- auf Euro-Bindung**, was auch der Handelsstruktur besser entspricht. In **Ungarn** wurde das **Wechselkursband** für Schwankungen des Forint zum 4. Mai 2001 von +/- 2,25 % auf +/- 15 % **ausgeweitet**. Auch die monatlichen Abwertungen des Leitkurses von zuletzt 0,2 % im Rahmen des „crawling peg“ wurden zum 1. Oktober dieses Jahres abgeschafft. Die nach der Ausweitung eingesetzte nominale Aufwertung des Forint von etwa 10 % hat sich bis September wieder verringert. Der frei floatende polnische Zloty, der durch kräftige Direkt- und Portfolioinvestitionszuflüsse zunehmend erstarckt war, lässt seit Juli **leichte nominale Abwertungen** erkennen, die der erwarteten Exportverlangsamung teilweise entgegenwirken könnten.

Arbeitslosigkeit

Die noch recht hohen Wachstumsraten im ersten Halbjahr 2001 haben dazu beigetragen, dass die vorjährige **positive Entwicklung** auf

Arbeitslosigkeit in % zur Jahresmitte 2001



den Arbeitsmärkten zum Teil weiter angehalten hat. Die Arbeitslosenraten liegen zur Jahresmitte größtenteils unter denen vom Dezember 2000 (auch durch saisonale Einflüsse bedingt). **Ausnahmen** bilden **Polen** und die **Türkei**: In Polen hat die seit 1998 anhaltende Wachstumsabschwächung verbunden mit umfangreichen Restrukturierungsmaßnahmen im Kohle- und Stahlbereich sowie in der Bauindustrie zu einer Arbeitslosenrate von 16,3 % Ende September geführt, in einigen Regionen beträgt sie bis zu 30 %. In der Türkei haben die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu einem rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Auch in **Bulgarien** und der **Slowakei** war in den ersten sechs Monaten keine wesentliche Verbesserung der ohnehin hohen **Arbeitslosenraten** zu erkennen. Entlassungen und Betriebsschließungen infolge von Umstrukturierungen konnten noch nicht durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze kompensiert werden.

Dagegen setzt sich in **Ungarn** mit anhaltendem Wachstum der Anstieg der Beschäftigung fort, die Arbeitslosenrate erreichte mit 5,4 % zur Jahresmitte einen erneuten **Tiefstand**. Von ausländischen Unternehmen wird bereits mit wachsender Besorgnis die zunehmende Knappheit von qualifizierten Arbeitskräften registriert.

Insgesamt sind die regionalen Disparitäten weiterhin groß, insbesondere sind Gebiete mit durch hohen Umstrukturierungsbedarf gekennzeichneten Branchen stark betroffen.

Außenwirtschaft/Leistungsbilanzen

Der **Außenhandel** der Beitrittsländer entwickelte sich auch in den ersten Monaten bei überwiegend zweistelligen Exportwachstumsraten noch **dynamisch**, bevor zur Jahresmitte hin eine **Abschwächung** aufgrund der Konjunkturschwäche in Westeuropa einsetzte. Mit Ausnahme von Polen, Litauen, Slowenien, Malta und Türkei war in den ersten sechs bis sieben Monaten eine zum Teil deutliche Ausdehnung der Handelsbilanzdefizite zu verzeichnen. Hier wirk-

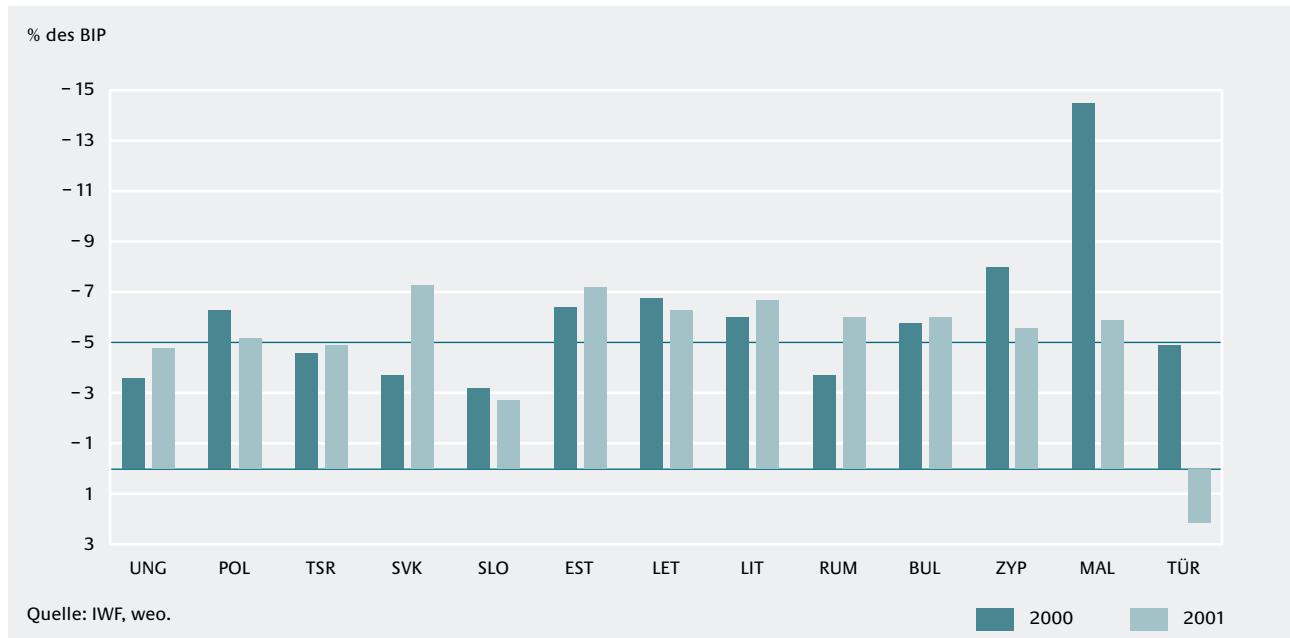
ten die aufgrund der zum Teil recht kräftigen Binnennachfrage deutlich gestiegenen Importe (u. a. Rumänien, Slowakei, Estland) bilanzbelastend. Dazu kommen reale Aufwertungen der Landeswährungen gegenüber dem Euro (insbesondere in Ungarn, Bulgarien, Lettland, Estland, Zypern, Rumänien), die zwar die Importe verbilligen, aber die Wettbewerbsfähigkeit der Exporte beeinträchtigen. **Die Leistungsbilanzdefizite** haben sich in vielen Beitrittsländern wieder ausgedehnt (besonders deutlich in Rumänien, Tschechien, Slowakei), nachdem sie sich dank der hohen Exportdynamik und Überschüssen in den Dienstleistungsbilanzen im vergangenen Jahr zum Teil verringert hatten.

In Polen haben dagegen die schwache Inlandsnachfrage und hohes Exportwachstum zu einer Verringerung der Leistungsbilanzlücke auf 5,4 % des BIP geführt (2000: - 6,2 %). In Malta hat sich die deutlich geringere gesamtwirtschaftliche Dynamik im Zuge schwacher privater Nachfrage und restriktiver Fiskalpolitik in der Rückführung der außenwirtschaftlichen Defizite niedergeschlagen. Die Verbesserung der Leistungsbilanz in der Türkei beruht auf der Zunahme von Export und Tourismus aufgrund der schwachen Währung.

Aus der erwarteten weiteren Exportverlangsamung bei gleichzeitig anhaltend robuster Inlandsnachfrage der Beitrittsländer (u. a. durch hohen Investitionsbedarf) ergibt sich eine Kombination, die zu einem weiteren Anwachsen der außenwirtschaftlichen Defizite in diesem Jahr führen dürfte. In **zehn Ländern**, dazu gehören u. a. die baltischen Staaten, Rumänien, Slowakei und Zypern werden **Leistungsbilanzdefizite oberhalb der als kritisch geltenden Grenze von 5 % des BIP** erwartet.

Der Zufluss von **ausländischen Direktinvestitionen** deckt zwar in den meisten Ländern bisher deren Defizite größtenteils ab, doch müssen die Privatisierungen im Banken-, Energie- und Telekommunikationsbereich unter Einbeziehung aus-

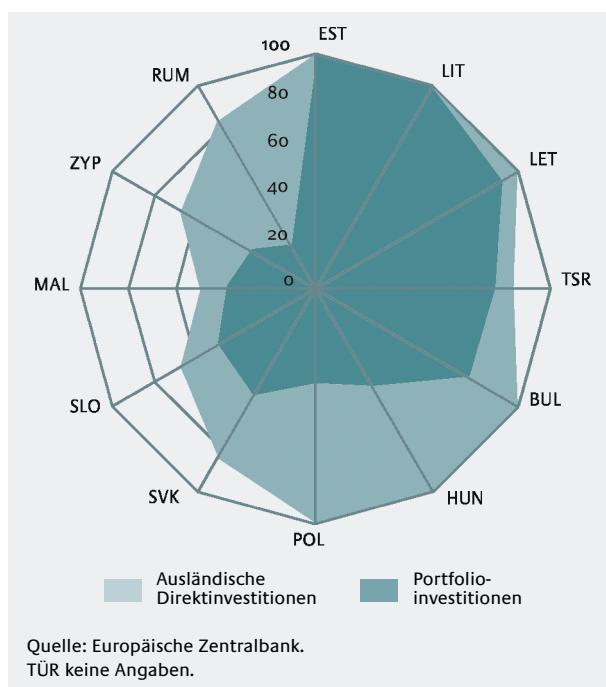
Leistungsbilanzdefizite 2000/2001



ländischer Investoren zügig fortgeführt werden, um die wachsenden Leistungsbilanzlücken weiterhin solide zu finanzieren, die Abhängigkeit von der Auslandsverschuldung zu begrenzen und so

das Risiko für Finanzkrisen zu minimieren. Um auch nach Abschluss des Privatisierungsprozesses langfristiges ausländisches Kapital anzuziehen, muss verstärkt ein für Investitionen günstiges Klima geschaffen werden.

Liberalisierung des Kapitalverkehrs Stand 1. Januar 2001



Die infolge der Kapitalmarktliberalisierungen steigenden Kapitalzuflüsse verstärken den Aufwertungsdruck und verschlechtern durch nominale bzw. reale Aufwertungen die Wettbewerbsfähigkeit des Exportsektors. Die Orientierung auf Produkte, die den internationalen Anforderungen standhalten, und die Erhöhung der Produktivität gewinnen vor diesem Hintergrund erhöhte Bedeutung für die Beitrittsländer.

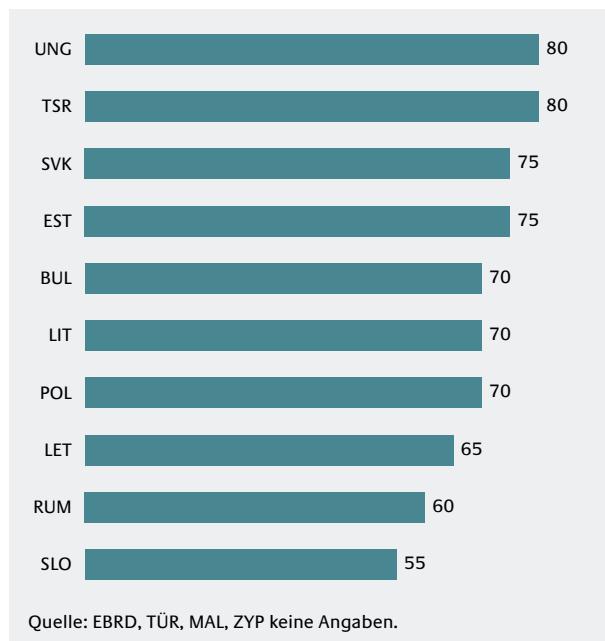
3. Reformpolitiken

Für die Beurteilung der Reformprozesse in den Kandidatenländern sind die jüngsten Fortschrittsberichte der EU-KOM, die am 13. November 2001 vorgelegt wurden, ein wichtiger Anhaltspunkt. Wiederum wurde nur Malta und Zypern die Erfüllung des wirtschaftlichen Beitrittskriteriums einer funktionsfähigen Marktwirtschaft, die dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union

standhalten kann, attestiert. Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Ungarn und Tschechien werden als funktionsfähige Marktwirtschaften bezeichnet, zwischen denen allerdings erhebliche Unterschiede bestehen, die aber alle bei Fortführung ihres Reformkurses in Kürze in der Lage sein dürften, dem Wettbewerbsdruck der Union standzuhalten. Bulgarien ist nahe am Status einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und damit besser bewertet als Rumänien, dem zumindest weitere Fortschritte in diese Richtung bescheinigt wurden. Lediglich die Türkei konnte krisenbedingt keine weiteren Fortschritte verzeichnen.

Der Weg zur Erfüllung der Wirtschaftskriterien von Kopenhagen ist mit umfassenden Strukturreformen verbunden, zu denen die **Privatisierung und Umstrukturierung** großer Unternehmen zählen. Dass die hierbei noch bestehenden Herausforderungen für die Beitrittskandidaten unterschiedlich groß sind, zeigt der Anteil der Privatwirtschaft am BIP. Die Spanne reicht von 80 % in Ungarn bis 55 % in Slowenien. Während in Ungarn der Prozess weitgehend abgeschlossen ist (noch 200 zu privatisierende Unternehmen), befindet sich die slowenische Wirtschaft noch überwiegend unter staatlichem Einfluss.

Anteil der Privatwirtschaft am BIP 2000 in %

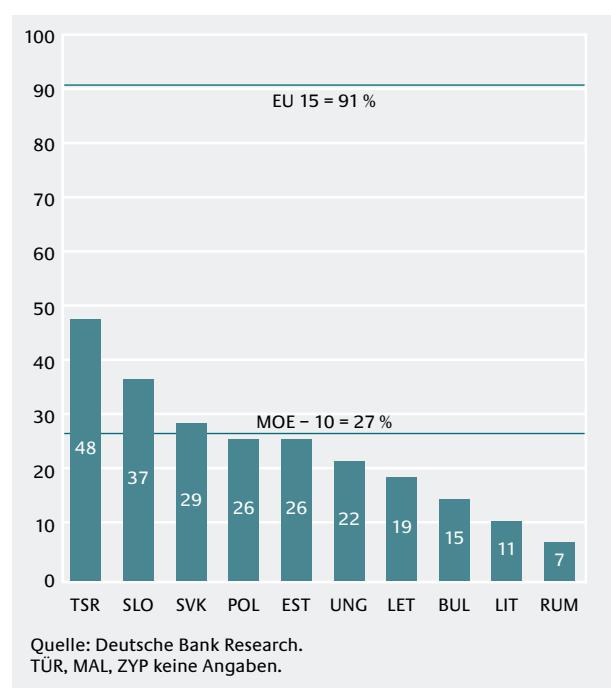


det sich die slowenische Wirtschaft noch überwiegend unter staatlichem Einfluss.

Die **Privatisierung des Bankensektors** kam in den letzten Jahren zwar **schneller voran**, ist aber noch nicht vollständig abgeschlossen. Während dieser Prozess in der Slowakei in diesem Jahr voraussichtlich beendet werden kann (nahezu vollständiger Verkauf der Slovenska Sporitelna und Vseobecna Uverova Banka), dürfte Rumänien dazu noch einige Jahre benötigen.

Unter Einbeziehung ausländischer Investoren sind in den baltischen Staaten, Ungarn und Polen leistungsfähige Bankensysteme entstanden, die den notwendigen Zugang zu Finanzmitteln für ein effizientes Funktionieren und ein dynamisches Wachstum des Unternehmenssektors gewähren. In den Beitrittsländern ist der Bankensektor gegenüber dem Kapitalmarkt wichtigste Quelle für die externe Finanzierung des Privatsektors, doch ist die Fähigkeit, die Ersparnisse in private Investitionen zu leiten, begrenzt. Ursache dafür ist das geringe Volumen an Ersparnissen und Bankeinlagen, Letztere betragen

Forderungen der Banken an Privatsektor in % des BIP



pro Kopf nur 18 % des EU-Durchschnitts. Bei wachsendem Vertrauen in das Finanzsystem durch steigende makroökonomische Stabilität dürften mehr Ersparnisse zur Kreditvergabe zur Verfügung stehen.

Im Gegensatz zum Bankensektor sind die **Wertpapiermärkte** mit einer nur geringen Marktkapitalisierung **noch unterentwickelt**. Zwar wurden in den zehn MOE-Beitrittskandidaten frühzeitig Aktienmärkte aufgebaut, doch bestehen nur begrenzte Möglichkeiten, Kapital durch Aktienemissionen aufzubringen. Die frühe Liberalisierung für ausländische Portfolioinvestitionen und das stabile wirtschaftliche Umfeld haben zur Etablierung der bedeutendsten Börsen der Beitrittsländer in Warschau, Budapest und Prag beigetragen. Der Markt für Staatsanleihen ist in den vergangenen Jahren rasch expandiert, auch hier haben Ungarn, Polen und Tschechien die höchsten Anteile. Bislang werden erst in den drei genannten Ländern sowie in Slowenien zehnjährige Anleihen emittiert. Mittelfristig dürfte sich eine stärkere Nachfrage nach langfristigen Finanzierungen auch über Unternehmensanleihen entwickeln.

Marktkapitalisierung der Aktien- und Rentenmärkte



Die Finanzmärkte bedürfen auch weiterhin der Entwicklung und Vertiefung, damit sie Wirtschaftswachstum und makroökonomische Stabilität unterstützen können. Die EU-weite bzw. globale Liberalisierung dürfte diesen Prozess fördern, erfordert aber auch die Vorbereitung auf den verschärften Wettbewerb, der für die Beitrittsländer mit rascher wirtschaftlicher Entwicklung und hohen Kapitalzuflüssen ein nicht unerhebliches Risiko darstellt. Neben den Bankensystemen müssen die anderen Finanzierungssegmente (Wertpapiermärkte, aber auch Versicherungen, Investment- und Pensionsfonds) noch ausgebaut werden, um das für die weitere wirtschaftliche Entwicklung notwendige Kapital aufzubringen. Die Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen dürfte die Bereitschaft der Finanzinstitute erhöhen, langfristiges Kapital bereitzustellen.

4. Schwerpunkte in ausgewählten Ländern

Polen

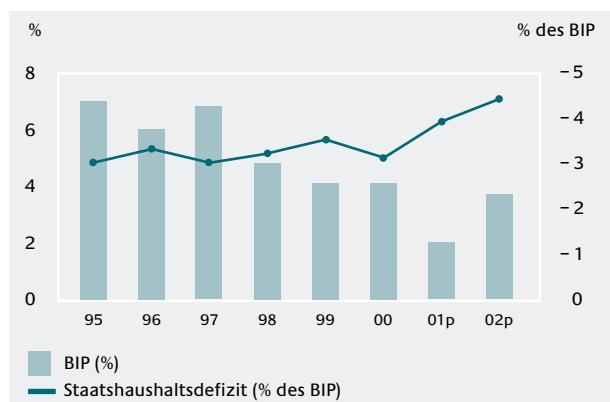
Vor dem Hintergrund eines seit 1998 stark gestiegenen Leistungsbilanzdefizits und hoher Inflation reagierte die Nationalbank seit Herbst 1999 mit Zinserhöhungen (Diskontsatzanstieg von 15,5 auf 21,5 %). Während dadurch der Disinflationsprozess unterstützt wurde (August 2001/August 2000 5,1 %) und die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in Grenzen gehalten werden konnten (Leistungsbilanzdefizit im ersten Halbjahr – 5,4 % des BIP), wirkt sich die Zinspolitik negativ auf Nachfrage und Wachstum aus. Die Budgetkonsolidierung wird erschwert.

Das **Wachstumstempo** der polnischen Wirtschaft hat seit der zweiten Jahreshälfte 2000 **an Dynamik verloren**, für 2000 insgesamt wurden statt der angepeilten 5,4 % nur noch **4,1 % BIP-Zuwachs** erreicht. Im ersten Halbjahr 2001 setzte sich das **verminderte Tempo noch deutlicher fort**, das Wirtschaftswachstum reduzierte sich weiter auf 1,6 %. Ungünstig wirken die – ungeachtet der fünf diesjährigen Zinssenkungsschritte auf 15,5 % – noch immer zu hohen

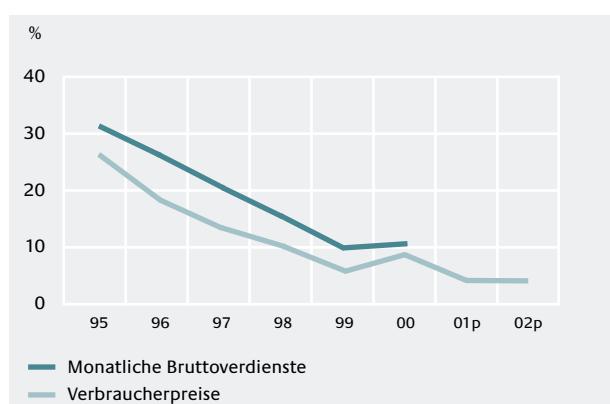
Kreditzinsen, die angespannte Konjunkturlage in Westeuropa und den USA sowie der trotz kleinerer Turbulenzen immer noch überbewertete Kurs des Zloty.

Da dem diesjährigen Staatshaushalt eine höhere Wachstumsprognose zugrunde lag, bleiben die Steuereinnahmen hinter den Erwartungen zurück. Darüber hinaus sind die Privatisierungserlöse geringer ausgefallen als veranschlagt (u. a. fehlgeschlagene Teilprivatisierung der Telekomunikacja Polenska an France Telecom). Die **Budgetlücke wird in diesem Jahr mehr als 4 %** betragen. Das für das gesamte Jahr angepeilte Defizit wurde bereits zur Jahresmitte erreicht. Die Haushaltsprobleme werden sich im kommenden Jahr fortsetzen. Selbst ein Anstieg auf über 10 % des BIP wird nicht ausgeschlossen, wenn

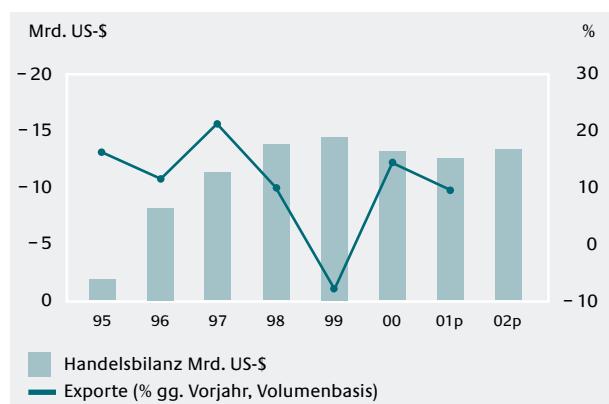
Wachstum und Budgetentwicklung in Polen



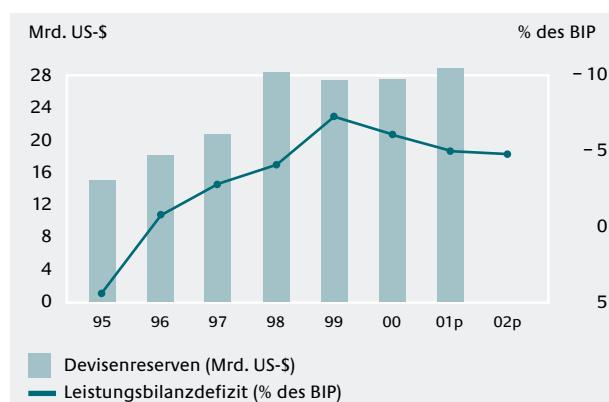
Lohn- und Preisentwicklung in Polen



Handelsbilanzdefizit und Exportentwicklung in Polen



Reserven- und Leistungsbilanzdefizit in Polen



die neue Regierung nicht das Ruder herumreißt und drastische Anpassungsmaßnahmen ergreift. Eine restriktive Haushaltspolitik wird in den nächsten Jahren angesichts der umfangreichen Investitionen zur Beitrittsvorbereitung (u. a. Transport, Umwelt) und der Belastungen infolge der Umstrukturierungen im Bergbau-, Energie- und Landwirtschaftsbereich allerdings nur unter großen politischen Anstrengungen umzusetzen sein.

In den kommenden Monaten ist mit einer weiteren **Zunahme des Risikopotenzials** zu rechnen: Im Zuge der konjunkturellen Schwäche dürfte das Budgetdefizit weiter steigen. Das geringe Wachstum der Eurozone beeinträchtigt die Exportaussichten polnischer

Unternehmen, was zu einer Verschlechterung von Außenbeitrag und Leistungsbilanzdefizit führen würde. Wegen des hohen Zinsniveaus kann der Ausfall der Auslandsnachfrage nicht über die Binnennachfrage kompensiert werden. Für Regierung und Notenbank stellt sich die Herausforderung, durch eine bessere Koordinierung von Geld- und Fiskalpolitik die Wachstumsrate zu verbessern. Ob es der aus den Wahlen vom 23. September hervorgegangenen neuen Regierung unter sozialdemokratischer Führung gelingt, die Voraussetzungen für eine Konjunkturbelebung zu schaffen und Risiken einer Wirtschafts- und Finanzkrise abzuwenden, wird entscheidend von der Bereitschaft der Koalitionspartner abhängen, den finanziellen und wirtschaftspolitischen Kurs des Finanzministers mitzutragen. Geplant sind Budgeteinsparungen kombiniert mit Steuererhöhungen und eine Korrektur des Steuersystems. Für Polen geht es aber nicht nur um die Belebung der

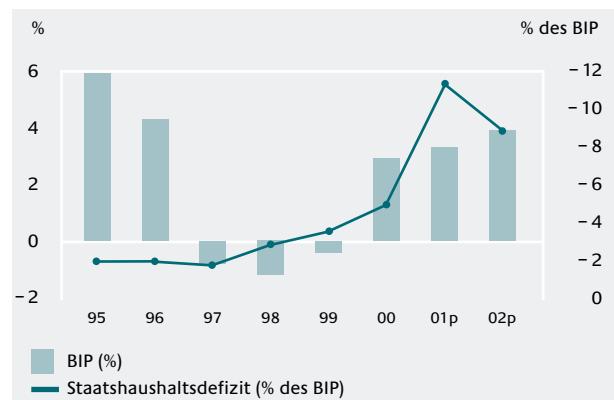
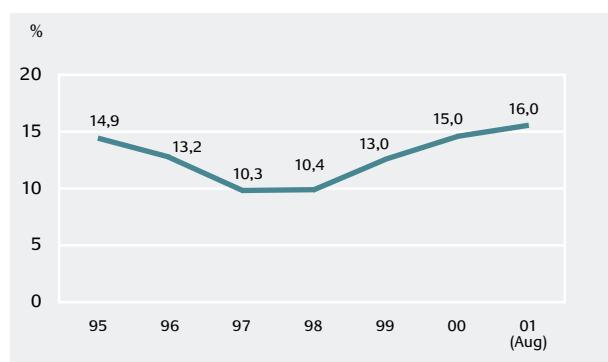
Wirtschaft und Konsolidierung des Haushaltes, sondern auch um die Erfüllung der Wirtschaftskriterien für den Beitritt zur EU, die mit Fortschritten bei den Beitrittsverhandlungen einhergehen muss.

Tschechien

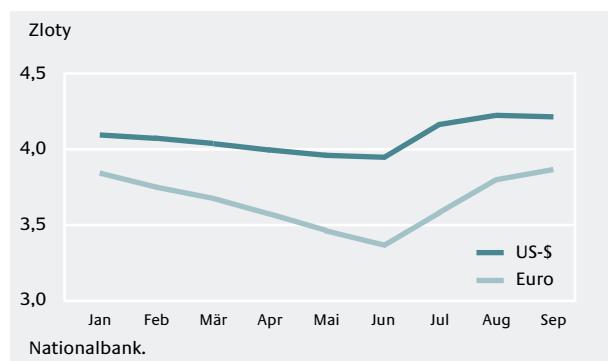
Die Erholung der tschechischen Wirtschaft im vergangenen Jahr hat sich auch im ersten Halbjahr 2001 unter dem Einfluss dynamischer Investitionsausgaben und einer expansiven Fiskalpolitik weiter fortgesetzt (BIP-Zuwachs +4 %). Trotz florierender Exporte führte die lebhafte Inlandsnachfrage in den ersten sechs Monaten zu einer annähernden Verdopplung des Leistungsbilanzdefizits, dessen Finanzierung jedoch derzeit noch vollständig über den Zufluss von Direktinvestitionen gesichert ist.

Wachstum und Budgetentwicklung in Tschechien

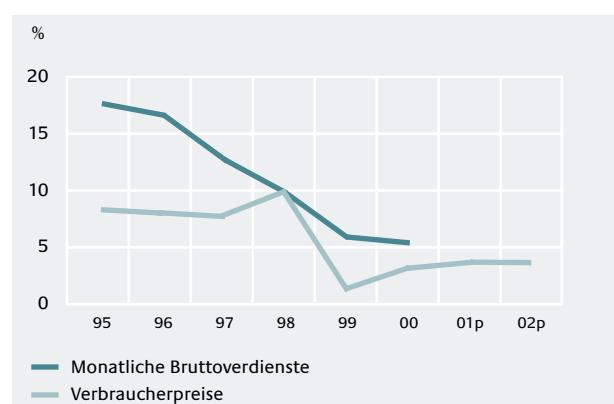
Arbeitslosigkeit in Polen



Nominale Wechselkursentwicklung 2001 in Polen



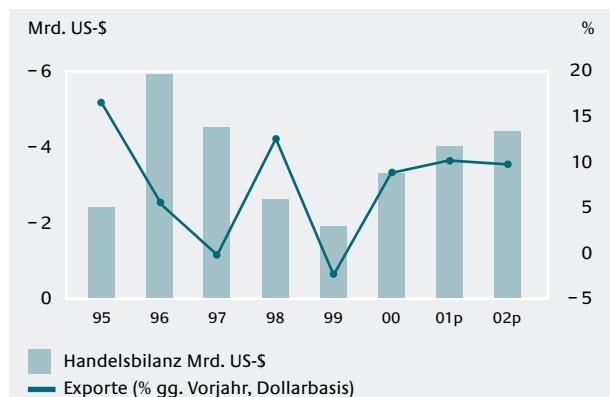
Lohn- und Preisentwicklung in Tschechien



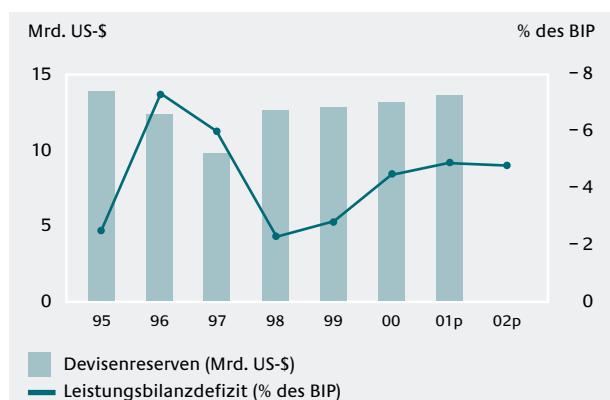
Die durch kräftige Reallohnsteigerungen angeheizte Inlandsnachfrage und die zunehmend ungünstigeren Exportaussichten werden zu einem weiteren Ansteigen der außenwirtschaftlichen Defizite führen. Kritischer zu beurteilen ist das **ausufernde Budgetdefizit**, bei dem in diesem Jahr eine Ausdehnung auf 11,5 % des BIP nach 5,1 % im Vorjahr zu erwarten ist (einschließlich Nebenhaushalte). Ein Großteil des Defizits ist transformationsbedingt, doch auch die trotz positiver Konjunkturentwicklung weiterhin lockere Haushaltsführung leistet ihren Beitrag.

Strukturreformen sind dringend erforderlich, um die Ausgaben, die zu 80 % vor allem

Handelsbilanzdefizit und Exportentwicklung in Tschechien



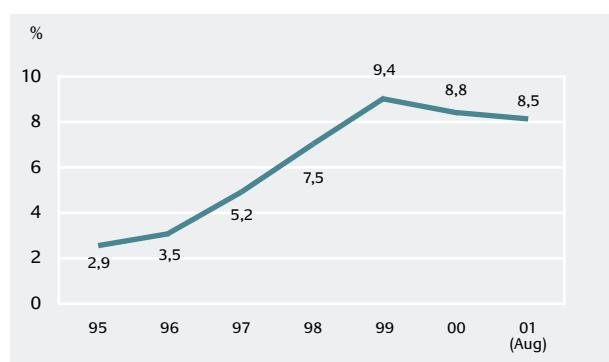
Reserven- und Leistungsbilanzdefizit in Tschechien



auf soziale Transfers, Krankenversicherungskosten und Schuldendienst entfallen, zu reduzieren und Spielraum für die für den EU-Beitritt notwendigen Investitionen zu schaffen. Ferner gilt es, die Transparenz der öffentlichen Haushalte zu erhöhen, insbesondere die Konsolidierung der außerbudgetären Fonds. Ein Schritt in diese Richtung war der Verkauf eines Teils notleidender Kredite der sanierungsbedürftigen Banken an eine amerikanische Investmentbank.

In der tschechischen Haushaltspolitik muss ein entschiedenerer Konsolidierungskurs verfolgt werden, um dem Risiko eines ausufernden Zwillingsdefizits aus Haushalts- und Leistungsbilanzlücke zu begegnen, insbesondere wenn die Privatisierungserlöse zurückgehen. Es steht jedoch zu befürchten, dass der expansive Haushaltspolitik in Anbetracht der in 2002 stattfindenden Parlamentswahlen vorerst beibehalten wird.

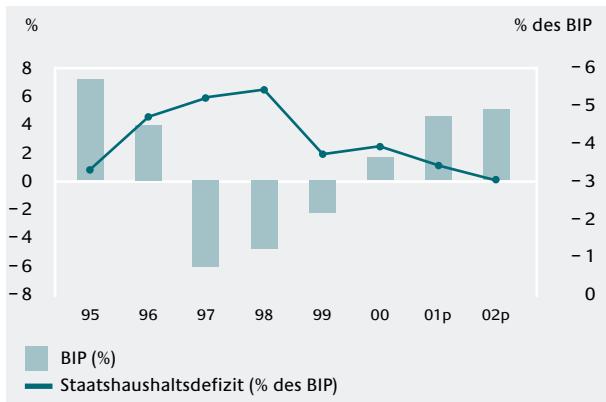
Arbeitslosigkeit in Tschechien



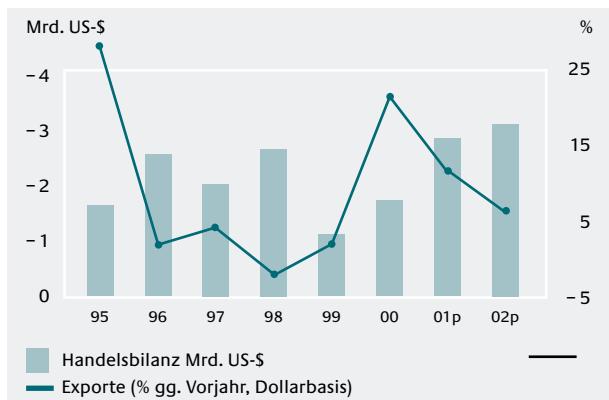
Rumänien

Das Land hat die dreijährige **Rezession** seit dem Vorjahr **überwunden** und ist auf dem Wege der makroökonomischen Stabilisierung. Das Wachstum erhöhte sich nach 1,6 % in 2000 in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 4,9 %, die Inflation ist weiter gesunken (September 2001 im Jahresabstand 31,2 %) und Bemühungen zur Haushaltsskonsolidierung sind

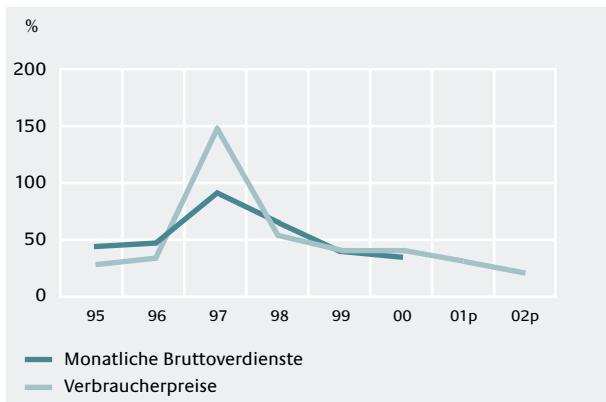
Wachstum und Budgetentwicklung in Rumänien



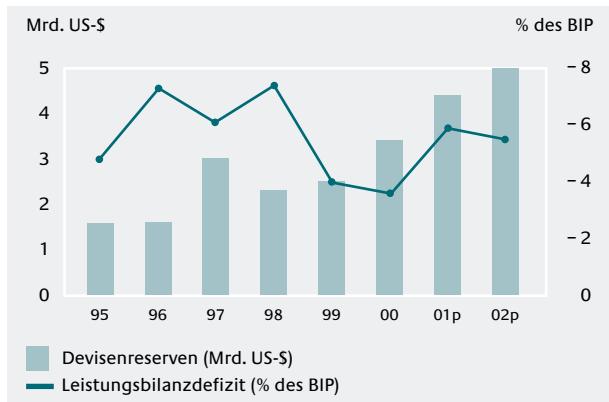
Handelsbilanzdefizit und Exportentwicklung in Rumänien



Lohn- und Preisentwicklung in Rumänien



Reserven- und Leistungsbilanzdefizit in Rumänien



zu erkennen (geplantes Defizit – 3,5 % des BIP). Hohe, eher konsumtive Importe (Januar bis August + 25 %) führten allerdings trotz des zweistelligen Exportwachstums (+ 14,7 %) zu zunehmenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten. Das Handelsbilanzdefizit stieg beträchtlich an und führte zu einer Verdopplung des Leistungsbilanzdefizits im ersten Halbjahr auf nahezu 8 % des BIP. Wegen der gleichzeitig nur geringen Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen (+ 313 Mio. US-\$) steigt der Druck zur Verringerung der außenwirtschaftlichen Defizite.

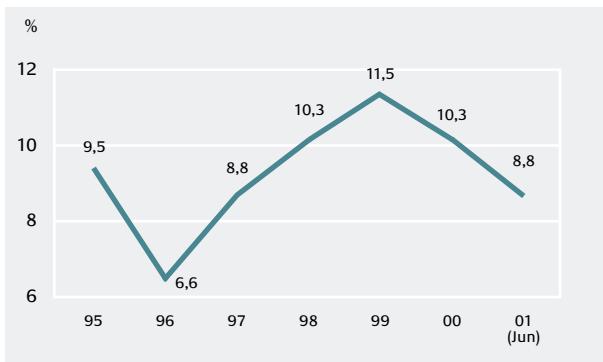
Das Tempo der Umsetzung notwendiger struktureller Reformen blieb hinter der Wachstumsdynamik zurück. Probleme bereitete bisher u. a. die Forderung des IWF, zur Entlas-

tung des Budgets das Personal in staatlichen Betrieben zu reduzieren. Defizite sind auch noch bei der Entwicklung von Strategien zur Privatisierung großer Staatsunternehmen und bei der Verminderung der zwischenbetrieblichen Verschuldung zu verzeichnen. Ein positives Signal war der Verkauf des größten rumänischen Stahlwerkes Sidex an ein britisch-indisches Unternehmen im Juli dieses Jahres, zumal der Betrieb lange Zeit als nicht privatisierbar galt.

Für Rumänien ist das Ende Oktober abgeschlossene neue 18-monatige Beistandskreditabkommen (das nunmehr sechste, alle fünf vorhergehenden waren gescheitert) wegen seiner Signalwirkung für andere internationale Geld-

geber wichtig. Trotz der jüngsten Erfolge bei der makroökonomischen Stabilisierung bildet Rumänien immer noch das Schlusslicht unter den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten. Die erfolgreiche Umsetzung des IWF-Programms ist auch für die Erfüllung der wirtschaftlichen Beitrittskriterien unabdingbar.

Arbeitslosigkeit in Rumänien

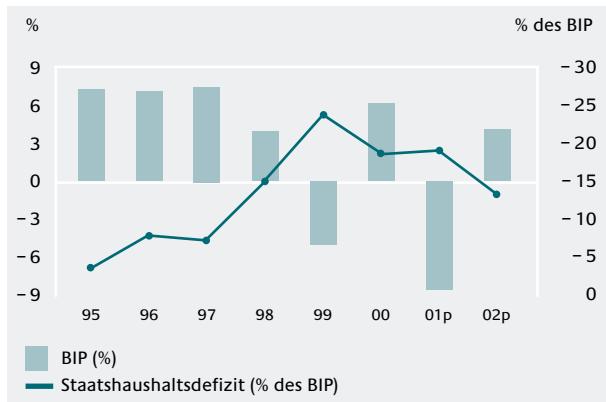


Türkei

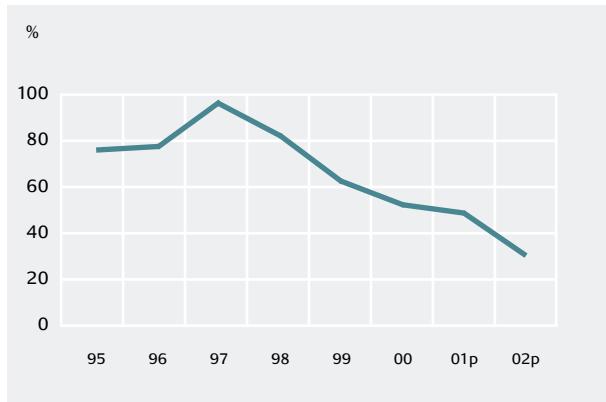
Im Zuge der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise vom November 2000 haben sich die ökonomischen Eckdaten **drastisch verschlechtert**. Zinsen und Inflation zogen erneut an, die Arbeitslosigkeit ist drastisch gestiegen und die Kaufkraft der Bevölkerung weiter gesunken. Das BIP ist im ersten Halbjahr um 6,1 % zurückgegangen (Prognose für 2001 gesamt: - 5,5 %). Die Verbraucherpreise sind bis September im Zwölfmonatsabstand um 61,8 % gestiegen. Lediglich die Defizite in Handels- und Leistungsbilanz sind rückläufig, da Exporte und Tourismus aufgrund der schwachen Währung (-50 % seit WK-Freigabe) angestiegen sind.

Die hohe Verschuldung (derzeit ca. 180 Mrd. US-\$) und das derzeit hohe Zinsniveau (ca. 80 %) haben desolate Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Das Defizit des zentralen Staatshaushaltes wird in diesem Jahr auf mehr als 18 % des BIP ansteigen, der Finanzbedarf des gesamten öffentlichen Sektors auf 19,5 % des BIP

Wachstum und Budgetentwicklung in der Türkei



Verbraucherpreisentwicklung in der Türkei

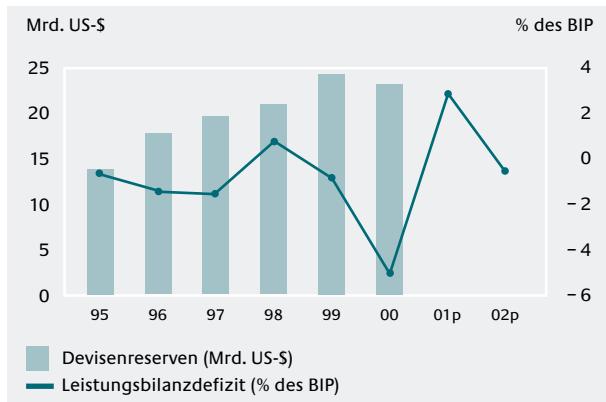


(Primärüberschuss ohne Schuldendienst 5,5 % des BIP – in 2000 2,8 %).

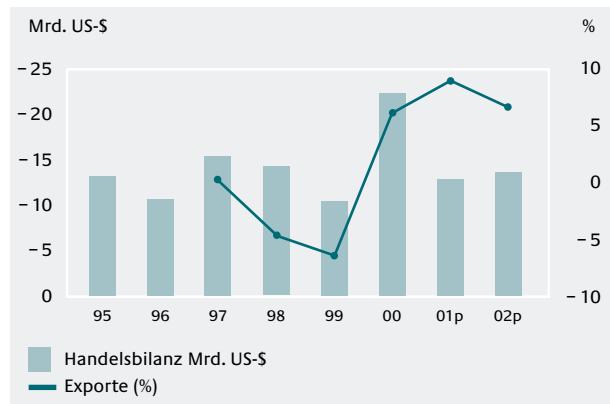
Die türkische Regierung hat ein neues Reformprogramm vorgelegt, zu dessen Unterstützung der IWF-Kreditrahmen auf insgesamt 15 Mrd. SZR (Sonderziehungsrechte, ca. 19 Mrd. US-\$) aufgestockt wurde. Inzwischen sind bereits mehr als 9,3 Mrd. SZR in Anspruch genommen worden. Die mit dem IWF vereinbarten Reformmaßnahmen umfassen eine äußerst restriktive Geld- und Fiskalpolitik sowie strukturpolitische Reformen. Die Umstrukturierung des Bankensystems ist dringend notwendig, da der Zins- und Wechselkursschock die bereits vor der Krise bestehenden Bilanzprobleme noch erheblich verschärft hat. Zudem wird infolge des Konjunktureinbruchs mit einem steigenden Anteil notleidender Kredite gerechnet.

Kurzfristig ist mit keiner Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu rechnen, der IWF konnte bisher im Zusammenhang mit der letzten Programmüberprüfung im August lediglich Tendenzen der Stabilisierung erkennen. **Prioritäres Ziel** muss die **Absenkung der hohen Realzinsen** sein, um die Wirtschaftstätigkeit wieder auf eine solide Basis zu stellen. Voraussetzung dafür ist sowohl die Wiederherstellung des notwendigen Vertrauens der Märkte als auch der Bevölkerung in die türkische Wirtschaftspolitik.

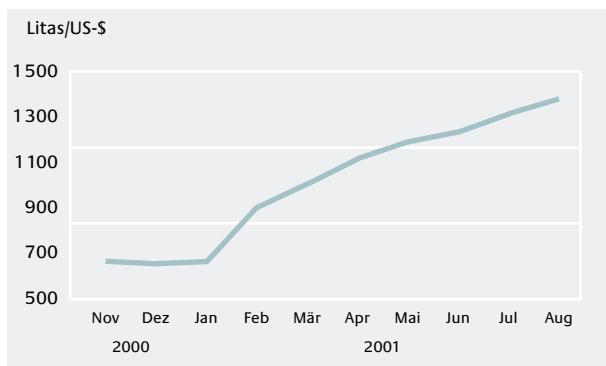
Reserven- und Leistungsbilanzdefizit in der Türkei



Handelsbilanzdefizit und Exportentwicklung in der Türkei



Nominale Wechselkursentwicklung seit Krisenausbruch in der Türkei



Der Subsidiaritätsbericht 2000

1. Überblick	79
2. Rechtliche Grundlagen	79
3. Subsidiaritätsprüfung durch die Bundesressorts	80
4. Subsidiaritätsprüfung durch den Bundesrat	81
5. Jahresbericht „Eine bessere Rechtsetzung 2000“ der Europäischen Kommission	81
6. Erklärung Nr. 23 des Vertrags von Nizza über die Zukunft der Europäischen Union	82
7. Gesamtbewertung	82

1. Überblick

Am 19. September 2001 hat das Bundeskabinett den vom Bundesminister der Finanzen für das Jahr 2000 vorgelegten Bericht über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips durch die Europäische Union angenommen. Der Bericht schließt an den Subsidiaritätsbericht der Bundesregierung für 1999 vom 10. Juli 2000 an und betrifft den Zeitraum 1. April 2000 bis 31. März 2001.

Im Mittelpunkt dieses Berichts steht wie in den Vorjahren das Ergebnis der Subsidiaritätsprüfungen durch die Bundesressorts und den Bundesrat. Ferner befasst er sich mit dem Bericht der Europäischen Kommission „Eine bessere Rechtsetzung 2000“ vom 1. Dezember 2000.

Der Bericht ergibt, dass die Gemeinschaftsorgane sich der grundlegenden Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips bewusst sind und sich um seine konsequente Beachtung bei der Gemeinschaftsgesetzgebung bemühen. Die Bundesressorts haben im Berichtszeitraum lediglich fünf Kommissionsvorschläge für neue Rechtsakte als teilweise unvereinbar mit dem Subsidiaritäts-

prinzip bewertet. Der Bundesrat hat zwar bei seinen Subsidiaritätsprüfungen eine größere Zahl von Vorschlägen und sonstigen Maßnahmen beanstandet (insgesamt 19); unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich erfolgten Änderungen der betreffenden Rechtsakte sind jedoch keine grundlegenden Bewertungsunterschiede zu erkennen. Der Subsidiaritätsbericht wird vom Bundestag zur Kenntnis genommen.

2. Rechtliche Grundlagen

Die Bundesregierung geht bei der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips von der Definition aus, die Artikel 5 EG-Vertrag enthält. Danach wird die Gemeinschaft in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen,

„nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können“.

Seit dem 1. Januar 1999 legt sie ihrer Prüfung ferner die Leitlinien zugrunde, die in dem „Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“ zum EG-Vertrag gemäß dem Vertrag von Amsterdam enthalten sind. Danach kommt ein Tätigwerden der Gemeinschaft nur in Betracht,

- wenn der betreffende Bereich „transnationale Aspekte“ aufweist,
- wenn alleinige Maßnahmen der Mitgliedstaaten oder das Fehlen von Gemeinschaftsmaßnahmen gegen die Anforderungen des Vertrags verstößen oder auf sonstige Weise die Interessen der Mitgliedstaaten erheblich beeinträchtigen würden und
- wenn Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene im Vergleich zu Maßnahmen auf mitgliedstaatlicher Ebene „deutliche Vorteile“ mit sich bringen.

Von erheblicher praktischer Bedeutung ist auch die Bestimmung, dass die Kommission die Sachdienlichkeit ihrer Vorschläge unter dem Aspekt der Subsidiarität ausführlich begründen muss. Nach dem Subsidiaritätsprotokoll ist Subsidiarität aber „ein dynamisches Konzept und sollte unter Berücksichtigung der im Vertrag festgelegten Ziele angewendet werden“. Danach „kann die Tätigkeit der Gemeinschaft im Rahmen ihrer Befugnisse sowohl erweitert werden, wenn die Umstände dies erfordern, als auch eingeschränkt oder eingestellt werden, wenn sie nicht mehr gerechtfertigt ist“. Subsidiarität nach EG-Recht betrifft somit das Ausmaß, in dem die Gemeinschaft die ihr zugewiesenen „konkurrierenden“ Kompetenzen ausüben soll.

Die Bundesregierung hat für die Prüfung neuer Kommissionsvorschläge unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität bereits 1992 ein Prüfraster entwickelt, das in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (§ 85 a GGO II und Anlage 9) aufgenommen und 1999 im Hinblick auf das neue Subsidiaritätsprotokoll nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam fortgeschrieben worden ist. Die Bundesressorts prüfen die Vereinbarkeit eines Kommissionsvorschlags seither systematisch anhand dieses Prüfrasters. Die Prüfung findet ihren Niederschlag in einem so genannten Prüfbogen, der dem EU-Ausschuss des Bundesrates übermittelt wird.

Gegenstand der Prüfung anhand des Rasters sind alle formellen Vorschläge der Europäischen Kommission für neue Rechtsakte (EG-Richtlinien, -Verordnungen und -Beschlüsse über Förderprogramme sowie Rahmenschlüsse und Übereinkommen gemäß der 3. Säule des EU-Vertrages) in dem betreffenden Berichtsjahr. Durchführungsakte der Kommission unterfallen in der Regel nicht der Prüfung, da sie auf bereits geprüften und verabschiedeten Basisrechtsakten beruhen. Auch Verwaltungsakte und sonstige Maßnahmen, die nicht legislativen Charakter haben wie z. B. Mitteilungen, Grün- und Weißbücher der Kommission sowie Entschließungen des Rates werden in diesem Rah-

men nicht berücksichtigt. Die Bundesregierung vertritt jedoch wie der Bundesrat grundsätzlich die Auffassung, dass auch Überlegungen und informelle Vorschläge, die in Grün- und Weißbüchern sowie in Mitteilungen und Berichten der Kommission enthalten sind, dem Subsidiaritätsprinzip uneingeschränkt entsprechen müssen, und sie äußert sich in ihren Stellungnahmen zu Grün- und Weißbüchern entsprechend.

Die Bundesregierung berücksichtigt bei ihrer Prüfung die Stellungnahmen, die der Bundesrat und der Deutsche Bundestag zur Vereinbarkeit neuer Kommissionsvorschläge mit dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in EU-Angelegenheiten (EUZBLG) bzw. des Gesetzes über die Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Bundestag in EU-Angelegenheiten (EUZBBG) abgeben. Gemäß § 5 EUZBLG ist sie dazu verpflichtet, Stellungnahmen des Bundesrates bei der Festlegung ihrer Verhandlungsposition maßgeblich zu berücksichtigen, wenn bei einem EG-Vorhaben im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind und der Bund kein Recht zur Gesetzgebung hat oder ein EG-Vorhaben im Schwerpunkt die Einrichtung der Behörden der Länder oder ihre Verwaltungsverfahren betrifft. In anderen Fällen ist die Bundesregierung verpflichtet, die Auffassung des Bundesrates zu berücksichtigen, nicht jedoch dazu, sie zu übernehmen.

3. Subsidiaritätsprüfung durch die Bundesressorts

Die systematische Prüfung der im Berichtszeitraum vorgelegten Vorschläge der Kommission für neue Rechtsakte durch die Bundesressorts hat ergeben, dass nur bei einer geringen Zahl von Vorschlägen ein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip festzustellen war. Die Ressorts haben im Berichtszeitraum 84 neue Vorschläge der Kommission auf Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip geprüft (im Vorjahr: 60). Vertieft geprüft wurden 14 neue Vorschläge (im Vorjahr: neun Vor-

schläge). Dabei wurden in fünf Fällen Bedenken festgestellt (im Vorjahr: zwei Vorschläge), die nicht bzw. noch nicht ausgeräumt worden sind. Diese Vorschläge wurden vom Rat noch nicht verabschiedet. Es wird weiterhin angestrebt, die Bedenken durch Verhandlungen zu beseitigen. Im Einzelnen handelt sich um folgende Rechtsakte: den Vorschlag einer Verordnung des Rates über das Gemeinschaftspatent, den Vorschlag einer Verordnung des Rates zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 EG niedergelegten Wettbewerbsregeln, den geänderten Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über ein transparentes System harmonisierter Vorschriften zur Beschränkung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs mit schweren Lastkraftwagen auf ausgewiesenen Straßen, den Vorschlag einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen und den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Marktzugang für Hafendienste. In neun weiteren Fällen konnten Bedenken der Bundesregierung durch Verhandlungen ausgeräumt werden.

4. Subsidiaritätsprüfung durch den Bundesrat

Der Bundesrat hat im Berichtszeitraum 19 neue Rechtsetzungsvorschläge wegen Bedenken im Hinblick auf das Subsidiaritätsprinzip gerügt und zu sieben nicht legislativen Maßnahmen der Kommission – Mitteilungen, Grünbüchern, Weißbüchern und Berichten – unter Subsidiaritätsgesichtspunkten Stellung genommen. Substanziale Bewertungsunterschiede zwischen Bundesregierung und Bundesrat sieht die Bundesregierung nicht. Sie berücksichtigt die vom Bundesrat geäußerten Subsidiaritätsbedenken so weit wie möglich und führt sie in die Beratungen der Ratsgremien ein. Auf diese Weise konnten bei neun Vorschlägen Änderungen erreicht und damit den Bedenken vollständig oder

weitgehend Rechnung getragen werden. Bei sieben weiteren Vorschlägen, die noch in der Beratung sind, strebt die Bundesregierung Änderungen im Sinne des Bundesrates an. Partiell wurden diese bereits erreicht. Im Übrigen bezogen sich die Bedenken überwiegend nicht auf Vorhaben, die im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder oder die Einrichtung ihrer Behörden oder ihre Verwaltungsverfahren betrafen.

5. Jahresbericht „Eine bessere Rechtsetzung 2000“ der Europäischen Kommission

Die Kommission hat dem Europäischen Rat am 1. Dezember 2000 ihren 7. Jahresbericht zur Subsidiarität unter dem Titel „Bessere Rechtsetzung 2000“ übermittelt. Die Kommission nimmt darin insbesondere zur Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit bei ihren Vorschlägen zur Rechtsetzung im Jahr 2000 Stellung.

Die Bundesregierung begrüßt, dass sich die Kommission in ihrem Rechtsetzungsbericht 2000 erneut zur strikten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und zur Fortsetzung der Bemühungen um eine Verbesserung der Rechtsetzungsqualität bekennt. Positiv ist zu bemerken, dass die Kommission den Erlass von Mindestnormen und Rahmenvorschriften sowie von Leitlinien und Zielvorgaben befürwortet, um den Mitgliedstaaten so einen größeren Spielraum bei der nationalen Gesetzgebung zu gewähren. Auch dass die Kommission der Frage der Begründung der Rechtsakte unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität größere Aufmerksamkeit schenkt, stärkt die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips.

Jedoch ist der Rechtsetzungsbericht 2000 in anderen Punkten enttäuschend. Er beschreibt die Rechtsetzungstätigkeit der Gemeinschaft und der Union insgesamt nur sehr knapp und pauschal und bietet nur wenige konkrete Informationen über die praktische Anwendung des Subsidiaritäts- und des Verhältnismäßigkeitsprinzips. So fehlt es etwa an

einer Darstellung der Kriterien, nach welchen eine gemeinschaftliche Regelung zur Vermeidung unterschiedlicher Wettbewerbsbedingungen und zur Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse, insbesondere bei Vorgängen mit grenzüberschreitender Relevanz, notwendig ist. Auch erkennt die Kommission bislang nicht an, dass das Subsidiaritätsprinzip auch im Bereich des Binnenmarktes (Rechtsangleichung) anwendbar ist. Schließlich fehlt ein klares Bekenntnis der Kommission, dass auch Weiß- und Grünbücher die durch das Subsidiaritätsprinzip gezogenen Grenzen der Gemeinschaftstätigkeit respektieren müssen.

6. Erklärung Nr. 23 des Vertrags von Nizza über die Zukunft der Europäischen Union

Die Erklärung Nr. 23 des Vertrags von Nizza über die Zukunft der Europäischen Union nennt als Thema für die Regierungskonferenz 2004 „die Frage, wie eine genauere, dem Subsidiaritätsprinzip entsprechende Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedstaaten hergestellt und danach aufrechterhalten werden kann.“

Die Verträge verfügen bereits heute über eine detailliert ausdifferenzierte Kompetenzordnung. Sie besteht zum großen Teil aus Zuweisungen von Kompetenzen für einzelne Politikbereiche, die dezentral bei den einzelnen Politikbereichen geregelt sind. Daneben gibt es generalklauselartig gefasste Kompetenzen wie Artikel 95 oder Artikel 308 EG.

Das in Artikel 5 Abs. 2 EG geregelte Subsidiaritätsprinzip hat sich als Richtschnur für die sachgerechte Ausübung der Gemeinschaftskompetenzen bewährt. Grundlegende Differenzen mit der Kommission über die Reichweite des Subsidiaritätsprinzips konnten bis auf die Frage der Geltung des Prinzips im Bereich des Binnenmarktes weitgehend ausgeräumt werden. Die legislative Praxis der Gemeinschaftsorgane zeigt, dass deutschen Subsidiaritätsbedenken im Regelfall Rechnung getragen wurde.

Die Praxis zeigt auch, dass Rechtsakte, die auf generalklauselartig gefasste Rechtsgrundlagen gestützt sind, unter Subsidiaritätsgesichtspunkten zu keinen größeren Bedenken Anlass geben als solche, denen eine spezifische Ermächtigung zugrunde liegt. Zwar ist der Spielraum für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips durch präziser gefasste Kompetenzen tendenziell enger als im Falle von Generalklauseln. Es lässt sich aber nicht belegen, dass die Effektivität des Subsidiaritätsprinzips von der Reichweite der jeweiligen Kompetenznorm abhängt.

Die gemäß der Erklärung Nr. 23 des Vertrags von Nizza für die nächste Regierungskonferenz angestrebte genauere, dem Subsidiaritätsprinzip entsprechende Abgrenzung der Kompetenzen kann daher nicht mit einer mangelhaften Wirkungsweise des Rechtsprinzips Subsidiarität im Rahmen der Ausübung enger oder weiter gefasster Kompetenzen begründet werden. Die Erklärung nimmt das Subsidiaritätsprinzip vielmehr als politischen Begriff in Bezug, der für die Forderung nach einer präziseren, am Subsidiaritätsgedanken orientierten Kompetenzverteilung steht und mit einer Einschränkung bzw. Ausdehnung des Kompetenzrahmens verbunden ist. Ziel der Abgrenzung ist es außerdem, die Kompetenzordnung der EU für den Bürger transparenter und systematischer zu gestalten.

7. Gesamtbewertung

Der Subsidiaritätsbericht 2000 weist aus, dass sich das Subsidiaritätsprinzip in der Praxis der gemeinschaftlichen Rechtsetzung bewährt hat. Zwar ist die Anzahl der Kommissionsvorschläge, die bei ihrer Vorlage Anlass zu Subsidiaritätsbedenken durch die Bundesressorts gegeben haben, gegenüber dem vorherigen Berichtszeitraum gestiegen. Es zeigt sich aber auch, dass diese Bedenken im Laufe der Beratungen in den Ratsgremien weitgehend ausgeräumt werden konnten und in lediglich fünf Fällen fortbestehen.

Die Bundesregierung hat sich die Subsidiaritätsrügen des Bundesrates, mit nur vereinzelten Ausnahmen, zu Eigen gemacht und sie in die Beratungen der Ratsgremien eingebracht. Auch hier wurde den Bedenken in den meisten Fällen durch Änderungen der Vorschläge Rechnung getragen und insgesamt befriedigende Ergebnisse erzielt.

Die Kommission misst dem Subsidiaritätsprinzip weiterhin große Bedeutung bei. Die Bundesregierung bestärkt die Kommission in dieser Haltung und begrüßt nachdrücklich deren Bemühungen um eine adäquate Begründung der Rechtsetzungsvorschläge im Hinblick auf das Subsidiaritätsprinzip. Das Subsidiaritätsprotokoll zum Vertrag von Amsterdam muss in allen Teilen beachtet und angewandt werden.

Die Bundesregierung stellt mit Befriedigung fest, dass das Europäische Parlament die von der Bundesregierung vertretene Auslegung des Subsidiaritätsprinzips teilt und schließt sich in vollem Umfang dessen Stellungnahme zum Bericht der Kommission „Eine bessere Rechtsetzung 1999“ an.

Ungeachtet der positiven Entwicklung hält es die Bundesregierung auch weiterhin für erforderlich, die Anwendung des Gemeinschaftsrechts durch die Gemeinschaftsorgane sorgfältig zu überwachen und gegebenenfalls einzufordern. Sie wird deshalb auch in Zukunft bei neuen Rechtsakten die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips eigenständig auf der Grundlage des Subsidiaritätsrasters prüfen. Dabei wird sie insbesondere darauf hinwirken,

- dass die Rechtsakte der Gemeinschaft eine hinreichende Begründung hinsichtlich der Subsidiarität enthalten und damit für den Betroffenen transparent und kontrollierbar werden,
- dass die Kommission die Geltung des Subsidiaritätsprinzips auch im Bereich des Binnenmarktes anerkennt und
- dass die Gemeinschaft die Grenzen der ihr zugewiesenen Handlungsermächtigungen einhält und insbesondere die Regelzuständigkeit der Mitgliedstaaten für die administrative Durchführung, d. h. den „Vollzug“ des Gemeinschaftsrechts beachtet.

Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft

„Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft“ – Studie zur Bedeutung für die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftswissenschaftliche Beratung

1. Der Forschungsauftrag	85
2. Zu den Ergebnissen der einzelnen Themenbereiche	85
3. Wertung	87

1. Der Forschungsauftrag

Der Forschungsauftrag „Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft“ wurde im September 1998 an eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern aus Universitäten und Wirtschaftsforschungsinstituten mit der Zielsetzung vergeben, herauszuarbeiten, wie der Beitrag wirtschaftswissenschaftlicher empirischer und theoretischer Forschung

- zur Erklärung des wirtschaftlichen Wandels
- und zur aktuellen wirtschaftspolitischen Beratung

verbessert werden kann. Dabei sollten sowohl die Anforderungen und Erwartungen von Politik und Öffentlichkeit an die Wissenschaft als auch die Strukturprobleme des Faches selbst berücksichtigt werden.

Das beauftragte Forschungsnetzwerk sollte in der Querschnittaufnahme wichtiger neuerer Entwicklungen in den Wirtschaftswissenschaften

- eine Einordnung des Faches im internationalen Vergleich vornehmen,
- Konsequenzen für die empirische Forschung sowie die Wirtschaftspolitik und -beratung herausarbeiten

- und den aktuellen Forschungs- und Datenbedarf aufzeigen.

Als Ergebnis einer Ausschreibung wurden die nachfolgenden Themenbereiche bearbeitet:

- Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte
- Finanzwissenschaft
- Arbeitsökonomie
- Institutionen und Transfers – Mögliche Implikationen der Neuen Institutionenökonomik
- Wettbewerbspolitik und Regulierung – Die Sichtweise der Neuen Institutionenökonomik
- Netzwerkökonomie
- Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung
- Personelle Einkommensverteilung
- Spieltheorie und experimentelle Ökonomie.

Das Gesamtvorhaben wurde vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) koordiniert. Bestandteil des Vorhabens war eine enge Kooperation und kritische Zusammenarbeit aller beteiligten Wissenschaftler. Ein weiterer Bestandteil des Forschungsauftrags – aber nicht der vorliegenden Veröffentlichung – war, die bestehenden organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen der Wirtschaftswissenschaften bezüglich Forschung und Beratung (Thema: Ökonomik der Volkswirtschaftslehre) zu untersuchen. Die Ergebnisse dieses Arbeitsschwerpunktes werden gesondert veröffentlicht.

2. Zu den Ergebnissen der einzelnen Themenbereiche

Im Bereich der **Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte** wird festgestellt, dass

- der akademische Konsens wesentlich geringer geworden ist,
- die Datenlage erhebliche Lücken aufweist (Fehlen geeigneter disaggregierter Daten für die EU-Länder aus dem Bankensektor und Nicht-Finanzbereich),
- Forschungslücken existieren im Hinblick auf die Bedeutung und Funktionen geldpolitischer

- Institutionen und deren Interaktion mit anderen Politikbereichen, wie z. B. der Fiskalpolitik,
- bestehende theoretische Modelle weiterzuentwickeln sind, um sie realistischer im Sinne von Politikberatung zu gestalten,
 - vor dem Hintergrund der Globalisierung der Finanzmärkte sowohl theoretische als auch empirische Arbeiten erforderlich sind, um eine Nutzung entsprechender Modelle zu Zwecken der Krisenverhinderung bzw. des Krisenmanagements zu ermöglichen.

Im Kapitel **Finanzwissenschaft** werden statt einer Gesamtschau neuer Entwicklungen ausgewählte Themen von aktueller politischer Bedeutung bearbeitet. Zur Reformierung der Alterssicherung wird eine Ergänzung des Umlageverfahrens durch eine kapitalgedeckte zusätzliche Absicherung empfohlen. Dieser Ansatz deckt sich weitgehend mit dem der Bundesregierung. Für den Zusammenhang von Besteuerung und Arbeitslosigkeit wird ein begrenzter Erklärungswert der vorliegenden Modelle konstatiert. Allerdings seien steuerpolitische Maßnahmen nicht das beste Instrument, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Ein dritter Teil befasst sich mit Fragen der Reform der Kapitaleinkommensbesteuerung in Europa. Dazu werden verschiedene Modelle diskutiert. Im internationalen Zusammenhang geht es dabei insbesondere um die Frage Wettbewerb versus Harmonisierung.

Die Abhandlung über die **Arbeitsökonomie** geht von der These aus, dass Ratlosigkeit und mangelnder Erfolg bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit insbesondere auf den Mangel von Arbeitsmarktdaten und umfassenden Evaluierungen von Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen ist. Für eine Verbesserung der politikorientierten Forschung sei ferner der Einsatz moderner methodischer Verfahren sowie die Weiterentwicklung neuer theoretischer Ansätze (Politikökonomie des Arbeitsmarktes) erforderlich. Die wirksame Bekämpfung von Arbeitslosigkeit erfordere das Zusammenspiel struktureller Maßnahmen und

die Bereitstellung geeigneter makroökonomischer Rahmenbedingungen.

Mit der **Neuen Institutionenökonomik (NIÖ)** und der **Netzwerkökonomie** werden zwei neue Forschungsansätze vorgestellt, die sich insbesondere mit Fragen der Wettbewerbs- und Regulierungsökonomie sowie der optimalen Gestaltung von Institutionen (als Vielzahl von Regeln des menschlichen Zusammenlebens) befassen. Da die Neue Institutionenökonomik auf einer soliden theoretischen Grundlage beruhe, seien von empirischen Untersuchungen mit diesem Ansatz auch politikrelevante Aussagen zu erwarten. Im Hinblick auf die Wahl der Gestaltung effizienter Institutionen (Beispiel: Regulierungsreformen in der Elektrizitätswirtschaft) gebe es allerdings auch keine Patentrezepte. Dem theoretischen Ansatz der **Netzwerkökonomie** (Netzwerkexternalitäten beeinflussen die ökonomischen Entscheidungskalküle von Anbietern von Netzwerkgütern und -diensten am Markt) könnte insbesondere vor dem Hintergrund des zunehmenden Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologie eine zunehmende Bedeutung zukommen.

In beiden genannten Bereichen könnte verstärkte empirische Forschung zu konkreteren politikrelevanten Ergebnissen kommen.

Der Bereich **Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung** wird insbesondere aus Sicht der Neuen Wachstumstheorie gesehen. Die Ursachen des Wirtschaftswachstums sollen endogen erklärt werden.

Aus der Neuen Wachstumstheorie resultieren zwei eindeutige, fundamentale Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik: Erstens sollte der Staat den Wettbewerb sichern und nur bei Marktunvollkommenheiten eingreifen und zweitens sollte Bildungspolitik einen hohen Stellenwert genießen. Der Staat sollte Forschungsförderung leisten, Infrastrukturmaßnahmen ergreifen, Patentschutz und Wettbewerbskon-

trolle sichern, die Investitionsbereitschaft erhöhen und breite Bildungsanstrengungen unternehmen.

Die theoretische, methodische und empirische Durchdringung der **personellen Einkommensverteilung** habe große Fortschritte gemacht. Es fehlt aber nach wie vor an robusten empirischen Analysen zum Einfluss der Einkommensverteilung auf das Wachstum und zu den Auswirkungen sozialer Sicherungssysteme auf das ökonomische Verhalten. Insofern wird die Weiterentwicklung der reinen Theorie als weniger ertragreich angesehen als die Entwicklung der Datenbasis, empirischer Analysen und die Simulation. Der Beitrag enthält eine umfangreiche Wunschliste zur Verbesserung der statistischen Infrastruktur.

Mithilfe der **Spieltheorie** bzw. der **experimentellen Wirtschaftsforschung** können wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse unterstützt bzw. gestaltet werden (industrieökonomische Marktplätze, Auktionen, politische Entscheidungsprozesse). Hervorzuheben sind hier Auktionen, insbesondere im Mobilfunkbereich. Die spieltheoretische Analyse von Auktionsverkäufen könnte das Auktionsdesign verbessern und die volkswirtschaftliche Effizienz zukünftiger Versteigerungsverfahren sichern.

In **vierzehn Thesen und Empfehlungen** äußern sich die Auftragnehmer zu den Bereichen Lehre, Forschung und Politikberatung. Übergreifende Hypothese ist, dass durch Kooperation und Wettbewerb zwischen Wirtschaftsforschungsinstituten und Universitäten Forschung und Beratung insgesamt profitieren können.

Neben den Vorschlägen zur volkswirtschaftlichen Lehre und Forschung, zur Verbesserung der statistischen Infrastruktur und zur Zusammenarbeit von Universitäten und Wirtschaftsforschungsinstituten werden insbesondere auch Empfehlungen zur Organisation der volkswirtschaftlichen Politikberatung gegeben:

- Die Pluralität der unabhängigen Beratungsgremien in Deutschland sollte erhalten bleiben und zur Steigerung der Akzeptanz von Politikberatung um einen Beraterstab ergänzt werden, der von der jeweiligen Bundesregierung für einen befristeten Zeitraum berufen wird (Vorbild: Council of Economic Advisors in den USA).
- Gutachten sollten grundsätzlich veröffentlicht werden; gegebenenfalls sollte dies in einer neuen „Zeitschrift für Politikberatung“ erfolgen, um so eine systematische und konzentrierte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit politikberatenden Arbeiten zu forcieren.
- Gutachten der Auftragsforschung sollten grundsätzlich einer Bewertung durch externe Wissenschaftler zur Kontrolle der wissenschaftlichen Qualität unterzogen werden.

3. Wertung

Die Studie stellt insgesamt einen beachtlichen Beitrag für die andauernde Diskussion über Zukunft und Perspektiven der Wirtschaftswissenschaften in Forschung und Beratung dar. Die Beiträge dokumentieren den Stand der internationalen Forschung, arbeiten politikrelevante Fragestellungen heraus, zeigen die Auswirkungen neuer empirischer Analysemethoden und weisen auf statistische Informationsbedürfnisse für empirische Forschungen hin.

Die Studie stellt damit einen wichtigen Beitrag zur Bestandsaufnahme von Struktur, Organisation und Leistungsfähigkeit der empirischen wirtschaftswissenschaftlichen Forschung in Deutschland dar.

Die Bundesregierung räumt bei ihrer Politikgestaltung der Grundlage einer qualitativ hochrangigen und unabhängigen wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Politikberatung einen hohen Stellenwert ein. Die Empfehlung, einen Beraterstab zur internen wirtschaftspolitischen Beratung zu berufen – analog dem Council of Economic Advisors des US-Präsidenten – stellt einen interessanten Vorschlag dar. Andererseits liegt

aber gerade in der Unabhängigkeit der Beratung durch eine differenzierte Struktur von Beratungsgremien (Sachverständigenrat, Forschungsinstitute, Beiräte usw.) eine besondere Stärke der Politikberatung in Deutschland.

Weitere Empfehlungen der Wissenschaftler zur Organisation von Politikberatung und Auftragsforschung sind überwiegend bereits gängige

Praxis. Dazu gehören Ausschreibung und Vergabe von Forschungsaufträgen im Wettbewerb, Veröffentlichung aller Ergebnisse und Maßnahmen der Qualitätskontrolle.

Die Studie wurde im Physica-Verlag veröffentlicht: Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft/Hrsg.: Klaus F. Zimmermann – Heidelberg: Physica-Verlag, 2002



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	94
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	128
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	148
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage	153

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de enthalten.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1.	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	94
2.	Arbeitsmarkt	96
2.1	Bundesrepublik Deutschland	96
2.2	Früheres Bundesgebiet	98
2.3	Neue Länder und Berlin-Ost	100
3.	Produzierendes Gewerbe	102
3.1	Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes	102
3.1.1	Bundesrepublik Deutschland	102
3.1.2	Früheres Bundesgebiet	104
3.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	106
3.2	Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes	108
3.2.1	Bundesrepublik Deutschland	108
3.2.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	110
3.3	Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes	112
3.3.1	Bundesrepublik Deutschland	112
3.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	114
4.	Privater Konsum	116
5.	Außenwirtschaft	118
6.	Preise	120
6.1	Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise	120
6.2	Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise	122
7.	Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1970 bis 2000	124
7.1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	124
7.2	Preise	125
7.3	Außenwirtschaft	126
7.4	Einkommensverteilung	127

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1.	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	128
2.	Gewährleistungen	128
3.	Veröffentlichungskalender der Monatsberichte	129
4.	Bundshaushalt 2000 bis 2005	129
5.	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005	130
6.	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2002	132
7.	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002	136
8.	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2001	138
9.	Steuer- und Abgabenquoten	140

10.	Entwicklung der öffentlichen Schulden	141
11.	Steueraufkommen nach Steuergruppen	142
12.	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	143
13.	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	144
14.	Steuerquote im internationalen Vergleich	145
15.	Abgabenquote im internationalen Vergleich	146

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1.	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2001 im Vergleich zum Jahressoll 2001	148
2.	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2001	148
3.	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder	149
4.	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, September 2001	150

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de/Monatsbericht-des-BMF-.686.htm
enthalten.

*1.	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	153
*2.	Arbeitsmarkt	154
*2.1	Früheres Bundesgebiet	154
*2.2	Neue Länder und Berlin-Ost	155
*3.	Produzierendes Gewerbe	156
*3.1	Produktion des Produzierenden Gewerbes	156
*3.1.1	Bundesrepublik Deutschland	156
*3.1.2	Früheres Bundesgebiet	158
*3.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	160
*3.2	Auftragseingang der Industrie	162
*3.2.1	Bundesrepublik Deutschland	162
*3.2.1.1	Werte	162
*3.2.1.2	Volumen	163
*3.2.2.	Früheres Bundesgebiet	164
*3.2.2.1	Werte	164
*3.2.2.2	Volumen	165
*3.2.3	Neue Länder und Berlin-Ost	166
*3.2.3.1	Werte	166
*3.2.3.2	Volumen	167
*3.3	Umsatz der Industrie	168
*3.3.1	Bundesrepublik Deutschland	168
*3.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	169
*3.4	Lage in der Bauwirtschaft	170
*3.4.1	Bundesrepublik Deutschland	170
*3.4.2	Früheres Bundesgebiet	171
*3.4.3	Neue Länder und Berlin-Ost	172

*4.	Löhne und Gehälter	173
*5.	Außenwirtschaft	174
*5.1	Einfuhr nach Warengruppen	174
*5.2	Ausfuhr nach Warengruppen	175
*5.3	Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern	176
*5.4	Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern	177
*5.5	Struktur des Außenhandels nach Warengruppen	178
*5.6	Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr	178
*5.7	Handelsbilanzsaldo	178
*5.8	Leistungsbilanzsaldo	179
*5.9	Zahlungsbilanz und Währungsbestände	179
*6.	Preise	180
*7.	Zinssätze	181

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1. Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %							
	1999		2000				2001	
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0
Erwerbstätige ²⁾	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	0	+ 0,2	0	- 0,1
Produktivität (BIP je Erwerbstädtigen, in Preisen von 1995) ³⁾	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 0,4	+ 0,9	- 0,6
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995								
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0
Inlandsnachfrage	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,4	- 0,1	+ 0,7	- 0,9	+ 0,1
Private Konsumausgaben ⁴⁾	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,1	- 0,3	- 0,4	+ 1,0	+ 0,9
Konsumausgaben des Staates	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 1,1	- 0,3
Ausrüstungen	+ 2,0	+ 0,7	+ 4,8	+ 1,5	+ 4,0	- 0,5	+ 0,4	- 2,7
Bauten	+ 1,9	- 0,9	- 1,2	- 0,5	- 1,1	- 1,7	- 2,4	- 0,7
Sonstige Anlagen	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 3,0	+ 0,1	+ 2,8
Vorratsveränderung ^{5) 6)}	- 0,2	+ 0,2	- 0,4	+ 0,7	- 0,1	+ 0,9	- 1,4	- 0,1
Exporte	+ 3,0	+ 2,7	+ 4,4	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,4	- 0,2	+ 0,7
Importe	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,8	+ 3,2	+ 2,8	+ 5,1	- 4,0	+ 1,1
nachrichtlich: Außenbeitrag ⁶⁾	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,8	- 0,2	+ 0,2	- 0,5	+ 1,2	- 0,1
Preisentwicklung³⁾								
Bruttoinlandsprodukt	- 0,3	0	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,0	+ 0,3
Inlandsnachfrage	- 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4
Private Konsumausgaben	- 0,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,4
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^{2) 3)}	- 0,5	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	- 0,1	+ 1,1	+ 0,3
Lohnkosten je Produkteinheit ^{2) 3)}	- 1,0	- 0,9	- 0,1	+ 0,8	+ 0,6	- 0,4	+ 0,2	+ 0,9

Quellen: Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Saisonbereinigungsverfahren X12-Arima; der Kalendereinfluss ist, soweit in den Reihen nachweisbar, ebenfalls ausgeschaltet.

²⁾ Inlandskonzept.

³⁾ Kalendereinfluss nicht ausgeschaltet.

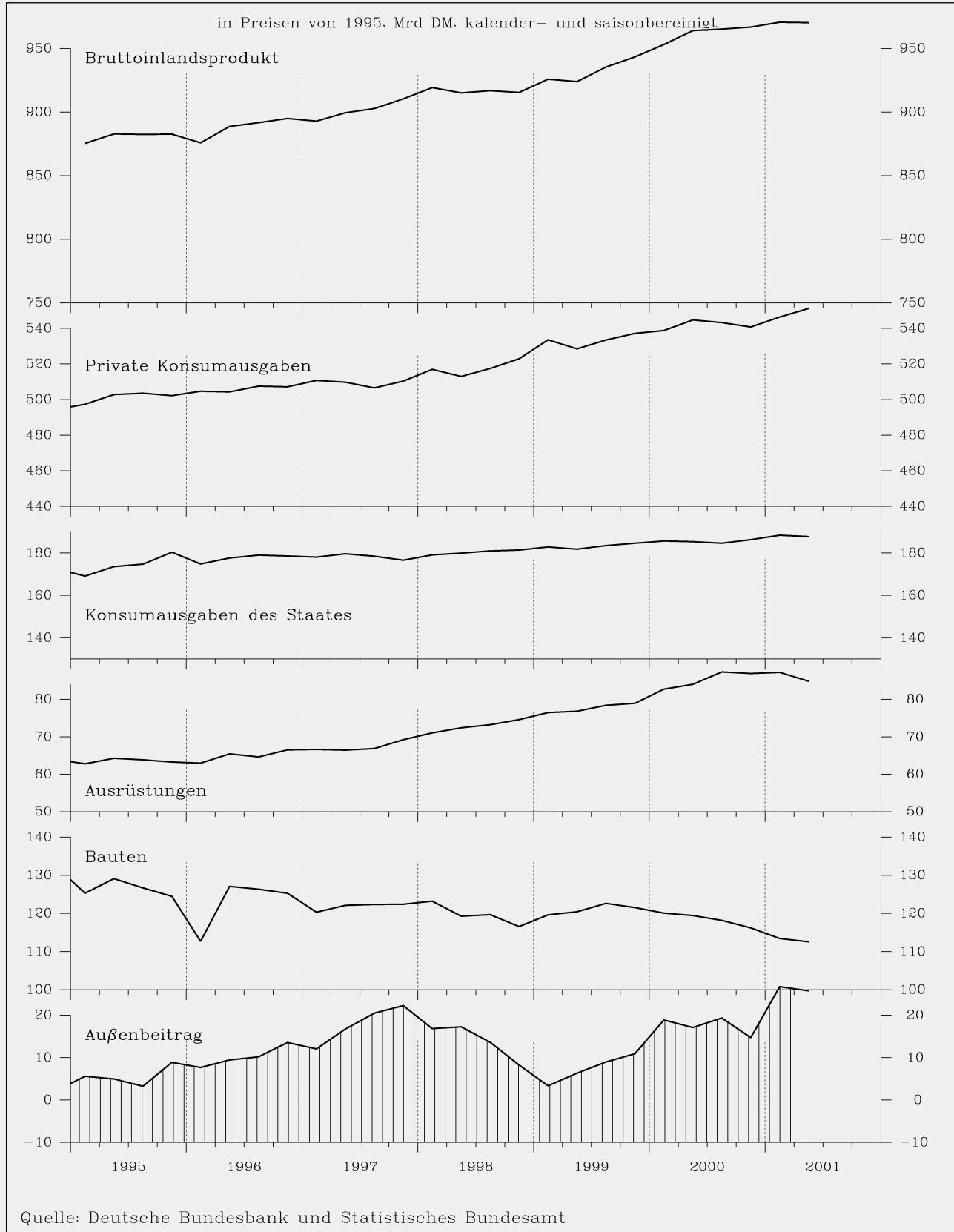
⁴⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

⁵⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁶⁾ Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

1. Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland



2. Arbeitsmarkt

2.1 Bundesrepublik Deutschland

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	Aug.	Sept.	Okt.	Aug.	Sept.	Okt.
Erwerbstätige insgesamt ¹	38 858	39 117	39 240	38 893	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 781	3 685	3 611	3 789	3 743	3 725
Zugänge an Arbeitslosen	539	529	587	547	579	554
Abgänge an Arbeitslosen	562	624	661	557	625	571
Arbeitslosenquote (in % ²)	9,3	9,0	8,9	9,2	9,0	9,0
Kurzarbeiter	62	66	66	92	114	140
Offene Stellen	544	525	491	508	485	443
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum			gegen Vorjahreszeitraum			
2 0 0 1						
	Aug.	Sept.	Okt.	Aug.	Sept.	Okt.
Erwerbstätige insgesamt ¹	+ 106	.	.	+ 35	.	.
Arbeitslose insgesamt	- 10	- 46	- 18	+ 8	+ 58	+ 114
Zugänge an Arbeitslosen	- 124	+ 32	- 25	+ 8	+ 51	- 33
Abgänge an Arbeitslosen	- 10	+ 68	- 54	- 5	+ 1	- 90
Kurzarbeiter	- 11	+ 22	+ 26	+ 30	+ 48	+ 74
Offene Stellen	- 14	- 23	- 42	- 36	- 40	- 49
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1						
	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Erwerbstätige insgesamt ¹	38 780	38 769	38 765	38 764	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 833	3 853	3 864	3 865	3 888	3 915
Arbeitslosenquote (in % ²)	9,3	9,3	9,3	9,3	9,4	9,5
Offene Stellen ⁵	503	499	493	491	491	486
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1						
	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Erwerbstätige insgesamt ¹	- 14	- 11	- 4	- 1	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 17	+ 20	+ 11	+ 1	+ 23	+ 27
Offene Stellen ⁵	- 14	- 4	- 6	- 2	0	- 5

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Inlandskonzept.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

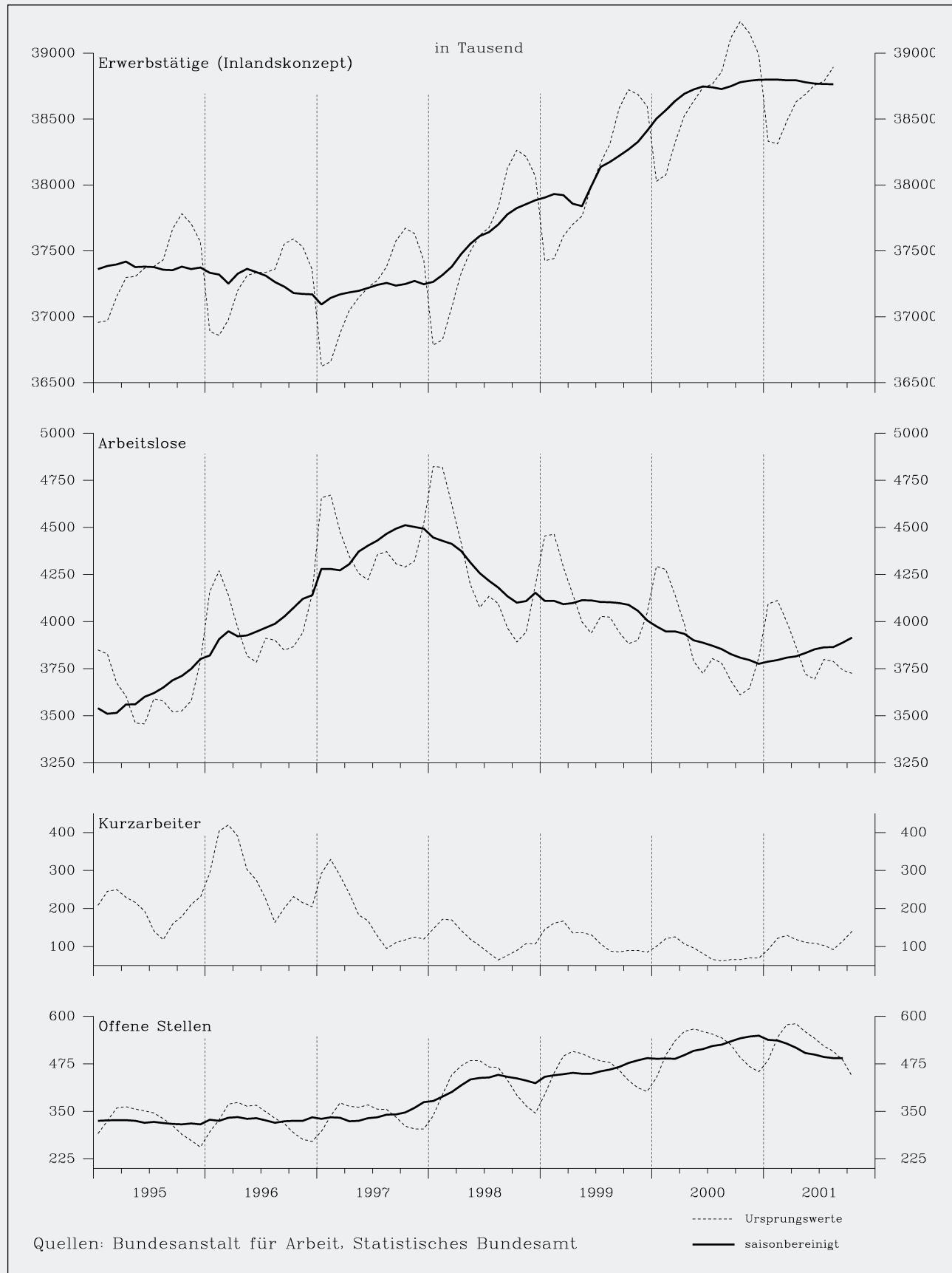
³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

⁵ Offene Stellen in Ostdeutschland nicht saisonbereinigt.

2. Arbeitsmarkt

2.1 Bundesrepublik Deutschland



2. Arbeitsmarkt

2.2 Früheres Bundesgebiet

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	Aug.	Sept.	Okt.	Aug.	Sept.	Okt.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 444	2 383	2 342	2 446	2 422	2 413
Zugänge an Arbeitslosen	375	356	401	388	394	390
Abgänge an Arbeitslosen	398	417	441	386	419	399
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,4	7,2	7,1	7,3	7,2	7,2
Kurzarbeiter	42	47	48	70	89	114
Offene Stellen	478	461	432	440	417	380
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 1						
	Aug.	Sept.	Okt.	Aug.	Sept.	Okt.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 1	- 25	- 9	+ 3	+ 39	+ 70
Zugänge an Arbeitslosen	- 65	+ 7	- 4	+ 13	+ 38	- 11
Abgänge an Arbeitslosen	- 2	+ 33	- 19	- 11	+ 2	- 42
Kurzarbeiter	- 11	+ 20	+ 24	+ 28	+ 43	+ 66
Offene Stellen	- 13	- 22	- 37	- 39	- 44	- 53
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1						
	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 466	2 479	2 489	2 495	2 509	2 519
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,3	7,4	7,4	7,4	7,5	7,5
Offene Stellen	438	433	427	426	425	419
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1						
	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 12	+ 13	+ 10	+ 6	+ 14	+ 10
Offene Stellen	- 14	- 5	- 6	- 1	- 1	- 6

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

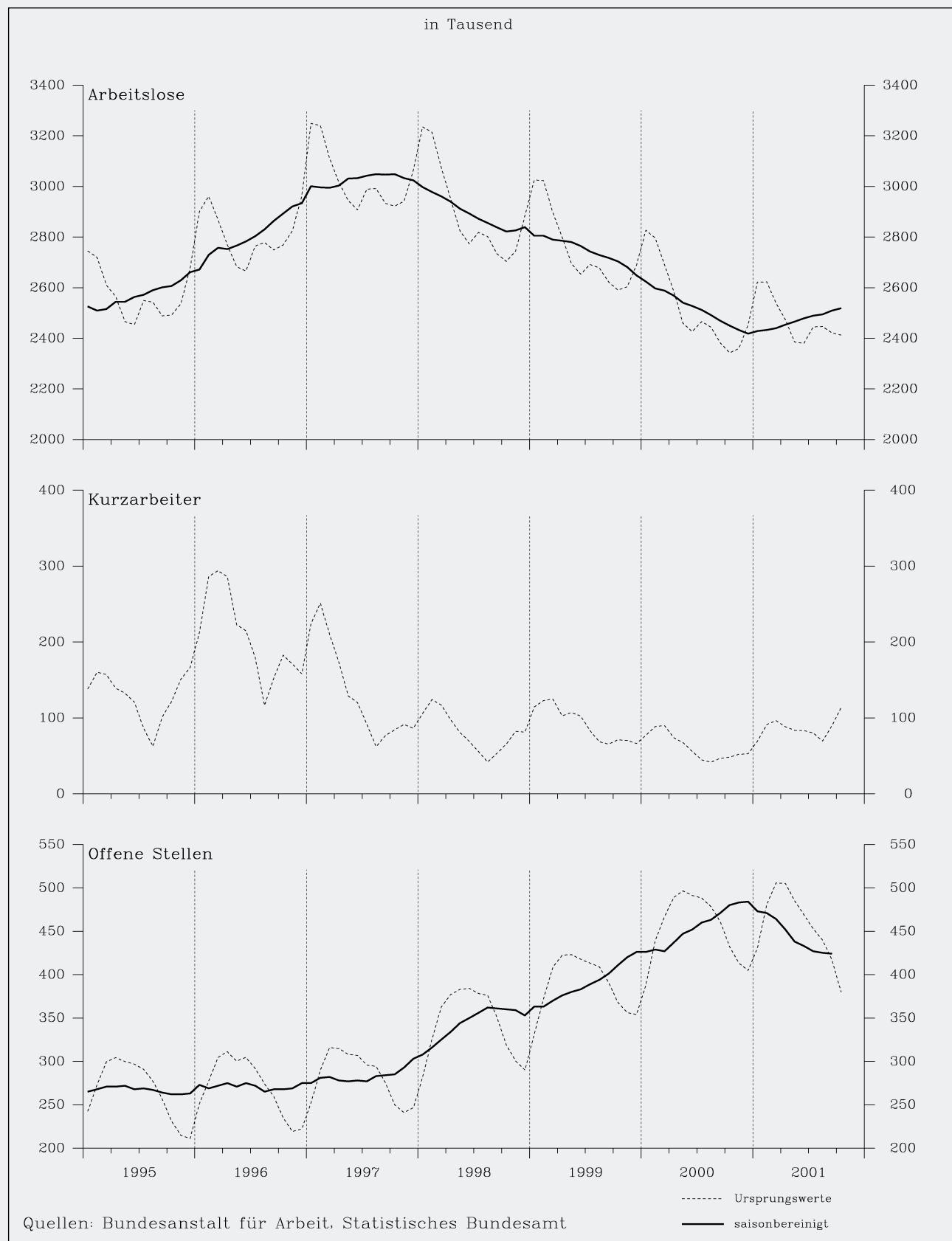
² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

2. Arbeitsmarkt

2.2 Früheres Bundesgebiet



2. Arbeitsmarkt

2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	Aug.	Sept.	Okt.	Aug.	Sept.	Okt.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 337	1 302	1 268	1 342	1 321	1 313
Zugänge an Arbeitslosen	164	172	186	160	185	164
Abgänge an Arbeitslosen	164	207	220	171	206	172
Arbeitslosenquote (in % ²)	17,0	16,6	16,1	17,1	16,9	16,8
Kurzarbeiter	20	19	18	23	24	26
Offene Stellen	65	64	59	68	68	63
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 1						
	Aug.	Sept.	Okt.	Aug.	Sept.	Okt.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 11	- 21	- 8	+ 5	+ 19	+ 44
Zugänge an Arbeitslosen	- 59	+ 25	- 21	- 4	+ 13	- 22
Abgänge an Arbeitslosen	- 8	+ 35	- 34	+ 7	- 1	- 48
Kurzarbeiter	0	+ 2	+ 2	+ 2	+ 5	+ 9
Offene Stellen	- 1	0	- 5	+ 3	+ 4	+ 4
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1						
	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 367	1 374	1 375	1 370	1 379	1 396
Arbeitslosenquote (in % ²)	17,5	17,5	17,6	17,5	17,6	17,8
Offene Stellen	65	66	66	65	66	67
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1						
	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 5	+ 7	+ 1	- 5	+ 9	+ 17
Offene Stellen	0	+ 1	0	- 1	+ 1	+ 1

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

2. Arbeitsmarkt

2.3 Neue Länder und Berlin-Ost



3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.1 Bundesrepublik Deutschland

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2001				
	3.Vj. ^p	Juli	Aug.	Sept. ^p	Aug./Sept. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,4	- 1,3	+ 2,2	- 2,0	+ 0,5
Industrie ³	- 0,6	- 1,7	+ 2,4	- 2,1	+ 0,3
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,5	- 2,0	+ 0,9	- 1,6	- 0,9
- Investitionsgüterproduzenten	- 0,2	- 1,9	+ 3,2	- 1,2	+ 1,6
- Konsumgüterproduzenten	+ 0,4	- 0,8	+ 3,4	- 4,8	+ 0,5
- Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,2	- 2,7	+ 8,7	- 8,8	+ 2,5
- Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,4	- 0,4	+ 2,0	- 3,5	0
Energie ⁴	- 0,4	+ 0,5	+ 1,5	+ 0,7	+ 2,2
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 0,8	- 0,1	+ 1,6	- 2,0	+ 0,5
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2001				
	3.Vj. ^p	Juli	Aug.	Sept. ^p	Jan.-Sept. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 2,4	- 3,0	- 1,1	- 2,7	+ 0,4
Industrie ³	- 1,4	- 1,9	0	- 2,2	+ 2,1
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,7	- 3,1	- 2,2	- 2,8	+ 0,7
- Investitionsgüterproduzenten	- 0,6	- 1,1	+ 1,0	- 1,5	+ 4,6
- Konsumgüterproduzenten	- 0,7	- 1,1	+ 2,0	- 2,5	+ 0,6
- Gebrauchsgüterproduzenten	+ 1,1	- 2,1	+ 7,8	- 1,1	+ 3,2
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 1,0	- 0,9	+ 0,8	- 2,8	0
Energie ⁴	- 2,9	- 6,2	- 1,9	- 0,7	- 3,3
Bauhauptgewerbe ⁵	- 9,4	- 9,6	- 10,4	- 8,2	- 11,8
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2000		2001		
	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe
	2000	2001			
	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

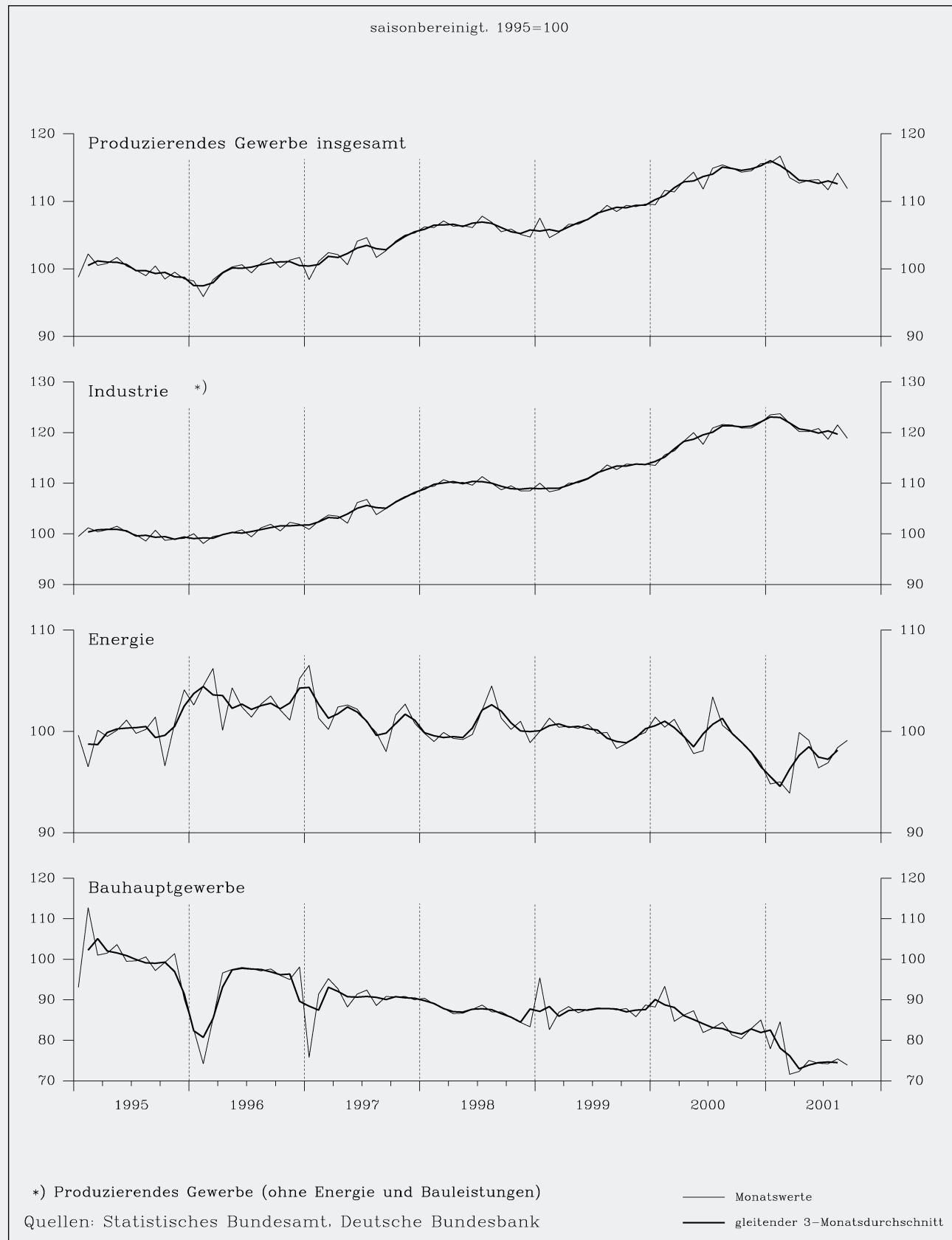
⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.1 Bundesrepublik Deutschland



3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.2 Früheres Bundesgebiet

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2001				
	3.Vj. ^p	Juli	Aug.	Sept. ^p	Aug./ Sept. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,4	- 1,3	+ 2,0	- 1,8	+ 0,4
Industrie ³	- 0,7	- 1,7	+ 2,1	- 1,9	+ 0,3
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,7	- 2,0	+ 0,4	- 1,4	- 1,3
- Investitionsgüterproduzenten	- 0,2	- 1,9	+ 3,2	- 1,1	+ 1,7
- Konsumgüterproduzenten	+ 0,1	- 1,0	+ 2,8	- 4,4	+ 0,1
. Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,4	- 2,2	+ 8,1	- 8,6	+ 2,2
. Verbrauchsgüterproduzenten	0	- 0,7	+ 1,5	- 3,1	- 0,5
Energie ⁴	- 0,4	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,8	+ 2,2
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 1,0	+ 0,3	+ 1,3	- 1,9	+ 0,5
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2001				
	3.Vj. ^p	Juli	Aug.	Sept. ^p	Jan.- Sept. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 2,5	- 3,0	- 1,4	- 2,8	+ 0,4
Industrie ³	- 1,9	- 2,2	- 0,6	- 2,6	+ 1,9
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,1	- 3,4	- 2,8	- 3,1	+ 0,4
- Investitionsgüterproduzenten	- 0,8	- 1,2	+ 0,7	- 1,8	+ 4,4
- Konsumgüterproduzenten	- 1,2	- 1,5	+ 1,2	- 3,1	0
. Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,9	- 1,9	+ 7,2	- 1,4	+ 2,4
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 1,7	- 1,4	- 0,1	- 3,5	- 0,6
Energie ⁴	- 3,2	- 6,5	- 2,2	- 1,0	- 3,7
Bauhauptgewerbe ⁵	- 7,6	- 7,6	- 9,2	- 6,4	- 10,2
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2000		2001		
	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ⁸	87,7	87,8	87,0	85,6	84,6
	2001				
	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
	59,8	60,3	61,2	60,8	58,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

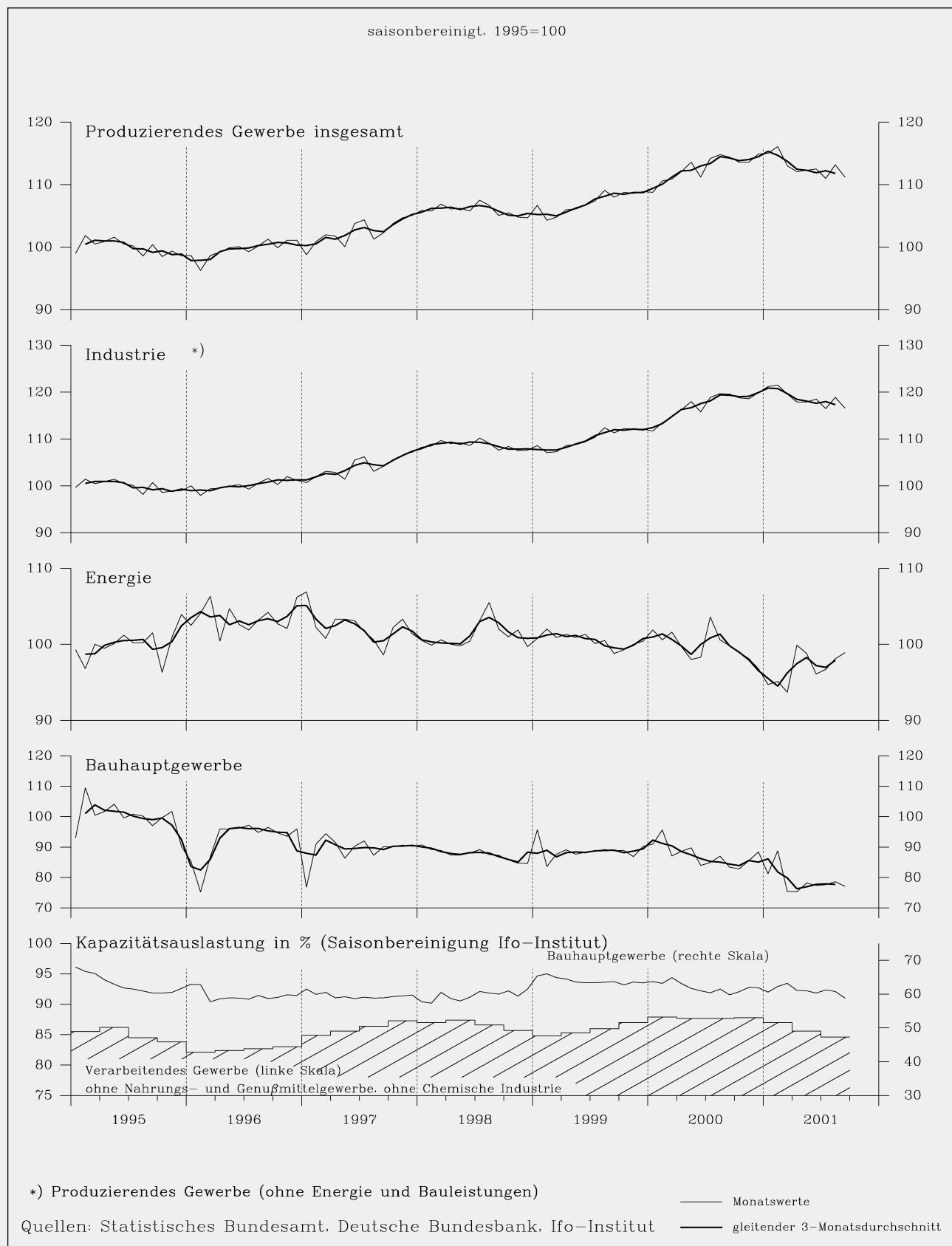
⁸ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.2 Früheres Bundesgebiet



3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2001				
	3.Vj. ^p	Juli	Aug.	Sept. ^p	Aug./ Sept. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 0,2	- 1,9	+ 4,9	- 4,2	+ 1,7
Industrie ³	+ 0,3	- 2,1	+ 5,7	- 5,0	+ 2,0
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,1	- 2,5	+ 5,3	- 3,8	+ 2,0
- Investitionsgüterproduzenten	- 1,4	- 3,6	+ 3,4	- 4,1	- 0,6
- Konsumgüterproduzenten	+ 2,5	+ 0,1	+ 8,7	- 7,8	+ 4,5
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 3,0	- 8,3	+ 16,3	- 10,1	+ 5,7
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 3,6	+ 1,8	+ 7,2	- 7,3	+ 4,2
Energie ⁴	- 0,2	+ 0,1	+ 1,9	- 0,3	+ 1,8
Bauhauptgewerbe ⁵	- 0,2	- 2,1	+ 2,7	- 2,4	+ 0,5
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2001				
	3.Vj. ^p	Juli	Aug.	Sept. ^p	Jan.- Sept. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 1,0	- 3,3	+ 1,8	- 1,6	+ 0,4
Industrie ³	+ 3,6	+ 1,4	+ 7,4	+ 2,3	+ 5,9
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,8	+ 0,1	+ 5,4	+ 0,2	+ 4,8
- Investitionsgüterproduzenten	+ 4,5	+ 1,5	+ 8,0	+ 4,2	+ 7,1
- Konsumgüterproduzenten	+ 5,7	+ 3,4	+ 10,1	+ 3,9	+ 6,5
. Gebrauchsgüterproduzenten	+ 3,7	- 4,3	+ 13,9	+ 2,9	+ 13,5
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 6,0	+ 4,7	+ 9,4	+ 4,1	+ 5,2
Energie ⁴	- 0,4	- 2,8	+ 0,8	+ 1,0	- 0,2
Bauhauptgewerbe ⁵	- 16,2	- 18,1	- 15,0	- 15,5	- 17,9
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2000		2001		
	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe	85,0	84,3	82,8	82,4	81,2
	2000	2001			
	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	64,9	64,2	65,2	65,3	66,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

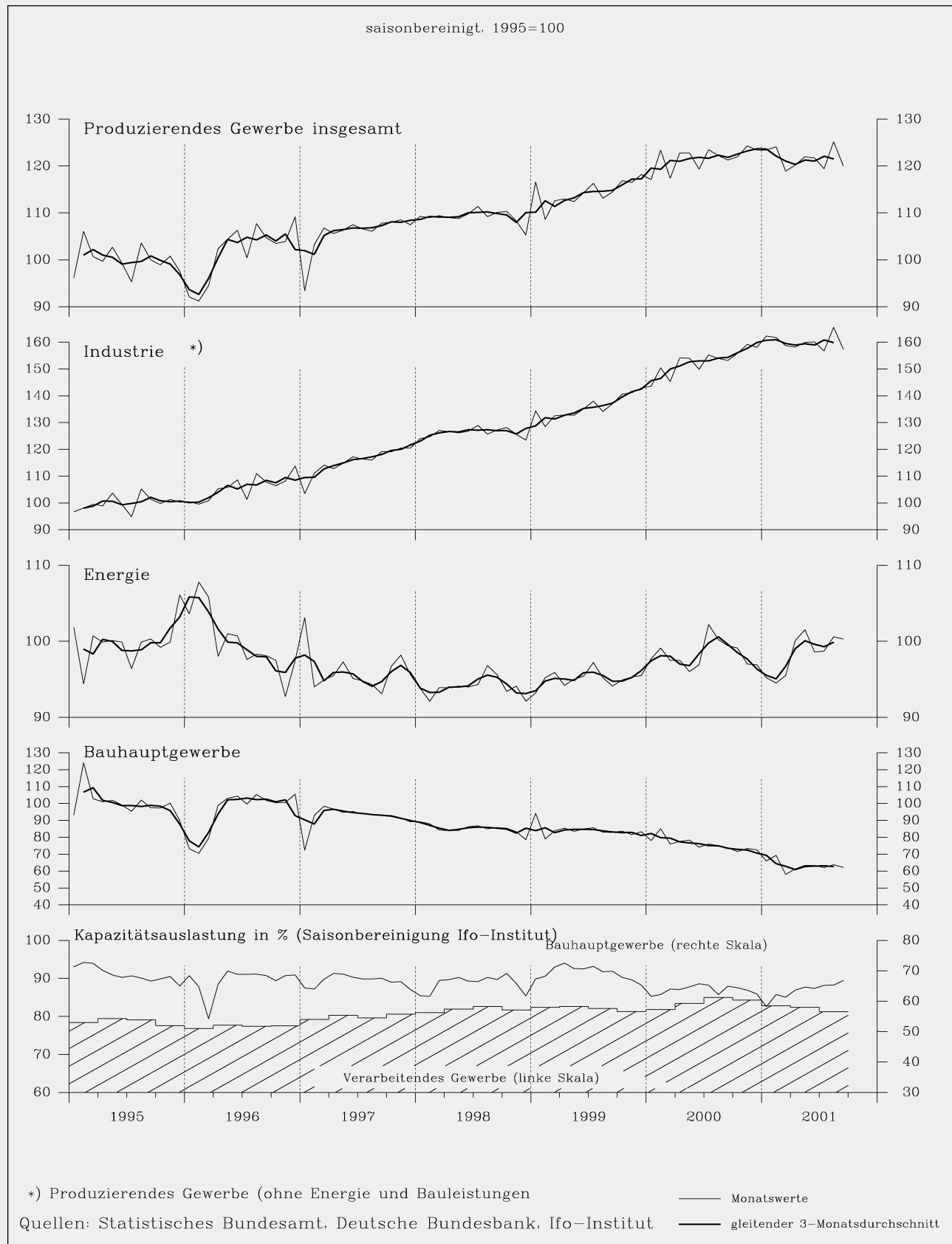
⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost



3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	3.Vj. ^p	Aug.	Sept. ^p	Aug./Sept. ^p	3.Vj. ^p	Aug.	Sept. ^p	Aug./Sept. ^p
Industrie insgesamt³	- 2,9	+ 0,9	- 4,5	- 2,4	- 2,7	+ 0,8	- 4,1	- 2,3
Inland	- 1,6	+ 2,1	- 3,8	+ 0,3	- 1,6	+ 2,0	- 3,6	+ 0,4
Ausland	- 4,3	- 0,7	- 5,1	- 5,7	- 4,2	- 0,7	- 5,0	- 5,6
Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,8	+ 0,7	- 3,9	- 2,4	- 3,0	+ 1,1	- 3,8	- 1,7
Inland	- 3,2	+ 0,7	- 1,2	- 0,9	- 2,4	+ 0,8	- 0,9	- 0,6
Ausland	- 4,8	+ 0,7	- 8,5	- 4,6	- 3,8	+ 1,3	- 8,1	- 3,6
Investitionsgüterproduzenten	- 2,5	+ 1,3	- 4,4	- 2,4	- 3,0	+ 1,0	- 4,0	- 2,5
Inland	+ 0,1	+ 4,8	- 6,6	+ 3,0	- 0,4	+ 4,7	- 6,1	+ 2,9
Ausland	- 4,8	- 1,9	- 2,1	- 6,8	- 5,1	- 2,2	- 2,0	- 7,2
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 1,7	- 0,6	- 5,9	- 3,2	- 1,7	- 0,6	- 6,0	- 3,1
Inland	- 2,5	- 1,7	- 3,4	- 3,5	- 2,6	- 1,8	- 3,6	- 3,5
Ausland	+ 0,4	+ 1,9	- 10,9	- 2,1	+ 0,5	+ 2,1	- 10,9	- 1,8
Auftragseingang ²								
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵								
Werte				Volumen				
2001								
3.Vj. ^p	Aug.	Sept. ^p	Jan.-Sept. ^p	3.Vj. ^p	Aug.	Sept. ^p	Jan.-Sept. ^p	
Industrie insgesamt³	- 4,8	- 3,9	- 9,5	+ 0,2	- 5,4	- 4,7	- 9,8	- 1,3
Inland	- 4,3	- 2,8	- 8,5	- 1,3	- 5,0	- 3,7	- 9,0	- 2,5
Ausland	- 5,2	- 5,2	- 10,6	+ 1,9	- 5,9	- 6,0	- 10,9	+ 0,3
Vorleistungsgüterproduzenten	- 8,2	- 7,7	- 13,2	- 2,2	- 8,0	- 7,4	- 12,5	- 4,0
Inland	- 6,2	- 5,5	- 9,7	- 1,9	- 6,0	- 5,2	- 9,0	- 3,4
Ausland	- 11,3	- 11,2	- 18,5	- 3,0	- 11,2	- 11,1	- 17,8	- 4,9
Investitionsgüterproduzenten	- 3,1	- 2,1	- 7,3	+ 1,6	- 4,3	- 3,5	- 8,3	+ 0,6
Inland	- 3,1	- 0,4	- 7,9	- 1,1	- 4,3	- 2,0	- 9,1	- 1,8
Ausland	- 3,2	- 3,8	- 6,7	+ 4,1	- 4,2	- 5,0	- 7,5	+ 2,9
Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,7	- 0,7	- 6,5	+ 0,7	- 3,0	- 2,2	- 7,9	- 1,0
Inland	- 3,5	- 2,2	- 9,0	- 0,4	- 5,1	- 3,6	- 10,5	- 2,1
Ausland	+ 2,5	+ 2,3	- 0,8	+ 2,9	+ 1,2	+ 0,8	- 1,9	+ 1,6
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,2	+ 2,5	- 6,1	+ 2,7	- 0,4	+ 1,1	- 7,2	+ 1,3
Inland	- 1,6	- 2,0	- 6,2	0	- 3,2	- 3,5	- 7,7	- 1,5
Ausland	+ 7,1	+ 12,8	- 5,8	+ 8,9	+ 6,0	+ 11,6	- 6,3	+ 7,6
Nachrichtlich:								
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 0,5	+ 0,7	- 6,4	+ 1,5	- 1,9	- 0,8	- 7,6	- 0,1
Inland	- 2,7	- 2,1	- 7,7	- 0,1	- 4,2	- 3,6	- 9,3	- 1,9
Ausland	+ 4,2	+ 6,2	- 2,6	+ 4,9	+ 2,9	+ 4,8	- 3,5	+ 3,5
Auftragsbestand								
		Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)						
		1999	2000			2001		
		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	
Investitionsgüter prod. Gewerbe	
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

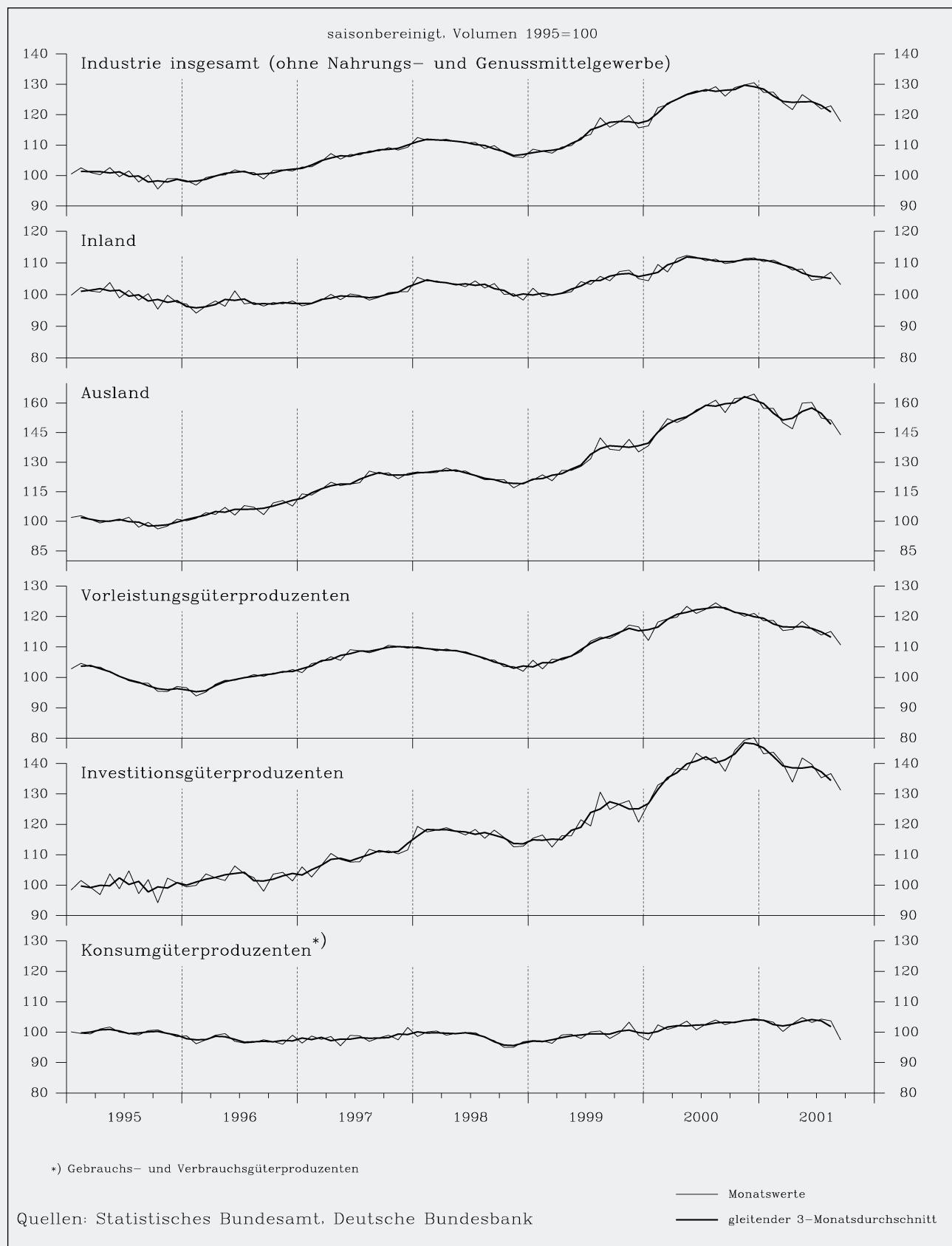
⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.1 Bundesrepublik Deutschland



3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	3.Vj. ^p	Aug.	Sept. ^p	Aug./Sept. ^p	3.Vj.p	Aug.	Sept. ^p	Aug./Sept. ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	- 3,4	+ 0,4	- 5,4	- 3,5	- 3,2	+ 0,5	- 5,1	- 3,3
Inland	- 2,1	+ 2,0	- 4,5	- 0,4	- 1,8	+ 1,9	- 4,2	- 0,2
Ausland	- 4,9	- 1,3	- 6,2	- 7,0	- 4,7	- 1,1	- 6,2	- 6,7
Vorleistungsgüterproduzenten	- 4,4	+ 0,3	- 4,2	- 2,9	- 3,5	+ 0,6	- 3,9	- 2,2
Investitionsgüterproduzenten	- 3,0	+ 0,8	- 6,0	- 3,8	- 3,3	+ 0,7	- 5,8	- 4,0
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 1,8	- 0,7	- 6,0	- 3,4	- 1,6	- 0,5	- 6,1	- 3,0
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	+ 2,6	+ 4,8	+ 7,4	+ 10,0	+ 3,0	+ 4,9	+ 7,6	+ 10,1
Inland	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,8	+ 6,3	+ 1,8	+ 2,4	+ 3,1	+ 6,8
Ausland	+ 5,5	+ 10,2	+ 17,1	+ 17,5	+ 5,6	+ 10,3	+ 17,3	+ 17,7
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 2,3	+ 4,0	- 2,7	+ 2,9	+ 3,3	+ 4,2	- 2,3	+ 3,6
Investitionsgüterproduzenten	+ 3,9	+ 7,0	+ 21,7	+ 21,4	+ 3,6	+ 7,0	+ 21,9	+ 21,5
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 0,5	+ 0,1	- 4,7	- 2,4	- 0,8	- 0,5	- 4,3	- 2,7
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵								
Auftragseingang ²	Werte				Volumen			
	2001							
	3.Vj. ^p	Aug.	Sept. ^p	Jan.-Sept. ^p	3.Vj.p	Aug.	Sept. ^p	Jan.-Sept. ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	- 5,5	- 4,8	- 10,8	- 0,5	- 6,2	- 5,5	- 11,2	- 1,9
Inland	- 4,9	- 3,4	9,5	- 1,8	- 5,5	- 4,1	- 10,0	- 2,9
Ausland	- 6,3	- 6,5	- 12,4	+ 1,0	- 7,0	- 7,2	- 12,7	- 0,5
Vorleistungsgüterproduzenten	- 9,2	- 8,8	- 14,2	- 3,2	- 9,0	- 8,6	- 13,5	- 4,8
Investitionsgüterproduzenten	- 4,0	- 2,9	- 9,3	+ 1,1	- 5,1	- 4,3	- 10,3	+ 0,1
Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,8	- 1,3	- 6,5	+ 0,4	- 3,2	- 2,7	- 7,8	- 1,2
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	+ 0,6	+ 1,9	- 6,8	+ 2,3	- 0,8	+ 0,5	- 7,9	+ 0,8
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 0,8	+ 0,1	- 6,6	+ 1,2	- 2,2	- 1,3	- 7,8	- 0,4
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	+ 6,9	+ 8,4	+ 11,2	+ 8,8	+ 5,8	+ 6,7	+ 10,4	+ 7,0
Inland	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,5	+ 4,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,7
Ausland	+ 19,6	+ 25,4	+ 33,5	+ 20,2	+ 18,6	+ 23,3	+ 32,7	+ 18,1
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 3,1	+ 4,5	- 1,3	+ 7,9	+ 3,4	+ 4,6	- 0,5	+ 6,0
Investitionsgüterproduzenten	+ 11,4	+ 12,5	+ 30,2	+ 10,0	+ 9,1	+ 8,6	+ 27,6	+ 8,3
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,5	+ 7,3	- 6,6	+ 3,7	- 1,6	+ 4,2	- 8,6	+ 1,7
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	+ 11,3	+ 15,0	+ 5,7	+ 11,9	+ 9,2	+ 12,8	+ 4,0	+ 9,9
Konsumgüterproduzenten ⁴	+ 4,8	+ 10,5	- 1,9	+ 6,8	+ 2,8	+ 7,8	- 3,7	+ 4,8
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)								
Auftragsbestand	1999				2000			
	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Früheres Bundesgebiet								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ⁷⁸	2,8	2,8	3,0	3,1	3,0	2,9	3,0	2,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ⁸	2,2	2,4	2,4	2,5	2,5	2,5	2,7	2,5
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,4	3,3	3,6	3,8	3,5	3,6	3,5	3,3
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,0	2,0	2,0	2,1	2,1	1,9	1,9	2,0
Neue Länder und Berlin-Ost								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	2,7	2,9	2,6	3,1	3,0	3,2	3,1	2,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1,8	2,2	1,8	2,0	1,9	2,0	2,3	1,8
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,6	3,8	3,5	4,1	4,0	4,4	4,2	3,6
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1,8	1,9	1,7	1,9	1,9	2,1	1,9	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

⁷ Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

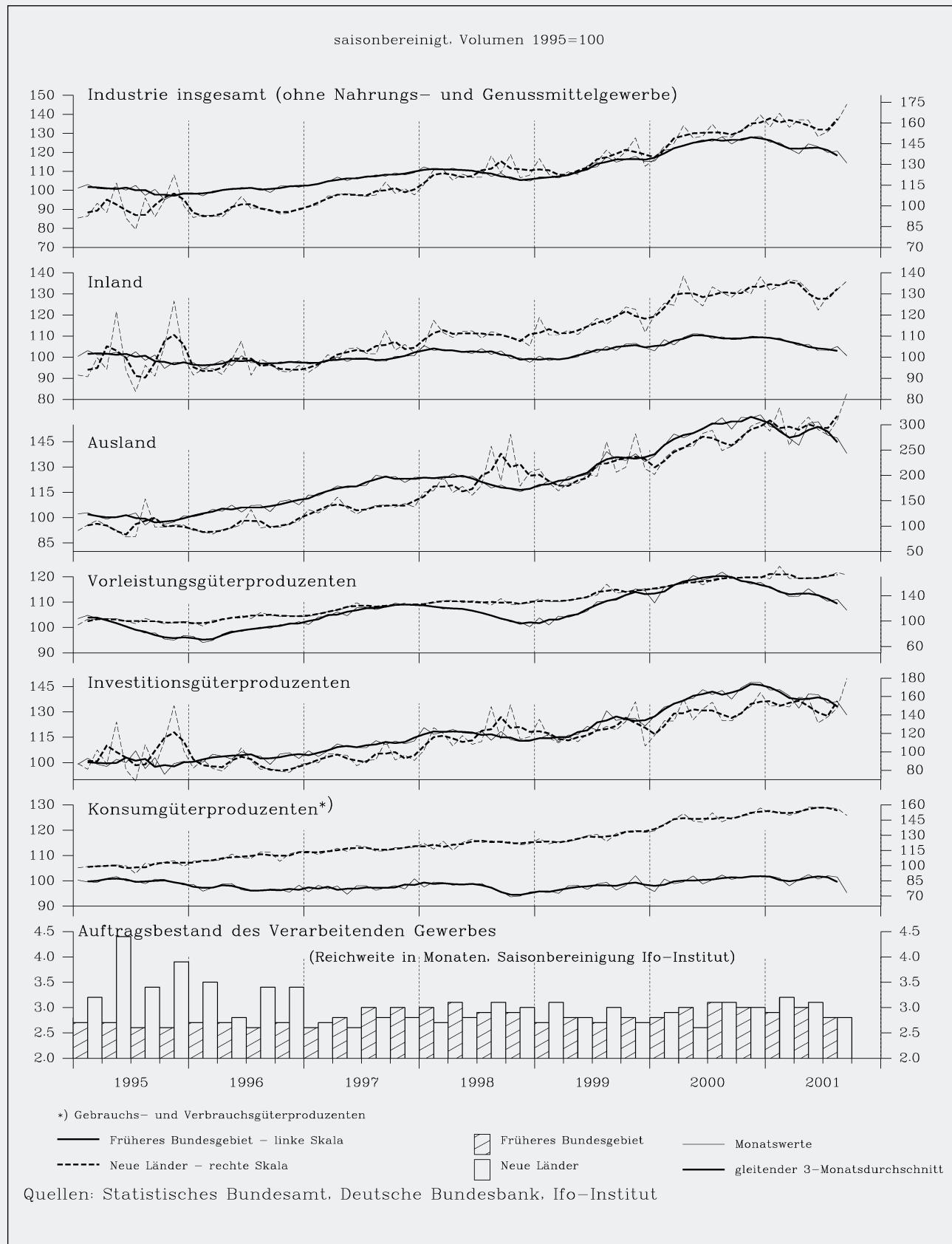
⁸ Ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	Mai	Juni	Juli	Juni/Juli	Mai	Juni ^p	Juli ^p	Juni/Juli ^p
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 1,1	+ 1,3	- 9,7	- 3,1	+ 1,2	+ 1,5	- 9,7	- 2,8
Hochbau	- 3,2	+ 3,9	- 9,9	- 2,8	- 2,9	+ 4,0	- 9,7	- 2,5
Wohnungsbau	+ 2,2	+ 5,2	- 19,2	- 3,9	+ 2,6	+ 5,2	- 18,9	- 3,4
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 6,1	+ 3,2	- 4,3	- 2,3	- 6,0	+ 3,3	- 4,2	- 2,1
- Gewerblicher Hochbau	- 8,2	- 6,2	+ 5,5	- 7,8
- Unternehmen Bahn/Post	+ 3,2	+ 40,3	- 30,1	+ 21,1
- Öffentlicher Hochbau
Tiefbau	+ 6,7	- 2,0	- 9,3	- 3,5	+ 7,1	- 1,8	- 9,5	- 3,4
Straßenbau	+ 8,1	- 5,0	- 11,8	- 7,1	+ 8,7	- 5,4	- 12,1	- 7,4
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 6,1	- 0,3	- 8,0	- 1,4	+ 6,3	+ 0,2	- 8,2	- 1,0
- Gewerblicher Tiefbau	+ 6,3	+ 5,5	- 12,4	+ 2,1
- Unternehmen Bahn/Post	+ 5,7	- 5,3	- 3,7	- 4,5
- Öffentlicher Tiefbau
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³								
Auftragseingang ²	Werte				Volumen			
	2001							
	Mai	Juni	Juli	Jan.-Juli	Mai	Juni ^p	Juli ^p	Jan.-Juli ^p
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 4,2	+ 3,2	- 5,6	- 5,5	- 3,9	+ 3,6	- 5,2	- 5,1
Hochbau	- 9,8	+ 0,8	- 8,2	- 7,7	- 8,9	+ 1,4	- 7,5	- 7,1
Wohnungsbau	- 13,2	- 7,3	- 21,5	- 16,8	- 12,2	- 6,3	- 20,6	- 16,0
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 7,5	+ 6,0	+ 0,3	- 1,5	- 6,7	+ 6,8	+ 1,0	- 0,9
- Gewerblicher Hochbau	- 8,0	- 1,6	- 1,0	- 0,9
- Unternehmen Bahn/Post	- 5,9	+ 31,0	+ 5,3	- 3,6
- Öffentlicher Hochbau
Tiefbau	+ 3,5	+ 6,7	- 1,9	- 2,0	+ 3,2	+ 6,4	- 2,0	- 2,4
Straßenbau	+ 8,6	+ 5,1	- 2,5	- 1,5	+ 7,3	+ 3,9	- 3,2	- 2,8
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 0,6	+ 7,7	- 1,6	- 2,2	+ 0,9	+ 8,1	- 1,2	- 2,0
- Gewerblicher Tiefbau	+ 1,9	+ 11,6	- 2,8	- 7,1
- Unternehmen Bahn/Post	- 0,6	+ 4,5	- 0,6	+ 2,3
- Öffentlicher Tiefbau
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)								
Auftragsbestand	2000				2001			
	April	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bauhauptgewerbe insgesamt
Hochbau
Tiefbau

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.1 Bundesrepublik Deutschland



3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	Mai	Juni	Juli	Juni/Juli	Mai	Juni ^p	Juli ^p	Juni/Juli ^p
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 1,8	+ 0,7	- 9,6	- 5,0	- 1,9	+ 1,1	- 9,7	- 4,7
Hochbau	- 5,6	+ 2,4	- 9,3	- 5,1	- 5,6	+ 2,6	- 9,2	- 5,0
Wohnungsbau	- 3,4	+ 8,0	- 20,2	- 4,6	- 3,3	+ 8,1	- 20,1	- 4,3
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 6,9	- 0,6	- 2,7	- 5,4	- 6,9	- 0,5	- 2,7	- 5,3
Tiefbau	+ 4,0	- 1,5	- 10,1	- 4,7	+ 3,9	- 1,1	- 10,3	- 4,4
Straßenbau	+ 2,3	- 1,9	- 9,0	- 5,2	+ 2,3	- 2,1	- 8,9	- 5,4
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 4,9	- 1,3	- 10,7	- 4,3	+ 4,9	- 0,7	- 11,0	- 4,0
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 12,1	+ 3,0	- 9,9	+ 3,4	+ 12,4	+ 2,7	- 9,5	+ 3,5
Hochbau
Wohnungsbau
Hochbau ohne Wohnungsbau
Tiefbau
Straßenbau
Tiefbau ohne Straßenbau
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³							
	Werte				Volumen			
	2001							
	Mai	Juni	Juli	Jan.-Juli	Mai	Juni ^p	Juli ^p	Jan.-Juli ^p
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 2,4	+ 7,7	- 4,6	- 1,8	- 2,4	+ 7,9	- 4,5	- 2,0
Hochbau	- 6,1	+ 8,4	- 6,6	- 3,2	- 5,8	+ 8,7	- 6,2	- 3,0
Wohnungsbau	- 9,7	+ 1,4	- 19,2	- 10,1	- 9,2	+ 2,0	- 18,6	- 9,6
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 4,2	+ 12,7	+ 1,1	+ 1,0	- 4,0	+ 13,0	+ 1,5	+ 1,1
Tiefbau	+ 3,4	+ 7,0	- 1,5	+ 0,3	+ 2,6	+ 6,7	- 2,0	- 0,5
Straßenbau	+ 2,3	+ 1,2	+ 0,8	- 2,5	+ 0,6	- 0,5	- 0,4	- 4,4
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 4,0	+ 10,8	- 3,1	+ 1,9	+ 3,8	+ 11,4	- 3,1	+ 1,7
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 10,5	- 9,2	- 8,8	- 16,4	- 9,0	- 8,2	- 7,5	- 15,1
Hochbau	- 22,7	- 20,5	- 14,9	- 23,0	- 20,9	- 19,5	- 13,3	- 21,3
Wohnungsbau	- 23,7	- 28,5	- 29,6	- 35,7	- 21,9	- 26,9	- 28,0	- 34,1
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 21,7	- 14,3	- 3,4	- 11,5	- 20,1	- 13,5	- 1,6	- 10,0
Tiefbau	+ 4,0	+ 5,8	- 2,8	- 8,3	+ 5,1	+ 6,9	- 1,8	- 7,4
Straßenbau	+ 28,6	+ 16,4	- 10,4	+ 1,5	+ 28,7	+ 16,6	- 10,0	+ 1,5
Tiefbau ohne Straßenbau	- 9,0	- 0,6	+ 2,6	- 13,4	- 7,5	+ 0,9	+ 4,1	- 12,1
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)							
	2000				2001			
	April	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Früheres Bundesgebiet								
Bauhauptgewerbe insgesamt	2,6	2,6	2,6	2,7	2,7	2,6	2,7	2,8
Hochbau	2,5	2,5	2,6	2,5	2,6	2,5	2,7	2,8
Tiefbau	2,9	2,9	3,0	2,9	3,0	2,9	2,9	2,9
Neue Länder und Berlin-Ost								
Bauindustrie insgesamt	1,9	2,0	1,9	2,0	2,1	1,9	2,0	2,0
Hochbau	2,0	2,1	1,8	2,0	2,2	1,9	2,0	2,0
Tiefbau	1,8	2,0	2,0	1,9	1,9	2,0	1,8	1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

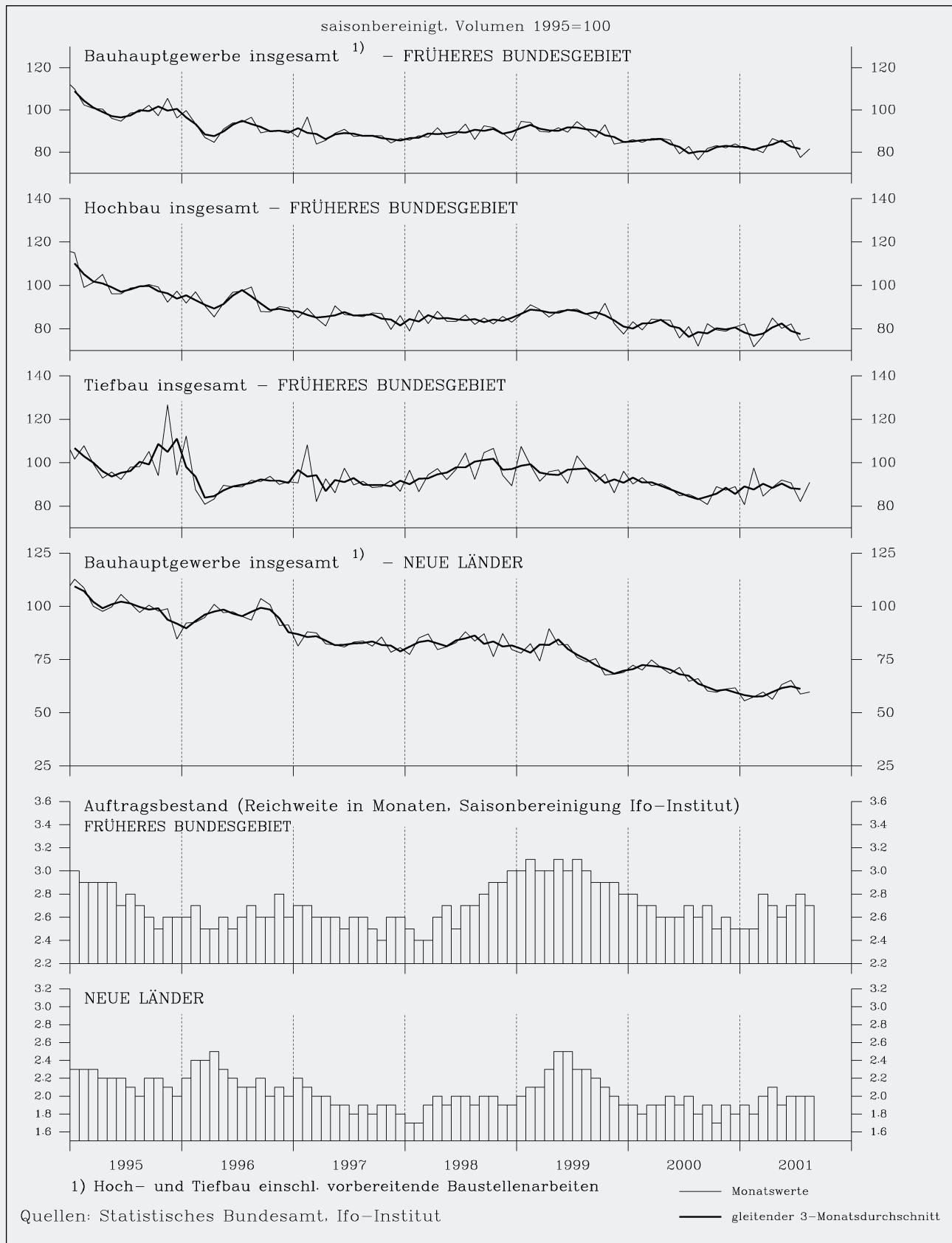
³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



4. Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

	Veränderung gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	3.Vj.	Aug.	Sept.	Aug./Sept.	3.Vj.	Aug.	Sept.	Aug./Sept.
Einzelhandel insgesamt	0	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	- 0,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,2
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	- 0,3	+ 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,7	+ 0,5	- 0,4	- 0,1
	Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in % ²							
	Werte				Volumen			
	2001							
	3.Vj.	Aug.	Sept.	Jan.-Sept.	3.Vj.	Aug.	Sept.	Jan.-Sept.
Einzelhandel (EH) insgesamt	+ 1,7	+ 2,1	- 0,7	+ 1,8	- 0,2	+ 0,2	- 1,9	0
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	+ 1,5	+ 2,3	- 0,9	+ 1,9	- 0,4	+ 0,3	- 2,1	+ 0,2
EH mit Waren verschiedener Art ^{3,4}	+ 4,6	+ 6,8	+ 2,2	+ 3,9	+ 1,0	+ 3,3	- 1,1	+ 1,1
Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 6,0	+ 8,2	+ 2,9	+ 4,9	+ 2,0	+ 4,3	- 0,9	+ 1,7
Sonstige Waren verschiedener Art	- 3,3	- 1,2	- 2,3	- 2,0	- 4,2	- 2,4	- 3,3	- 2,7
Fach-Einzelhandel ⁵ mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ³	- 0,8	+ 1,7	- 7,1	- 0,8	- 4,5	- 1,9	- 10,5	- 4,0
Apotheken; Fach-Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ³	+ 6,8	+ 8,0	+ 2,4	+ 6,9	+ 5,2	+ 6,3	+ 0,9	+ 5,7
Sonstiger Fach-Einzelhandel ³	- 2,9	- 3,5	- 2,8	- 1,8	- 3,7	- 4,3	- 3,4	- 2,4
darunter: Bekleidung	+ 0,2	- 5,2	+ 5,4	- 0,3	- 0,3	- 5,8	+ 5,0	- 0,6
Möbel, Einrichtungsgegenstände und Hausrat a.n.g.	- 4,0	- 0,8	- 5,9	- 1,4	- 5,7	- 2,7	- 7,6	- 2,9
Elektrische Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie Musikinstrumente	- 9,5	- 8,5	- 9,5	- 6,1	- 8,5	- 7,7	- 8,4	- 4,8
Metallwaren, Anstrichmittel, Bau- und Heimwerkerbedarf	- 3,7	- 1,9	- 8,4	- 4,6	- 4,1	- 2,3	- 8,7	- 5,0
Fach-Einzelhandel a.n.g. ⁶	- 2,4	- 2,4	- 5,0	- 1,5	- 2,9	- 2,7	- 5,1	- 2,1
Antiquitäten und Gebrauchtwaren ³	+ 8,9	+ 16,5	+ 7,0	+ 3,2	+ 8,1	+ 15,6	+ 6,3	+ 2,6
Nicht in Verkaufsräumen betriebener Einzelhandel ⁷	- 2,0	- 2,4	- 7,9	+ 2,6	- 1,1	- 2,9	- 1,5	+ 0,2
Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen, Teilen und Zubehör; Tankstellen	+ 2,3	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,1	- 0,2	- 1,0	- 0,4

Quellen: Statistisches Bundesamt.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt; Klassifikation WZ 93; 1995 = 100.

³ In Verkaufsräumen.

⁴ Breites bzw. gemischtes Waren sortiment z. B.: Warenhäuser, Supermärkte u. Ä.

⁵ Abgegrenztes Sortiment z. B.: Fachgeschäfte.

⁶ Z. B. Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Computer, Sport und Freizeitbedarf.

⁷ Z. B. Versandhandel, Verkaufsstände und Märkte.

4. Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

1995 = 100, saisonbereinigt



5. Außenwirtschaft

	Werte in Mrd. DM					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	3.Vj.	Sept.	Jan.-Sept.	3.Vj.	Sept.	Jan.-Sept.
Einfuhr	259,9	87,5	758,6	261,2	85,4	810,4
Ausfuhr	285,6	95,8	847,5	306,3	97,1	932,7
Saldo der Handelsbilanz	+ 25,7	+ 8,3	+ 89,8	+ 45,1	+ 11,7	+122,3
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 3,1	- 0,9	- 8,1	- 3,5	- 1,3	- 9,5
Dienstleistungen	- 24,6	- 7,5	- 66,8	- 27,4	- 8,5	- 74,2
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 3,5	- 0,4	+ 0,4	- 2,4	+ 1,1	- 8,1
laufenden Übertragungen	- 13,9	- 2,9	- 37,3	- 12,4	- 4,3	- 37,6
Leistungsbilanz	- 19,9	- 3,4	- 23,0	- 0,6	- 1,2	- 7,0
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum ¹						
2 0 0 1						
	2.Vj.	3.Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Jan.-Sept.
in Mrd. DM						
Saldo der Handelsbilanz	+ 6,4	+ 19,4	+ 5,5	+ 10,5	+ 3,4	+ 32,5
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,4	- 0,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 1,3
Dienstleistungen	+ 0,8	- 2,8	- 2,6	+ 0,8	- 1,0	- 7,4
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 6,7	+ 1,1	- 4,0	+ 3,5	+ 1,6	- 8,4
laufenden Übertragungen	- 2,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 2,6	- 1,4	- 0,3
Leistungsbilanz	- 1,5	+ 19,2	- 0,7	+ 17,6	+ 2,3	+ 16,0
in %						
Einfuhr	+ 7,9	+ 0,5	+ 6,2	- 2,1	- 2,4	+ 6,8
Ausfuhr	+ 9,3	+ 7,2	+ 11,1	+ 9,3	+ 1,3	+ 10,1
Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ²)						
2 0 0 1						
	Werte			Volumen ³		
	Aug.	Sept.	Aug. / Sept.	Juli	Aug.	Juli / Aug.
Einfuhr	- 1,2	+ 1,7	- 1,3	- 1,8	0	+ 0,5
Ausfuhr	+ 3,8	- 4,6	+ 1,9	+ 1,1	+ 4,5	+ 3,9

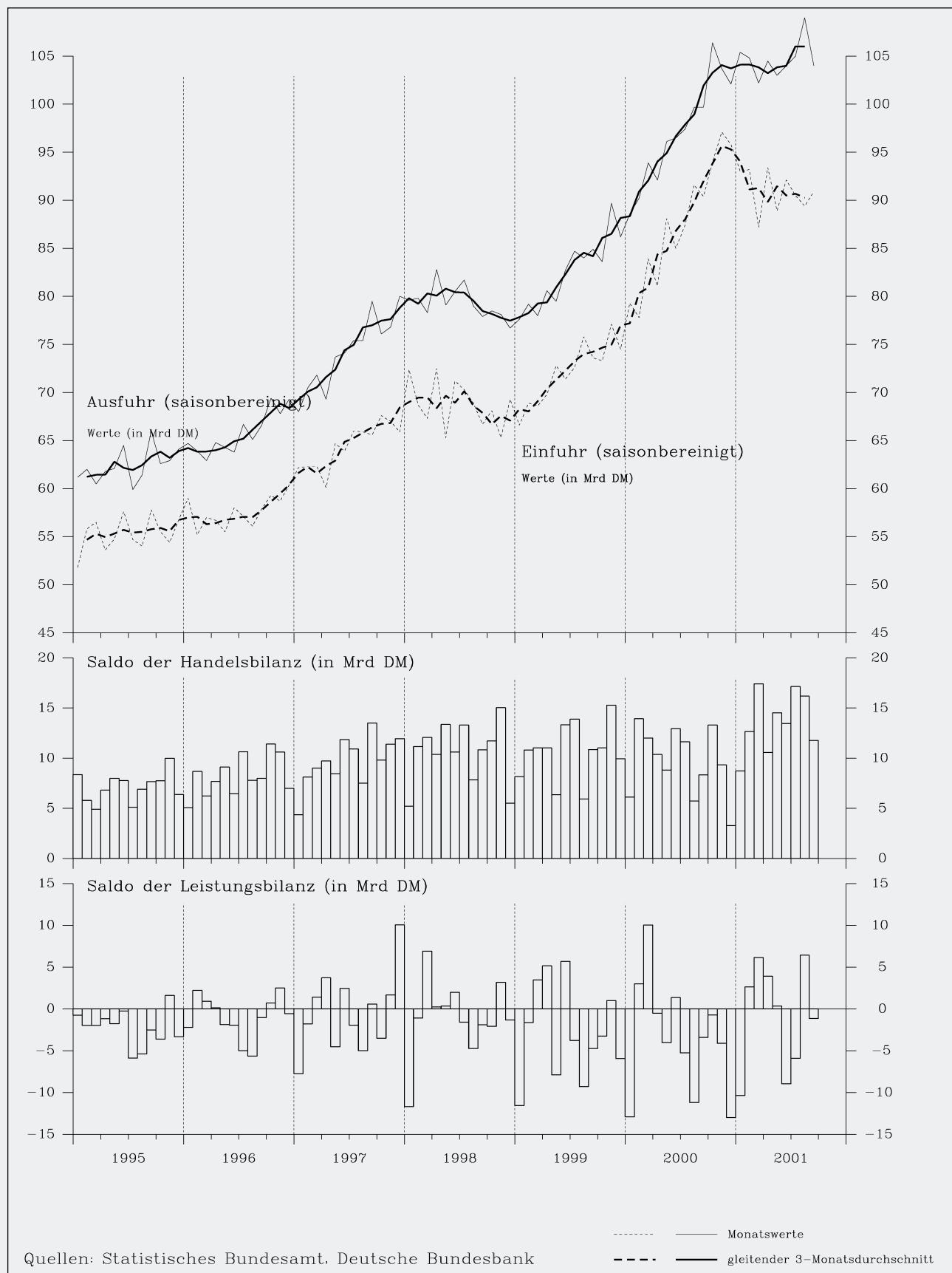
Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.

¹ Ursprungszahlen.

² Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

³ Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1991; Schätzung der Deutschen Bundesbank.

5. Außenwirtschaft



6. Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2001					
	Aug.	Sept.	Okt.	Aug.	Sept.	Okt.
Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾						
Insgesamt	- 0,2	0	- 0,3	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,0
Waren	- 0,4	+ 0,4	- 0,5	+ 3,0	+ 2,2	+ 1,9
- Verbrauchsgüter	- 0,5	+ 0,4	- 0,8	+ 4,4	+ 3,2	+ 2,7
darunter:						
Nahrungsmittel	- 1,3	- 0,2	+ 0,1	+ 6,2	+ 6,4	+ 6,6
darunter:						
Saisonwaren ²⁾	- 5,8	- 0,9	+ 0,2	+ 6,2	+ 7,2	+ 8,4
- Gebrauchsgüter mit mittl. Lebensdauer	- 0,2	+ 0,5	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
- Langlebige Gebrauchsgüter	+ 0,1	0	0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Dienstleistungen	- 0,1	- 0,4	- 0,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3
darunter:						
- Wohnungsmiete	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte³⁾						
Insgesamt	- 0,1	+ 0,1	.	+ 2,7	+ 1,9	.
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie						
- Energie	- 0,1	- 0,1	.	- 0,2	- 0,7	.
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,4	+ 0,8	.	+ 8,4	+ 5,9	.
- 0,1	- 0,1	.	- 0,2	- 0,7	.	.
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,1	0	.	+ 1,2	+ 1,2	.
Konsumgüterproduzenten	0	0	.	+ 2,8	+ 2,6	.
- Gebrauchsgüterproduzenten	0	- 0,1	.	+ 2,4	+ 2,3	.
- Verbrauchsgüterproduzenten	0	0	.	+ 2,9	+ 2,6	.
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte³⁾						
Insgesamt	+ 1,4	+ 0,7	.	+ 4,2	+ 4,8	.
Pflanzliche Produkte	- 1,0	+ 2,2	.	+ 3,8	+ 6,9	.
Tierische Produkte	+ 2,6	0	.	+ 4,4	+ 3,8	.
Baupreise³⁾	2001					
	Febr.	Mai	Aug.	Febr.	Mai	Aug.
Baupreise³⁾						
Wohngebäude	- 0,1	0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,2
Straßenbau	0	- 0,1	- 0,1	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,4

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Alle privaten Haushalte, 1995 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose).

²⁾ Obst, Gemüse (einschließlich Kartoffeln), Fische.

³⁾ 1995 = 100.

6. Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise



6. Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2 0 0 1					
	Aug.	Sept.	Okt.	Aug.	Sept.	Okt.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹⁾						
Insgesamt	+ 1,4	- 1,0	- 12,1	- 10,6	- 16,8	- 25,6
- Nahrungs- und Genußmittel	- 0,1	- 2,7	- 2,4	- 4,0	- 7,1	- 9,5
- Industrie-Rohstoffe	- 2,3	- 2,5	- 2,5	- 12,5	- 14,9	- 14,1
- Energierohstoffe (Kohle und Rohöl)	+ 2,8	- 0,4	- 16,2	- 10,7	- 18,4	- 30,6
Entwicklung des Außenwertes der DM						
Außenwert der DM gegenüber dem US-Dollar ²⁾	+ 4,6	+ 1,2	.	- 0,5	+ 4,5	.
Effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber den Währungen von 13 Ländern ³⁾	+ 2,7	+ 0,3	.	+ 3,7	+ 6,3	.
Außenhandelspreise²⁾						
Einfuhrpreise insgesamt	- 1,2	- 0,5	.	- 0,9	- 3,6	.
darunter:						
Güter der Ernährungswirtschaft	- 0,7	0	.	+ 4,6	+ 3,0	.
Güter der gewerblichen Wirtschaft	- 1,1	- 0,6	.	- 1,5	- 4,4	.
- Rohstoffe und Halbwaren	- 2,8	- 1,8	.	- 6,9	- 14,9	.
- Fertigwaren	- 0,7	- 0,2	.	+ 0,3	- 0,6	.
Ausfuhrpreise insgesamt	- 0,4	- 0,1	.	+ 0,4	- 0,3	.
Terms of Trade	+ 0,8	+ 0,4	.	+ 1,3	+ 3,5	.

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

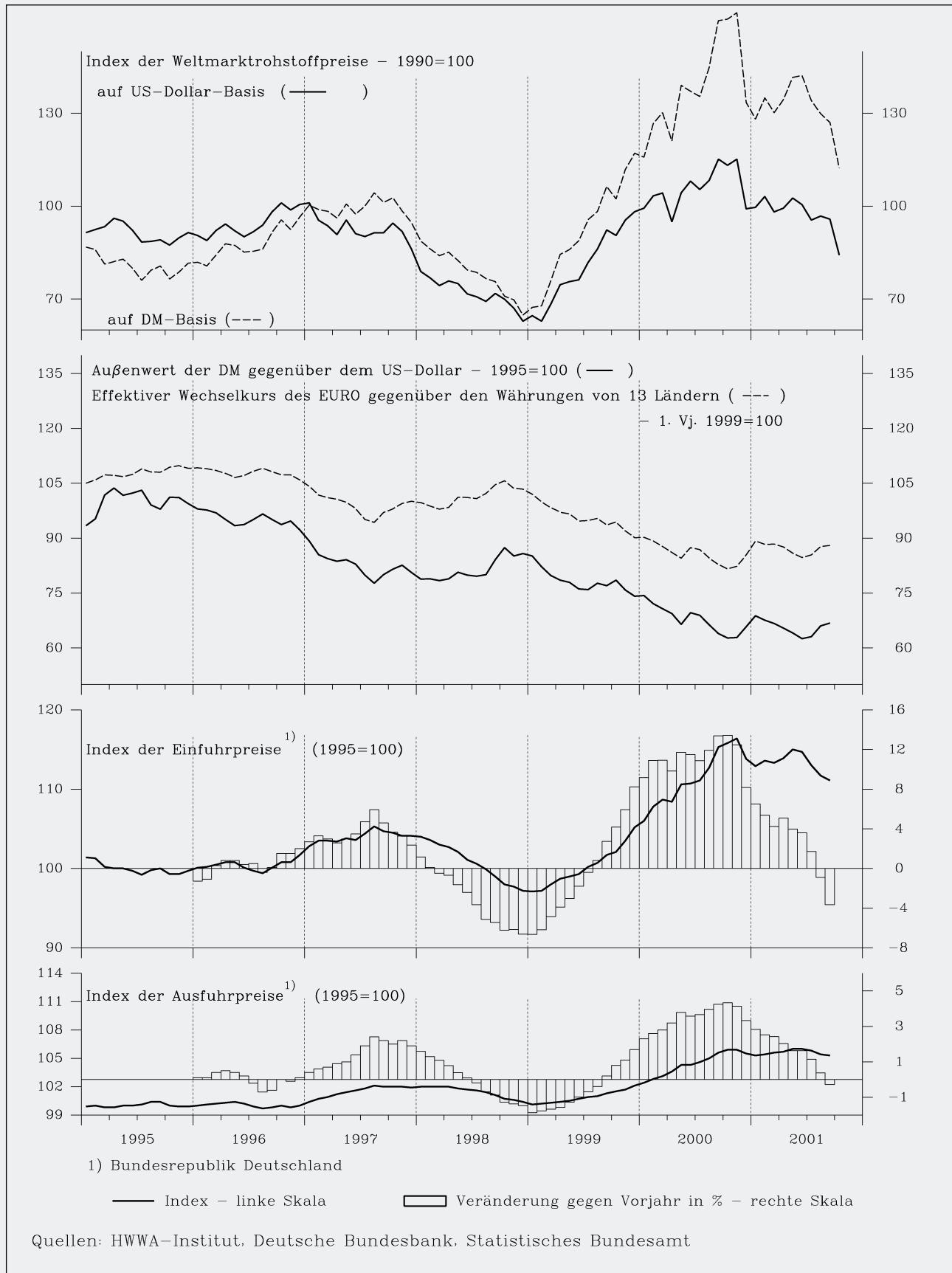
¹⁾ HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, 1990 = 100.

²⁾ 1995 = 100.

³⁾ 1999 = 100.

6. Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise



7. Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1970 bis 2000

7.1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland		Arbeitslose nach BA	Arbeitslosenquote ²	Ausländische Erwerbspersonen	Bruttoinlandsprodukt (real)					
	Mio.	Veränderung in % p. a.				Erwerbsquote ¹	in %	Mio.	in %	Mio.	gesamt
1970	26,6	1,3	44,0	0,15	0,6	1,82	5,0	3,7	4,1	25,5	
1971	26,7	0,4	43,8	0,19	0,7	2,14	3,1	2,6	3,9	26,2	
1972	26,8	0,4	43,8	0,25	0,9	2,31	4,3	3,8	4,7	25,4	
1973	27,1	1,1	44,1	0,27	1,0	2,52	4,8	3,6	4,7	23,9	
1974	26,7	- 1,2	44,0	0,58	2,1	2,53	0,2	1,4	2,8	21,6	
1975	26,0	- 2,7	43,8	1,07	3,9	2,29	- 1,3	1,5	3,0	20,4	
1976	25,9	- 0,5	43,8	1,06	3,9	2,12	5,3	5,9	4,7	20,1	
1977	25,9	0,1	43,9	1,03	3,9	2,06	2,8	2,7	3,6	20,3	
1978	26,1	0,8	44,2	0,99	3,7	2,06	3,0	2,2	3,2	20,6	
1979	26,6	1,7	44,7	0,88	3,3	2,12	4,2	2,5	3,1	21,7	
1980	27,0	1,6	45,3	0,89	3,3	2,23	1,0	- 0,6	0,0	22,6	
1981	27,0	- 0,1	45,8	1,27	4,7	2,18	0,1	0,2	0,9	21,6	
1982	26,6	- 1,2	46,2	1,83	6,7	2,15	- 0,9	0,3	0,4	20,4	
1983	26,3	- 1,4	46,4	2,26	8,1	2,11	1,8	3,2	3,5	20,4	
1984	26,3	0,2	46,7	2,27	8,1	2,03	2,8	2,6	3,0	20,0	
1985	26,5	0,7	47,2	2,30	8,2	1,97	2,0	1,3	2,0	19,5	
1986	26,9	1,4	47,6	2,23	7,9	1,97	2,3	0,9	1,8	19,4	
1987	27,1	0,7	47,9	2,23	7,9	2,00	1,5	0,7	2,2	19,4	
1988	27,3	0,8	48,0	2,24	7,7	2,05	3,7	2,9	3,6	19,6	
1989	27,7	1,5	47,8	2,04	7,1	2,08	3,6	2,1	3,0	20,2	
1990	28,5	3,0	48,0	1,88	6,5	2,24	5,7	2,7	3,5	20,9	
1991	29,2	2,5	48,2	1,69	5,7	2,61	5,0	2,5	3,7	21,3	
1991	38,5	.	51,3	2,60	7,3	23,8	
1992	37,9	- 1,5	50,7	2,98	7,7	.	2,2	3,8	2,7	24,0	
1993	37,4	- 1,3	50,2	3,42	8,9	.	- 1,1	0,3	1,6	23,0	
1994	37,3	- 0,2	50,4	3,70	9,6	.	2,3	2,5	2,6	23,1	
1995	37,4	0,2	50,2	3,61	9,4	.	1,7	1,5	2,8	22,4	
1996	37,3	- 0,3	50,4	3,97	10,4	.	0,8	1,1	2,2	21,8	
1997	37,2	- 0,2	50,7	4,38	11,4	.	1,4	1,6	2,0	21,4	
1998	37,6	1,1	51,1	4,28	11,1	.	2,0	0,9	1,3	21,4	
1999	38,1	1,3	51,4	4,10	10,5	.	1,8	0,6	1,3	21,6	
2000	38,7	1,6	51,8	3,89	9,6	.	3,0	1,4	2,3	21,6	
1975/1970	26,7	- 0,4	43,9	0,47	1,7	2,36	2,2	2,6	3,8	23,5	
1980/1975	26,3	0,7	44,4	0,97	3,6	2,12	3,3	2,5	2,9	21,1	
1985/1980	26,5	- 0,4	46,4	1,99	7,1	2,09	1,2	1,5	2,0	20,4	
1990/1985	27,5	1,5	47,9	2,12	7,4	2,07	3,4	1,9	2,8	19,9	
1995/1990	37,7	.	50,6	3,26	8,6	23,3	
1996/1991	37,4	- 0,6	50,4	3,53	9,2	.	1,2	1,8	2,4	22,9	
2000/1995	37,8	0,7	51,1	4,12	10,6	.	1,8	1,1	1,8	21,6	
1980/1970	26,5	0,2	44,1	0,72	2,7	2,24	2,7	2,6	3,4	22,3	
1985/1975	26,4	0,2	45,4	1,48	5,4	2,10	2,2	2,0	2,5	20,7	
1990/1980	27,0	0,5	47,2	2,06	7,3	2,08	2,3	1,7	2,4	20,1	

¹ Erwerbstätige im Inland + Arbeitslose in % der Wohnbevölkerung.

² Arbeitslose nach BA in % der zivilen Erwerbspersonen nach BA.

³ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

7. Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1970 bis 2000

7.2 Preise¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage	Konsum der Privaten Haushalte	Preisindex für die Lebens- haltung ^{2,3} Veränderung in % p. a.	Lohnstück- kosten ⁴	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Verdienst je Arbeitnehmer
1970	7,7	10,6	6,1	3,5	3,4	11,8	13,1	15,3
1971	7,7	3,3	7,2	5,1	5,3	8,5	11,0	11,1
1972	5,3	0,3	5,3	5,6	5,5	5,5	9,8	9,0
1973	6,4	- 1,2	6,5	6,5	6,9	7,9	11,4	11,0
1974	7,0	- 6,8	8,0	7,1	7,0	9,8	7,3	10,8
1975	5,7	2,0	5,5	6,0	6,0	5,4	4,3	6,2
1976	3,6	- 2,5	4,2	4,2	4,3	1,7	9,1	6,9
1977	3,7	0,1	3,7	3,3	3,7	3,8	6,7	6,8
1978	4,3	3,4	3,6	2,6	2,7	3,2	7,4	5,3
1979	3,8	- 3,4	4,7	4,2	4,1	3,2	8,2	5,7
1980	5,0	- 5,8	6,6	5,8	5,4	7,4	6,0	6,6
1981	4,2	- 5,4	5,4	6,2	6,3	4,6	4,3	4,8
1982	4,4	0,7	4,1	5,1	5,2	4,0	3,5	3,9
1983	3,3	1,0	3,0	3,2	3,3	0,4	5,1	3,2
1984	2,1	- 1,7	2,5	2,5	2,4	0,7	4,9	3,0
1985	2,1	0,1	2,0	1,8	2,0	1,6	4,1	2,9
1986	3,2	11,3	0,4	- 0,6	- 0,1	2,7	5,6	3,6
1987	1,9	3,9	1,1	0,5	0,2	2,4	3,4	3,1
1988	1,5	0,1	1,4	1,3	1,3	0,1	5,3	3,0
1989	2,4	- 2,3	3,0	2,9	2,8	0,7	6,1	3,0
1990	3,2	0,7	3,1	2,7	2,7	2,0	9,1	4,7
1991	3,9	- 0,9	4,3	3,7	3,5	3,3	9,1	5,9
1991
1992	5,0	2,2	4,5	4,4	5,0	6,4	7,4	10,4
1993	3,7	1,7	3,2	3,8	4,5	3,8	2,5	4,4
1994	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5	4,9	2,0
1995	2,0	1,2	1,7	1,8	1,7	2,1	3,8	3,2
1996	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2	1,8	1,4
1997	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7	2,1	0,3
1998	1,1	2,0	0,6	1,1	1,0	0,2	3,1	1,0
1999	0,5	0,4	0,3	0,3	0,6	0,6	2,3	1,4
2000	- 0,4	- 4,5	1,1	1,4	1,9	- 0,2	2,6	1,6
1975/1970	6,4	- 0,5	6,5	6,1	6,1	7,4	8,7	9,6
1980/1975	4,1	- 1,7	4,6	4,0	4,0	3,9	7,5	6,2
1985/1980	3,2	- 1,1	3,4	3,7	3,8	2,2	4,4	3,6
1990/1985	2,4	2,6	1,8	1,4	1,4	1,6	5,9	3,5
1995/1990
1996/1991	2,8	1,0	2,6	2,8	3,1	2,6	4,1	4,2
2000/1995	0,6	- 0,9	0,9	1,3	2,2	0,0	2,4	1,1
1980/1970	5,2	- 1,1	5,5	5,0	5,1	5,6	8,1	7,9
1985/1975	3,6	- 1,4	4,0	3,9	3,9	3,0	5,9	4,9
1990/1980	2,8	0,8	2,6	2,5	2,6	1,9	5,1	3,5

¹ 1970 – 1. Angabe 1991 Früheres Bundesgebiet: Preisbasis 1991; ab 2. Angabe 1991 Deutschland: Preisbasis 1995.

² Gerechnet nach Messzahlen des jeweiligen Originalbasisjahrs.

³ Ab 1963 alle privaten Haushalte.

⁴ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer, dividiert durch das reale BIP je Erwerbstägigen (Inlandskonzept).

7. Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1970 bis 2000

7.3 Außenwirtschaft

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. DM			Anteile am BIP in %		
1970	10,5	14,7	13,73	3,23	21,2	19,1	2,0	0,5
1971	8,9	10,0	13,43	2,26	20,8	19,0	1,8	0,3
1972	9,1	7,6	16,65	4,24	20,6	18,6	2,0	0,5
1973	18,0	13,3	26,93	12,79	21,8	18,9	2,9	1,4
1974	29,7	24,6	43,76	26,29	26,4	22,0	4,4	2,7
1975	- 2,5	3,4	30,05	11,65	24,7	21,8	2,9	1,1
1976	13,5	17,4	25,44	7,91	25,7	23,4	2,3	0,7
1977	5,8	5,2	28,61	8,46	25,5	23,1	2,4	0,7
1978	4,5	3,6	32,39	17,06	24,8	22,3	2,5	1,3
1979	9,4	18,5	9,30	- 9,39	25,1	24,4	0,7	- 0,7
1980	11,8	16,8	- 6,85	- 28,50	26,4	26,9	- 0,5	- 1,9
1981	13,4	8,3	12,32	- 11,76	28,7	27,9	0,8	- 0,8
1982	7,5	1,7	38,14	10,47	29,9	27,5	2,4	0,7
1983	1,1	2,3	33,51	11,74	28,7	26,7	2,0	0,7
1984	11,8	10,5	43,26	21,53	30,6	28,2	2,5	1,2
1985	10,5	7,3	63,87	41,07	32,5	29,0	3,5	2,3
1986	- 2,1	- 9,1	99,91	79,55	30,2	25,0	5,2	4,1
1987	- 0,7	- 0,8	99,96	79,70	29,0	23,9	5,0	4,0
1988	7,5	7,0	109,71	86,27	29,6	24,3	5,2	4,1
1989	13,2	14,0	120,14	103,93	31,5	26,1	5,4	4,7
1990	11,0	9,6	141,95	78,78	32,1	26,3	5,9	3,2
1991	14,1	15,6	152,16	- 7,65	33,6	27,8	5,7	- 0,3
1991	.	.	- 6,88	- 34,61	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 7,78	- 25,08	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	5,69	- 19,16	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	10,78	- 44,48	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	22,70	- 32,46	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	37,27	- 14,32	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	50,16	- 3,34	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,1	7,0	54,95	- 9,91	29,0	27,6	1,5	- 0,3
1999	4,8	7,2	32,90	- 29,96	29,7	28,9	0,9	- 0,8
2000	16,5	18,5	15,55	- 7,70	33,7	33,3	0,4	- 0,2
1975/1970	12,1	11,6	26,16	11,45	22,9	20,0	2,8	1,2
1980/1975	8,9	12,1	17,78	- 0,89	25,5	24,0	1,5	0,0
1985/1980	8,8	6,0	38,22	14,61	30,1	27,9	2,2	0,8
1990/1985	5,6	3,8	114,33	85,65	30,5	25,1	5,3	4,0
1995/1990	.	.	4,90	- 31,16	24,3	24,2	0,1	- 1,0
1996/1991	3,3	2,2	13,73	- 27,10	24,1	23,7	0,4	- 0,8
2000/1995	9,1	9,5	38,17	- 13,05	29,1	28,1	1,0	- 0,3
1980/1970	10,5	11,8	21,97	5,28	24,2	22,0	2,2	0,6
1985/1975	8,9	9,0	28,00	6,86	27,8	25,9	1,9	0,4
1990/1980	7,2	4,9	76,28	50,13	30,3	26,5	3,8	2,4

7. Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1970 bis 2000

7.4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unterneh- mens und Vermögens einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (netto) ³	Arbeits- produktivität (je Erwerbs- tätigen Inland)
				unbereinigt ¹	bereinigt ²			
				in %	in %			
				Veränderung in % p. a.				
1970	14,6	6,9	18,6	68,0	68,0	15,3	9,1	3,7
1971	10,5	4,6	13,3	69,7	68,9	11,1	4,1	2,6
1972	9,8	7,6	10,7	70,3	69,0	9,0	3,7	3,8
1973	12,0	7,8	13,7	71,4	69,7	11,0	1,0	3,6
1974	6,8	- 2,3	10,5	73,9	71,7	10,8	2,2	1,4
1975	4,0	2,9	4,4	74,2	71,9	6,2	0,6	1,5
1976	9,7	14,8	7,9	72,9	70,2	6,9	0,3	5,9
1977	6,3	3,3	7,4	73,7	70,5	6,8	2,4	2,7
1978	7,9	11,0	6,8	72,9	69,4	5,3	3,6	2,2
1979	7,6	6,2	8,2	73,3	69,4	5,7	2,0	2,5
1980	5,1	- 4,7	8,7	75,8	71,6	6,6	- 0,6	- 0,6
1981	3,5	- 0,7	4,9	76,8	72,4	4,8	- 1,5	0,2
1982	2,9	2,3	3,1	76,9	72,5	3,9	- 1,9	0,3
1983	5,3	15,8	2,1	74,6	70,4	3,2	- 0,8	3,2
1984	5,4	10,5	3,7	73,4	69,2	3,0	- 0,6	2,7
1985	4,4	6,0	3,9	73,0	68,7	2,9	- 0,1	1,3
1986	6,5	9,9	5,2	72,1	67,8	3,6	4,5	0,9
1987	3,5	1,7	4,2	72,6	68,1	3,1	1,7	0,7
1988	5,5	9,6	4,0	71,5	67,0	3,0	2,0	2,9
1989	6,3	10,7	4,5	70,3	65,8	3,0	- 0,9	2,1
1990	8,9	11,4	7,8	69,6	64,9	4,7	4,9	2,7
1991	7,9	7,9	8,0	69,6	64,8	5,9	- 0,8	2,5
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1	3,8
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,9	0,3
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3	2,5
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0	1,5
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8	1,1
1997	1,7	5,0	0,4	71,9	72,8	0,3	- 3,2	1,6
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1	0,9
1999	1,5	- 1,4	2,7	72,3	73,1	1,4	- 1,7	0,6
2000	2,9	2,6	2,9	72,3	73,1	1,6	4,1	1,4
1975/1970	8,6	4,0	10,5	71,9	70,2	9,6	2,3	2,6
1980/1975	7,3	5,9	7,8	73,7	70,2	6,2	1,5	2,5
1985/1980	4,3	6,6	3,5	74,9	70,6	3,6	- 1,0	1,5
1990/1985	6,1	8,6	5,1	71,2	66,7	3,5	2,4	1,9
1995/1990	.	.	.	73,6	74,0	.	.	.
1996/1991	3,4	3,2	3,5	73,7	74,3	4,2	0,0	1,8
2000/1995	2,1	2,8	1,8	72,1	73,0	1,1	- 0,5	1,1
1980/1970	7,9	5,0	9,1	72,8	70,2	7,9	1,9	2,6
1985/1975	5,8	6,3	5,6	74,3	70,4	4,9	0,3	2,0
1990/1980	5,2	7,6	4,3	73,1	68,7	3,5	0,7	1,7

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis: 1970, für Gesamtdeutschland 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer), im Früheren Bundesgebiet deflationiert mit der Preisrate des Konsums der Privaten Haushalte (1991 = 100) in Deutschland insgesamt deflationiert mit der Preisrate des Konsums der Privaten Haushalte (1995 = 100).

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1. Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldensorten

	Stand 30. September 2001	Zunahme Mio. DM	Abnahme Mio. DM	Stand 31. Oktober 2001 ²
Anleihen ³	831 929	0	0	831 929
Bundesobligationen	241 909	27	0	241 936
Bundesschatzbriefe ⁴	56 371	360	1 449	55 282
Bundesschatzanweisungen	108 011	0	0	108 011
Unverzinsliche Schatzanweisungen	31 369	19 657	12 930	38 096
Finanzierungsschätzungen ⁵	3 442	164	299	3 307
Schuldscheindarlehen ⁶	92 875	429	595	92 709
Medium Term Notes Treuhand	2 252	0	150	2 102
Gesamte umlaufende Schuld⁷	1 368 158	5 214		1 373 373

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand 30. September 2001	Zunahme Mio. DM	Abnahme Mio. DM	Stand 31. Oktober 2001 ²
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	193 106	32 961		226 067
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	529 917		5 256	524 661
langfristig (mehr als 4 Jahre)	645 135		22 491	622 644
Gesamte umlaufende Schuld⁷	1 368 158	5 215		1 373 373

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundesseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

² Vorläufig.

³ Anleihen des Bundes, des Bundesseisenbahnvermögens und der Treuhandanstalt.

⁴ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

⁵ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätzungen.

⁶ Schuldscheindarlehen des Bundes, des Bundesseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, des Kreditabwicklungsfonds, der Treuhandanstalt und des Erblasttilgungsfonds einschließlich der Vertragskredite des Bundesseisenbahnvermögens.

⁷ Einschließlich Eigenbestände.

2. Gewährleistungen

	Soll in Mrd. DM 2001	September 2001	in Mrd. DM September 2000
Ausfuhr	230	201,7	205,3
Internationale Finanzinstitute	65	61,9	61,3
Kapitalanlagen	65	49,7	45,1
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen	151	91,4	95,6

3. Veröffentlichungskalender der finanzwirtschaftlichen Daten nach IWF-Standard SDDS

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2001 Dezember	November 2001	21. Dezember 2001
2002 Januar	Dezember 2001	8. Februar 2002
Februar	Januar 2002	25. Februar 2002
März	Februar 2002	25. März 2002
April	März 2002	25. April 2002
Mai	April 2002	27. Mai 2002
Juni	Mai 2002	24. Juni 2002
Juli	Juni 2002	25. Juli 2002
August	Juli 2002	26. August 2002
September	August 2002	26. September 2002
Oktober	September 2002	25. Oktober 2002
November	Oktober 2002	25. November 2002
Dezember	November 2002	23. Dezember 2002

4. Bundeshaushalt 2000 bis 2005

Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2000 Ist Mrd. DM	2001 Soll Mrd. DM	2001 Soll Mrd. €	2002 Reg.-Entwurf Mrd. €	2003 Mrd. €	2004 Finanzplanung Mrd. €	2005 Mrd. €
1. Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	478,0 - 1,0	477,0 - 0,2	243,9 - 0,2	247,8 1,6	249,4 0,6	251,9 1,0	254,4 1,0
2. Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in % darunter: Steuereinnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	431,3 - 0,1	433,2 0,4	221,5 0,4	225,5 1,8	233,0 3,3	241,3 3,6	249,0 3,2
3. Finanzierungsdefizit	- 46,7	- 43,8	- 22,4	- 22,3	- 16,4	- 10,6	- 5,4
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits							
4. Bruttokreditaufnahme (-)	292,8	335,0	171,3	176,0	195,8	170,8	174,5
5. Tilgungen (+)	246,3	291,3	148,9	154,9	180,3	160,6	169,5
6. Nettokreditaufnahme	- 46,5	- 43,7	- 22,4	- 21,1	- 15,5	- 10,2	- 5,0
7. Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 1,2	- 0,9	- 0,4	- 0,4
8. Finanzierungsdefizit in % der Ausgaben	- 46,7 9,8	- 43,8 9,2	- 22,4 9,2	- 22,3 9,0	- 16,4 6,6	- 10,6 4,2	- 5,4 2,1
Nachrichtlich:							
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	55,1 - 1,6	58,0 5,2	29,7 5,2	28,3 - 4,7	27,6	26,1	26,2
darunter: Bundesanteil am Bundesbankgewinn	7,0	7,0	3,6	3,5	2,5	2,5	2,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Stand: 1. August 2001.

5. Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Soll	2002 Reg.-Entwurf	2003	2004	2005 Finanzplanung
	Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 517	27 002	27 104	26 997	27 084	27 152
Aktivitätsbezüge	20 275	20 647	20 606	20 443	20 453	20 467
Ziviler Bereich	8 196	8 498	8 340	8 184	8 202	8 225
Militärischer Bereich	12 079	12 149	12 267	12 259	12 251	12 243
Versorgung	6 242	6 355	6 498	6 554	6 631	6 684
Ziviler Bereich	2 572	2 527	2 591	2 569	2 551	2 531
Militärischer Bereich	3 670	3 829	3 907	3 985	4 080	4 153
Laufender Sachaufwand	20 822	16 926	16 206	15 686	15 518	15 342
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 641	1 593	1 591	1 584	1 560	1 540
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 335	7 654	7 340	7 385	7 440	7 489
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 846	7 679	7 275	6 717	6 518	6 313
Zinsausgaben	39 149	39 369	39 994	40 386	42 717	43 884
an andere Bereiche	39 149	39 369	39 994	40 386	42 717	43 884
Sonstige	39 149	39 369	39 994	40 386	42 717	43 884
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	39 104	39 324	39 994	40 340	42 672	43 839
an Ausland	3	4	4	4	4	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	126 846	130 949	135 690	138 125	141 403	143 006
an Verwaltungen	16 106	13 492	15 728	15 526	17 541	17 250
Länder	5 650	5 862	5 975	6 163	6 053	5 832
Gemeinden	194	248	220	205	189	27
Sondervermögen	10 259	7 380	9 531	9 157	11 297	11 390
Zweckverbände	2	2	2	1	1	1
an andere Bereiche	110 740	117 457	119 963	122 599	123 862	125 756
Unternehmen	13 275	16 984	16 777	16 738	16 523	16 492
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	21 455	19 554	19 408	19 065	18 575	18 217
an Sozialversicherung	72 590	77 331	80 183	83 268	85 329	87 650
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	746	668	735	727	716	714
an Ausland	2 674	2 919	2 860	2 801	2 719	2 682
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	213 333	214 246	218 995	221 194	226 722	229 384
Ausgaben der Kapitalrechnung*						
Sachinvestitionen	6 732	7 181	6 782	6 582	5 976	6 054
Baumaßnahmen	5 580	5 916	5 586	5 370	4 723	4 758
Erwerb von beweglichen Sachen	779	840	767	732	731	745
Grunderwerb	373	425	430	480	522	552
Vermögensübertragungen	19 506	18 269	17 586	16 911	15 798	15 490
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 579	17 662	17 134	16 515	15 438	15 141
an Verwaltungen	10 011	9 678	9 300	8 635	8 638	8 192
Länder	9 925	9 584	9 198	8 547	8 550	8 105
Gemeinden und Gemeindeverbände	86	94	102	87	87	88
an andere Bereiche	6 568	7 984	7 833	7 880	6 801	6 948
Sonstige – Inland	4 729	6 137	5 983	5 984	4 881	5 009
Ausland	1 839	1 847	1 850	1 897	1 920	1 939
Sonstige Vermögensübertragungen	2 926	608	452	396	359	350
an andere Bereiche	2 926	608	452	396	359	350
Unternehmen – Inland	101	167	0	0	0	0
Sonstige – Inland	2 542	202	202	184	167	167
Ausland	284	239	250	213	192	183
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 835	4 806	4 332	4 528	4 729	4 958
Darlehensgewährung	4 205	4 123	3 742	3 951	4 152	4 380
an Verwaltungen	197	176	159	143	128	123
Länder	195	175	158	143	128	123
Gemeinden	1	1	1	0	0	0
an andere Bereiche	4 008	3 947	3 584	3 807	4 024	4 258
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	2 998	2 894	2 631	2 832	3 024	3 218
Ausland	1 010	1 054	953	975	1 000	1 040
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	630	683	589	577	577	578
Inland	19	39	6	0	0	0
Ausland	611	644	583	577	577	578
	0	0				

noch 5. Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Ist	Soll	Reg.-Entwurf			Finanzplanung
	Mio. €					
Darlehensrückzahlungen an Verwaltungen	0	0	0	0	0	0
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung*	31 072	30 257	28 700	28 021	26 503	26 503
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	- 616	106	185	- 1 325	- 1 487
Ausgaben zusammen	244 405	243 886	247 800	249 400	251 900	254 400
Abschluss der Ausgaben	244 405	243 886	247 800	249 400	251 900	254 400
Summe Ausgaben						
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	213 333	214 246	218 995	221 194	226 722	229 384
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	31 072	30 257	28 700	28 021	26 503	26 503
Globalansätze – soweit nicht aufgeteilt –	0	- 616	106	185	- 1 325	- 1 487
Finanzierungsrechnung						
Haushaltstechnische Verrechnungen	134	0	0	0	0	0
Rechnungsmäßige Abschlusssumme	244 539	243 886	247 800	249 400	251 900	254 400
* Darunter: Investive Ausgaben	28 146	29 649	28 248	27 624	26 144	26 154

6. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 414	43 394	24 819	12 354	0	6 222
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 871	8 347	4 096	1 298	0	2 953
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 435	2 599	431	104	0	2 064
03 Verteidigung	27 473	27 182	16 174	10 173	0	835
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 360	2 145	1 639	489	0	18
05 Rechtsschutz	326	289	215	66	0	8
06 Finanzverwaltung	2 950	2 833	2 265	224	0	344
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	10 777	7 968	447	649	0	6 872
13 Hochschulen	2 153	1 028	7	5	0	1 016
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 101	1 101	0	0	0	1 101
15 Sonstiges Bildungswesen	496	417	9	81	0	328
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 611	5 180	431	558	0	4 191
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	416	242	1	6	0	235
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	102 592	101 200	165	407	0	100 628
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	77 635	77 635	0	0	0	77 635
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. ä.	6 540	6 079	0	0	0	6 079
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 873	4 608	0	261	0	4 347
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	12 371	12 222	41	81	0	12 101
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	99	99	0	0	0	99
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 075	556	125	65	0	366
3 Gesundheit und Sport	999	621	237	195	0	190
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	351	300	138	98	0	63
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	351	300	138	98	0	63
32 Sport	184	81	0	5	0	76
33 Umwelt- und Naturschutz	226	139	63	39	0	37
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	239	101	35	52	0	14
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 052	930	2	3	0	925
41 Wohnungswesen	1 601	889	0	2	0	886
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	55	41	2	0	0	38
44 Städtebauförderung	395	0	0	0	0	0
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 335	715	24	118	0	572
52 Verbesserung der Agrarstruktur	946	387	0	2	0	385
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	185	185	0	55	0	130
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	185	185	0	55	0	130
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	204	143	24	62	0	57
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	10 711	4 079	47	246	0	3 786
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	252	234	0	110	0	124
621 Kernenergie	124	124	0	0	0	124
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	128	110	0	110	0	0
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	3 365	3 331	0	5	0	3 327
64 Handel	83	83	0	51	0	32
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	4 555	176	0	0	0	176
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	6 987	406	47	56	0	303

noch 6. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapitalrechnung*	Sachinvestitionen	Vermögensübertragungen	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	4 020	1 098	1 385	1 537	3 970
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	524	522	2	0	524
02 Auswärtige Angelegenheiten	2 836	44	1 256	1 536	2 829
03 Verteidigung	291	166	126	0	248
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	215	215	0	0	215
05 Rechtsschutz	37	37	0	0	37
06 Finanzverwaltung	117	115	1	1	117
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	2 809	89	2 720	0	2 801
13 Hochschulen	1 125	1	1 124	0	1 125
14 Förderung von Schülern, Studenten	0	0	0	0	0
15 Sonstiges Bildungswesen	78	4	75	0	78
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1 432	83	1 348	0	1 424
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	174	0	173	0	174
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1 392	12	1 376	4	1 022
22 Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. ä.	460	0	460	0	460
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	265	3	260	2	15
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	148	4	142	3	28
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	0	0	0	0
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	519	6	513	0	519
3 Gesundheit und Sport	378	205	173	0	366
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	51	47	4	0	51
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	51	47	4	0	51
32 Sport	103	0	103	0	103
33 Umwelt- und Naturschutz	87	29	58	0	75
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	137	129	9	0	137
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 122	0	939	183	1 122
41 Wohnungswesen	712	0	529	183	712
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	15	0	15	0	15
44 Städtebauförderung	395	0	395	0	395
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	620	4	613	3	620
52 Verbesserung der Agrarstruktur	559	0	559	0	559
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	0	0	0	0	0
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	61	4	54	3	61
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 632	1	4 431	2 201	6 632
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	18	0	18	0	18
621 Kernenergie	0	0	0	0	0
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	18	0	18	0	18
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	34	0	34	0	34
64 Handel	0	0	0	0	0
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	4 379	0	4 379	1	4 379
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	6 580	1	4 379	2 201	6 580

noch 6. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9 940	2 878	1 013	1 229	0	636
72 Straßen	6 880	895	0	765	0	130
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 403	753	445	267	0	41
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	1	0	0	0	1
75 Luftfahrt	153	152	45	8	0	99
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 163	1 071	523	189	0	359
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	17 529	12 865	27	283	0	12 555
81 Wirtschaftsunternehmen	10 929	6 406	27	36	0	6 343
832 Eisenbahnen	4 739	269	0	0	0	269
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 190	6 137	27	36	0	6 074
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6 600	6 459	0	247	0	6 212
873 Sondervermögen	6 211	6 211	0	0	0	6 211
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	389	248	0	247	0	1
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	44 451	44 345	322	723	39 994	3 306
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	3 305	3 305	0	0	0	3 305
92 Schulden	40 071	40 071	0	77	39 994	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	1 074	969	322	645	0	1
Summe aller Hauptfunktionen	247 800	218 995	27 104	16 206	39 994	135 690

noch 6. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapitalrechnung*	Sachinvestitionen	Vermögensübertragungen	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 062	5 245	1 817	1	7 062
72 Straßen	5 985	4 533	1 451	1	5 985
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	651	637	13	0	651
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	0	335	0	335
75 Luftfahrt	0	0	0	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	92	74	18	0	92
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	4 664	128	4 132	404	4 652
81 Wirtschaftsunternehmen	4 523	21	4 098	404	4 523
832 Eisenbahnen	4 470	0	4 072	398	4 470
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	53	21	26	6	53
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	141	107	34	0	129
873 Sondervermögen	0	0	0	0	0
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	141	107	34	0	129
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	0	0	0	0	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0	0	0	0	0
92 Schulden	0	0	0	0	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	0	0	0	0	0
Summe aller Hauptfunktionen	28 700	6 782	17 586	4 332	28 248

7. Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 ²	1998	1999	2000 ³	2001 ³	2002 ³
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	609,5	571,0	580,6	596,9	597,8	601	609
Einnahmen	547,2	522,8	551,8	568,9	564,0	563½	573½
Finanzierungssaldo	- 62,3	- 48,1	- 28,8	- 27,9	- 33,7	- 37½	- 35
darunter:							
Bund							
Ausgaben	232,9	226,0	233,6	246,9	244,4	244	248
Einnahmen	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	221½	225½
Finanzierungssaldo	- 40,1	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22½	- 22½
Länder (West)							
Ausgaben	197,2	186,3	188,3	189,9	193,7	1 96½	199
Einnahmen	180,7	173,9	179,3	184,4	187,9	1 84½	188
Finanzierungssaldo	- 16,5	- 12,4	- 8,9	- 5,5	- 5,8	- 11½	- 11½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	136,0	116,2	115,7	117,9	119,8	121	123
Einnahmen	132,9	114,2	118,3	120,4	121,6	119½	122½
Finanzierungssaldo	- 3,1	- 2,0	2,6	2,6	1,8	- 1½	- ½
Länder (Ost)							
Ausgaben	64,1	61,3	61,1	60,4	60,8	61	60½
Einnahmen	56,4	54,2	55,8	56,4	56,5	56½	57½
Finanzierungssaldo	- 7,7	- 7,1	- 5,3	- 4,0	- 4,4	- 4	- 3
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	34,7	27,7	26,8	26,2	25,3	25½	25½
Einnahmen	33,4	26,9	26,3	26,0	25,5	25	25½
Finanzierungssaldo	- 1,3	- 0,8	- 0,4	- 0,2	0,1	- 0	0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	- 0,9	-	1,7	2,8	0,1	½	1½
Einnahmen	- 2,1	-	5,5	3,1	- 0,9	- 0	2
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0	- 1½
Einnahmen	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	½	2
Länder (West)							
Ausgaben	2,7	-	1,1	0,9	2,0	1½	1½
Einnahmen	1,9	-	3,1	2,8	1,9	- 1½	1½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	- 1,8	-	- 0,4	1,9	1,6	1	1½
Einnahmen	0,6	-	3,6	1,8	0,9	- 2	2½
Länder (Ost)							
Ausgaben	3,4	-	- 0,3	- 1,1	0,7	0	- 1
Einnahmen	5,3	-	3,0	1,1	0,1	½	1
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	- 3,7	-	- 3,2	- 2,2	- 3,3	- 0	1
Einnahmen	- 4,8	-	- 2,1	- 1,3	- 1,9	- 1½	2

noch 7. Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 ²	1998	1999	2000 ³	2001 ³	2002 ³
Anteil in %							
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 3,4	- 2,6	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2	- 1½
darunter:							
Bund	- 2,2	- 1,7	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1	- 1
Länder (West)	- 0,9	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 1½	- 1½
Gemeinden (West)	- 0,2	- 0,1	0,1	0,1	0,1	0	0
Länder (Ost)	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	0	0
Gemeinden (Ost)	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 10,2	- 8,4	- 5,0	- 4,7	- 5,6	- 6	- 6
darunter:							
Bund	- 17,2	- 14,4	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9	- 9
Länder (West)	- 8,4	- 6,7	- 4,8	- 2,9	- 3,0	- 6	- 5½
Gemeinden (West)	- 2,3	- 1,8	2,2	2,2	1,5	- 1½	
Länder (Ost)	- 12,0	- 11,6	- 8,7	- 6,6	- 7,2	- 7	- 5
Gemeinden (Ost)	- 3,9	- 2,8	- 1,7	- 0,8	0,6	- 1	0
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	33,2	30,5	30,0	30,1	29,4	28½	28
darunter:							
Bund	12,7	12,1	12,1	12,5	12,0	11½	11½
Länder (West)	10,8	9,9	9,7	9,6	9,5	9½	9
Gemeinden (West)	7,4	6,2	6,0	5,9	5,9	6	5½
Länder (Ost)	3,5	3,3	3,2	3,0	3,0	3	3
Gemeinden (Ost)	1,9	1,5	1,4	1,3	1,2	1	1

Stand: Finanzplanungsrat Juni 2001; für 2002 aktualisiert um Regierungsentwurf des Bundeshaushalts.

¹ Mit LAF, ERP, EU, FDE, KAF, Entsch. F., ELF, BEV, Steink. F., Vers.-Rücklage.

² Ab 1997 ohne Krankenhäuser.

³ 2000: Ist, Länder = vorläufig Ist; 2001 und 2002 = Schätzung.

Stand: August 2001.

8. Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2001

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1969	1975	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Ist-Ergebnisse	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	82,3 8,6	156,9 12,7	275,4 2,4	289,8 5,2	380,2 0,0	401,8 0,0	427,2 6,3	457,5 7,1	471,2 3,0
Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	83,4 17,9	123,8 0,2	239,4 - 0,7	269,7 12,7	332,1 0,0	348,6 0,0	387,8 11,3	390,5 0,7	420,6 7,7
Finanzierungssaldo darunter :	1,2	- 33,1	- 36,0	- 20,0	- 48,0	- 53,2	- 39,3	- 66,9	- 50,6
Nettokreditaufnahme	- 0,0	- 29,9	- 35,4	- 19,2	- 46,7	- 52,0 ²	- 38,6	- 66,2	- 50,1
Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,8	- 0,6	- 0,8	- 1,3	- 1,2	- 0,7	- 0,8	- 0,5
Rücklagenbewegung	-	- 2,4	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehl- beträge	1,4	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	12,8 12,4	25,4 5,9	40,1 2,1	41,3 3,0	43,2 0,0	48,7 0,0	51,5 5,7	52,7 2,4	52,7 - 0,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	15,6	16,2	14,6	14,3	.	12,1	12,1	11,5	11,2
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in %	24,3	21,5	18,7	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8
Zinsausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	2,2 14,3	5,2 23,1	32,3 4,0	32,1 - 0,6	34,2 0,0	39,6 0,0	43,8 10,6	45,8 4,5	53,1 15,8
Anteil an den Bundesausgaben in %	2,7	5,3	11,7	11,1	.	9,9	10,3	10,0	11,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in %	35,1	35,9	53,5	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,7
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	14,0 10,2	25,5 11,0	33,4 0,4	36,2 8,4	39,2 0,0	61,5 0,0	65,8 7,0	65,1 - 1,1	61,1 - 6,0
Anteil an den Bundesausgaben in %	17,0	16,3	12,1	12,5	.	15,3	15,4	14,2	13,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in %	34,4	35,4	33,8	34,7	.	37,5	34,7	35,3	34,0
Steuereinnahmen¹ Veränderung gegen Vorjahr in %	78,6 18,7	119,2 0,5	220,3 1,5	247,1 12,2	258,8 0,0	317,9 0,0	352,9 11,0	356,0 0,9	379,0 6,4
Anteil an den Bundesausgaben in %	95,5	76,0	80,0	85,3	.	79,1	82,6	77,8	80,4
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	94,3	96,3	92,0	91,6	.	91,2	91,0	91,2	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen in %	54,0	49,2	45,1	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,2
Nettokreditaufnahme Anteil an den Bundesausgaben in %	- 0,0 0,0	- 29,9 19,1	- 35,4 12,9	- 19,2 6,6	- 46,7 . .	- 52,0 12,9	- 38,6 9,0	- 66,2 14,5	- 50,1 10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	0,0	117,2	106,0	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in %	0,0	55,8	63,6	57,3	.	39,6	33,6	47,4	47,2
nachrichtlich: Schuldenstand									
öffentliche Haushalte ³ darunter:	115,8	2 53,1	899,0	924,8	1 048,8	1 165,5	1 331,5	1 499,2	1 645,1
Bund	45,2	107,1	475,2	490,5	542,2	586,0	606,7	685,3	712,5

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd DM.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

Stand: August 2001.

noch 8. Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2001

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2001	2002
	Ist-Ergebnisse								
	Mrd. DM	Soll	Mrd. €						
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	464,7 - 1,4	455,6 - 2,0	441,9 - 3,0	456,9 3,4	482,8 5,7	478,0 - 1,0	477,0 - 0,2	243,9 - 0,2	247,8 1,6
Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	414,1 - 1,5	377,0 - 9,0	378,4 0,4	400,3 5,8	431,5 7,8	439,3 1,8	433,2 - 1,4	221,5 - 1,4	255,5 15,4
Finanzierungssaldo darunter :	- 50,5	- 78,5	- 63,4	- 56,6	- 51,3	- 46,5	- 43,9	- 22,4	- 22,3
Nettokreditaufnahme	- 50,1	- 78,3	- 63,7	- 56,4	- 51,1	- 46,5	- 43,7	- 22,3	- 21,1
Münzeinnahmen	- 0,4	- 0,2	0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 1,2
Rücklagenbewegung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehl- beträge	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	52,9 0,5	52,9 - 0,0	52,5 - 0,7	52,1 - 0,7	52,7 1,2	51,9 - 1,6	52,8 1,8	27,0 1,8	27,1 0,4
Anteil an den Bundesausgaben in %	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,1	11,1	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in %	14,4	14,3	16,2	16,1	16,1	15,8	15,8	15,8	15,7
Zinsausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	49,7 - 6,2	50,9 2,3	53,4 4,9	56,2 5,2	80,4 43,1	76,6 - 4,8	77,0 0,6	39,4 0,6	40,0 1,6
Anteil an den Bundesausgaben in %	10,7	11,2	12,1	12,3	16,7	16,0	16,1	16,1	16,1
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in %	38,7	39,0	40,6	42,1	59,0	58,0	58,3	58,3	57,5
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	66,5 8,8	61,0 - 8,3	56,4 - 7,6	57,1 1,3	56,0 - 2,0	55,0 - 1,7	58,0 5,3	29,6 5,3	28,2 - 4,7
Anteil an den Bundesausgaben in %	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	12,2	12,2	11,4
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in %	37,0	36,1	36,1	35,5	36,1	35,5	37,5	37,5	35,5
Steuereinnahmen¹ Veränderung gegen Vorjahr in %	366,1 - 3,4	338,6 - 7,5	331,1 - 2,2	341,5 3,1	376,3 10,2	388,8 3,3	384,6 - 1,1	196,6 - 1,1	204,2 3,9
Anteil an den Bundesausgaben in %	78,8	74,3	74,9	74,7	78,0	81,3	80,6	80,6	82,4
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	88,4	89,8	87,5	85,3	87,2	88,5	88,8	88,8	79,9
Anteil am gesamten Steueraufkommen in %	44,9	42,3	41,5	41,0	42,5	42,2	43,2	43,2	43,0
Nettokreditaufnahme Anteil an den Bundesausgaben in %	- 50,1 10,8	- 78,3 17,2	- 63,7 14,4	- 56,4 12,4	- 51,1 11,8	- 46,5 10,6	- 43,7 10,1	- 22,3 10,1	- 21,1 8,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	74,5	128,3	113,0	98,8	91,3	84,5	75,4	75,4	74,6
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in %	51,2	70,4	65,1	97,8	82,4	81,0	59,6	59,6	59,3
nachrichtlich: Schuldenstand									
öffentliche Haushalte ³ darunter:	1 976,1	2 093,6	2 188,7	2 256,4	2 313,9	2 352,7	2 362,5	1 207,9	1 242,2
Bund	754,3	833,2	899,1	954,4	1 385,3	1 399,6	1 369,5	700,2	717,6

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd DM.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

Stand: August 2001.

9. Steuer- und Abgabenquoten^{1,2}

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{3,4}		Kassenmäßige Abgrenzung ⁵	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	24,0	36,6	22,8	34,4
1975	24,8	41,0	23,6	38,6
1980	25,9	42,8	24,8	40,4
1981	25,2	42,7	24,1	40,3
1982	24,9	42,8	23,8	40,4
1983	24,9	42,3	23,7	39,9
1984	25,1	42,5	23,7	39,8
1985	25,2	42,8	24,0	40,3
1986	24,6	42,1	23,5	39,8
1987	24,7	42,3	23,5	39,9
1988	24,5	41,9	23,3	39,6
1989	25,2	42,4	24,0	40,1
1990	23,6	40,5	22,7	38,5
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	39,8
1993	22,9	41,1	23,2	40,4
1994	22,9	41,5	23,1	40,7
1995	22,5	41,3	23,1	40,9
1996 ⁶	22,9	42,3	22,3	40,6
1997 ⁶	22,6	42,2	21,8	40,3
1998 ⁶	23,0	42,3	22,0	40,1
1999 ⁶	24,1	43,1	22,9	40,7
2000 ⁶	24,5	43,2	23,0	40,6
2001 ⁷	23	41½	21½	39
2002 ⁷	23½	41½	22	39
2003 ⁷	23½	41	21½	38½
2004 ⁷	23½	41	22	38
2005 ⁷	23	40	21½	37½

¹ Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

² Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

³ Ab 1991 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

⁴ Einschließlich Sondersteuern der Jahre 1970 bis 1974.

⁵ Ohne Konjunkturzuschlag, Stabilitätsabgabe, Investitionssteuer.

⁶ Vorläufige Ergebnisse; Stand: März 2001.

⁷ Schätzung, Stand: Mai 2001.

Stand: August 2001.

10. Entwicklung der öffentlichen Schulden

	1999	2000	2001 ⁶	2002 ⁶	2003 ⁶	2004 ⁶	2005 ⁶
Schulden (Mrd. €)¹							
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 183,1	1 198,2	1 204	1 238	1 268	1 283	1 293
Bund	708,3	715,6	700	718	733	743	748
Länder (West) ³	270,9	278,4	291	303	315	322	328
Länder (Ost) ³	51,8	54,8	58	61	63	64	64
Gemeinden (West) ⁴	68,4	67,3	68	68	68	68	67
Gemeinden (Ost) ⁴	15,6	15,6	16	16	16	16	16
Sonderrechnungen ⁵	56,3	58,3	62	64	65	63	61
Schulden in % der Gesamt-Schulden							
Bund	59,9	59,7	58	58	58	58	58
Länder (West) ³	22,9	23,2	24	24½	25	25	25½
Länder (Ost) ³	4,4	4,6	5	5	5	5	5
Gemeinden (West) ⁴	5,8	5,6	5½	5½	5½	5½	5
Gemeinden (Ost) ⁴	1,3	1,3	1½	1½	1	1	1
Sonderrechnungen ⁵	4,8	4,9	5	5	5	5	4½
Schulden in % des BIP							
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	59,7	58,9	57½	56½	56	54½	52½
Bund	35,7	35,2	33½	33	32½	31½	30½
Länder (West) ³	13,7	13,7	14	14	14	13½	13½
Länder (Ost) ³	2,6	2,7	3	3	3	2½	2½
Gemeinden (West) ⁴	3,4	3,3	3	3	3	3	2½
Gemeinden (Ost) ⁴	0,8	0,8	1	½	½	½	½
Sonderrechnungen ⁵	2,8	2,9	3	3	3	2½	2½
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP	61,1	60,3	rd. 58½	rd. 58	rd. 57	rd. 55½	rd. 53½

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschl. Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Länder (West) einschl. Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.

⁴ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁵ ERP-Sonervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Entschädigungsfonds, Bundesbahnenvermögen (bis 1998), Erblastentilgungsfonds (bis 1998) und Steinkohlefonds (bis 1998); Schulden des Bundesbahnenvermögens, Erblastentilgungsfonds und Steinkohlefonds sind ab 1999 beim Bund nachgewiesen.

⁶ Prognostik auf der Basis Plenum Finanzplanungsrat Juni 2001.

Stand: Juli 2001.

11. Steueraufkommen nach Steuergruppen*

	Steueraufkommen ^{1,2}						Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt		davon		„Indirekte Steuern“		„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“
	Mrd. DM	Mrd. €	Mrd. DM	Mrd. €	Mrd. DM	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990								
1951	26,4	13,5	13,1	6,7	13,3	6,8	49,6	50,4
1955	42,3	21,6	21,7	11,1	20,6	10,5	51,3	48,7
1960	68,4	35,0	36,9	18,9	31,5	16,1	53,9	46,1
1965	105,5	53,9	57,4	29,4	48,1	24,6	54,4	45,6
1970	154,1	78,8	82,7	42,3	71,4	36,5	53,7	46,3
1971	172,4	88,2	93,6	47,9	78,8	40,3	54,3	45,7
1972	197,0	100,7	110,1	56,3	86,9	44,4	55,9	44,1
1973	224,8	114,9	131,2	67,1	93,6	47,9	58,4	41,6
1974	239,6	122,5	144,4	73,8	95,2	48,7	60,3	39,7
1975	242,0	123,7	142,5	72,9	99,5	50,9	58,9	41,1
1976	268,1	137,1	161,0	82,3	107,1	54,8	60,1	39,9
1977	299,4	153,1	185,9	95,1	113,5	58,0	62,1	37,9
1978	319,1	163,2	192,1	98,2	127,0	64,9	60,2	39,8
1979	342,8	175,3	201,4	103,0	141,4	72,3	58,8	41,2
1980	365,0	186,6	213,7	109,3	151,3	77,4	58,5	41,5
1981	370,3	189,3	212,4	108,6	157,9	80,7	57,4	42,6
1982	378,7	193,6	219,2	112,1	159,5	81,6	57,9	42,1
1983	396,6	202,8	225,3	115,2	171,3	87,6	56,8	43,2
1984	414,7	212,0	236,5	120,9	178,2	91,1	57,0	43,0
1985	437,2	223,5	258,5	132,2	178,7	91,4	59,1	40,9
1986	452,4	231,3	268,8	137,4	183,6	93,9	59,4	40,6
1987	468,6	239,6	277,4	141,8	191,2	97,8	59,2	40,8
1988	488,1	249,6	290,5	148,5	197,6	101,0	59,5	40,5
1989	535,5	273,8	318,9	163,1	216,6	110,8	59,6	40,4
1990	550,5	281,5	314,1	160,6	236,4	120,9	57,1	42,9
Bundesrepublik Deutschland								
1991	661,9	338,4	370,3	189,3	291,6	149,1	55,9	44,1
1992	731,7	374,1	410,2	209,7	321,5	164,4	56,1	43,9
1993	749,1	383,0	406,2	207,7	342,9	175,3	54,2	45,8
1994	786,2	402,0	412,1	210,7	374,1	191,3	52,4	47,6
1995	814,3	416,3	438,9	224,4	375,4	191,9	53,9	46,1
1996	800,0	409,0	418,3	213,9	381,7	195,2	52,3	47,7
1997	797,1	407,6	410,3	209,8	386,8	197,8	51,5	48,5
1998	833,0	425,9	434,0	221,9	399,0	204,0	52,1	47,9
1999 ³	886,1	453,1	460,1	235,3	426,0	217,8	51,9	48,1
2000 ³	913,8	467,2	476,8	243,8	437,0	223,4	52,2	47,8
2001 ³	891,1	455,6	436,1	223,0	455,0	232,6	48,9	51,1
2002 ³	929,0	475,0	460,4	235,4	468,6	239,6	49,6	50,4
2003 ³	962,3	492,0	478,0	244,4	484,3	247,6	49,7	50,3
2004 ³	1 009,8	516,3	512,9	262,2	496,9	254,1	50,8	49,2
2005 ³	1 030,8	527,0	522,0	266,9	508,8	260,2	50,6	49,4

* Da die Übersicht die jeweiligen gesamten Steuereinnahmen seit 1951 enthält und aufgliedert, umfassen die Angaben auch Steuern, die im Zeitraum 1951/2005 ausgelaufen oder abgeschafft worden sind. Danach ist zu unterscheiden:

¹ Entfallen sind bis ... folgende Steuerarten:

- „Direkte Steuern“: Notopfer Berlin; für natürliche Personen (30. September 1956), für Körperschaften (31. Dezember 1957); Ergänzungsabgabe: zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974), zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Sonderausgaben (LAF); Kreditgewinnabgabe (31. März 1973), Vermögensabgabe (31. März 1979), Hypothekengewinnabgabe (31. Dezember 1979); Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Stabilitätszuschlag (30. Juni 1974); Solidaritätszuschlag vom 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1994; Vermögensteuer (31. Dezember 1996).
- „Indirekte Steuern“: Essigsäuresteuer (31. Dezember 1980); Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Spielkartensteuer (31. Dezember 1980); Kapitalertragsteuer: Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschaftsteuer (31. Dezember 1991); Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992).

² Ab 1999 geltende Zusammensetzung der Steuereinnahmen:

- „Direkte Steuern“: Einkommen- und Körperschaftsteuer; Solidaritätszuschlag; Grundsteuer A + B; Feuerschutzsteuer; Gewerbesteuer; Schankerlaubnissteuer, Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer.
- „Indirekte Steuern“: Steuern vom Umsatz; Zölle; Tabaksteuer; Kaffeesteuern; Teesteuer; Zuckersteuer; Salzsteuer; Branntweinabgaben; Schaumweinsteuer; Mineralölsteuer; Versicherungsteuer; Kraftfahrzeugsteuer; Rennwett- und Lotteriesteuer; Biersteuer; Grunderwerbsteuer; Stromsteuer; Sonstige Steuern vom Verbrauch und Aufwand.

³ Steuerschätzung vom 15. bis 17. Mai 2001 nach geltendem Steuerrecht einschließlich des Steuersenkungsgesetzes.
Stand: Mai 2001.

12. Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	1999	2000*	2001*	2002
Deutschland	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,3	- 1,4	- 1,0	- 1,7	- 1,2
Belgien	- 8,6	- 9,0	- 5,4	- 4,2	- 0,7	0,0	0,5	0,7
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	3,1	2,5	2,9	2,9
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 1,8	- 0,9	0,0	0,6
Spanien	- 2,5	- 6,1	- 4,1	- 6,9	- 1,2	- 0,4	0,1	0,2
Frankreich	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,6	- 1,3	- 1,1	- 0,8
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,5	2,1	4,5	3,9	3,6
Italien	- 8,6	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 1,8	- 1,5	- 1,3	- 1,0
Luxemburg	- 0,4	6,2	4,7	2,2	4,7	5,3	4,0	3,0
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,0	1,3	0,8	1,4
Österreich	- 1,6	- 2,4	- 2,4	- 5,1	- 2,1	- 1,5	- 0,7	0,0
Portugal	- 8,6	- 10,3	- 5,0	- 4,2	- 2,1	- 1,7	- 1,5	- 1,5
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,7	1,8	6,7	5,3	5,2
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,9	1,8	4,0	3,9	3,4
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,3	2,0	1,0	0,9
Eurozone	- 3,4	- 4,8	- 4,2	- 4,9	- 1,2	- 0,7	- 0,8	- 0,4
EU 15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,1	- 0,6	0,0	- 0,3	0,0
Japan	- 4,4	- 0,8	2,9	- 3,6	- 7,0	- 8,6	- 7,7	- 7,7
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,0	2,0	1,9	1,8

Quelle: EU-KOM: Frühjahrsprognose 2001, April 2001.

* für die Jahre 2000 und 2001 jeweils ohne UMTS-Erlöse.

Stand: August 2001.

13. Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	1999	2000	2001	2002
Deutschland	31,7	41,7	43,5	57,1	61,1	60,3	58,6	57,6
Belgien	76,6	119,3	124,7	129,8	116,4	110,9	104,4	98,7
Dänemark	37,6	70,4	57,7	69,3	52,6	47,3	43,4	39,6
Griechenland	23,6	50,9	89,0	108,7	104,6	103,9	99,9	98,0
Spanien	16,8	41,9	43,2	63,2	63,4	60,6	58,1	55,8
Frankreich	19,3	30,3	34,8	51,9	58,7	58,0	56,9	55,3
Irland	67,6	98,6	92,6	80,8	50,1	39,1	33,3	26,7
Italien	57,9	81,9	97,3	123,2	114,5	110,2	105,7	102,6
Luxemburg	11,8	12,3	4,5	5,6	6,0	5,3	5,1	4,9
Niederlande	45,1	68,7	75,6	75,5	63,2	56,3	52,1	47,8
Österreich	35,8	48,8	56,8	68,0	64,7	62,8	61,5	59,4
Portugal	31,9	60,8	64,2	64,7	55,0	53,8	52,8	52,4
Finnland	11,5	16,2	14,3	56,9	46,9	44,0	41,7	39,5
Schweden	39,6	61,6	42,1	76,6	65,2	55,6	53,4	49,1
Vereinigtes Königreich	54,7	54,1	35,0	52,0	45,7	42,9	38,3	35,4
Eurozone	34,6	51,8	58,0	71,4	72,0	69,7	67,7	65,6
EU 15	37,8	52,9	54,4	69,5	67,5	64,5	61,7	59,3
Japan	51,2	64,2	61,4	87,1	120,3	130,4	139,5	145,2
USA	37,0	49,4	55,3	72,9	63,2	57,3	53,8	50,6

Quelle: EU-KOM: Frühjahrsprognose 2001, April 2001.
Japan und USA für 1995 bis 2002: IWF-Frühjahrsprognose, Mai 2001.
Stand: August 2001.

14. Steuerquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1995	1998	1999 ²
Deutschland ^{3,4}	22,8	24,8	24,0	22,7	23,1	22,0	22,9
Deutschland ³	22,9	21,7	20,9	20,4	23,3	22,0	22,9
Belgien	24,8	30,0	31,4	28,8	30,0	31,4	31,0
Dänemark	38,8	43,2	45,7	45,7	47,8	48,2	48,5
Finnland	29,6	29,2	33,0	35,0	32,5	34,5	34,7
Frankreich	22,3	23,3	24,8	24,0	25,2	28,8	29,4
Griechenland	14,6	16,1	18,5	20,5	21,9	-	-
Irland	27,4	27,0	30,0	28,6	28,3	28,2	27,7
Italien	16,3	18,8	22,5	26,1	28,2	30,1	30,3
Japan	15,3	18,0	19,3	21,9	18,1	17,5	16,7
Kanada	28,2	28,7	28,7	31,8	30,7	32,3	-
Luxemburg	20,9	29,2	33,6	29,8	30,7	30,8	31,2
Niederlande	24,0	26,9	23,6	26,8	24,4	24,7	24,3
Norwegen	29,3	33,7	34,3	30,8	31,8	33,4	31,6
Österreich	26,0	27,3	28,4	27,0	26,5	29,2	29,2
Portugal	15,1	17,3	20,1	21,6	23,9	25,4	25,7
Schweden	33,8	33,6	36,2	39,1	33,7	37,1	38,8
Schweiz	17,2	20,1	20,9	20,9	21,2	22,6	22,6
Spanien	10,6	11,8	16,2	21,3	21,0	22,2	22,8
Vereinigtes Königreich	31,8	29,5	31,0	29,8	29,0	30,7	30,3
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	20,7	22,1	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 1999, Paris 2000.

15. Abgabenquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1995	1998	1999 ²
Deutschland ^{3,4}	34,4	40,4	40,3	38,5	40,9	40,1	40,7
Deutschland ³	32,9	33,1	32,9	32,6	38,2	37,0	37,7
Belgien	35,7	43,1	46,3	43,1	44,8	45,9	45,4
Dänemark	40,4	43,9	47,4	47,1	49,4	49,8	50,6
Finnland	32,5	36,2	40,0	44,7	44,9	46,2	46,5
Frankreich	35,1	40,6	43,8	43,0	44,0	45,2	46,0
Griechenland	20,9	24,0	28,6	29,4	31,7	-	-
Irland	29,9	31,5	35,1	33,6	33,1	32,2	31,9
Italien	26,1	30,3	34,4	38,9	41,2	42,7	43,0
Japan	19,7	25,4	27,6	30,9	28,4	28,4	27,7
Kanada	31,2	32,0	33,1	36,1	35,7	37,4	-
Luxemburg	28,9	40,8	45,3	40,7	41,9	41,5	42,1
Niederlande	37,1	43,4	42,4	42,8	41,9	41,0	40,3
Norwegen	34,9	42,7	43,3	41,8	41,5	43,6	41,8
Österreich	34,9	39,5	41,6	40,2	41,6	44,4	44,3
Portugal	19,8	24,6	27,1	29,6	32,7	34,2	34,5
Schweden	39,8	47,1	48,3	53,7	47,6	52,0	52,1
Schweiz	22,5	28,9	30,6	30,9	33,5	35,1	35,1
Spanien	16,9	22,9	27,6	33,0	32,8	34,2	35,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,3	37,7	36,0	35,2	37,2	36,6
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,6	28,9	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

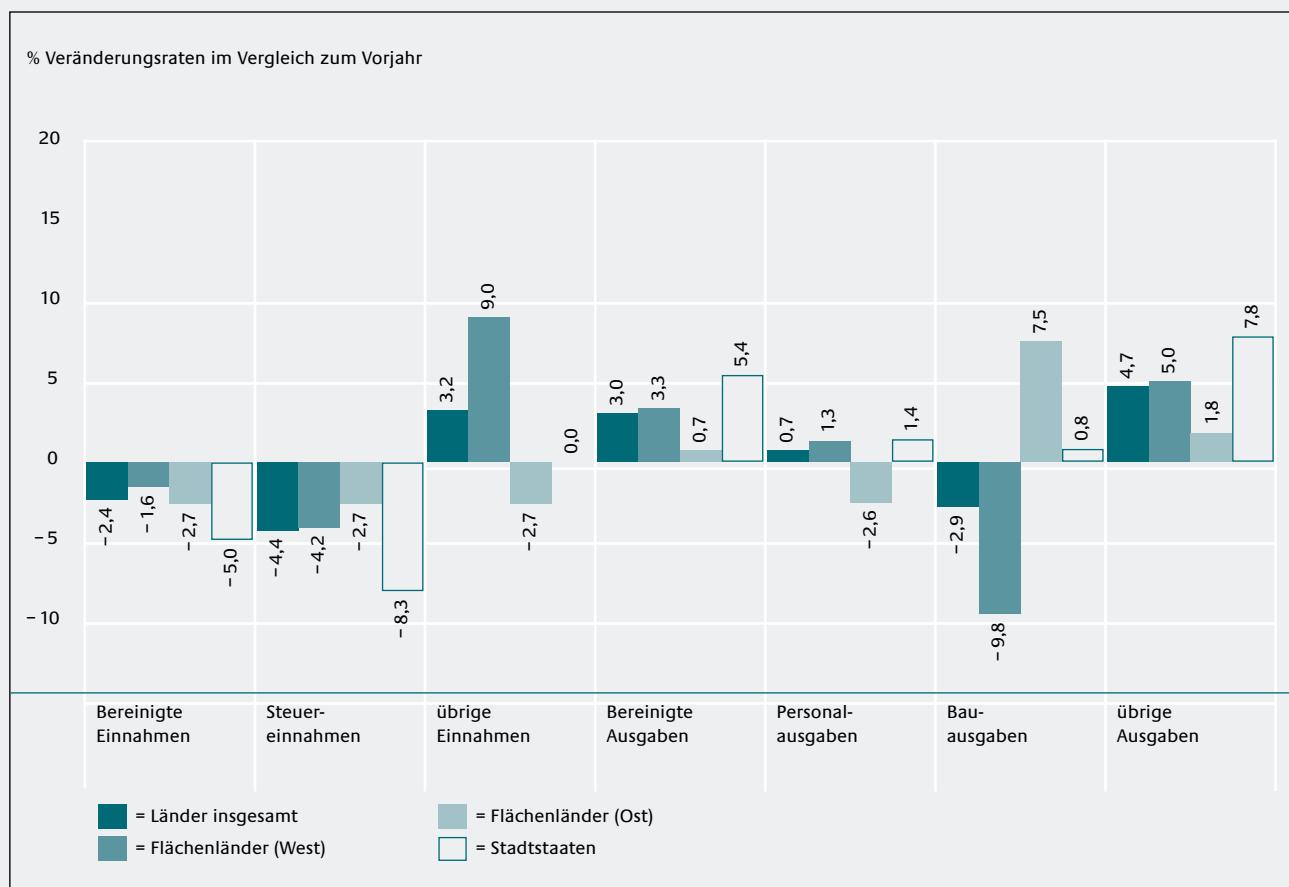
Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 1999, Paris 2000.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1. Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2001

in Mio. DM	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	317 112	229 787	98 436	68 908	60 731	40 586	463 593	330 060
Steuereinnahmen	251 847	180 035	48 880	36 095	33 752	23 753	334 478	239 883
übrige Einnahmen	65 265	49 752	49 557	32 813	26 979	16 834	129 115	90 177
Bereinigte Ausgaben	342 672	244 729	103 722	70 432	69 852	51 428	503 560	357 368
Personalausgaben	136 121	99 236	27 381	19 583	22 728	17 197	186 230	136 015
Bauausgaben	5 806	3 109	3 306	1 990	2 070	1 177	11 182	6 275
übrige Ausgaben	200 745	142 385	73 035	48 859	45 054	33 055	306 148	215 078
Finanzierungssaldo	- 25 541	- 14 943	- 5 286	- 1 524	- 9 073	- 10 842	- 39 900	- 27 308

2. Entwicklung der Länderhaushalte bis September zum Vorjahr



3. Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder

- Mio. DM -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	September 2000			August 2001			September 2001		
		Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	303 666	338 337	617 526	272 348	284 373	534 813	305 154	330 060	610 819
111	darunter: Steuereinnahmen	271 477	250 927	522 403	235 125	208 849	443 975	265 299	239 883	505 182
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	130 349	41 560	171 909	163 556	46 493	210 050	198 671	56 975	255 646
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	357 836	346 932	680 291	325 816	314 605	618 513	359 711	357 368	692 684
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	38 270	135 045	173 315	34 584	121 287	155 871	38 531	136 015	174 546
122	Bauausgaben	6 837	6 464	13 301	5 582	5 533	11 115	6 479	6 275	12 754
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-286	-286	-	174	174	-	701	701
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	136 090	49 698	185 788	210 361	41 044	251 406	245 103	45 472	290 574
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 54 170	- 8 595	- 62 765	- 53 468	- 30 232	- 83 700	- 54 557	- 27 308	- 81 865
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	- 5 549	- 7 146	- 12 696	28 091	3 685	31 775	29 915	10 287	40 202
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	880	880	-	-	-	-	-	0
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	- 2 297	- 2 297	-	- 1 368	- 1 368	-	- 2 248	- 2 248
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	23 289	5 333	28 622	14 225	11 975	26 200	13 750	13 009	26 759
32	Vorschüsse	-	9 111	9 111	-	16 004	16 004	-	18 537	18 537
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14 742	14 742	-	19 277	19 277	-	19 326	19 326
34	Saldo (31+32+33)	23 289	10 963	34 253	14 225	15 247	29 472	13 750	13 798	27 548
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 36 430	- 6 194	- 42 624	- 11 152	- 12 669	- 23 821	- 10 892	- 5 472	- 16 365
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	36 430	5 458	41 888	11 152	11 367	22 519	10 892	5 133	16 025
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	500	500	-	50	50	-	1 840	1 840
56	Zusammen	36 430	5 958	42 388	11 152	11 417	22 569	10 892	6 973	17 865
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	- 236	- 236	0	- 1 252	- 1 252	0	1 500	1 500
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	-	2 790	2 790	-	4 440	4 440	-	4 450	4 450
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	2 295	2 295	-	4 013	4 013	-	3 763	3 763

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

³ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

Stand: September 2001.

4. Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, September 2001

– Mio. DM –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	41 421,4	46 502,2 ⁹	12 949,7	24 991,8	8 880,8	28 988,2	60 161,1	14 880,2	4 602,0
111	darunter: Steuereinnahmen	31 786,6	37 255,7	6 800,5	20 334,0	4 575,5	20 539,6	50 155,7	9 831,6	2 742,0
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	951,7	–	770,6	800,6	–	541,3	274,9
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	3 266,2	1 567,6 ⁷	2 217,5	2 112,3	1 361,7	4 394,8	10 883,0	3 371,9	507,6
12	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	43 525,5	46 096,0 ⁹	13 604,2	27 818,5	9 412,7	30 711,9	65 880,5	16 925,5	4 603,9
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	18 181,7	20 169,6	3 589,7	9 719,1	2 755,6	11 177,5 ³	26 508,8 ³	6 985,4	1 949,6
122	Bauausgaben	625,6	1 045,3	424,6	468,7	266,6	331,1	86,3 ⁴	309,8	80,6
123	Länderfinanzausgleich ¹	3 305,5	2 751,6	–	4 997,6	–	–	622,6	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	2 648,7	1 262,0 ⁸	2 487,9	5 106,8	714,3	3 213,0	10 774,2	3 147,4	750,8
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-2 104,1	406,2 ⁹	-654,5	-2 826,7	-531,9	-1 723,7	-5 719,4	-2 045,3	-1,9
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	1 532,0	507,7	-140,1	-2 499,3	646,8	1 203,6	109,6	645,5	-230,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahrs (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	376,3	-2 626,3	–	1,6	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	2 835,6	-6 090,4	431,7	1 442,4	74,1	686,5	8 842,6	2 539,6	455,5
32	Vorschüsse	3 813,6	2 654,6	-100,1	54,4	0,3	2 035,4	3 626,0	1 144,7	0,7
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	912,0	10 457,6	–	1 036,2	250,5	2 749,4	-59,0	5,6	52,7
34	Saldo (31+32+33)	-66,0	1 712,6	531,8	2 424,2	324,3	1 400,5	5 157,6	1 400,5	507,5
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-261,8	0,2	-262,8	-2 900,3	439,2	880,4	-452,2	0,7	274,8
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	170,0	518,3	–	–	368,1	–	-274,8
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	1 840,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	170,0	2 358,3	–	–	368,1	–	-274,8
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-261,8 ⁵	0,2	-92,8 ⁵	-542,0 ⁵	439,2	880,4	-84,1 ⁵	0,7	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	–	–	2 701,9	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	2 749,4	-67,3	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ ohne Juli-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. DM. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 77,0 Mio DM. ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 30 698,8 Mio. DM, die Ausgaben 30 805,1 Mio. DM und der Finanzierungssaldo -106,3 Mio. DM.

Stand: September 2001.

noch 4. Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, September 2001

– Mio. DM –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thü- ringen	Berlin	Bremen ⁶	Hamburg	Länder ⁶ zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	21 660,5	13 071,2	9 995,9	12 345,5	23 467,2	5 541,2	12 288,1	330 060,4
111	darunter: Steuereinnahmen	11 549,9	6 870,2	7 390,0	6 299,1	11 195,5	2 509,0	10 048,2	239 883,1
112	Länderfinanzausgleich ¹	1 733,5	1 084,9	139,2	994,7	3 741,0	654,2	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	739,8	4 451,5	2 715,0	2 682,2	13 409,3	1 351,9	1 942,5	56 974,8
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	20 257,0	13 926,4	10 923,6	13 231,3	31 620,4	6 007,9	14 509,6	357 368,3
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	5 870,5	3 904,6	4 544,1	3 462,1	10 494,6	1 855,2	4 846,9	136 015,0
122	Bauausgaben	613,8	295,9	161,4	389,0	255,5	297,5	623,5	6 275,2
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	710,1	700,8
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	942,8	2 846,4	2 183,8	1 375,5	4 629,7	1 059,1	2 329,3	45 471,7
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 403,5	- 855,3	- 927,7	- 885,8	- 8 153,2	- 466,8	- 2 221,5	- 27 308,1
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	– 200,8	1 728,9	579,0	1 306,7	5 023,0	460,0	– 385,1	10 286,7
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	– 2 248,4
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	1 144,7	359,1	691,2	- 118,1	- 800,8	448,9	66,0	13 008,6
32	Vorschüsse	3 030,4	1 344,6	0,2	453,7	–	160,8	317,6	18 536,9
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	563,5	98,4	489,1	425,3	146,0	434,6	1 763,9	19 325,8
34	Saldo (31+32+33)	- 1 322,2	- 887,1	1 180,1	- 146,5	- 654,8	722,7	1 512,3	13 797,5
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 119,5	– 13,5	831,4	274,4	- 3 785,0	715,9	- 1 094,3	- 5 472,4
5	Schwedende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	–	3 835,8	- 738,1	1 253,2	5 132,5
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	1 840,0
56	Zusammen	–	–	–	–	3 835,8	- 738,1	1 253,2	6 972,5
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 119,5 ⁵	- 13,5 ⁵	831,4	274,4	50,8	- 22,2 ⁵	158,9	1 500,1
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	143,3	–	–	1 605,0	4 450,2
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	2,3	146,0	- 149,4	1 082,1	3 763,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ ohne Juli-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. DM. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 77,0 Mio DM. ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 30 698,8 Mio. DM, die Ausgaben 30 805,1 Mio. DM und der Finanzierungssaldo – 106,3 Mio. DM.

Stand: September 2001.

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

*1. Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Ursprungszahlen), Deutschland

	1998 1)	1999 1)	2000 1)	2000 1)		2001 1)				
				3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj			
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %										
Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen										
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 2,0	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,6			
Erwerbstätige	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,1			
Produktivität (BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen)	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5			
Verdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer)	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,0			
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 2)	10,3	9,9	9,8	8,1	8,6	13,7	9,5			
Nachrichtlich: Erwerbslosenquote (ILO-Abgrenzung) 3)	8,9	8,2	7,5	7,2	7,1	7,9	7,3			
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) 4)	11,1	10,5	9,6	9,2	9,0	9,9	9,3			
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts										
in Preisen von 1995										
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,6	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,1			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 2,4	+ 3,4	- 0,2	- 0,7	- 0,2	+ 0,0	+ 0,3			
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	+ 1,6	- 1,3	+ 5,4	+ 5,2	+ 3,8	+ 3,5	+ 0,4			
Baugewerbe	- 1,9	- 0,2	- 2,7	- 5,4	- 6,0	- 9,8	- 7,6			
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 2,4	+ 6,1	+ 4,6	+ 4,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 2,6			
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 4,9	+ 3,9	+ 4,6	+ 4,3	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,0			
Öffentliche und private Dienstleister	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts										
in Preisen von 1995										
Konsum	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,2			
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 1,7	+ 3,0	+ 1,4	+ 1,5	- 0,2	+ 1,1	+ 1,2			
Konsumausgaben der privaten Organisationen o.E.	+ 4,0	+ 6,4	+ 1,6	+ 1,0	- 0,3	+ 1,8	+ 1,3			
Konsumausgaben des Staates	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,2			
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,0	+ 4,2	+ 2,3	+ 0,8	- 0,1	- 1,9	- 2,7			
Ausrüstungen	+ 9,2	+ 7,2	+ 8,7	+ 9,7	+ 6,9	+ 4,7	+ 0,5			
Bauten	- 1,0	+ 1,5	- 2,5	- 4,9	- 6,0	- 7,4	- 5,7			
Sonstige Anlagen	+ 10,8	+ 13,5	+ 8,9	+ 7,0	+ 7,2	+ 4,8	+ 6,9			
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)										
	+ 0,5	- 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,1	- 0,7			
Inlandsnachfrage	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,6	- 0,4			
Exporte	+ 6,8	+ 5,6	+ 13,2	+ 12,2	+ 12,2	+ 8,4	+ 7,3			
Gesamtnachfrage	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,6	+ 4,0	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,5			
Importe	+ 8,9	+ 8,5	+ 10,0	+ 9,0	+ 11,7	+ 6,3	+ 4,7			
nachrichtl.: Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	- 0,4	- 0,7	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,0			
Preisentwicklung										
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2			
Inlandsnachfrage	+ 0,6	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,7			
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,2	- 0,4	+ 0,9	+ 1,4			
Verteilung des Bruttonationaleinkommens										
Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,7			
Volkseinkommen	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,6			
Arbeitnehmerentgelt	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,1			
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+ 4,1	- 1,4	+ 2,6	- 0,1	- 0,5	+ 0,4	+ 0,5			
Nachrichtlich: Verfügbares Einkommen	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,1	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,3			
dar. private Haushalte	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,9	+ 1,1	+ 3,5	+ 3,9			

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. – Rechenstand: Mai 2001.

²⁾ Einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

³⁾ Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Berechnung in dieser Abgrenzung ist durch EU-Verordnung vorgeschrieben.

⁴⁾ Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit. Vierteljahrszahlen errechnet aus den monatlichen Arbeitslosenquoten der Bundesanstalt für Arbeit in % aller Erwerbspersonen.

⁵⁾ Absolute Veränderung in % des BIP der Vorjahresperiode.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*2. Arbeitsmarkt

*2.1 Früheres Bundesgebiet

	2001														
	Juli	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
	1 000														
Arbeitsmarkt 1)															
Arbeitslose insgesamt	2 445,2	2 446,5	2 421,8	2 412,7p	-	0,9	+	0,1	+	1,7	+	3,0p			
Männer	1 337,4	1 333,7	1 323,6	1 321,9p	-	0,1	+	1,1	+	2,9	+	4,4p			
Frauen	1 107,7	1 112,8	1 098,2	1 090,8p	-	1,8	-	1,1	+	0,1	+	1,3p			
Arbeitslosenquote															
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	8,1	8,1	8,0	8,0p	-	-	-	-	-	-	-	-			
Männer	8,3	8,3	8,2	8,2p	-	-	-	-	-	-	-	-			
Frauen	7,9	7,9	7,8	7,7p	-	-	-	-	-	-	-	-			
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	7,3	7,3	7,2	7,2p	-	-	-	-	-	-	-	-			
Kurzarbeiter insgesamt	80,3	69,6	89,6	113,8p	+	80,2	+	66,7	+	91,2	+	136,0p			
Arbeitsvermittlungen insgesamt 2).	278,6	236,5	236,8	226,3p		X		X		X		X			
Offene Stellen insgesamt	452,8	439,7	417,2	379,9p	-	7,3	-	8,1	-	9,5	-	12,2p			
Beschäftigte															
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)	5 784p	5 801p	±	0,0p	-	0,1p			
Vorleistungsgüterproduzenten	2 582p	2 586p	+	0,0p	-	0,2p			
Investitionsgüterproduzenten ..	2 018p	2 027p	+	1,5p	+	1,4p			
Gebrauchsgüterproduzenten ..	260p	260p	-	2,6p	-	2,3p			
Verbrauchsgüterproduzenten ..	924p	929p	-	2,7p	-	2,6p			
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1000 7)	692,2	-	8,4			
Geleistete Arbeitsstunden 5)															
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)6)	451 674p	441 212p	+	0,1p	-	1,8p			
Vorleistungsgüterproduzenten	218 766p	213 955p	+	0,3p	-	2,7p			
Investitionsgüterproduzenten ..	149 823p	144 773p	+	1,2p	+	0,6p			
Gebrauchsgüterproduzenten ..	19 742p	18 818p	-	2,6p	-	4,3p			
Verbrauchsgüterproduzenten ..	63 343p	63 666p	-	2,0p	-	3,4p			
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 7) ..	74,5	-	6,6			
darunter:															
Wohnungsbau Mill. Std. 7)	30,3	-	13,3			
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 7)	22,2	-	3,0			
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 7)	21,9	-	0,3			

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Ab Januar 2001 einschließlich Vermittlung durch „Stellen-Informations-Service“ (SIS) und „Arbeitgeber-Informations-Service“ (AIS); daher mit Vorjahreswerten nur eingeschränkt vergleichbar.

³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

⁴⁾ Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁵⁾ 1 000 Std.

⁶⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁷⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*2. Arbeitsmarkt

*2.2 Neue Länder und Berlin-Ost

	2001									
	Juli	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober		
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Arbeitsmarkt 1)										
Arbeitslose insgesamt	1 353,5	1 342,3	1 321,2	1 312,8p	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,5	+ 3,5p		
Männer	6 59,3	650,9	637,7	635,1p	+ 4,2	+ 3,3	+ 4,0	+ 6,6p		
Frauen	6 94,2	691,4	683,4	677,6p	- 1,5	- 2,2	- 0,8	+ 0,8p		
Arbeitslosenquote										
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	18,6	18,5	18,2	18,1p	-	-	-	-		
Männer	17,7	17,4	17,1	17,0p	-	-	-	-		
Frauen	19,7	19,6	19,4	19,2p	-	-	-	-		
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	17,3	17,1	16,9	16,8p	-	-	-	-		
Kurzarbeiter insgesamt	22,8	22,6	24,2	26,2p	+ 4,6	+ 10,9	+ 28,6	+ 48,6p		
Arbeitsvermittlungen insgesamt 2).	85,0	71,7	77,0	72,6p	X	X	X	X		
Offene Stellen insgesamt	68,8	68,0	67,9	62,9p	+ 6,1	+ 4,4	+ 6,1	+ 6,8p		
Beschäftigte										
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)	629p	633p	+ 2,6p	+ 2,2p		
Vorleistungsgüterproduzenten	283p	284p	+ 3,3p	+ 2,7p		
Investitionsgüterproduzenten ..	191p	193p	+ 2,6p	+ 2,4p		
Gebrauchsgüterproduzenten ..	26p	26p	+ 7,3p	+ 6,8p		
Verbrauchsgüterproduzenten ..	129p	130p	+ 0,1p	+ 0,2p		
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1 000 7)	256,7	- 17,1				
Geleistete Arbeiterstunden 5)										
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)6)	59 014p	63 304p	+ 1,4p	+ 5,3p		
Vorleistungsgüterproduzenten	27 873p	29 820p	+ 1,4p	+ 5,2p		
Investitionsgüterproduzenten ..	17 609p	18 734p	+ 1,6p	+ 6,8p		
Gebrauchsgüterproduzenten ..	2 221p	2 598p	+ 2,6p	+ 15,5p		
Verbrauchsgüterproduzenten ..	11 311p	12 152p	+ 6,9p	+ 1,4p		
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 7) ..	28,6	- 17,5		
darunter:										
Wohnungsbau Mill. Std. 6)	10,1	- 28,0		
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 7)	9,1	- 11,7		
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 7)	9,4	- 9,1		

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Ab Januar 2001 einschließlich Vermittlung durch „Stellen-Informations-Service“ (SIS) und „Arbeitgeber-Informations-Service“ (AIS); daher mit Vorjahreswerten nur eingeschränkt vergleichbar.

³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

⁴⁾ Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁵⁾ 1 000 Std.

⁶⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁷⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

*3.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	August p)	September p)	2. Vj.	3. Vj. p)	August p)	September p)	Januar - September p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	104,6	118,9	+ 0,1	- 2,4	- 1,1	- 2,7	+ 0,4
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	110,1	126,0	+ 1,4	- 1,4	0,0	- 2,2	+ 2,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	109,8	120,3	+ 0,5	- 2,7	- 2,2	- 2,8	+ 0,7
Investitionsgüterproduzenten.....	116,3	143,4	+ 3,5	- 0,6	+ 1,0	- 1,5	+ 4,6
Gebrauchsgüterproduzenten.....	92,9	118,2	+ 2,6	+ 1,1	+ 7,8	- 1,1	+ 3,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	103,3	108,1	- 1,0	- 1,0	+ 0,8	- 2,8	0,0
Energie.....	88,1	93,0	+ 0,1	- 2,9	- 1,9	- 0,7	- 3,3
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	79,2	89,1	- 12,3	- 9,4	- 10,4	- 8,2	- 11,8
Hochbauleistungen.....	74,7	83,6	- 15,2	- 12,6	- 13,7	- 11,3	- 14,4
Tiefbauleistungen.....	87,9	99,6	- 6,9	- 3,6	- 4,2	- 2,6	- 6,9
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	71,0	74,4	- 6,4	- 10,7	- 9,0	- 7,2	- 8,4
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	60,7	62,1	- 8,7	- 14,4	- 12,9	- 9,5	- 10,7
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	59,5	61,5	- 9,5	- 15,7	- 15,0	- 9,8	- 11,5
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	75,5	69,9	- 0,5	+ 1,6	+ 15,3	- 4,4	- 1,7
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	101,4	109,7	- 1,8	- 3,5	- 1,1	- 3,9	- 3,2
Verarbeitendes Gewerbe.....	110,1	126,0	+ 1,4	- 1,4	0,0	- 2,2	+ 2,1
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	108,0	108,7	- 1,9	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,3
Ernährungsgewerbe.....	107,7	108,1	- 1,8	+ 0,3	+ 1,2	- 0,1	- 0,4
Tabakverarbeitung.....	114,4	121,1	- 2,8	- 2,5	- 7,4	+ 3,5	+ 2,3
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	72,6	81,7	- 2,7	- 4,4	- 1,4	- 7,6	- 1,2
Textilgewerbe.....	73,4	92,7	- 1,5	- 3,6	- 1,9	- 3,5	- 0,3
Bekleidungsgewerbe.....	71,3	64,1	- 5,8	- 6,2	- 0,6	- 15,9	- 3,3
Ledergewerbe.....	71,0	86,8	- 4,3	- 9,4	- 5,6	- 3,8	- 4,3
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	87,6	105,1	- 7,2	- 9,2	- 8,4	- 8,8	- 7,4
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	107,5	116,6	- 1,9	- 3,9	- 1,5	- 5,7	- 1,2
Papiergewerbe.....	103,3	108,3	- 2,6	- 3,7	- 3,8	- 2,7	- 1,4
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	112,5	115,4	- 7,8	- 8,7	- 9,6	- 7,2	- 5,5
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	97,4	103,8	+ 1,9	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,0
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	109,4	120,2	- 1,5	- 4,1	- 0,5	- 6,8	- 1,2
Verlagsgewerbe.....	110,7	124,2	- 2,0	- 6,3	- 2,7	- 9,1	- 2,1
Druckgewerbe.....	108,6	116,6	- 1,4	- 2,4	+ 0,9	- 5,4	- 0,6
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	101,4	89,2	+ 0,9	- 6,0	- 5,7	- 9,1	- 2,1
Chemische Industrie.....	112,6	114,3	- 2,0	- 2,7	- 3,3	- 3,1	- 1,3
Chemische Grundstoffe.....	120,8	118,8	- 3,6	- 3,5	- 3,2	- 2,8	- 3,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	109,3	110,6	+ 8,9	+ 3,8	+ 4,6	- 2,8	+ 7,4
Chemiefasern.....	76,9	88,6	- 8,0	- 16,5	- 23,7	- 14,2	- 10,3
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	110,5	123,5	+ 0,2	- 1,3	0,0	- 0,6	+ 0,9
Gummifiguren.....	120,1	137,3	- 0,4	+ 1,9	+ 4,4	+ 4,3	+ 1,1
Kunststoffwaren.....	107,1	118,7	+ 0,3	- 2,5	- 1,7	- 2,4	+ 0,8

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch: *3.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	August p)	September p)	2. Vj.	3. Vj. p)	August p)	September p)	Januar - September p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	93,6	101,4	- 5,9	- 7,0	- 5,6	- 6,0	- 5,4
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	107,1	117,7	- 0,3	- 4,7	- 5,5	- 3,4	+ 0,4
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	89,4	95,7	- 10,9	- 9,6	- 7,3	- 8,6	- 9,8
Metallerzeugung u. -bearbeitung.							
Metallerzeugnisse.....	108,7	120,4	+ 3,0	- 2,1	- 2,1	- 2,4	+ 2,7
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	102,2	112,9	+ 0,5	- 4,2	- 5,4	- 1,9	+ 0,8
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS).....	105,1	107,9	- 3,3	- 9,0	- 9,2	- 6,6	- 2,3
Gießereiindustrie.....	106,1	134,0	+ 3,6	+ 0,3	- 4,2	+ 5,3	+ 4,0
Metallerzeugnisse.....	112,1	124,3	+ 4,3	- 1,2	- 0,4	- 2,7	+ 3,7
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	95,1	105,6	- 1,8	- 5,4	- 7,3	- 7,9	- 2,1
Maschinenbau.....	101,8	131,4	+ 3,5	+ 0,3	+ 1,2	- 2,0	+ 3,9
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	103,2	118,4	+ 6,0	+ 0,9	- 0,1	+ 0,2	+ 4,1
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	68,4	93,0	- 4,1	+ 2,1	+ 1,0	+ 2,2	- 0,9
Werkzeugmaschinen.....	108,2	149,9	+ 10,6	- 0,5	+ 0,7	- 3,2	+ 8,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	130,7	149,2	+ 6,2	- 1,8	+ 1,0	- 6,3	+ 6,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	196,3	208,2	- 2,4	- 14,6	- 14,8	- 17,5	- 2,4
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	117,0	134,7	+ 5,8	+ 1,9	+ 3,9	- 1,0	+ 5,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	159,0	170,3	+ 12,2	- 3,9	+ 6,6	- 16,1	+ 11,9
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	124,2	146,5	+ 7,1	- 0,4	0,0	- 2,3	+ 6,4
Fahrzeugbau.....	122,3	155,3	+ 3,7	+ 2,2	+ 5,5	+ 5,6	+ 5,9
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	125,9	161,5	+ 3,7	+ 1,7	+ 5,2	+ 5,1	+ 6,0
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	118,3	156,8	+ 5,3	+ 1,6	+ 4,5	+ 5,8	+ 8,1
Sonstiger Fahrzeugbau.....	96,3	109,8	+ 3,3	+ 8,4	+ 9,6	+ 11,4	+ 5,0
Schiffbau.....	80,8	96,2	+ 5,7	+ 9,3	+ 12,4	+ 12,4	+ 6,0
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	119,0	134,9	+ 7,1	+ 11,5	+ 11,4	+ 15,3	+ 8,4
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	85,4	108,8	- 1,2	- 2,5	- 0,6	- 3,8	- 0,9
Möbel.....	78,8	102,4	- 2,5	- 2,6	- 1,7	- 4,3	- 1,8
Recycling.....	221,8	229,9	+ 7,1	- 4,0	- 5,1	- 3,5	+ 7,2
Energieversorgung.....	94,3	100,9	+ 1,5	- 0,5	+ 0,5	+ 1,3	- 2,1

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

*3.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2001						
	August p)	September p)	2. Vj.	3. Vj. p)	August p)	September p)	Januar - September p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	103,0	118,0	+ 0,1	- 2,4	- 1,4	- 2,8	+ 0,5
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	107,2	123,5	+ 1,2	- 1,9	- 0,6	- 2,6	+ 1,8
Vorleistungsgüterproduzenten.....	106,5	117,0	+ 0,2	- 3,1	- 2,8	- 3,1	+ 0,4
Investitionsgüterproduzenten.....	114,5	142,2	+ 3,5	- 0,9	+ 0,7	- 1,8	+ 4,4
Gebrauchsgüterproduzenten.....	89,2	114,5	+ 1,7	+ 0,9	+ 7,2	- 1,4	+ 2,4
Verbrauchsgüterproduzenten.....	99,4	104,7	- 1,6	- 1,7	- 0,1	- 3,5	- 0,6
Energie.....	87,7	92,8	- 0,4	- 3,2	- 2,2	- 1,0	- 3,7
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch-u. Tiefbau.....	81,2	93,5	- 10,9	- 7,7	- 9,2	- 6,4	- 10,3
Hochbauleistungen.....	77,7	88,9	- 13,4	- 10,4	- 12,0	- 9,2	- 12,6
Tiefbauleistungen.....	87,9	102,3	- 6,1	- 2,6	- 3,9	- 1,3	- 5,9
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	69,2	73,5	- 8,4	- 12,0	- 11,1	- 8,9	- 10,3
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	57,2	59,5	- 11,8	- 16,9	- 15,4	- 11,9	- 13,8
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	55,5	58,4	- 12,9	- 18,5	- 18,1	- 12,7	- 15,1
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	76,0	72,9	- 1,9	+ 1,7	+ 15,0	- 1,9	- 2,0
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	107,5	118,0	- 1,1	- 2,6	- 2,5	- 3,9	- 2,5
Verarbeitendes Gewerbe.....	107,4	123,1	+ 1,1	- 1,7	- 0,6	- 3,1	+ 1,6
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	103,4	104,7	- 2,4	- 0,8	- 0,4	- 0,9	- 1,0
Ernährungsgewerbe.....	102,9	104,0	- 2,4	- 0,7	+ 0,1	- 1,0	- 1,2
Tabakverarbeitung.....	113,5	118,8	- 3,4	- 2,9	- 8,3	+ 2,2	+ 1,7
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	68,9	77,3	- 3,7	- 5,1	- 2,7	- 9,3	- 2,2
Textilgewerbe.....	67,5	86,6	- 2,7	- 4,2	- 4,0	- 4,8	- 1,5
Bekleidungsgewerbe.....	71,0	63,2	- 6,3	- 6,8	- 0,8	- 17,3	- 3,6
Ledergewerbe.....	70,3	86,0	- 5,3	- 9,6	- 6,0	- 3,3	- 4,9
Holzgewerbe (oh. h. v. Möbeln).....	79,5	96,8	- 8,1	- 9,2	- 8,5	- 9,4	- 7,9
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	105,2	114,6	- 2,1	- 4,2	- 1,6	- 6,2	- 1,7
Papiergewerbe.....	101,4	106,9	- 3,2	- 3,9	- 4,1	- 3,1	- 1,9
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	110,4	118,8	- 8,6	- 9,0	- 10,1	- 6,0	- 6,2
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	95,8	99,5	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,8	- 0,9	+ 1,6
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	106,9	118,0	- 1,6	- 4,3	- 0,6	- 7,5	- 1,7
Verlagsgewerbe.....	110,1	126,2	- 2,4	- 6,4	- 2,6	- 9,3	- 3,0
Druckgewerbe.....	105,0	111,9	- 1,1	- 2,8	+ 0,7	- 6,4	- 0,7
Kokerei, Mineralölverarbeit., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	99,2	87,1	+ 1,3	- 7,2	- 6,6	- 10,1	- 1,6
Chemische Industrie.....	109,1	109,7	- 2,8	- 3,4	- 4,5	- 3,8	- 2,1
Chemische Grundstoffe.....	118,0	113,1	- 4,4	- 4,2	- 4,5	- 3,2	- 3,6
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	102,6	106,4	+ 7,3	+ 1,7	+ 1,9	- 5,2	+ 5,4
Chermiefasern.....	76,6	89,1	- 7,1	- 15,3	- 23,1	- 12,6	- 9,6
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	107,5	120,2	- 0,3	- 1,4	- 0,5	- 1,3	+ 0,3
Gummiwaren.....	118,6	134,2	- 1,1	+ 1,4	+ 3,7	+ 2,7	+ 0,3
Kunststoffwaren.....	103,6	115,3	0,0	- 2,5	- 2,1	- 2,9	+ 0,4

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

1) Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

2) Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch *3.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2001						
	August p)	September p)	2. Vj.	3. Vj. p)	August p)	September p)	Januar - September p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	90,7	96,7	- 6,0	- 7,3	- 6,6	- 7,8	- 5,9
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	101,0	103,8	0,0	- 5,5	- 7,3	- 7,2	+ 0,5
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	88,3	94,7	- 11,2	- 9,5	- 7,2	- 9,9	- 10,3
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	106,0	114,5	+ 2,2	- 2,8	- 2,9	- 4,3	+ 2,0
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	102,9	105,8	- 0,1	- 4,5	- 5,9	- 4,9	+ 0,5
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u.							
Ferrolegierungen (EGKS).....	104,7	102,1	- 4,2	- 9,3	- 9,3	- 8,3	- 2,6
Gießereiindustrie.....	105,0	120,2	+ 3,0	- 0,8	- 6,2	- 0,1	+ 2,7
Metallerzeugnisse.....	107,7	119,3	+ 3,4	- 1,9	- 1,3	- 3,9	+ 2,8
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	88,3	98,8	- 2,9	- 6,0	- 9,9	- 7,1	- 3,4
Maschinenbau.....	100,6	130,6	+ 3,3	+ 0,3	+ 0,8	- 2,5	+ 3,4
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	101,7	115,6	+ 5,4	+ 0,5	- 1,0	- 1,4	+ 3,2
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	68,2	92,1	- 5,2	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	- 2,0
Werkzeugmaschinen.....	106,0	149,8	+ 10,3	- 0,8	0,0	- 3,7	+ 8,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	127,6	144,5	+ 5,7	- 2,1	+ 1,4	- 7,4	+ 5,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	189,9	202,4	0,0	- 13,4	- 9,5	- 18,1	- 0,6
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	115,9	132,7	+ 5,2	+ 1,5	+ 3,4	- 2,3	+ 5,3
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	150,7	164,6	+ 11,2	- 4,4	+ 7,0	- 16,7	+ 11,4
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	118,6	139,6	+ 6,1	- 1,2	- 1,1	- 4,0	+ 5,0
Fahrzeugbau.....	120,6	154,5	+ 3,3	+ 1,9	+ 4,8	+ 4,9	+ 5,4
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	123,2	159,5	+ 3,2	+ 1,4	+ 4,2	+ 4,4	+ 5,4
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	117,7	155,4	+ 4,9	+ 1,4	+ 3,3	+ 4,6	+ 7,2
Sonstiger Fahrzeugbau.....	98,7	113,4	+ 3,3	+ 9,1	+ 10,5	+ 11,8	+ 5,3
Schiffbau.....	83,6	98,7	+ 5,3	+ 10,9	+ 15,2	+ 12,4	+ 6,5
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	115,9	133,3	+ 6,8	+ 11,3	+ 11,3	+ 15,3	+ 8,2
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	82,2	105,8	- 2,0	- 2,8	- 1,9	- 4,4	- 1,6
Möbel.....	76,2	99,3	- 3,3	- 3,1	- 3,5	- 5,4	- 2,6
Recycling.....	227,0	235,5	+ 8,1	- 5,9	- 7,1	- 3,8	+ 7,7
Energieversorgung.....	94,7	100,1	+ 2,1	- 0,8	+ 0,5	+ 0,4	- 1,6

p = Vorläufiges Ergebnis.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

*3.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	August p)	September p)	2. Vj.	3. Vj. p)	August p)	September p)	Januar - September p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	123,1	128,8	- 0,5	- 1,1	+ 1,8	- 1,6	+ 0,4
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	159,0	167,8	+ 4,4	+ 3,6	+ 7,4	+ 2,3	+ 5,9
Vorleistungsgüterproduzenten.....	162,6	172,5	+ 4,5	+ 1,8	+ 5,4	+ 0,2	+ 4,8
Investitionsgüterproduzenten.....	155,8	169,9	+ 4,1	+ 4,5	+ 8,0	+ 4,2	+ 7,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	172,3	198,8	+ 14,0	+ 3,8	+ 13,9	+ 2,9	+ 13,5
Verbrauchsgüterproduzenten.....	154,0	152,4	+ 2,8	+ 6,0	+ 9,4	+ 4,1	+ 5,2
Energie.....	91,1	94,8	+ 3,4	- 0,4	+ 0,8	+ 1,0	- 0,2
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch-u. Tiefbau.....	72,2	73,4	- 18,2	- 16,2	- 15,0	- 15,5	- 17,9
Hochbauleistungen.....	63,6	64,2	- 23,5	- 21,7	- 20,9	- 20,6	- 22,5
Tiefbauleistungen.....	87,8	90,2	- 9,8	- 7,6	- 5,6	- 7,9	- 10,5
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	81,2	81,9	+ 3,5	- 2,5	+ 2,8	+ 1,0	+ 2,1
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	82,5	80,7	+ 8,5	- 0,1	+ 0,5	+ 3,5	+ 6,6
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	83,5	82,1	+ 8,1	0,0	+ 0,1	+ 4,5	+ 6,5
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	59,6	48,1	+ 21,2	- 2,8	+ 15,1	- 25,9	+ 6,6
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	78,6	84,1	- 5,7	- 6,5	+ 7,4	- 3,1	- 6,7
Verarbeitendes Gewerbe.....	161,2	170,0	+ 4,4	+ 3,9	+ 7,3	+ 2,0	+ 5,9
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	152,5	149,5	+ 0,9	+ 6,8	+ 10,2	+ 4,4	+ 3,7
Ernährungsgewerbe.....	152,2	149,5	+ 0,8	+ 6,9	+ 10,1	+ 4,5	+ 3,7
Tabakverarbeitung.....	173,8	148,6	+ 7,7	+ 3,9	+ 15,3	- 4,9	+ 8,5
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	133,3	149,3	+ 6,0	+ 0,4	+ 10,5	+ 1,3	+ 5,4
Textilgewerbe.....	153,6	171,9	+ 7,1	+ 2,0	+ 14,4	+ 2,9	+ 6,7
Bekleidungsgewerbe.....	69,8	78,5	- 3,0	- 9,3	- 10,3	- 8,8	- 3,9
Ledergewerbe.....	85,3	101,0	+ 11,4	- 1,3	+ 7,2	- 13,6	+ 5,9
Holzgewerbe (oh. h. v. Möbeln).....	175,4	186,1	- 2,3	- 8,7	- 5,5	- 10,0	- 4,7
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	143,1	157,2	+ 0,9	- 0,2	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,8
Papiergewerbe.....	145,5	139,1	+ 6,7	+ 1,1	+ 3,3	- 2,2	+ 4,4
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	120,3	111,7	+ 3,7	- 1,9	+ 1,7	- 6,8	+ 0,9
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	178,3	174,8	+ 9,6	+ 3,9	+ 4,8	+ 1,9	+ 7,5
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	142,3	163,2	- 0,9	- 0,6	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,0
Verlagsgewerbe.....	105,7	124,8	+ 1,1	- 4,0	- 4,0	+ 2,8	+ 1,9
Druckgewerbe.....	208,4	231,7	- 4,6	+ 2,4	+ 4,5	- 0,2	- 0,8
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	145,2	126,1	- 1,5	+ 11,6	+ 7,6	+ 3,9	+ 2,2
Chemische Industrie.....	186,1	172,9	+ 6,0	+ 6,9	+ 11,5	- 5,2	+ 8,3
Chemische Grundstoffe.....	171,3	163,8	+ 4,1	+ 3,9	+ 9,0	- 9,4	+ 5,8
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	213,7	168,6	+ 22,5	+ 26,0	+ 28,4	+ 18,1	+ 26,1
Chemiefasern.....	83,2	86,0	- 18,9	- 29,7	- 29,7	- 38,0	- 18,2
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	178,6	195,3	+ 3,5	+ 2,8	+ 8,4	+ 5,1	+ 6,1
Gummiwaren.....	192,6	208,1	+ 9,1	+ 16,3	+ 25,2	+ 19,9	+ 14,9
Kunststoffwaren.....	175,6	192,5	+ 2,2	+ 0,1	+ 5,1	+ 2,2	+ 4,2

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

²⁾ Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch *3.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	August p)	September p)	2. Vj.	3. Vj. p)	August p)	September p)	Januar - September p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	121,9	123,1	- 6,1	- 4,7	- 0,4	- 3,7	- 5,4
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	210,2	215,7	- 2,8	- 0,8	+ 5,5	+ 1,4	+ 0,8
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	98,0	97,6	- 10,5	- 9,0	- 6,9	- 6,2	- 10,4
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	166,0	179,1	+ 9,2	+ 4,5	+ 6,2	+ 1,9	+ 9,2
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	148,0	164,5	+ 6,0	- 1,5	+ 1,9	- 1,7	+ 6,1
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u.							
Ferrolegierungen (EGKS).....	144,9	189,1	+ 8,9	- 4,7	- 8,1	+ 0,9	+ 5,3
Gießereiindustrie.....	189,3	204,0	+ 6,2	+ 7,1	+ 14,6	+ 9,1	+ 11,0
Metallerzeugnisse.....	171,4	183,5	+ 10,1	+ 6,2	+ 7,5	+ 2,9	+ 10,1
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	137,8	143,9	+ 3,3	- 3,2	+ 3,2	- 12,9	+ 2,2
Maschinenbau.....	135,7	140,6	+ 4,9	+ 3,0	+ 12,1	- 5,3	+ 8,3
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	160,3	168,7	+ 12,8	+ 10,1	+ 17,0	+ 8,8	+ 16,0
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	78,5	93,2	+ 18,3	+ 7,5	+ 39,4	+ 44,7	+ 14,1
Werkzeugmaschinen.....	159,6	157,2	+ 16,5	+ 6,8	+ 19,8	+ 4,4	+ 17,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	221,2	252,6	+ 8,7	+ 2,9	- 3,5	+ 7,1	+ 8,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	374,6	493,9	- 34,1	- 32,0	- 58,3	- 5,7	- 27,0
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	162,5	186,0	+ 11,7	+ 15,3	+ 20,7	+ 17,3	+ 14,3
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	328,2	354,3	+ 24,3	+ 4,2	+ 5,9	- 0,5	+ 17,3
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	220,5	249,5	+ 14,3	+ 7,2	+ 11,1	+ 8,5	+ 14,1
Fahrzeugbau.....	172,9	196,8	+ 8,4	+ 16,5	+ 33,6	+ 22,2	+ 14,0
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	254,3	288,6	+ 10,2	+ 21,0	+ 44,8	+ 27,4	+ 17,7
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	215,8	244,1	+ 8,4	+ 44,7	+ 234,1	+ 57,7	+ 29,9
Sonstiger Fahrzeugbau.....	77,0	88,6	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,7	+ 6,1	+ 2,4
Schiffbau.....	67,3	82,5	+ 7,0	+ 0,3	- 2,2	+ 8,3	+ 2,3
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	337,5	375,1	+ 7,1	+ 12,1	+ 13,3	+ 14,9	+ 9,6
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	137,0	156,4	+ 2,9	+ 1,6	+ 12,9	- 0,1	+ 2,7
Möbel.....	129,5	154,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 19,9	+ 1,8	+ 2,5
Recycling.....	204,8	219,8	+ 3,7	+ 3,0	+ 3,0	- 0,9	+ 5,2
Energieversorgung.....	93,0	97,0	+ 2,5	- 1,0	+ 0,6	- 0,8	- 2,0

p = Vorläufiges Ergebnis.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.1 Bundesrepublik Deutschland

*3.2.1.1 Werte

	2001						
	August	September p)	2. Vj.	3. Vj.	August	September p)	Januar - September p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	120,3	121,2	- 0,4	- 4,8	- 3,9	- 9,5	+ 0,2
davon: Inland.....	106,8	104,9	- 3,4	- 4,3	- 2,8	- 8,5	- 1,3
Ausland.....	144,6	150,6	+ 3,3	- 5,2	- 5,2	- 10,6	+ 1,9
Vorleistungsgüterproduzenten.....	111,3	110,0	- 2,1	- 8,2	- 7,7	- 13,2	- 2,2
davon: Inland.....	103,6	101,8	- 2,5	- 6,2	- 5,5	- 9,7	- 1,9
Ausland.....	127,1	126,7	- 1,5	- 11,3	- 11,2	- 18,5	- 3,0
Investitionsgüterproduzenten.....	132,1	135,7	+ 0,1	- 3,1	- 2,1	- 7,3	+ 1,6
davon: Inland.....	114,0	111,0	- 5,7	- 3,1	- 0,4	- 7,9	- 1,1
Ausland.....	156,8	169,5	+ 5,8	- 3,2	- 3,8	- 6,7	+ 4,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	98,1	106,0	+ 0,8	- 1,7	- 0,7	- 6,5	+ 0,7
davon: Inland.....	90,9	97,2	+ 1,6	- 3,5	- 2,2	- 9,0	- 0,4
Ausland.....	118,9	131,5	- 0,9	+ 2,5	+ 2,3	- 0,8	+ 2,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	117,9	112,1	+ 4,9	+ 1,2	+ 2,5	- 6,1	+ 2,7
davon: Inland.....	102,9	99,8	+ 1,4	- 1,6	- 2,0	- 6,2	0,0
Ausland.....	165,3	150,9	+ 12,9	+ 7,1	+ 12,8	- 5,8	+ 8,9
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	117,4	105,2	+ 0,1	- 2,2	- 3,3	- 8,0	- 0,3
Textilgewerbe.....	81,9	90,2	- 2,2	- 6,5	- 5,4	- 12,1	- 2,3
Bekleidungsgewerbe.....	166,2	125,8	+ 5,3	+ 2,2	- 1,8	- 3,5	+ 2,2
Ledergewerbe.....	110,4	141,5	+ 12,4	- 1,5	- 9,8	- 1,4	+ 1,4
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	95,0	99,2	- 5,4	- 5,5	- 8,2	- 7,6	- 5,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	113,0	111,8	- 2,3	- 2,4	- 0,2	- 5,5	- 0,5
Papiergewerbe.....	113,9	111,9	- 4,8	- 2,7	- 1,5	- 4,0	- 1,0
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	122,8	124,7	- 13,6	- 7,4	- 5,5	- 6,0	- 7,3
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	106,8	101,7	+ 5,4	+ 2,1	+ 2,5	- 2,0	+ 5,9
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	111,6	111,7	+ 1,6	- 1,9	+ 1,9	- 7,5	+ 0,4
Chemische Industrie.....	112,0	109,2	+ 0,8	- 4,2	- 2,1	- 10,9	+ 0,5
Chemische Grundstoffe.....	116,2	114,0	- 0,6	- 7,5	- 6,1	- 12,7	- 0,7
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	118,7	116,0	+ 11,2	+ 5,0	+ 10,4	- 8,9	+ 8,3
Gummi- und Kunststoffwaren.....	114,4	113,5	+ 6,7	- 2,1	0,0	- 5,7	+ 2,5
Kunststoffwaren.....	113,6	112,7	+ 0,1	- 2,9	- 1,8	- 6,9	- 0,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	96,4	95,8	- 4,7	- 7,0	- 6,4	- 10,3	- 3,8
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	109,0	108,8	- 2,5	- 4,1	- 4,3	- 7,8	- 1,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Gießereiindustrie.....	104,0	101,7	- 5,4	- 7,6	- 8,5	- 12,3	- 4,2
Metallerzeugnisse.....	123,4	128,1	+ 3,2	- 2,6	- 1,5	- 5,0	+ 2,2
Stahl- und Leichtmetallbau.....	112,9	114,3	- 0,2	- 1,5	- 1,1	- 4,4	+ 1,3
Maschinenbau.....	104,7	105,5	- 0,5	- 3,6	- 2,3	- 1,7	- 1,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	126,7	128,7	- 5,6	- 15,4	- 16,5	- 22,7	- 5,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	106,6	105,6	- 15,3	- 25,7	- 26,7	- 32,3	- 15,0
Geräte der Elektrizitätsproduktion, -verteilung u.ä.							
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	117,6	118,8	+ 6,6	- 9,2	- 9,2	- 16,0	+ 1,5
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	152,5	156,2	- 22,6	- 25,3	- 28,8	- 31,8	- 17,1
Fahrzeugbau.....	127,3	130,8	+ 1,6	- 7,5	- 4,9	- 17,0	+ 1,8
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	156,3	159,3	+ 5,6	+ 5,0	+ 11,5	- 0,2	+ 7,5
Sonstiger Fahrzeugbau.....	169,7	170,4	+ 8,9	+ 6,6	+ 12,2	0,0	+ 9,6
Schiffbau.....	83,2	98,6	- 13,1	- 8,9	+ 3,7	- 2,0	- 7,2
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	17,3	12,1	- 48,0	- 80,2	- 43,6	- 64,3	- 62,9
Möbel.....	164,1	217,8	- 18,1	+ 33,4	+ 7,5	+ 37,0	- 0,7
	95,8	100,5	- 0,5	- 3,3	- 3,1	- 6,9	- 2,0

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.1 Bundesrepublik Deutschland

*3.2.1.2 Volumen

	2001						
	August	September p)	2. Vj.	3. Vj.	August	September p)	Januar - September p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	116,4	117,4	- 1,8	- 5,4	- 4,7	- 9,8	- 1,3
davon: Inland.....	104,6	102,9	- 4,5	- 5,0	- 3,7	- 9,0	- 2,5
Ausland.....	137,6	143,4	+ 1,8	- 5,9	- 6,0	- 10,9	+ 0,3
Vorleistungsgüterproduzenten.....	109,9	108,6	- 3,9	- 8,0	- 7,4	- 12,5	- 4,0
davon: Inland.....	103,0	101,3	- 4,1	- 6,0	- 5,2	- 9,0	- 3,4
Ausland.....	123,9	123,8	- 3,5	- 11,2	- 11,1	- 17,8	- 4,9
Investitionsgüterproduzenten.....	126,1	129,8	- 0,9	- 4,3	- 3,5	- 8,3	+ 0,6
davon: Inland.....	110,9	108,5	- 6,5	- 4,3	- 2,0	- 9,1	- 1,8
Ausland.....	146,9	158,9	+ 4,5	- 4,2	- 5,0	- 7,5	+ 2,9
Gebrauchsgüterproduzenten.....	93,4	101,1	- 0,9	- 3,0	- 2,2	- 7,9	- 1,0
davon: Inland.....	86,4	92,6	- 0,3	- 5,1	- 3,6	- 10,5	- 2,1
Ausland.....	113,6	125,8	- 2,4	+ 1,2	+ 0,8	- 1,9	+ 1,6
Verbrauchsgüterproduzenten.....	113,4	107,5	+ 3,0	- 0,4	+ 1,1	- 7,2	+ 1,3
davon: Inland.....	99	95,8	- 0,5	- 3,2	- 3,5	- 7,7	- 1,5
Ausland.....	158,8	144,3	+ 11,3	+ 6,0	+ 11,6	- 6,3	+ 7,6
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	116,3	104,3	- 0,8	- 2,6	- 3,7	- 8,2	- 1,1
Textilgewerbe.....	81,0	89,6	- 3,6	- 7,2	- 6,4	- 12,4	- 3,6
Bekleidungsgewerbe.....	164,9	124,5	+ 5,4	+ 2,1	- 1,8	- 3,5	+ 2,2
Ledergewerbe.....	104,5	134,1	+ 8,8	- 4,6	- 12,6	- 4,2	- 1,4
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	97,4	101,7	- 5,7	- 5,1	- 7,8	- 7,0	- 5,4
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	110,7	109,7	- 4,9	- 2,5	- 0,4	- 5,3	- 3,2
Papiergewerbe.....	111,3	109,6	- 8,4	- 3,1	- 1,9	- 3,9	- 5,1
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	123,2	125,4	- 16,2	- 5,4	- 3,4	- 3,5	- 10,8
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	101,7	96,9	+ 0,8	- 0,7	- 0,3	- 4,2	+ 1,4
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	109,8	109,9	+ 1,2	- 1,8	+ 2,0	- 7,4	+ 0,1
Chemische Industrie.....	109,2	106,9	- 1,9	- 4,5	- 2,6	- 10,4	- 2,1
Chemische Grundstoffe.....	117,2	115,7	- 3,9	- 5,5	- 4,2	- 9,7	- 3,8
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	108,4	105,8	+ 7,7	+ 1,8	+ 7,0	- 11,5	+ 5,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	113,0	112,1	+ 5,1	- 2,8	- 1,0	- 6,4	+ 1,0
Kunststoffwaren.....	111,9	111,0	- 1,4	- 3,7	- 2,6	- 7,7	- 1,5
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	97,1	96,5	- 6,9	- 8,7	- 8,4	- 11,5	- 5,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	106,1	105,9	- 3,3	- 3,1	- 3,1	- 6,0	- 2,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Gießereiindustrie.....	103,7	101,9	- 6,1	- 3,9	- 4,7	- 6,9	- 5,1
Metallerzeugnisse, Stahl- und Leichtmetallbau.....	120,6	125,7	+ 2,7	- 1,3	- 0,2	- 3,1	+ 1,2
Maschinenbau.....	107,9	109,0	- 1,0	- 2,5	- 1,9	- 5,3	+ 0,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	129,2	131,6	- 6,3	- 15,8	- 17,1	- 22,8	- 6,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Geräte der Elektrizitätsproduktion, -verteilung u.ä., Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	135,7	135,9	- 12,5	- 24,4	- 26,3	- 30,9	- 12,4
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	115,0	115,7	+ 5,9	- 9,2	- 9,1	- 15,9	+ 1,0
Fahrzeugbau.....	164,0	169,4	- 22,1	- 24,7	- 28,4	- 30,9	- 16,2
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	119,2	123,0	+ 0,1	- 8,4	- 5,9	- 17,4	+ 0,6
Sonstiger Fahrzeugbau, Schiffbau.....	146,4	149,2	+ 4,4	+ 4,3	+ 10,6	- 0,8	+ 6,5
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	158,7	159,3	+ 7,9	+ 5,9	+ 11,4	- 0,6	+ 8,7
Möbel.....	79,4	94,2	- 14,0	- 10,0	+ 2,6	- 2,9	- 8,1
Schiffbau.....	16,5	11,6	- 48,4	- 80,3	- 44,3	- 64,5	- 63,1
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	156,3	207,5	- 19,0	+ 32,0	+ 6,3	+ 35,7	- 1,7

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.2 Früheres Bundesgebiet

*3.2.2.1 Werte

	2001						
	August	September p)	2. Vj.	3. Vj.	August	September p)	Januar - September p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	118,2	118,4	- 0,8	- 5,5	- 4,8	- 10,8	- 0,5
davon: Inland.....	104,9	102,6	- 3,8	- 4,9	- 3,4	- 9,5	- 1,8
Ausland.....	140,9	145,5	+ 2,8	- 6,3	- 6,5	- 12,4	+ 1,0
Vorleistungsgüterproduzenten.....	107,3	106,2	- 2,9	- 9,2	- 8,8	- 14,2	- 3,2
davon: Inland.....	99,8	98,4	- 3,1	- 7,1	- 6,4	- 10,5	- 2,4
Ausland.....	122,3	121,5	- 2,5	- 12,2	- 12,3	- 19,7	- 4,2
Investitionsgüterproduzenten.....	131,8	133,7	- 0,1	- 4,0	- 2,9	- 9,3	+ 1,1
davon: Inland.....	114,8	110,4	- 6,0	- 3,4	- 0,4	- 9,2	- 1,6
Ausland.....	153,6	163,6	+ 5,4	- 4,5	- 5,3	- 9,4	+ 3,4
Gebrauchsgüterproduzenten.....	95,5	103,6	+ 0,5	- 1,8	- 1,3	- 6,5	+ 0,4
davon: Inland.....	87,9	94,1	+ 1,1	- 4,0	- 3,0	- 9,5	- 0,8
Ausland.....	116,8	129,9	- 0,6	+ 2,8	+ 2,3	+ 0,3	+ 3,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	116,0	109,9	+ 4,3	+ 0,6	+ 1,9	- 6,8	+ 2,3
davon: Inland.....	100,5	97,1	+ 0,8	- 2,3	- 2,8	- 7,1	- 0,5
Ausland.....	163,4	149,2	+ 12,2	+ 6,7	+ 12,2	- 6,1	+ 8,5
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	116,5	103,4	- 0,1	- 2,2	- 3,8	- 8,1	- 0,7
Textilgewerbe.....	78,0	86,3	- 2,8	- 7,0	- 6,7	- 12,7	- 3,1
Bekleidungsgewerbe.....	167,4	126,0	+ 5,4	+ 2,2	- 1,9	- 3,5	+ 2,1
Ledergewerbe.....	110,6	142,3	+ 12,7	- 1,9	- 10,4	- 1,1	+ 1,3
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	84,1	87,9	- 7,4	- 7,8	- 9,8	- 10,9	- 7,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	109,7	109,1	- 3,3	- 2,9	- 0,3	- 5,7	- 1,1
Papiergewerbe.....	110,4	109,3	- 5,6	- 2,9	- 1,3	- 3,9	- 1,6
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	121,2	124,2	- 14,4	- 7,0	- 4,3	- 5,0	- 7,7
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	102,0	97,6	+ 4,6	+ 1,2	+ 1,6	- 2,7	+ 5,3
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	108,6	108,9	+ 0,8	- 2,6	+ 1,3	- 8,2	- 0,4
Chemische Industrie.....	108,9	106,4	+ 0,4	- 4,9	- 2,9	- 11,5	0,0
Chemische Grundstoffe.....	112,5	110,5	- 1,3	- 8,6	- 7,3	- 13,4	- 1,6
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	115,8	113,2	+ 10,7	+ 4,2	+ 9,7	- 9,9	+ 7,7
Gummi- und Kunststoffwaren.....	109,3	109,0	+ 6,4	- 3,0	- 1,4	- 6,7	+ 1,7
Kunststoffwaren.....	108,6	108,2	- 0,7	- 3,9	- 2,9	- 8,0	- 0,9
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	89,3	88,9	- 4,8	- 7,6	- 7,4	- 10,8	- 4,3
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	105,7	105,5	- 2,7	- 4,8	- 4,9	- 8,5	- 1,6
Metallerzeugnisse.....	100,8	98,9	- 5,5	- 8,0	- 9,3	- 12,6	- 4,6
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	115,6	121,0	+ 1,8	- 4,1	- 3,1	- 6,9	+ 0,1
Gießereiindustrie.....	109,5	110,6	- 0,5	- 2,4	- 1,7	- 5,5	+ 1,0
Metallerzeugnisse.....	99,0	96,5	0,0	- 5,4	- 1,7	- 5,3	- 1,7
Stahl- und Leichtmetallbau.....	104,5	108,5	- 4,3	- 9,3	- 12,1	- 10,6	- 3,3
Maschinenbau.....	123,9	125,2	- 6,5	- 16,3	- 16,9	- 24,1	- 6,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	100,9	98,6	- 13,9	- 24,7	- 22,3	- 32,9	- 13,8
Büromaschinen, Datenvorarbeitenungsgeräte und -einrichtungen.....	116,8	116,3	+ 5,8	- 10,5	- 9,9	- 18,3	+ 0,3
Geräte der Elektrizitätsproduktion, -verteilung u.ä.	147,1	150,7	- 24,3	- 26,4	- 30,0	- 33,0	- 18,3
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	123,4	127,8	+ 1,2	- 8,4	- 5,9	- 17,6	+ 1,4
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	157,6	156,8	+ 5,2	+ 3,7	+ 9,1	- 3,6	+ 6,8
Fahrzeugbau.....	166,8	167,4	+ 9,0	+ 5,6	+ 9,8	- 1,1	+ 9,0
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	95,6	85,8	- 17,0	- 13,9	+ 2,1	- 27,7	- 10,4
Sonstiger Fahrzeugbau.....	20,2	13,6	- 33,8	- 79,2	- 40,8	- 67,3	- 60,1
Schiffbau.....	159,5	141,4	- 24,0	+ 16,4	+ 5,6	- 8,0	- 5,5
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	92,4	97,3	- 0,9	- 4,4	- 5,1	- 8,2	- 2,9
Möbel.....							

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.2 Früheres Bundesgebiet

*3.2.2.2 Volumen

	2001						
	August	September p)	2. Vj.	3. Vj.	August	September p)	Januar - September p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	114,3	114,5	- 2,3	- 6,2	- 5,5	- 11,2	- 1,9
davon: Inland.....	102,7	100,6	- 5,1	- 5,5	- 4,1	- 10,0	- 2,9
Ausland.....	134,1	138,4	+ 1,2	- 7,0	- 7,2	- 12,7	- 0,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	105,8	104,8	- 4,6	- 9,0	- 8,6	- 13,5	- 4,8
davon: Inland.....	99,1	97,7	- 4,6	- 6,9	- 6,2	- 9,9	- 4,0
Ausland.....	119,1	118,6	- 4,4	- 12,2	- 12,3	- 19,0	- 6,2
Investitionsgüterproduzenten.....	125,8	127,7	- 1,2	- 5,1	- 4,3	- 10,3	+ 0,1
davon: Inland.....	111,6	107,8	- 6,7	- 4,6	- 2,0	- 10,4	- 2,2
Ausland.....	143,9	153,3	+ 4,2	- 5,5	- 6,4	- 10,2	+ 2,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	91,1	99,0	- 1,1	- 3,2	- 2,7	- 7,8	- 1,2
davon: Inland.....	83,7	89,9	- 0,7	- 5,3	- 4,2	- 10,9	- 2,5
Ausland.....	111,7	124,3	- 2,0	+ 1,4	+ 0,7	- 1,0	+ 1,8
Verbrauchsgüterproduzenten.....	111,6	105,5	+ 2,4	- 0,8	+ 0,5	- 7,9	+ 0,8
davon: Inland.....	96,7	93,3	- 1,1	- 3,9	- 4,4	- 8,4	- 2,2
Ausland.....	157,1	142,7	+ 10,7	+ 5,7	+ 11,1	- 6,6	+ 7,2
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	115,4	102,5	- 0,9	- 2,7	- 4,2	- 8,3	- 1,3
Textilgewerbe.....	77,2	85,7	- 4,1	- 7,7	- 7,5	- 13,1	- 4,4
Bekleidungsgewerbe.....	166,1	124,7	+ 5,5	+ 2,1	- 1,9	- 3,6	+ 2,2
Ledergewerbe.....	104,7	134,8	+ 9,0	- 4,9	- 13,2	- 3,9	- 1,6
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	85,9	90,0	- 7,8	- 7,6	- 9,6	- 10,4	- 7,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	107,4	107,0	- 5,6	- 3,1	- 0,6	- 5,6	- 3,7
Papiergewerbe.....	107,8	106,9	- 9,3	- 3,3	- 1,7	- 3,8	- 5,8
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	121,4	124,6	- 17,2	- 5,2	- 2,5	- 2,9	- 11,4
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	97,1	92,9	+ 0,1	- 1,4	- 1,1	- 4,8	+ 0,7
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	106,9	107,2	+ 0,4	- 2,7	+ 1,3	- 8,1	- 0,7
Chemische Industrie.....	106,1	104,1	- 2,1	- 5,3	- 3,5	- 11,0	- 2,5
Chemische Grundstoffe.....	113,6	112,3	- 4,2	- 6,6	- 5,2	- 10,2	- 4,5
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	105,8	103,3	+ 7,3	+ 1,2	+ 6,2	- 12,5	+ 4,5
Gummi- und Kunststoffwaren.....	108,0	107,6	+ 4,7	- 4,0	- 2,3	- 7,6	+ 0,3
Kunststoffwaren.....	107,0	106,5	- 2,2	- 4,7	- 3,7	- 8,7	- 2,3
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	89,8	89,3	- 7,0	- 9,4	- 9,3	- 12,2	- 6,3
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	102,8	102,6	- 3,5	- 3,8	- 3,8	- 6,8	- 2,5
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	100,6	99,1	- 6,2	- 4,2	- 5,4	- 7,1	- 5,6
Gießereiindustrie.....	113,0	118,8	+ 1,4	- 2,9	- 1,7	- 4,9	- 1,0
Metallerzeugnisse.....	104,6	105,4	- 1,3	- 3,4	- 2,6	- 6,5	0,0
Stahl- und Leichtmetallbau.....	94,2	91,7	- 0,8	- 6,1	- 2,4	- 6,1	- 2,5
Maschinenbau.....	97,6	101,3	- 5,6	- 10,5	- 13,4	- 11,8	- 4,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	126,2	127,9	- 7,1	- 16,7	- 17,4	- 24,2	- 6,8
Büromaschinen, Datenvverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	128,5	126,8	- 10,9	- 23,1	- 21,6	- 31,5	- 11,0
Geräte der Elektrizitätsproduktion, -verteilung u.ä.	114,0	113,2	+ 5,0	- 10,5	- 10,0	- 18,2	- 0,2
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	158,2	163,5	- 23,6	- 25,8	- 29,5	- 32,1	- 17,3
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	115,6	120,2	- 0,2	- 9,2	- 6,9	- 18,1	+ 0,3
Fahrzeugbau.....	147,5	146,9	+ 4,1	+ 3,0	+ 8,3	- 4,1	+ 5,8
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	155,9	156,5	+ 7,8	+ 4,9	+ 9,0	- 1,6	+ 8,0
Sonstiger Fahrzeugbau.....	91,3	82,0	- 17,9	- 14,7	+ 1,1	- 28,2	- 11,2
Schiffbau.....	19,2	13,0	- 34,5	- 79,3	- 41,6	- 67,6	- 60,5
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	152,0	134,8	- 24,8	+ 15,3	+ 4,5	- 8,7	- 6,4
Möbel.....	82,1	86,6	- 4,1	- 7,3	- 8,1	- 11,0	- 6,1

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

*3.2.3.1 Werte

	2001						
	August	September p)	2. Vj.	3. Vj.	August	September p)	Januar - September p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	155,6	168,8	+ 5,4	+ 6,9	+ 8,4	+ 11,2	+ 8,8
davon: Inland.....	130,6	134,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,5	+ 4,2
Ausland.....	280,7	342,1	+ 14,9	+ 19,6	+ 25,4	+ 33,5	+ 20,2
Vorleistungsgüterproduzenten.....	174,5	170,4	+ 6,1	+ 3,1	+ 4,5	- 1,3	+ 7,9
davon: Inland.....	152,9	146,0	+ 2,9	+ 2,4	+ 3,1	- 2,0	+ 4,0
Ausland.....	275,2	284,1	+ 15,4	+ 5,0	+ 8,6	+ 0,7	+ 19,0
Investitionsgüterproduzenten.....	136,7	169,1	+ 3,9	+ 11,4	+ 12,5	+ 30,2	+ 10,0
davon: Inland.....	105,0	118,4	- 2,1	+ 0,1	- 0,8	+ 8,4	+ 3,6
Ausland.....	289,1	413,8	+ 14,7	+ 36,3	+ 46,8	+ 79,4	+ 22,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	148,2	153,1	+ 3,5	+ 0,5	+ 7,3	- 6,6	+ 3,7
davon: Inland.....	139,0	146,0	+ 6,3	+ 1,7	+ 7,9	- 2,5	+ 5,0
Ausland.....	242,8	224,8	- 9,7	- 5,3	+ 4,6	- 26,8	- 2,7
Verbrauchsgüterproduzenten.....	168,5	167,3	+ 13,4	+ 11,3	+ 15,0	+ 5,7	+ 11,9
davon: Inland.....	155,2	157,5	+ 9,5	+ 9,5	+ 11,7	+ 5,9	+ 9,2
Ausland.....	269,8	241,5	+ 36,5	+ 20,8	+ 32,4	+ 4,5	+ 26,2
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	137,0	145,0	+ 3,0	- 0,4	+ 7,4	- 4,4	+ 5,0
Textilgewerbe.....	142,4	152,5	+ 3,1	- 1,2	+ 6,9	- 5,2	+ 5,0
Bekleidungsgewerbe.....	117,7	118,7	+ 2,2	+ 3,3	+ 9,3	- 0,6	+ 5,7
Ledergewerbe.....	104,4	118,9	+ 5,1	+ 6,2	+ 11,4	- 11,6	+ 4,7
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	242,8	252,1	+ 6,6	+ 6,7	0,0	+ 11,4	+ 6,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	175,2	164,2	+ 8,3	+ 3,2	+ 1,7	- 2,5	+ 7,6
Papiergewerbe.....	171,8	156,8	+ 5,3	- 0,8	- 3,4	- 5,8	+ 5,8
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	143,7	131,7	- 2,6	- 12,1	- 17,1	- 16,6	- 1,9
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	204,9	186,3	+ 14,3	+ 11,1	+ 11,7	+ 5,4	+ 13,9
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	182,4	179,5	+ 14,2	+ 11,8	+ 13,6	+ 4,2	+ 11,4
Chemische Industrie.....	176,9	168,5	+ 5,7	+ 7,6	+ 10,6	- 1,2	+ 9,5
Chemische Grundstoffe.....	172,8	167,9	+ 6,4	+ 6,7	+ 7,1	- 4,5	+ 10,2
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	194,9	187,8	+ 21,0	+ 18,5	+ 24,6	+ 8,9	+ 19,2
Gummi- und Kunststoffwaren.....	198,3	189,2	+ 10,7	+ 10,1	+ 14,2	+ 6,7	+ 11,2
Kunststoffwaren.....	191,7	183,6	+ 9,1	+ 7,2	+ 9,3	+ 4,3	+ 8,9
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	154,8	152,9	- 3,4	- 3,6	- 1,9	- 7,1	- 1,4
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	153,4	153,2	+ 0,1	+ 2,2	+ 3,1	- 0,1	+ 3,1
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	149,2	141,0	- 3,2	- 3,7	- 0,7	- 10,0	+ 0,7
Gießereiindustrie.....	218,1	213,9	+ 13,4	+ 8,9	+ 9,6	+ 9,6	+ 18,6
Metallerzeugnisse.....	156,3	161,8	+ 2,8	+ 6,5	+ 5,7	+ 7,2	+ 5,0
Stahl- und Leichtmetallbau.....	144,1	167,7	- 2,1	+ 5,8	- 4,9	+ 16,3	- 0,9
Maschinenbau.....	115,5	119,7	+ 0,9	- 2,1	- 14,0	- 5,5	+ 4,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	183,9	199,5	+ 8,0	- 0,8	- 9,5	+ 1,5	+ 7,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	276,1	312,3	- 29,7	- 35,5	- 54,3	- 25,8	- 26,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	129,9	154,9	+ 20,6	+ 10,6	+ 2,3	+ 21,9	+ 20,7
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	319,7	325,9	+ 8,9	- 5,5	- 7,2	- 9,5	+ 3,3
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	220,3	203,3	+ 7,2	+ 7,7	+ 11,4	- 5,0	+ 7,5
Fahrzeugbau.....	137,6	196,9	+ 10,5	+ 30,5	+ 80,3	+ 76,4	+ 21,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	259,0	259,2	+ 8,5	+ 31,7	+ 97,1	+ 26,6	+ 23,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	37,8	145,6	+ 14,7	+ 27,3	+ 21,9	+ 316,0	+ 17,4
Schiffbau.....	7,7	7,5	- 76,6	- 84,5	- 59,9	- 14,8	- 75,7
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	822,6	9999,9	+ 339,2	+ 584,9	+ 120,3	+ 978,0	+ 93,5
Möbel.....	144,1	145,6	+ 4,2	+ 7,3	+ 19,5	+ 7,3	+ 7,6

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

*3.2.3.2 Volumen

	2001						
	August	September p)	2. Vj.	3. Vj.	August	September p)	Januar - September p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	151,7	164,7	+ 3,8	+ 5,8	+ 6,7	+ 10,4	+ 7,0
davon: Inland.....	128,7	132,5	0,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,7
Ausland.....	268,0	327,4	+ 13,1	+ 18,6	+ 23,3	+ 32,7	+ 18,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	173,6	169,9	+ 4,2	+ 3,4	+ 4,6	- 0,5	+ 6,0
davon: Inland.....	153,3	146,7	+ 1,1	+ 2,6	+ 3,0	- 1,3	+ 2,3
Ausland.....	269,7	280,0	+ 13,1	+ 5,6	+ 9,2	+ 2,0	+ 16,8
Investitionsgüterproduzenten.....	131,1	162,7	+ 2,6	+ 9,1	+ 8,6	+ 27,6	+ 8,3
davon: Inland.....	102,4	116,0	- 3,1	- 1,4	- 3,7	+ 7,0	+ 2,2
Ausland.....	269,9	388,6	+ 13,3	+ 33,9	+ 41,7	+ 76,6	+ 20,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	137,7	143,3	+ 1,7	- 1,6	+ 4,2	- 8,6	+ 1,7
davon: Inland.....	129,0	136,5	+ 4,3	- 0,7	+ 4,6	- 4,9	+ 2,9
Ausland.....	226,7	211,5	- 11,2	- 6,4	+ 2,3	- 27,2	- 4,3
Verbrauchsgüterproduzenten.....	160,7	159,5	+ 11,3	+ 9,2	+ 12,8	+ 4,0	+ 9,9
davon: Inland.....	148,4	150,6	+ 7,3	+ 7,4	+ 9,4	+ 4,1	+ 7,2
Ausland.....	254,2	227,3	+ 35,0	+ 19,1	+ 30,5	+ 3,4	+ 24,6
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	135,6	143,8	+ 1,7	- 1,3	+ 6,5	- 5,1	+ 3,7
Textilgewerbe.....	141,4	151,7	+ 1,6	- 2,2	+ 6,0	- 6,0	+ 3,4
Bekleidungsgewerbe.....	115,2	116,0	+ 2,2	+ 3,0	+ 8,9	- 0,9	+ 5,7
Ledergewerbe.....	99,1	112,6	+ 2,1	+ 3,2	+ 8,4	- 14,1	+ 1,8
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	252,6	261,9	+ 6,8	+ 8,5	+ 1,7	+ 14,0	+ 7,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	172,2	161,9	+ 6,1	+ 3,8	+ 2,2	- 1,4	+ 5,1
Papiergewerbe.....	170,2	156,3	+ 2,6	+ 0,5	- 2,4	- 3,9	+ 2,6
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	147,6	136,9	- 3,3	- 7,1	- 12,6	- 10,9	- 3,4
Papier-, Karton- und Pappverarbeitung.....	196,8	179,1	+ 9,4	+ 8,3	+ 8,8	+ 3,3	+ 9,1
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	176,4	173,5	+ 13,2	+ 11,2	+ 12,8	+ 3,6	+ 10,4
Chemische Industrie.....	173,1	165,4	+ 0,7	+ 6,2	+ 8,9	- 1,6	+ 4,8
Chemische Grundstoffe.....	172,9	168,6	+ 0,3	+ 6,5	+ 6,5	- 3,5	+ 4,3
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	177,5	170,9	+ 16,8	+ 14,7	+ 20,3	+ 5,6	+ 15,3
Gummi- und Kunststoffwaren.....	195,5	186,4	+ 8,9	+ 8,8	+ 12,7	+ 5,3	+ 9,6
Kunststoffwaren.....	188,6	180,5	+ 7,3	+ 6,1	+ 8,0	+ 3,1	+ 7,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	155,6	153,2	- 6,0	- 5,5	- 4,0	- 8,8	- 3,6
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	149,0	149,4	- 0,2	+ 3,3	+ 4,1	+ 1,8	+ 2,6
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	147,8	141,3	- 3,4	+ 0,2	+ 3,3	- 4,3	+ 0,4
Gießereiindustrie.....	211,9	209,1	+ 12,7	+ 9,8	+ 10,2	+ 11,3	+ 17,5
Metallerzeugnisse.....	149,9	155,1	+ 2,4	+ 5,7	+ 4,8	+ 6,3	+ 4,3
Stahl- und Leichtmetallbau.....	137,4	160,4	- 2,6	+ 5,4	- 5,5	+ 16,1	- 1,4
Maschinenbau.....	107,8	111,9	- 0,6	- 3,5	- 15,3	- 6,7	+ 2,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	188,6	206,0	+ 6,4	- 2,4	- 12,2	+ 0,6	+ 5,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	349,2	401,6	- 28,5	- 36,0	- 55,0	- 25,2	- 24,9
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.....	129,2	153,7	+ 20,0	+ 10,8	+ 2,4	+ 21,9	+ 20,0
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	337,8	349,4	+ 8,3	- 5,3	- 7,1	- 8,2	+ 3,3
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	205,9	190,1	+ 5,6	+ 6,4	+ 10,3	- 6,0	+ 6,1
Fahrzeugbau.....	129,8	186,4	+ 9,7	+ 28,8	+ 75,6	+ 73,9	+ 20,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	243,9	244,4	+ 7,8	+ 30,1	+ 91,7	+ 24,6	+ 22,3
Sonstiger Fahrzeugbau.....	36,0	138,6	+ 13,7	+ 25,1	+ 19,6	+ 306,5	+ 16,0
Schiffbau.....	7,4	7,1	- 76,7	- 84,6	- 60,0	- 17,4	- 75,9
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	784,1	9999,9	+ 334,1	+ 606,9	+ 117,3	+ 999,9	+ 95,2
Möbel.....	128,4	130,0	+ 1,0	+ 4,5	+ 16,0	+ 4,3	+ 4,5

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.3 Umsatz der Industrie¹⁾

*3.3.1 Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	August	September p)	2. Vj.	3. Vj.	August	September p)	Januar - September p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	122,0	131,3	+ 3,2	- 0,5	+ 0,2	- 4,4	+ 3,8
davon: Inland.....	106,8	112,3	+ 1,1	- 1,5	- 0,3	- 5,2	+ 1,5
Ausland.....	149,9	166,2	+ 6,2	+ 1,0	+ 0,9	- 3,3	+ 6,9
Vorleistungsgüterproduzenten.....	114,1	116,4	+ 1,4	- 4,2	- 3,5	- 8,9	+ 1,5
davon: Inland.....	105,6	106,5	+ 0,6	- 3,2	- 2,3	- 7,1	+ 1,0
Ausland.....	131,9	136,9	+ 2,4	- 6,0	- 5,3	- 11,8	+ 2,2
Investitionsgüterproduzenten.....	135,2	153,3	+ 4,8	+ 2,3	+ 2,7	- 1,0	+ 6,1
davon: Inland.....	114,3	125,1	+ 1,5	- 0,2	+ 1,4	- 3,5	+ 2,3
Ausland.....	163,9	192,1	+ 8,2	+ 4,6	+ 4,1	+ 1,4	+ 9,6
Gebrauchsgüterproduzenten.....	95,8	111,2	+ 3,4	+ 2,0	+ 4,4	- 2,5	+ 3,2
davon: Inland.....	86,8	100,8	+ 2,0	- 0,1	+ 3,3	- 5,4	+ 1,1
Ausland.....	123,0	142,4	+ 7,1	+ 6,9	+ 7,0	+ 4,0	+ 8,5
Verbrauchsgüterproduzenten.....	112,9	109,6	+ 3,5	+ 1,4	+ 2,5	- 2,8	+ 2,5
davon: Inland.....	97,8	97,9	+ 0,8	- 0,9	+ 0,4	- 3,6	0,0
Ausland.....	162,6	148,3	+ 9,6	+ 6,3	+ 7,0	- 0,9	+ 7,9
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	102,3	101,2	+ 0,6	- 3,6	- 2,6	- 6,6	- 0,5
Textilgewerbe.....	80,8	92,5	- 0,1	- 3,4	- 2,7	- 6,6	+ 0,1
Bekleidungsgewerbe.....	133,0	113,5	+ 2,2	- 3,7	- 2,4	- 6,7	- 1,6
Ledergewerbe.....	116,4	106,9	+ 6,4	+ 2,4	+ 4,5	+ 1,7	+ 1,5
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	89,5	95,3	- 8,4	- 8,2	- 7,7	- 11,8	- 7,8
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	111,6	111,5	+ 2,0	- 1,1	- 0,2	- 5,7	+ 2,5
Papiergewerbe.....	112,5	110,6	+ 2,3	- 2,0	- 2,2	- 6,4	+ 3,1
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	116,7	118,0	- 2,5	- 7,9	- 9,2	- 12,5	- 1,0
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	109,1	104,4	+ 7,7	+ 4,2	+ 5,2	+ 0,3	+ 7,6
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	110,1	112,9	+ 1,1	+ 0,3	+ 3,1	- 4,5	+ 1,3
Chemische Industrie.....	112,6	110,8	+ 1,4	- 4,0	- 3,6	- 9,4	+ 1,2
Chemische Grundstoffe.....	116,6	115,4	+ 0,4	- 7,9	- 7,3	- 12,5	+ 0,2
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	121,5	118,3	+ 8,7	+ 6,2	+ 6,2	- 1,6	+ 7,9
Gummi- und Kunststoffwaren.....	115,1	116,2	+ 1,6	- 0,6	+ 1,1	- 4,1	+ 1,7
Kunststoffwaren.....	114,2	114,9	+ 0,4	- 1,6	- 0,5	- 5,5	+ 1,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	99,1	98,0	- 2,1	- 4,1	- 3,7	- 7,6	- 2,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	111,1	116,0	+ 2,3	- 1,9	- 4,5	- 4,6	+ 2,8
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	108,7	110,3	+ 5,0	- 2,9	- 2,9	- 7,4	+ 4,1
Gießereiindustrie.....	124,9	134,3	+ 9,4	+ 7,4	+ 10,7	+ 1,7	+ 10,6
Metallerzeugnisse.....	113,1	120,7	+ 0,2	- 1,0	- 5,7	- 2,4	+ 1,8
Stahl- und Leichtmetallbau.....	100,8	109,8	- 1,0	+ 1,3	- 1,9	+ 0,9	+ 0,2
Maschinenbau.....	115,3	129,6	+ 5,6	+ 2,8	+ 2,4	- 1,7	+ 5,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	137,2	150,0	+ 1,8	- 5,5	- 6,1	- 11,3	+ 1,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	115,9	114,4	- 8,0	- 14,6	- 13,5	- 20,0	- 6,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	126,2	138,5	+ 1,3	- 0,1	- 2,2	- 3,6	+ 2,4
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	174,1	192,1	+ 1,5	- 14,7	- 12,5	- 24,0	0,0
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	131,9	146,8	+ 7,3	+ 2,6	- 0,6	- 0,7	+ 7,3
Fahrzeugbau.....	151,7	173,9	+ 6,7	+ 5,8	+ 11,1	+ 3,8	+ 9,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	150,8	172,5	+ 8,1	+ 5,0	+ 9,3	+ 2,0	+ 9,5
Sonstiger Fahrzeugbau.....	157,9	184,0	- 3,4	+ 12,0	+ 25,0	+ 17,4	+ 6,4
Schiffbau.....	106,2	138,8	- 44,0	+ 27,7	+ 96,7	+ 92,2	- 11,3
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	213,5	249,6	+ 8,7	+ 12,3	+ 17,3	+ 7,0	+ 14,1
Möbel.....	90,4	106,4	0,0	- 0,7	+ 1,0	- 5,7	+ 0,3

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.3 Umsatz der Industrie¹⁾

*3.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	August	September p)	2. Vj.	3. Vj.	August	September p)	Januar - September p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Früheres Bundesgebiet							
Industrie ²⁾	118,5	127,9	+ 2,9	- 1,3	- 1,1	- 5,3	+ 3,3
davon: Inland.....	103,5	109,3	+ 0,6	- 2,3	- 1,3	- 5,8	+ 0,8
Ausland.....	144,8	160,5	+ 5,9	0,0	- 0,7	- 4,6	+ 6,3
Vorleistungsgüterproduzenten.....	109,7	112,3	+ 0,7	- 5,3	- 4,5	- 9,9	+ 0,8
davon: Inland.....	101,2	102,7	+ 0,1	- 3,9	- 3,4	- 7,8	+ 0,4
Ausland.....	126,8	131,5	+ 1,8	- 6,9	- 6,2	- 12,8	+ 1,4
Investitionsgüterproduzenten.....	132,3	150,3	+ 4,7	+ 1,3	+ 1,1	- 2,2	+ 5,6
davon: Inland.....	112,3	123,2	+ 1,2	- 0,9	+ 0,4	- 4,0	+ 1,9
Ausland.....	158,3	185,3	+ 8,1	+ 3,3	+ 1,7	- 0,6	+ 9,0
Gebrauchsgüterproduzenten.....	92,7	108,7	+ 3,0	+ 2,0	+ 3,5	- 2,4	+ 2,9
davon: Inland.....	83,1	97,8	+ 1,1	- 0,5	+ 2,0	- 5,4	+ 0,4
Ausland.....	120,1	139,8	+ 7,2	+ 7,0	+ 6,7	+ 4,0	+ 8,4
Verbrauchsgüterproduzenten.....	110,6	107,1	+ 3,0	+ 0,7	+ 1,7	- 3,4	+ 1,9
davon: Inland.....	95,1	94,9	+ 0,1	- 1,7	- 0,5	- 4,5	- 0,7
Ausland.....	160,4	146,2	+ 9,0	+ 6,0	+ 6,5	- 1,1	+ 7,4
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	100,9	99,0	0,0	- 3,8	- 3,0	- 6,9	- 1,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	108,0	107,9	+ 1,4	- 1,7	- 0,6	- 6,4	+ 1,8
Chemische Industrie.....	109,5	107,8	+ 0,9	- 5,1	- 4,8	- 9,9	+ 0,5
Gummi- und Kunststoffwaren.....	109,9	111,7	+ 0,8	- 1,3	+ 0,2	- 4,8	+ 0,9
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	107,5	112,0	+ 2,0	- 2,7	- 5,6	- 5,8	+ 2,3
Maschinenbau.....	113,7	128,9	+ 5,5	+ 2,4	+ 1,9	- 1,5	+ 5,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	133,2	146,4	+ 1,6	- 6,1	- 6,5	- 12,1	+ 1,6
Fahrzeugbau.....	147,4	168,8	+ 6,4	+ 4,2	+ 7,6	+ 1,6	+ 8,3
Neue Länder und Berlin-Ost							
Industrie ²⁾	182,0	190,1	+ 7,5	+ 10,6	+ 17,3	+ 8,2	+ 10,7
davon: Inland.....	150,3	151,6	+ 6,0	+ 6,2	+ 10,1	+ 0,5	+ 7,1
Ausland.....	350,4	394,4	+ 11,0	+ 21,8	+ 37,5	+ 28,0	+ 19,4
Vorleistungsgüterproduzenten.....	182,6	179,4	+ 7,1	+ 5,8	+ 8,2	+ 0,4	+ 8,8
davon: Inland.....	160,9	154,4	+ 5,5	+ 4,9	+ 8,0	- 0,8	+ 6,9
Ausland.....	288,6	301,2	+ 11,3	+ 8,1	+ 8,7	+ 3,6	+ 14,2
Investitionsgüterproduzenten.....	186,4	208,6	+ 7,2	+ 16,8	+ 29,5	+ 18,3	+ 13,1
davon: Inland.....	138,3	147,1	+ 5,5	+ 7,2	+ 11,4	+ 1,2	+ 7,2
Ausland.....	435,9	526,3	+ 9,9	+ 36,3	+ 76,9	+ 56,0	+ 24,0
Gebrauchsgüterproduzenten.....	155,5	159,3	+ 9,0	+ 3,2	+ 16,7	- 3,6	+ 7,1
davon: Inland.....	143,0	146,8	+ 9,8	+ 2,8	+ 16,8	- 5,2	+ 6,1
Ausland.....	276,7	280,2	+ 4,6	+ 6,2	+ 16,1	+ 5,6	+ 13,5
Verbrauchsgüterproduzenten.....	169,9	174,0	+ 11,8	+ 13,0	+ 16,4	+ 9,6	+ 12,0
davon: Inland.....	156,5	162,8	+ 8,6	+ 12,0	+ 14,7	+ 10,4	+ 9,7
Ausland.....	284,3	268,6	+ 30,9	+ 18,4	+ 25,6	+ 5,0	+ 24,1
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	131,9	144,5	+ 6,7	- 0,5	+ 4,8	- 2,8	+ 5,8
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	180,3	180,9	+ 8,4	+ 6,5	+ 4,9	+ 4,6	+ 9,5
Chemische Industrie.....	172,4	168,3	+ 8,1	+ 9,2	+ 12,9	- 2,0	+ 10,8
Gummi- und Kunststoffwaren.....	197,7	189,2	+ 9,1	+ 7,0	+ 11,1	+ 3,4	+ 10,0
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	159,2	168,4	+ 5,6	+ 6,9	+ 8,3	+ 6,9	+ 8,7
Maschinenbau.....	146,7	142,8	+ 7,0	+ 7,3	+ 9,6	- 4,5	+ 10,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	213,7	220,3	+ 4,1	+ 3,2	- 1,3	+ 1,5	+ 5,1
Fahrzeugbau.....	239,6	279,8	+ 12,8	+ 33,7	+ 88,7	+ 40,5	+ 22,6

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.4 Lage in der Bauwirtschaft

*3.4.1 Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	2001							
		August	September	3. VJ	Juli	August	September	Januar – September	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Baugenehmigungen 1)									
Wohn- und Nichtwohngebäude									
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	–	2,7
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	7,8
Wohngebäude									
Wohnungen	Anzahl	–	10,5
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	–	8,8
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	9,3
Nichtwohngebäude									
Öffentliche Bauherren									
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	–	8,7
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	23,2
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)									
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	–	3,7
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	0,1
Auftragseingang 2)									
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	79,3	...	–	1,2	–	5,2	+	2,5
Hochbau	1995 = 100	69,2	...	–	3,8	–	7,5	+	1,0
Wohnungsbau	1995 = 100	56,9	...	–	12,1	–	20,6	–	16,3
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	78,0	...	+	1,8	+	1,0	+	13,4
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	96,1	...	+	2,5	–	2,0	+	4,2
Straßenbau	1995 = 100	125,1	...	+	4,1	–	3,2	+	6,6
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	83,9	...	+	1,6	–	1,2	+	2,8
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)									
Insgesamt	1995 = 100	79,2p	89,1p	–	9,4p	–	9,6p	–	10,4p
Hochbauleistungen	1995 = 100	74,7p	83,6p	–	12,6p	–	12,8p	–	13,7p
Tiefbauleistungen	1995 = 100	87,9p	99,6p	–	3,6p	–	4,1p	–	4,2p
Baufertigstellungen 1)									
Wohnungen	Anzahl	–	14,5	–	9,4
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m ³	–	11,8	–	8,6
Nichtwohngebäude	1 000 m ³	+	7,9	+	23,4
Beschäftigte									
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	–	10,9
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	15,3	15,3	–	17,1	–	16,2	–	19,4
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	224,0	219,5	+	9,4	+	7,5	+	6,5

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.4 Lage in der Bauwirtschaft

*3.4.2 Früheres Bundesgebiet

	Einheit	2001						
		August	September	3. VJ	Juli	August	September	Januar – September
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	–	0,2
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	5,1
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl	–	8,4
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	–	7,1
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	7,1
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	–	7,8
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	17,1
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	+	7,0
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	+	1,7
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau . . .	1995 = 100	84,6	...	+	2,3	–	4,5	+
Hochbau	1995 = 100	77,3	...	+	1,7	–	6,2	+
Wohnungsbau	1995 = 100	63,9	...	–	5,4	–	18,6	–
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	86,3	...	+	6,1	+	1,5	+
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	96,3	...	+	3,2	–	2,0	+
Straßenbau	1995 = 100	11,9	...	–	0,4	–	0,4	+
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	86,2	...	+	5,2	–	3,1	+
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	81,2p	93,5p	–	7,7p	–	7,6p	–
Hochbauleistungen	1995 = 100	77,7p	88,9p	–	10,4p	–	10,2p	–
Tiefbauleistungen	1995 = 100	87,9p	102,3p	–	2,6p	–	2,7p	–
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl	–	11,7
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m ³	–	9,1
Nichtwohngebäude	1 000 m ³	+	14,3	+	18,4	...
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	–	8,4
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	9,2	8,7	–	21,5	–	23,5	–
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	102,9	102,2	+	7,9	+	6,6	+
					6,7	+	7,4	+
						5,5		

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.4 Lage in der Bauwirtschaft

*3.4.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Einheit	2001						
		August	September	3. VJ	Juli	August	September	Januar – September
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	–	16,1
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	21,4
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl	–	19,3
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	–	17,9
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	20,8
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1000 m ¹⁴	1995 = 100	–	10,9
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	34,9
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	–	15,4
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	11,8
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten,								
Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	66,4	...	–	21,6	–	7,5	–
Hochbau	1995 = 100	49,1	...	–	22,7	–	13,3	–
Wohnungsbau	1995 = 100	41,5	...	–	40,3	–	28,2	–
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	55,4	...	–	5,2	–	1,4	–
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100	–	...	–	...	–
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100	–	...	–	...	–
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100	–	...	–	...	–
Tiefbau	1995 = 100	96,5	...	–	20,3	–	1,9	–
Straßenbau	1995 = 100	141,8	...	–	15,8	–	9,8	–
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	78,8	...	–	22,1	+	3,8	–
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100	–	...	–	...	–
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100	–	...	–	...	–
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100	–	...	–	...	–
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	72,2p	73,4p	–	16,2p	–	18,1p	–
Hochbauleistungen	1995 = 100	63,6p	64,2p	–	21,7p	–	23,5p	–
Tiefbauleistungen	1995 = 100	87,8p	90,2p	–	7,6p	–	9,2p	–
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl	–	26,8	–	24,1	–
Rauminhalt: Wohngebäude . . . 1 000 m ³		–	24,7	–	21,4	–
Nichtwohngebäude	1 000 m ³	–	22,0	–	57,8	–
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	–	...	–	17,1	–
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	6,1	6,6	–	8,2	–	1,0	–
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	121,2	117,3	+	10,6	+	8,2	+
				–	6,3	+	6,3	+
				–	5,8	+	5,8	+
				–	10,4	–	10,4	–

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*4. Löhne und Gehälter

	2001									
	Juni	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September		
	1995 = 100				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Bundesrepublik Deutschland										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	105,0	141,2	105,2	105,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2		
auf Monatsbasis	104,4	140,4	104,6	105,1	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,2		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	105,6	158,7	105,8	105,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8		
auf Monatsbasis	104,1	156,5	104,3	104,4	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8		
Früheres Bundesgebiet										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)	-									
auf Stundenbasis	103,6	140,5	103,8	104,2	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,1		
auf Monatsbasis	103,2	139,9	103,3	103,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,1		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	104,3	157,7	104,5	104,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,8		
auf Monatsbasis	103,0	155,7	103,2	103,3	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8		
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	112,2	143,7	112,6	113,4	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 3,0		
auf Monatsbasis	111,1	142,1	111,4	112,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,9		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	112,9	163,3	113,2	113,2	+ 2,0	+ 3,6	+ 2,1	+ 2,1		
auf Monatsbasis	111,3	160,9	111,6	111,6	+ 2,0	+ 3,6	+ 2,1	+ 2,0		

¹⁾ Bei der Berechnung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus wurden Pauschalzahlungen sowie lineare Erhöhungssätze zusammengefasst und auf die gesamte Laufzeit der Tarifverträge umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

*5. Außenwirtschaft

*5.1 Einfuhr nach Warengruppen¹⁾²⁾

Warengruppen	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001					Anteil in %
	Januar - Juli	Januar - Juli		Mai	Juni	Juli	Januar - Juli		
	Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Einfuhr insgesamt	591 774	640 222	+ 48 448	- 2,7	+ 7,1	+ 4,8	+ 8,2	100	
Güter der Ernährungswirtschaft.....	41 854	44 856	+ 3 002	+ 3,6	+ 5,6	+ 14,5	+ 7,2	7,0	
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	486 969	535 127	+ 48 158	- 1,4	+ 8,7	+ 5,5	+ 9,9	83,6	
Rohstoffe und Halbwaren.....	84 463	93 116	+ 8 653	- 12,7	+ 15,8	- 3,9	+ 10,2	14,5	
Rohstoffe.....	33 118	35 294	+ 2 176	- 21,9	+ 31,3	- 11,5	+ 6,6	5,5	
Halbwaren.....	51 345	57 822	+ 6 478	- 6,2	+ 6,8	+ 1,3	+ 12,6	9,0	
Fertigwaren.....	402 506	442 011	+ 39 505	+ 1,1	+ 7,2	+ 7,7	+ 9,8	69,0	
Vorzeugnisse.....	59 577	63 796	+ 4 218	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,8	+ 7,1	10,0	
Enderzeugnisse.....	342 929	378 216	+ 35 287	+ 1,0	+ 8,5	+ 7,5	+ 10,3	59,1	
Vorleistungsgüter.....	230 940	258 040	+ 27 101	- 2,4	+ 11,6	+ 7,0	+ 11,7	40,3	
Investitionsgüter.....	161 033	180 032	+ 18 999	+ 0,8	+ 7,7	+ 5,2	+ 11,8	28,1	
Gebrauchsgüter.....	28 568	29 345	+ 777	- 10,7	+ 3,5	+ 14,5	+ 2,7	4,6	
Verbrauchsgüter.....	79 679	85 706	+ 6 027	+ 2,3	+ 6,8	+ 9,3	+ 7,6	13,4	
Landwirtschaftsgüter.....	17 572	18 328	+ 756	- 0,3	+ 4,8	+ 18,3	+ 4,3	2,9	
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	73 983	68 771	- 5 212	- 13,8	- 6,6	- 13,7	- 7,0	10,7	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd.....	16 382	17 164	+ 781	+ 1,6	+ 4,3	+ 19,3	+ 4,8	2,7	
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	639	628	- 12	- 33,6	+ 23,4	+ 6,7	- 1,8	0,1	
Fische und Fischereierzeugnisse.....	550	537	- 14	- 9,5	+ 0,3	- 2,7	- 2,5	0,1	
Kohle und Torf.....	947	1 653	+ 706	+ 68,0	+ 78,6	+ 94,0	+ 74,5	0,3	
Erdöl und Erdgas.....	34 930	40 293	+ 5 362	- 18,1	+ 33,8	- 2,9	+ 15,4	6,3	
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Erze.....	2 704	3 094	+ 391	- 19,0	+ 25,4	+ 22,5	+ 14,4	0,5	
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	1 321	1 297	- 24	- 5,3	- 5,2	+ 1,7	- 1,8	0,2	
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	26 233	28 492	+ 2 259	+ 4,2	+ 4,7	+ 11,9	+ 8,6	4,5	
Tabakerzeugnisse.....	810	777	- 32	- 7,2	+ 5,2	- 17,7	- 4,0	0,1	
Textilien.....	14 054	14 406	+ 353	- 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 2,5	2,3	
Bekleidung.....	18 906	20 034	+ 1 128	- 4,5	+ 6,2	+ 4,9	+ 6,0	3,1	
Leder und Lederwaren.....	7 116	7 366	+ 250	- 3,4	+ 4,7	+ 7,4	+ 3,5	1,2	
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	5 766	5 046	- 720	- 19,6	- 7,4	- 4,6	- 12,5	0,8	
Papier.....	13 100	14 257	+ 1 157	+ 4,1	- 2,0	+ 1,0	+ 8,8	2,2	
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	3 209	3 188	- 21	- 17,4	+ 13,4	- 15,2	- 0,6	0,5	
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	11 730	12 287	+ 557	- 13,3	+ 6,2	- 23,4	+ 4,7	1,9	
Chemische Erzeugnisse.....	51 238	64 282	+ 13 044	+ 16,3	+ 31,9	+ 44,7	+ 25,5	10,0	
Gummi- und Kunststoffwaren.....	14 178	14 657	+ 479	+ 3,4	- 1,7	+ 7,7	+ 3,4	2,3	
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	7 290	7 567	+ 276	- 0,8	+ 1,7	+ 9,6	+ 3,8	1,2	
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	31 065	33 518	+ 2 453	- 0,8	+ 3,9	- 0,8	+ 7,9	5,2	
Metallerzeugnisse.....	12 932	13 845	+ 913	+ 3,4	+ 2,3	+ 12,5	+ 7,1	2,2	
Maschinen.....	39 973	44 337	+ 4 364	+ 5,4	+ 13,6	+ 10,4	+ 10,9	6,9	
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	31 206	32 614	+ 1 409	- 1,7	- 1,7	- 7,5	+ 4,5	5,1	
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.....	25 292	27 736	+ 2 443	- 4,4	+ 0,7	+ 3,5	+ 9,7	4,3	
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente.....	35 767	40 772	+ 5 006	+ 14,0	- 4,8	- 2,2	+ 14,0	6,4	
Medizin-, meß-, steuerungs-, Regelungs-, technische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	16 458	18 792	+ 2 335	- 0,1	+ 14,0	+ 16,3	+ 14,2	2,9	
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	54 595	58 829	+ 4 234	- 5,6	+ 13,6	+ 11,2	+ 7,8	9,2	
Sonstige Fahrzeuge.....	25 693	29 824	+ 4 131	- 18,7	+ 2,0	- 1,0	+ 16,1	4,7	
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	14 184	14 725	+ 541	- 7,0	+ 1,4	+ 5,6	+ 3,8	2,3	
Energie.....	557	756	+ 199	- 59,0	- 32,3	+ 21,8	+ 35,8	0,1	
Sonstige Waren 3) 4).....	72 950	67 450	- 5 500	- 13,6	- 6,9	- 14,1	- 7,5	10,5	

1) Vorläufige Ergebnisse.

2) Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

3) Einschließlich nicht aufgelisteter Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

4) Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

*5. Außenwirtschaft

*5.2 Ausfuhr nach Warengruppen¹⁾²⁾

Warengruppen	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001					Anteil in %
	Januar - August	Januar - August		Juni	Juli	August	Januar - August		
	Mill. DM		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %		
Ausfuhr insgesamt.....	751 892	835 594	+ 83 701	+ 7,9	+ 11,3	+ 9,5	+ 11,1	100	
Güter der Ernährungswirtschaft.....	31 832	35 215	+ 3 383	- 4,1	+ 15,4	+ 20,6	+ 10,6	4,2	
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	680 555	758 813	+ 78 258	+ 9,2	+ 11,4	+ 9,0	+ 11,5	90,8	
Rohstoffe und Halbwaren.....	41 273	44 370	+ 3 097	+ 2,3	+ 1,1	+ 2,5	+ 7,5	5,3	
Rohstoffe.....	5 357	5 569	+ 211	- 6,6	+ 6,9	+ 22,0	+ 3,9	0,7	
Halbwaren.....	35 915	38 801	+ 2 886	+ 3,8	+ 0,3	- 0,0	+ 8,0	4,6	
Fertigwaren.....	639 282	714 443	+ 75 161	+ 9,7	+ 12,1	+ 9,4	+ 11,8	85,5	
Vorzeugnisse.....	102 398	108 106	+ 5 709	+ 0,8	+ 4,6	- 1,6	+ 5,6	12,9	
Enderzeugnisse.....	536 884	606 337	+ 69 453	+ 11,5	+ 13,5	+ 11,6	+ 12,9	72,6	
Vorleistungsgüter.....	278 436	300 114	+ 21 678	+ 2,9	+ 5,8	+ 1,3	+ 7,8	35,9	
Investitionsgüter.....	304 532	346 102	+ 41 570	+ 11,9	+ 13,1	+ 12,4	+ 13,7	41,4	
Gebrauchsgüter.....	26 728	29 921	+ 3 193	+ 17,4	+ 6,8	+ 12,0	+ 11,9	3,6	
Verbrauchsgüter.....	73 059	84 508	+ 11 449	+ 9,7	+ 23,6	+ 28,5	+ 15,7	10,1	
Landwirtschaftsgüter.....	6 152	6 099	- 54	+ 0,4	- 5,6	+ 14,5	- 0,9	0,7	
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	62 985	68 850	+ 5 865	+ 6,2	+ 15,8	+ 7,4	+ 9,3	8,2	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd...	5 201	5 337	+ 135	+ 2,5	- 2,8	+ 17,6	+ 2,6	0,6	
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	643	563	- 81	- 9,3	- 8,6	- 12,2	- 12,5	0,1	
Fische und Fischereierzeugnisse.....	307	199	- 108	- 20,6	- 60,0	- 10,2	- 35,2	0,0	
Kohle und Torf.....	307	294	- 13	- 39,7	+ 19,0	- 0,8	- 4,1	0,0	
Erdöl und Erdgas.....	2 125	3 920	+ 1 795	+ 57,0	- 2,2	+ 109,6	+ 84,4	0,5	
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Erze.....	80	88	+ 8	+ 12,6	- 20,2	- 12,0	+ 9,5	0,0	
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	994	1 092	+ 98	- 6,2	+ 50,2	+ 2,6	+ 9,8	0,1	
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	25 678	28 693	+ 3 015	+ 2,7	+ 18,1	+ 17,3	+ 11,7	3,4	
Tabakerzeugnisse.....	2 263	2 770	+ 508	- 53,9	+ 39,6	+ 92,9	+ 22,4	0,3	
Textilien.....	14 386	15 344	+ 958	+ 1,1	+ 5,2	+ 2,6	+ 6,7	1,8	
Bekleidung.....	8 449	9 261	+ 813	+ 4,6	+ 8,6	+ 16,6	+ 9,6	1,1	
Leder und Lederwaren.....	3 358	3 635	+ 277	+ 23,4	+ 9,5	+ 11,8	+ 8,2	0,4	
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	4 310	4 677	+ 367	+ 20,2	- 2,6	+ 7,5	+ 8,5	0,6	
Papier.....	17 056	17 810	+ 754	- 0,0	- 4,5	+ 6,8	+ 4,4	2,1	
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	5 507	5 959	+ 451	- 5,3	+ 5,9	+ 16,1	+ 8,2	0,7	
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	6 991	7 195	+ 204	- 7,1	+ 2,8	- 11,6	+ 2,9	0,9	
Chemische Erzeugnisse.....	95 259	104 110	+ 8 851	+ 4,8	+ 11,6	+ 14,5	+ 9,3	12,5	
Gummi- und Kunststoffwaren.....	23 474	25 465	+ 1 991	+ 8,2	+ 9,6	+ 14,3	+ 8,5	3,0	
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	10 133	10 760	+ 626	+ 7,6	+ 12,5	- 1,6	+ 6,2	1,3	
Eisen- und Stahlherzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	37 140	40 217	+ 3 077	+ 4,8	+ 7,7	- 2,2	+ 8,3	4,8	
Metallerzeugnisse.....	22 523	24 533	+ 2 009	+ 9,1	+ 14,5	+ 6,6	+ 8,9	2,9	
Maschinen.....	106 638	118 195	+ 11 557	+ 11,2	+ 9,5	+ 4,3	+ 10,8	14,1	
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	21 093	21 658	+ 565	- 5,7	+ 0,7	- 3,4	+ 2,7	2,6	
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.....	37 399	41 712	+ 4 313	+ 12,1	+ 11,4	+ 2,1	+ 11,5	5,0	
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente.....	39 388	44 299	+ 4 911	- 5,8	- 2,0	+ 0,5	+ 12,5	5,3	
Medizin-, meß-, steuerungs-, Regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	27 955	32 047	+ 4 092	+ 12,1	+ 21,7	+ 7,3	+ 14,6	3,8	
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	132 884	150 669	+ 17 785	+ 15,9	+ 10,6	+ 15,9	+ 13,4	18,0	
Sonstige Fahrzeuge.....	29 738	39 666	+ 9 927	+ 27,7	+ 48,1	+ 37,4	+ 33,4	4,7	
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	12 732	13 657	+ 925	- 0,3	+ 23,1	+ 6,2	+ 7,3	1,6	
Energie.....	618	759	+ 141	- 32,5	- 70,6	+ 28,7	+ 22,9	0,1	
Sonstige Waren 3) 4).....	57 259	61 008	+ 3 750	+ 4,0	+ 13,0	+ 4,1	+ 6,5	7,3	

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschließlich nicht aufgelistebare Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

*5. Außenwirtschaft

5.3 Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern)

Ländergruppe Ursprungsland	2000	2001	2001			2001		
	Jan./Aug.	Jan./Aug.	Jan./Aug.	Juni	Juli	Aug.	Jan./Aug.	Jan./Aug.
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in						Anteil in	
	Mill. DM	Mill. DM				%		%
Einfuhr Insgesamt	679 461	725 015	+ 45 554	+ 7,1	+ 4,8	- 3,3	+ 6,7	100
dar.: EU - Länder	353 603	378 228	+ 24 624	+ 10,4	+ 4,9	- 3,8	+ 7,0	52,2
Frankreich	65 994	68 017	+ 2 022	+ 4,3	- 8,5	- 0,1	+ 3,1	9,4
Niederlande	59 292	60 952	+ 1 660	+ 1,9	+ 0,2	- 4,1	+ 2,8	8,4
Italien	46 572	46 999	+ 427	+ 3,1	+ 1,7	- 4,5	+ 0,9	6,5
Vereinigtes Königreich	47 653	49 564	+ 1 912	+ 15,8	- 8,3	- 5,3	+ 4,0	6,8
Irland	12 445	21 773	+ 9 329	+ 195,4	+ 234,9	- 21,9	+ 75,0	3,0
Dänemark	10 544	11 608	+ 1 064	- 0,5	+ 36,1	+ 6,3	+ 10,1	1,6
Griechenland	2 222	2 335	+ 113	- 8,7	+ 3,1	- 0,0	+ 5,1	0,3
Portugal	7 336	7 331	- 5	+ 34,1	+ 2,9	- 23,5	- 0,1	1,0
Spanien	21 096	21 360	+ 265	+ 3,5	- 0,4	+ 7,1	+ 1,3	2,9
Schweden	12 677	12 364	- 314	- 19,5	- 5,4	+ 0,6	- 2,5	1,7
Finnland	6 552	9 163	+ 2 611	+ 20,4	+ 25,3	- 5,9	+ 39,8	1,3
Österreich	26 216	26 858	+ 642	- 5,6	+ 8,4	+ 0,3	+ 2,4	3,7
Belgien	32 967	37 639	+ 4 672	+ 18,0	+ 4,1	+ 4,1	+ 14,2	5,2
Luxemburg	2 038	2 265	+ 228	- 5,2	+ 15,3	+ 2,3	+ 11,2	0,3
EFTA - Länder	36 636	40 902	+ 4 266	+ 8,2	+ 11,7	- 2,3	+ 11,6	5,6
Island	481	515	+ 34	- 4,0	+ 2,2	+ 3,2	+ 7,1	0,1
Norwegen	12 221	14 523	+ 2 303	+ 17,7	+ 15,2	- 16,3	+ 18,8	2,0
Liechtenstein	394	447	+ 53	+ 0,8	+ 7,2	+ 16,9	+ 13,5	0,1
Schweiz	23 541	25 417	+ 1 876	+ 4,6	+ 10,0	+ 4,4	+ 8,0	3,5
andere europ. Länder 1)	87 831	99 832	+ 12 001	+ 16,5	+ 13,3	+ 7,9	+ 13,7	13,8
dar.: Türkei	7 860	8 496	+ 637	+ 15,6	+ 7,1	+ 10,5	+ 8,1	1,2
Russ. Föderation	17 655	19 304	+ 1 648	+ 14,4	+ 7,4	- 17,8	+ 9,3	2,7
Ukraine	1 100	1 182	+ 82	- 17,4	+ 55,1	+ 8,6	+ 7,5	0,2
Belarus	381	408	+ 27	+ 7,1	+ 8,2	- 1,5	+ 7,1	0,1
Estland	469	379	- 90	- 16,5	- 29,3	- 4,5	- 19,2	0,1
Lettland	520	619	+ 99	+ 50,3	+ 12,7	+ 4,9	+ 19,1	0,1
Litauen	760	933	+ 173	+ 28,4	+ 31,0	+ 17,1	+ 22,7	0,1
Polen	14 878	17 221	+ 2 344	+ 13,9	+ 14,3	+ 8,0	+ 15,8	2,4
Tschechische Republik	16 168	18 291	+ 2 123	+ 16,0	+ 2,8	+ 23,1	+ 13,1	2,5
Slowakei	4 243	5 388	+ 1 145	+ 67,3	+ 73,4	+ 33,5	+ 27,0	0,7
Ungarn	13 119	15 591	+ 2 473	+ 13,6	+ 12,6	+ 25,8	+ 18,8	2,2
Rumänien	2 610	3 010	+ 400	+ 13,1	+ 25,7	+ 2,1	+ 15,3	0,4
Bulgarien	716	894	+ 177	+ 23,3	+ 16,0	+ 13,9	+ 24,7	0,1
Slowenien	3 384	3 332	- 52	+ 7,1	+ 3,9	+ 5,0	- 1,5	0,5
Kroatien	875	905	+ 30	- 12,5	+ 3,1	+ 8,2	+ 3,5	0,1
Außereuropäische Länder	201 391	206 053	+ 4 662	- 2,9	- 0,7	- 7,5	+ 2,3	28,4
dar.: Vereinigte Staaten	58 228	62 872	+ 4 644	+ 5,5	+ 2,3	+ 2,9	+ 8,0	8,7
Kanada	4 404	4 438	+ 34	- 15,8	- 0,4	+ 5,6	+ 0,8	0,6
Südafrika	3 655	4 481	+ 826	+ 34,6	+ 15,8	+ 23,4	+ 22,6	0,6
China	22 088	24 393	+ 2 305	+ 0,5	+ 15,1	+ 6,3	+ 10,4	3,4
Japan	34 279	30 792	- 3 486	- 15,4	- 16,6	- 21,1	- 10,2	4,2
Australien	1 543	1 687	+ 145	+ 7,2	+ 17,9	- 11,8	+ 9,4	0,2
Neuseeland	590	742	+ 152	+ 63,7	+ 74,3	- 23,0	+ 25,8	0,1
nachrichtlich:								
Mittel- u. osteurop. Länder 2)	74 609	85 744	+ 11 135	+ 17,5	+ 14,2	+ 7,6	+ 14,9	11,8
Entwicklungsländer	75 768	75 742	- 26	- 6,5	- 2,3	- 15,2	- 0,0	10,4
Afrika	11 052	10 546	- 506	- 3,3	+ 9,9	- 34,9	- 4,6	1,5
Amerika	13 129	13 713	+ 583	+ 5,4	+ 8,2	+ 3,5	+ 4,4	1,9
Asien	51 371	51 149	- 221	- 10,2	- 8,4	- 14,3	- 0,4	7,1
Ozeanien	216	334	+ 118	- 23,1	+ 189,4	- 66,8	+ 54,5	0,0
OECD - Länder 3)	554 434	592 618	+ 38 184	+ 8,1	+ 4,4	- 2,1	+ 6,9	81,7
Ostasiatische								
Schwellenländer 4)	23 216	22 124	- 1 092	- 20,3	- 16,1	- 18,7	- 4,7	3,1
OPEC - Länder 5)	12 311	11 081	- 1 230	- 0,8	- 15,0	- 21,8	- 10,0	1,5
NAFTA - Länder 6)	64 478	69 427	+ 4 949	+ 4,3	+ 2,2	+ 3,3	+ 7,7	9,6
Asean - Länder 7)	19 696	20 835	+ 1 139	- 0,9	- 2,4	- 10,8	+ 5,8	2,9

¹⁾ Einschließlich nicht aufgeliertbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

²⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich Mittel- u. osteurop. Länder.

³⁾ Ehemalige Staatshandelsländer.

⁴⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tsch. Rep., Slowak., Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland.

⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan.

⁶⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁷⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

⁸⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5. Außenwirtschaft

5.4 Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern)

Ländergruppe Bestimmungsland	2000	2001	2001	2001			2001	2001
	Jan./Aug.	Jan./Aug.	Jan./Aug.	Juni	Juli	Aug.	Jan./Aug.	Jan./Aug.
	Mill. DM	Mill. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %	
Einfuhr Insgesamt	751 892	835 594	+ 83 701	+ 7,9	+ 11,3	+ 9,5	+ 11,1	100
dar.: EU - Länder	428 354	462 953	+ 34 599	+ 5,5	+ 8,4	+ 9,3	+ 8,1	55,4
Frankreich	0	93 665	+ 7 839	+ 7,0	+ 6,4	+ 9,4	+ 9,1	11,2
Niederlande	49 302	51 952	+ 2 649	+ 3,7	+ 1,9	+ 6,5	+ 5,4	6,2
Italien	57 185	62 649	+ 5 463	+ 7,2	+ 6,7	+ 7,6	+ 9,6	7,5
Vereinigtes Königreich	63 638	70 011	+ 6 373	+ 3,5	+ 18,1	+ 15,7	+ 10,0	8,4
Irland	4 602	5 181	+ 580	- 7,7	+ 15,4	+ 1,2	+ 12,6	0,6
Dänemark	11 577	13 507	+ 1 930	+ 16,7	+ 21,9	+ 26,7	+ 16,7	1,6
Griechenland	5 956	6 837	+ 882	+ 40,9	- 2,0	+ 53,2	+ 14,8	0,8
Portugal	8 260	8 383	+ 123	+ 11,2	+ 15,4	- 4,0	+ 1,5	1,0
Spanien	34 349	37 623	+ 3 273	+ 3,3	+ 15,4	+ 21,6	+ 9,5	4,5
Schweden	17 196	16 646	- 550	- 4,2	- 7,2	- 9,2	- 3,2	2,0
Finnland	8 769	8 784	+ 15	- 14,5	- 4,4	+ 8,0	+ 0,2	1,1
Österreich	39 793	42 380	+ 2 587	+ 7,6	+ 8,3	+ 4,9	+ 6,5	5,1
Belgien	38 707	41 609	+ 2 902	+ 4,5	+ 7,6	+ 0,5	+ 7,5	5,0
Luxemburg	3 195	3 727	+ 532	+ 26,9	- 4,9	+ 5,6	+ 16,7	0,4
EFTA - Länder	38 587	43 826	+ 5 239	+ 18,0	+ 6,7	+ 13,2	+ 13,6	5,2
Island	408	396	- 12	- 10,7	+ 29,9	- 17,9	- 2,9	0,0
Norwegen	5 407	6 653	+ 1 245	+ 45,1	+ 16,5	+ 73,2	+ 23,0	0,8
Liechtenstein	642	413	- 229	- 52,6	- 40,6	- 52,2	- 35,6	0,0
Schweiz	32 131	36 365	+ 4 234	+ 15,2	+ 6,2	+ 5,4	+ 13,2	4,4
andere europ. Länder 1)	85 621	99 119	+ 13 499	+ 9,3	+ 17,1	+ 11,3	+ 15,8	11,9
dar.: Türkei	10 019	7 831	- 2 188	- 28,1	- 26,6	- 32,9	- 21,8	0,9
Russ. Föderation	7 670	12 105	+ 4 436	+ 55,1	+ 67,1	+ 64,2	+ 57,8	1,4
Ukraine	1 665	2 478	+ 814	+ 64,5	+ 41,1	+ 16,5	+ 48,9	0,3
Belarus	696	969	+ 274	+ 58,9	+ 57,5	+ 113,1	+ 39,4	0,1
Estland	533	673	+ 140	+ 19,1	+ 26,8	+ 13,5	+ 26,2	0,1
Lettland	766	1 003	+ 237	+ 18,1	+ 46,2	+ 35,2	+ 30,9	0,1
Litauen	1 057	1 505	+ 448	+ 28,0	+ 67,1	+ 45,2	+ 42,4	0,2
Polen	18 250	19 562	+ 1 312	- 1,0	+ 11,0	+ 6,4	+ 7,2	2,3
Tschechische Republik	15 682	19 373	+ 3 691	+ 18,5	+ 19,6	+ 11,4	+ 23,5	2,3
Slowakei	4 146	5 131	+ 985	+ 23,5	+ 28,5	+ 17,4	+ 23,8	0,6
Ungarn	12 833	13 785	+ 951	+ 0,5	+ 1,6	+ 4,5	+ 7,4	1,6
Rumänien	2 934	3 840	+ 906	+ 21,1	+ 31,7	+ 23,0	+ 30,9	0,5
Bulgarien	1 054	1 270	+ 216	+ 13,4	+ 15,6	+ 10,4	+ 20,5	0,2
Slowenien	2 929	3 142	+ 212	+ 4,0	+ 9,6	+ 4,7	+ 7,2	0,4
Kroatien	1 669	2 000	+ 331	- 14,8	+ 12,7	+ 39,7	+ 19,9	0,2
Außereuropäische Länder	199 330	229 695	+ 30 365	+ 10,6	+ 15,4	+ 8,5	+ 15,2	27,5
dar.: Vereinigte Staaten	77 921	89 986	+ 12 066	+ 14,6	+ 18,0	+ 11,8	+ 15,5	10,8
Kanada	5 705	6 119	+ 413	- 4,4	+ 7,6	+ 21,8	+ 7,2	0,7
Südafrika	4 616	5 776	+ 1 161	+ 43,5	+ 23,9	+ 8,6	+ 25,1	0,7
China	10 930	15 353	+ 4 423	+ 24,9	+ 49,6	+ 42,3	+ 40,5	1,8
Japan	16 403	17 211	+ 808	- 5,0	+ 3,1	+ 0,8	+ 4,9	2,1
Australien	4 409	4 577	+ 168	+ 0,5	+ 13,9	+ 9,8	+ 3,8	0,5
Neuseeland	606	716	+ 110	+ 31,7	+ 9,2	+ 19,9	+ 18,2	0,1
nachrichtlich:.....								
Mittel- u. osteurop. Länder 2)	68 702	83 491	+ 14 789	+ 16,2	+ 23,1	+ 18,3	+ 21,5	10,0
Entwicklungsländer	76 718	87 991	+ 11 273	+ 7,2	+ 11,9	+ 1,9	+ 14,7	10,5
Afrika	8 491	9 746	+ 1 255	- 11,4	+ 40,5	+ 22,9	+ 14,8	1,2
Amerika	18 986	22 012	+ 3 025	+ 21,6	+ 7,9	+ 2,8	+ 15,9	2,6
Asien	49 003	56 065	+ 7 062	+ 5,8	+ 10,0	+ 0,4	+ 14,4	6,7
Ozeanien	238	168	- 70	- 30,5	- 67,7	- 88,8	- 29,4	0,0
OECD - Länder 3)	644 587	704 187	+ 59 600	+ 6,7	+ 9,1	+ 8,5	+ 9,2	84,3
Ostasiatische								
Schwellenländer 4)	22 272	23 061	+ 789	- 4,8	- 6,6	- 9,4	+ 3,5	2,8
OPEC - Länder 5)	12 915	17 174	+ 4 259	+ 23,5	+ 35,7	+ 33,7	+ 33,0	2,1
NAFTA - Länder 6)	89 699	103 189	+ 13 490	+ 13,1	+ 16,9	+ 10,8	+ 15,0	12,3
Asean - Länder 7) A25.....	13 102	16 185	+ 3 083	- 1,8	+ 27,2	+ 9,5	+ 23,5	1,9

^{*) Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.}

¹⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich Mittel- u. osteurop. Länder.

²⁾ Ehemalige Staatshandelsländer.

³⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tsch. Rep., Slowak., Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland.

⁴⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan.

⁵⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁶⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

⁷⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5. Außenwirtschaft

*5.5 Struktur des Außenhandels nach Warengruppen (Warenverzeichnis für den Außenhandel)¹⁾

Warengruppen	2000		2001			2000		2001		
	Jahr	Juni	August	Januar - August	Jahr	Juni	August	Januar - August		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					Anteil an der gesamten Einfuhr/Ausfuhr in %				
Einfuhr insgesamt	+ 22,3	+ 4,8	- 3,3	+ 6,7	100	100	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	- 4,0	+ 14,5	+ 4,2	+ 6,8	6,9	7,5	7,4	7,1		
Gewerbliche Wirtschaft	+ 18,3	+ 5,5	- 2,9	+ 8,2	82,6	83,2	83,0	83,5		
Rohstoffe	+ 66,1	- 11,5	- 15,8	+ 3,4	5,8	5,5	5,4	5,5		
Halbwaren	+ 50,6	+ 1,3	- 14,2	+ 9,2	8,9	9,0	7,5	8,9		
Fertigwaren	+ 12,3	+ 7,7	- 0,4	+ 8,5	67,9	68,7	70,1	69,2		
Vorzeugnisse	+ 10,4	+ 8,8	- 6,5	+ 5,3	9,8	10,3	9,9	10,0		
Enderzeugnisse	+ 12,7	+ 7,5	+ 0,7	+ 9,1	58,1	58,5	60,3	59,2		
Ausfuhr insgesamt	+ 17,0	+ 11,3	+ 9,5	+ 11,1	100	100	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	+ 4,6	+ 15,4	+ 20,6	+ 10,6	4,2	4,4	4,8	4,2		
Gewerbliche Wirtschaft	+ 14,3	+ 11,4	+ 9,0	+ 11,5	90,6	90,7	90,4	90,8		
Rohstoffe	+ 13,2	+ 6,9	+ 22,0	+ 3,9	0,7	0,6	0,7	0,7		
Halbwaren	+ 30,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 8,0	4,8	4,3	4,6	4,6		
Fertigwaren	+ 13,5	+ 12,1	+ 9,4	+ 11,8	85,1	85,8	85,1	85,5		
Vorzeugnisse	+ 17,2	+ 4,6	- 1,6	+ 5,6	13,4	12,9	12,5	12,9		
Enderzeugnisse	+ 12,8	+ 13,5	+ 11,6	+ 12,9	71,7	72,9	72,7	72,6		

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis u. Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5.6 Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr¹⁾

Index	2000			2001			2000			2001		
	Jahr	Juni	Juli	August	Jahr	Juni	Juli	August	Jahr	Juni	Juli	August
	1995 = 100			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Einfuhr												
Index der tatsächlichen Werte	160,2	164,6	164,5	153,2	+ 22,3	+ 7,0	+ 4,8	- 3,3				
Index des Volumens	149,2	151,9	150,2	142,3	+ 10,3	+ 4,7	+ 4,7	- 2,9				
Index der Durchschnittswerte	107,4	108,4	109,5	107,7	+ 11,0	+ 2,3	+ 0,1	- 0,4				
Ausfuhr												
Index der tatsächlichen Werte	155,7	167,4	173,2	161,7	+ 17,0	+ 7,9	+ 11,2	+ 9,6				
Index des Volumens	156,0	160,8	163,5	154,9	+ 12,5	+ 2,2	+ 5,0	+ 7,4				
Index der Durchschnittswerte	99,8	104,1	105,9	104,4	+ 4,1	+ 5,6	+ 5,9	+ 2,0				
Terms of Trade ²⁾	92,9	96,0	96,7	96,9	- 6,3	+ 3,2	+ 5,8	+ 2,3				

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis u. Zuschätzung für Befreiungen.

²⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in % des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5.7 Handelsbilanzsaldo¹⁾, (in Mio. DM)

Monat, Vierteljahr, Halbjahr, Jah	1998		1999		2000		2001	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	+ 5 197	-	+ 8 156	-	+ 5 195	-	+ 8 711	-
Februar	+ 11 151	+ 16 347	+ 10 799	+ 18 955	+ 12 998	+ 18 192	+ 12 642	+ 21 353
März	+ 12 068	+ 28 415	+ 11 008	+ 29 962	+ 10 817	+ 29 009	+ 17 387	+ 38 740
1. Vierteljahr	+ 28 415	x	+ 29 962	x	+ 29 009	x		
April	+ 10 373	+ 38 788	+ 11 016	+ 40 978	+ 9 385	+ 38 393	+ 38 740	x
Mai	+ 13 364	+ 52 152	+ 6 354	+ 47 332	+ 7 387	+ 45 780		
Juni	+ 10 606	+ 62 759	+ 13 326	+ 60 658	+ 11 777	+ 57 557	+ 10 571	+ 49 311
2. Vierteljahr	+ 34 344	x	+ 30 696	x	+ 28 548	x	+ 14 510	+ 63 821
Juli	+ 13 298	+ 76 056	+ 13 892	+ 74 550	+ 10 346	+ 67 903	+ 13 438	+ 77 260
August	+ 7 830	+ 83 886	+ 5 916	+ 80 466	+ 4 528	+ 72 431		
September	+ 10 826	+ 94 712	+ 10 845	+ 91 311	+ 7 123	+ 79 554	38 520	x
3. Vierteljahr	+ 31 953	x	+ 30 653	x	+ 21 997	x		
Oktober	+ 11 716	+ 106 428	+ 11 025	+ 102 337	+ 12 247	+ 91 801	17 139	94 399
November	+ 15 036	+ 121 465	+ 15 266	+ 117 603	+ 8 854	+ 100 655	+ 16 179	+ 110 578
Dezember	+ 5 506	+ 126 970	+ 9 939	+ 127 542	+ 2 379	+ 103 034		
4. Vierteljahr	+ 32 258	x	+ 36 230	x	+ 23 481	x		
2. Halbjahr.....	+ 64 212	x	+ 66 884	x	+ 45 478	x		
Jahr	+ 126 970	x	+ 127 542	x	+ 103 034	x		

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5. Außenwirtschaft

*5.8 Leistungsbilanzsaldo, (in Mio. Euro)

	1998		1999		2000		2001	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	- 13 790	- 13 790	- 4 419	- 4 419	- 7 943	- 7 943	- 5 309	- 5 309
Februar	- 812	- 14 602	- 264	- 4 683	+ 765	- 7 178	+ 1 336	- 3 973
März	+ 7 361	- 7 241	+ 1 651	- 3 032	+ 3 913	- 3 265	+ 3 140	- 833
1. Vierteljahr	- 7 241	x	- 3 032	x	- 3 265	x	- 833	x
April	+ 2 186	- 5 055	+ 2 681	- 351	- 1 710	- 4 975	+ 1 989	+ 1 156
Mai	+ 1 225	- 3 830	- 3 778	- 4 129	- 3 241	- 8 216	+ 170	+ 1 326
Juni	+ 3 493	- 337	+ 2 846	- 1 283	+ 191	- 8 025	- 4 592	- 3 266
2. Vierteljahr	+ 6 904	x	+ 1 749	x	- 4 760	x	- 2 269	x
Juli	- 1 107	- 1 444	- 1 158	- 2 441	- 3 027	- 11 052	- 3 024	- 6 290
August	- 4 780	- 6 224	- 4 379	- 6 820	- 6 936	- 16 988	+ 3 290	- 3 000
September	- 2 566	- 8 790	- 2 585	- 9 405	- 2 035	- 19 023	- 589	- 3 589
3. Vierteljahr	- 8 453	x	- 8 122	x	- 10 998	x	- 323	x
Oktober	- 1 476	- 10 266	- 1 708	- 11 113	- 591	- 19 614		
November	+ 3 653	- 6 613	- 179	- 11 292	- 2 313	- 21 927		
Dezember	- 1 196	- 7 809	- 3 127	- 14 419	- 6 683	- 28 610		
4. Vierteljahr	+ 981	x	- 5 014	x	- 10 929	x		
2. Halbjahr	- 7 472	x	- 13 136	x	- 21 927	x		
Jahr	- 7 809	x	- 14 419	X	- 32 856	X		

Quelle: Deutsche Bundesbank.

*5.9 Zahlungsbilanz und Währungsbestände

	2000		2001													
	Jahr	Mill. DM	April	Mai	Juni	Juli	August	September								
			Mill. Euro													
Zahlungsbilanz																
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten ¹⁾ (Zunahme: +)																
(Leistungsbilanz																
Außenhandel ²⁾																
Ergänzungen zum Warenverkehr ³⁾																
Dienstleistungsbilanz																
Erwerbs- und Vermögenseinkommen																
Laufende Übertragungen																
Vermögensübertragungen																
Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)																
Direktinvestitionen																
Wertpapiere																
Finanzderivate																
Kreditverkehr ⁴⁾																
Sonstige Kapitalanlagen																
Saldo der gesamten Kapitalbilanz																
Restposten der Zahlungsbilanz																
Bestandsangaben																
Auslandsposition der Deutschen Bundesbank																
Bruttowährungsreserven																
Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland																
Auslandsverbindlichkeiten																
Netto-Auslandpositionen																
Saldo der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute																
Quelle: Deutsche Bundesbank.																

¹⁾ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Ausfuhr (fob.), Einfuhr (cif).

³⁾ Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

⁴⁾ Einschließlich Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern.

⁵⁾ Enthält die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschließlich der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden.

⁶⁾ Vergleiche Anmerkung⁵⁾.

⁷⁾ Vorläufiges Ergebnis auf der Basis der bislang vorliegenden Angaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

*6. Preise

	2001																
	Oktober	3. Vj.	August	September	Oktober	3. Vj.	August	September	Oktober								
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr bzw. dem Vormonat in %							Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	109,7	+	0,2	-	0,2	+	0,0	-	0,3	+	2,5	+	2,6	+	2,1	+	2,0
Nahrungsmittel, und alkoholfreie Getränke	106,2	-	0,6	-	1,1	-	0,1	+	0,1	+	5,6	+	5,4	+	5,6	+	5,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	109,5	+	0,1	+	0,0	+	0,0	+	0,0	+	2,0	+	2,0	+	1,9	+	1,8
Bekleidung und Schuhe	103,3	-	0,2	-	0,2	+	0,7	+	0,4	+	0,9	+	0,9	+	0,9	+	1,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	114,6	+	0,4	+	0,2	+	0,3	-	0,3	+	2,9	+	3,1	+	2,1	+	1,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung)	103,3	+	0,2	+	0,0	+	0,1	+	0,1	+	1,1	+	1,2	+	1,2	+	1,2
Gesundheitspflege	112,6	+	0,2	+	0,1	+	0,1	+	0,0	+	1,3	+	1,3	+	1,3	+	1,2
Verkehr	116,3	-	1,0	-	0,2	+	0,3	-	1,2	+	2,4	+	2,9	+	1,8	+	1,4
Nachrichtenübermittlung	82,1	+	0,3	+	0,1	+	0,0	-	0,1	-	2,1	-	2,1	-	2,0	-	2,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	105,3	+	1,7	-	0,6	-	0,7	-	1,0	+	1,4	+	1,3	+	1,5	+	2,0
Bildungswesen	121,6	+	0,3	+	0,2	+	0,3	+	0,0	+	1,6	+	1,6	+	1,4	+	1,4
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	108,5	+	1,9	-	0,1	-	2,3	+	0,3	+	1,7	+	1,6	+	1,7	+	1,9
Andere Waren und Dienstleistungen	110,1	+	0,4	+	0,1	+	0,2	+	0,2	+	2,7	+	2,6	+	2,7	+	2,6
Index der Einzelhandelspreise	105,0	+	0,1	-	0,1	+	0,3	-	0,1	+	1,8	+	1,9	+	1,4	+	1,4
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 1)	-	0,4	-	0,1	+	0,1	+	2,6	+	2,7	+	1,9
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	-	0,9	-	0,3	+	0,3	+	3,1	+	3,2	+	2,0
Investitionsgüterproduzenten	+	0,4	+	0,1	+	0,0	+	1,1	+	1,2	+	1,2
Konsumgüterproduzenten	+	0,2	+	0,0	+	0,0	+	2,8	+	2,8	+	2,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	+	1,5	+	1,0	-	0,6	+	13,1	+	13,8	+	11,9
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	-	0,3	+	0,0	+	0,2	+	0,9	+	1,1	+	0,3
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	-	0,9	-	0,7	+	0,0	+	12,0	+	11,3	+	11,2
Preisindex für Wohngebäude	-	0,1 ³⁾	-	0,1	-	0,2 ³⁾	-	0,2	-
Preisindex für Straßenbau	-	0,1 ³⁾	-	0,1	-	0,4 ³⁾	+	0,4	-
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 1)	-	0,7p	+	1,4p	+	0,7p	+	4,1p	+	4,2p	+	4,8p
pflanzlicher Produkte	-	2,0	-	1,0	+	2,2	+	4,2	+	3,8	+	6,9
tierische Produkte	+	0,0p	+	2,6p	+	0,0p	+	4,0p	+	4,4p	+	3,8p
Index der Einfuhrpreise	-	2,3	-	1,2	-	0,5	-	0,1	-	0,9	-	3,6
Güter der Ernährungswirtschaft	-	3,3	-	0,7	+	0,0	+	4,3	+	4,6	+	3,0
Güter der gewerblichen Wirtschaft	-	2,1	-	1,1	-	0,6	-	1,6	-	1,5	-	4,4
Rohstoffe und Halbwaren	-	7,1	-	2,8	-	1,8	-	7,4	-	6,9	-	14,9
Fertigwaren	-	0,4	-	0,7	-	0,2	+	0,4	+	0,3	-	0,6
Index der Ausfuhrpreise	-	0,4	-	0,4	-	0,1	+	0,4	+	0,4	-	0,3
dar. Fertigwaren	-	0,2	-	0,2	-	0,1	+	0,6	+	0,6	+	0,2
HWWA-Index der Weltmarktpreise 2)	92,2	-	4,8	+	1,3	-	1,0	-	12,1	-	12,4	-	10,6	-	16,9	-	25,6

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Index des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung; berechnet auf Dollarbasis.

³⁾ Ergebnis für August 2001.

p = Vorläufiges Ergebnis.

*7. Zinssätze

	2000				2001			
	Juni	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
	in % p.a.							
Bundesbankzinsen								
Diskontsatz
Lombardsatz
Pensionssatz ¹⁾
Geldmarktzinsen								
Dreimonatsgeld, Frankfurt/ Main ²⁾	4,48	4,56	4,76	4,83	4,43	4,45	4,33	3,96
Dreimonatsgeld, Fibor ³⁾⁴⁾
Sechsmonatsgeld Fibor ³⁾⁴⁾
Kapitalmarktzinsen ⁵⁾								
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten	5,4	5,5	5,5	5,6	5,0	5,0	4,8	4,7
dar. Anleihen der öffentlichen Hand	5,2	5,3	5,3	5,4	4,9	4,9	4,7	4,7
Sollzinsen der Banken ⁶⁾								
Kontokorrentkredite ⁷⁾	9,59	9,81	9,85	9,94	10,13	9,99	10,03	9,98
Wechseldiskontkredite ⁸⁾	6,42	6,49	6,63	6,76	6,91	6,91	6,84	6,69
Hypothekarkredite auf Wohn- grundstücke ⁹⁾								
Festzinsen 5 Jahre	6,41	6,48	6,51	6,53	5,84	5,85	5,69	5,57
Festzinsen 10 Jahre	6,64	6,70	6,69	6,72	6,22	6,24	6,13	6,08
Gleitzinsen	6,56	6,67	6,70	6,79	6,64	6,64	6,57	6,45
Habenzinsen der Banken ⁶⁾								
Festgelder (1 – 3 Monate) ¹⁰⁾ ..	3,49	3,59	3,64	3,79	3,73	3,73	3,70	3,38
Spareinlagen (dreimonatige Kündigungsfrist ¹¹⁾	1,24	1,25	1,25	1,26	1,21	1,20	1,18	1,16

¹⁾ Ungewogener Durchschnitt aus den Zinssätzen der pro Monat getätigten Wertpapierpensionsgeschäfte mit einmonatiger bzw. ab Oktober 1992 mit zweiwöchiger Laufzeit; einheitlicher bzw. ab September 1988 marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) und Festsatz (Mengentender).

²⁾ Ungewichtete Monatsdurchschnitte der täglichen Angaben vom Frankfurter Bankplatz.

³⁾ Frankfurt Interbank Offered Rate.

⁴⁾ Seit 2. Juli 1990 von Telerate auf breiterer Basis als früher ermittelter und nach der Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz.

⁵⁾ Tarifbesteuerte Schuldverschreibungen mit längster Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, sofern die mittlere Restlaufzeit noch mehr als 3 Jahre beträgt. Gewogen mit den Umlaufsbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen.

⁶⁾ Ungewichtetes arithmetisches Mittel von 90 % der gemeldeten Zinssätze; jeweils 5 % der Meldungen mit den höchsten und niedrigsten Zinssätzen werden ausgeklammert.

⁷⁾ Bis einschließlich Oktober 1996: unter 1 Mio. DM. Ab November 1996: von 200 000 DM bis unter 1 Mio. DM.

⁸⁾ Bundesbankfähige Abschnitte bis unter 100 000 DM.

⁹⁾ Effektivverzinsung.

¹⁰⁾ Von 100 000 DM bis unter 1 Mill. DM.

¹¹⁾ Bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten. Es wird lediglich ein Mindest-/Grundverzinsung aber kein Bonus gewährt.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Presse und Information
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, November 2001

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz und Druck:

MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.